

Das Parlament

Berlin, Montag 16. September 2019

www.das-parlament.de

69. Jahrgang | Nr. 38-39 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Schäubles Dank an Budapest

Wolfgang Schäuble Nach Ende der parlamentarischen Sommerpause und vor Eintritt in die Etablierungen gab es im Bundestag erst einmal eine kleine Geschichtsstunde: Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) erinnerte daran, dass Ungarn am 10. September vor 30 Jahren seine Grenze für DDR-Flüchtlinge öffnete. Dies habe eine Dynamik ausgelöst, die am Ende die deutsche Einheit ermöglichte. „Wir Deutschen vergessen den mutigen Beitrag Ungarns zur Wiedervereinigung unseres Landes nicht“, sagte Schäuble im Beisein von Ungarns Parlamentspräsident László Kövér. Schäuble erinnerte auch an den Beginn des Zweiten Weltkriegs am 1. September 1939 mit dem deutschen Einmarsch in Polen. 1939 und 1989 bildeten eine „historische Klammer“ im 20. Jahrhundert. Die Polen hätten „am längsten unter der Besatzung gelitten“. Es sei Aufgabe vor allem der Jüngeren, die Idee eines vereinten Europas als Erbe des Kriegs weiterzutragen. *kru*



ZAHL DER WOCHE

200.000

DDR-Bürger warteten in Ungarn im Sommer 1989 auf eine Fluchtgelegenheit, davon 30.000 in Budapest. Am 10. September 1989 erlaubte Ungarn die Ausreise aller DDR-Bürger „in ein Land ihrer Wahl“. Danach flohen allein bis Ende September 35.000 Ostdeutsche in den Westen.

ZITAT DER WOCHE

»Die Ungarn haben den ersten Stein aus der Mauer gebrochen.«

Heiko Maas (SPD), Bundesaußenminister, zur Grenzöffnung für DDR-Flüchtlinge durch Budapest am 10. September 1989 bei der Eröffnung des deutsch-ungarischen Jugendforums in Berlin

IN DIESER WOCHE

- THEMA** Interview Haushaltsexpertin Heidrun Bluhm-Förster (Linke) im Gespräch Seite 2
- Finanzen** Minister Olaf Scholz (SPD) verteidigt Etatentwurf gegen Kritik Seite 3
- Arbeit und Soziales** Rund 100 Milliarden Euro fließen in die Rentenkasse Seite 6

INNENPOLITIK Fall Amri Weitere Zeugen des Bampf wurden gehört Seite 10

EUROPA UND DIE WELT Brexit-Streit Nach aufregenden Tagen im britischen Unterhaus Seite 13

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Signal für den Klima-Zug

GENERALDEBATTE Merkel wirbt für mehr Klimaschutz und beschwört den Zusammenhalt der EU

Beratungen über den Bundeshaushalt sind etwas für Experten, die Zahlen lieben und verstehen. Mit Akribie analysieren die Fachpolitiker dann in meist längeren Debatten, was die konkreten Summen in den jeweiligen Einzelzetteln bewirken oder auch nicht. Anders ist es in der sogenannten Generaldebatte. Diese Aussprache über den Etat der Bundeskanzlerin wird traditionell für einen grundsätzlichen Schlagabtausch über die Regierungspolitik genutzt. Die Regierung kann ihre Linie verteidigen und die Opposition mal ordentlich kritisieren. So verhielt es sich im Prinzip auch in der vergangenen Woche. Nur, dass es diesmal weniger um die Vergangenheit statt um die Zukunft ging. Und wer die politische Agenda der vergangenen Monate etwas verfolgt hat, den dürfte es wenig überraschen, dass das Thema Klimaschutz eine dominante Rolle in der Debatte spielte. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nannte den Klimaschutz gar eine „Menschheitsaufgabe“, die allerdings aus Sicht vor allem der Grünen in den vergangenen 14 Jahren komplett vernachlässigt wurde. Die Digitalisierung unseres „Funklochlands“ (Die Linke) schaffe es als zweites auf das Treppchen der viel diskutierten Themen, gefolgt von der Frage, wie Schuldenbremse und Investitionen in einen sinnvollen Einklang zu bringen seien.

Grüner-Sozialismus Alice Weidel (AfD) durfte als Chefin der größten Oppositionsfraktion die Generaldebatte eröffnen. Sie beschrieb Deutschland dabei als ein Land kurz vor dem Zusammenbruch: Wirtschaftskrise, unkontrollierte Zuwanderung, ein drohender gigantischer Bankencrash, Verfall der öffentlichen Ordnung waren nur einige der Stichworte. Statt sich diesen Problemen zu stellen, würde die Bundesregierung lieber neue Belastungen ausbrüten, wie zum Beispiel die CO2-Bepreisung. Die „grün-sozialistische Ideologie“ in der Klimadebatte bedrohe die Zukunftsfähigkeit des Landes. „Ihr vorgeblicher Klimaschutz ist nichts als ein Deindustrialisierungsprogramm“, sagte Weidel. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) war dagegen überzeugt, dass im Klimaschutz viele Chancen stecken. Deutschland und Europa müssten zum Vorreiter in der Klimapolitik werden und technologisch wieder auf die Höhe der Zeit kommen. „Wir sind das nicht mehr“, räumte sie ein. Eine CO2-Bepreisung sei nicht „irgendeine Auflage auf irgendetwas drauf“, sondern ein Mechanismus, der Innovationen und



Unterwegs mit Ökostrom: Die Bahn präsentierte diesen ICE vergangene Woche – und mit ihm das Konzept „Starke Schiene“.

© picture-alliance/dpa

Forschung bringe. Dieses Geld sollte an die Bürger zurückgegeben werden, damit alle zusammen den Umstieg schaffen. Das alles sei ein „gewaltiger Kraftakt“. Merkel betonte, dass kein Land der Welt die Herausforderungen allein bewältigen könne. Die EU dürfe sich nicht vom Multilateralismus verabschieden, auch wenn dieser derzeit stark unter Druck stehe, sagte Merkel. Unterstützung erhielt sie darin von Ralph Brinkhaus (CDU), dem Chef der Unionsfraktion, der die marktgerechte Bepreisung von CO2 zwar als „Königsweg“ bezeichnete, aber warnte: „Wir erreichen die Menschen nicht, wenn wir nur darüber reden. Wir müssen auch über den öffentlichen Nahverkehr reden und über unterschiedliche Lebensverhältnisse in Stadt und Land.“

Geht es nach den Grünen, wäre es schon vor Jahren an der Zeit gewesen, diesen Kraftakt zu stemmen. Kathrin Göring-Eckardt, Fraktionschefin der Grünen, kritisierte: „Alle reden vom Klima, stundenlang.

Uns fehlt es nicht an Erkenntnis. Was dem Haushalt fehlt, sind Ergebnisse.“ Ein Fünftel der Verschmutzung komme aus dem Verkehrsbereich, „aber wir haben einen Verkehrsminister, der nicht mal einen Abbiegeassistenten hinkommt“, sagte sie und forderte: „Wir brauchen endlich Klimaschutzbeschlüsse, die Investitionen beinhalten.“ Und auch Dietmar Bartsch, Fraktionschef der Linken, stellt fest: Das Klimakabinett klinge ja toll, sei aber im Haushaltsplan nicht abgebildet. Er forderte, den Bahnverkehr klar zu stärken: „Am Ende müssen wir dahin kommen, dass die Bahn unschlagbar ist“, sagt er. Auch die FDP sprang auf den Klima-Zug auf, jedoch unter anderem von der anderen Seite. Christian Lindner, Fraktionschef der Liberalen, forderte ein Ende von „Klein-Klein“-Debatten. „Eine höhere Mehrwertsteuer auf Wurstwaren wird das Weltklima nicht retten.“

»Eine höhere Mehrwertsteuer auf Wurst wird das Weltklima nicht retten.«
Christian Lindner (FDP)

von der anderen Seite. Christian Lindner, Fraktionschef der Liberalen, forderte ein Ende von „Klein-Klein“-Debatten. „Eine höhere Mehrwertsteuer auf Wurstwaren wird das Weltklima nicht retten.“ Deutschland müsse vielmehr wieder Technologieweltmeister werden anstatt sich durch Verzichtsdebatten

zum Moralweltmeister aufzuschwingen, sagte Lindner. Er warnte zugleich davor, die Prinzipien der Schwarzen Null wieder aufzuweichen: „Wer leichtfertig über neue Schulden spricht, der riskiert eine Rückkehr der Staatsschuldenkrise in der EU.“ Dietmar Bartsch forderte genau das Gegenteil. Die strenge Schuldenbremse verhindere dringend nötige Investitionen, lieber gebe die Bundesregierung ihre Milliarden für die Bundeswehr anstatt für den Kampf gegen Kinderarmut aus, ärgerte er sich.

Gegen Demagogen Rolf Mützenich, kommissarischer Chef der SPD-Fraktion, kam zu einer ganz anderen Interpretation: „Mehr denn je können Beschäftigte und ihre Familien, junge und alte Menschen nicht auf gerechtes Regieren verzichten“, diese Prämisse bilde der Haushaltsentwurf ab. Auch an seine eigene Fraktion appellierte er: „Wir müssen die Spaltungen, die unsere Wirtschaftsordnung hervorbringt, so klein wie möglich halten.“ Demagogen hätten die Menschen verführt und Kontinente ins Verderben gestürzt. „Wir werden uns ihnen mit aller Kraft entgegenstellen. Und der beste Ort dafür ist dieses Parlament“, betonte der SPD-Politiker.

Claudia Heine

EDITORIAL

Es fehlt Vertrauen

VON JÖRG BIALLAS

Weitgehend unbemerkt von der öffentlichen Wahrnehmung hat das Parlament kurz vor Ende der Sommerpause ein Jubiläumsdatum passiert: Vor 70 Jahren, am 7. September 1949, konstituierte sich der 1. Deutsche Bundestag. Es war der Start in eine turbulente Zeit, die am Nachmittag dieses Tages im Bonner Bundeshaus begann. Leidenschaftlich stritten Konservative, Sozialdemokraten, Liberale und Kommunisten über den Kurs der noch jungen Republik. Dass auch ehemalige NSDAP-Mitglieder auf den Plenarbanken Platz nahmen, machte die Atmosphäre nicht entspannter. Am Ende dieser ersten Legislaturperiode waren 17 Abgeordnete des Saales verwiesen worden, 40 Mal wurde Rednern das Wort entzogen. Zudem vermerkten die Protokolle der 282 Sitzungen sage und schreibe 156 Ordnungsrufe. Trotz der oftmals aufgeheizten Stimmung, die gewiss auch einer sich erst entwickelnden Debatte geschuldet war, war der Bundestag fleißig. Zwischen 1949 und 1953 wurden 545 Gesetze verabschiedet. Diese Zahl wurde seitdem nie wieder erreicht.

Und heute, 70 Jahre später? Der Bundestag arbeitet intensiv und effektiv. Allein: Diese Arbeit wird in der Bevölkerung zu wenig wahrgenommen und noch weniger goutiert. Darunter leidet das Image des Hohen Hauses. „Die Politiker“, heißt es unerträglich oft, streben einzig nach Machterhalt und persönlichem Vorteil statt den gesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen. Auch wenn dieses Urteil von der Realität weit entfernt ist, muss die Politik damit umgehen. Es gilt, mehr Vertrauen in die parlamentarische Arbeit zu vermitteln. Standpunkte müssen transparenter und überzeugender dargelegt werden. Dazu gehört auch ein gewisses Maß an Selbstkritik. Eine Tugend, die auf der politischen Bühne als Schwäche gilt und deshalb wenig ausgeprägt ist. Hilfreich wäre darüber hinaus eine verbesserte Vermittlung objektiver Informationen. Es ist höchste Zeit, dass Medienkunde in den Schulen ein höherer Stellenwert eingeräumt wird. Natürlich kann sich in einer freiheitlichen Gesellschaft letztlich jeder nach eigener Fassung mit Nachrichten versorgen. Das setzt aber voraus, dass die unterschiedliche Qualität von Informationsquellen und deren Chancen und Risiken bekannt sind. Die vergangenen 70 Jahre deutscher Parlamentarismus sind eine Erfolgsgeschichte. Es ist nicht selbstverständlich, dass das so bleibt.

Die Ausgaben steigen, die Rücklage schmilzt

BUNDESHAUSHALT Keine neuen Schulden bis 2023 bei steigendem Volumen. Investitionsquote sinkt

Wenn es nach der Bundesregierung geht, kann der Bund 2020 359,8 Milliarden Euro ausgeben. Gegenüber dem Soll für 2019 steigt der Ansatz damit um 3,4 Mrd. Euro (+0,95 Prozent). So sieht es der Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2020 (19/11800) vor, der vergangene Woche in erster Lesung im Bundestag beraten wurde.

Einnahmen Den Ausgaben stehen Einnahmen in gleicher Höhe entgegen. Davon entfallen laut Planung 327,7 Mrd. Euro auf Steuereinnahmen, rund 2,2 Mrd. Euro mehr als in diesem Jahr. Allerdings mehren sich die Zweifel daran, ob diese Erwartungen noch realistisch sind. Klarheit wird die November-Steuerschätzung bringen. 22,6 Mrd. Euro entfallen auf Verwaltungseinnahmen (Soll-2019: 25,1 Mrd. Euro). Das übrige Finanzierungssaldo in Höhe von rund 9,5 Mrd. Euro soll laut Entwurf durch eine Entnahme aus der sogenannten Asyl-Rücklage in Höhe von 9,2 Mrd. Euro (2019: 5,5 Mrd. Euro) sowie Münzeinnahmen in Höhe von 0,3 Mrd. Euro ausgeglichen werden. Neue Schulden soll der Bund weiterhin nicht machen.

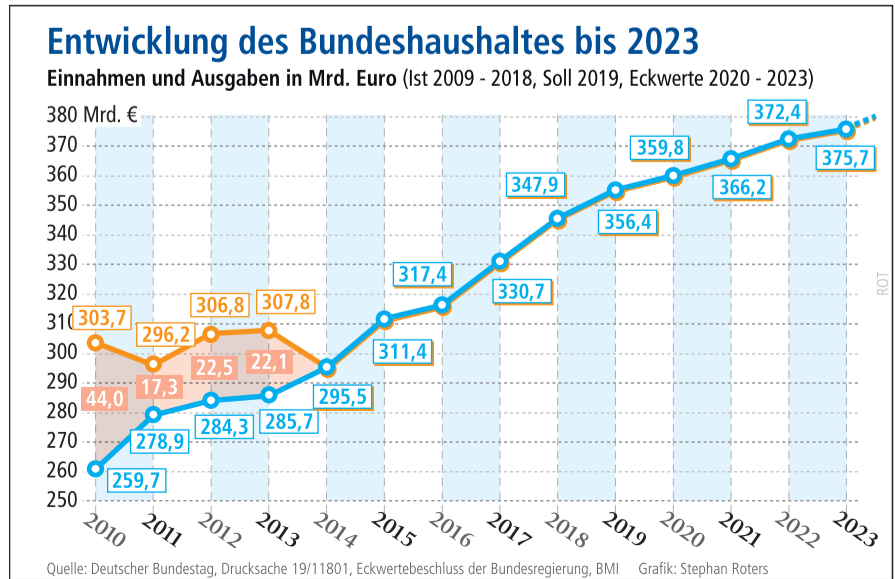
Auch in der Finanzplanung geht die Bundesregierung von steigenden Ausgaben in den nächsten Jahren aus: Demnach wird das Ausgabevolumen des Bundes von 366,2 im Jahr 2021 und 372,4 im Jahr 2022 auf 375,7 Mrd. Euro im Jahr 2023

steigen. Die Steuereinnahmen sollen 2021 334,2, im folgendem Jahr 345,5 und 2023 356,1 Milliarden Euro betragen. Die Asyl-Rücklage soll im Finanzplanungszeitraum vollständig aufgebraucht werden und trägt laut Bundesregierung von 2020 bis 2022

insgesamt rund 29,7 Milliarden Euro zur Finanzierung des Haushaltes bei.

Streitpunkt Investitionen Die als Investitionen verbuchten Ausgaben des Bundes – ein steter Streitpunkt zwischen Koalition und Opposition – sollen laut Finanzplanung 2020 um 1,1 auf rund 40,0 Mrd. Euro steigen. Von 2021 bis 2023 weist die Finanzplanung jeweils 39,8 Milliarden Euro als Investitionen aus. Die Investitionsquote sinkt demnach von 10,9 Prozent in diesem Jahr bis 2023 auf 10,6 Prozent. Die gesamtstaatliche Schuldenstandsquote von 60 Prozent des BIP, eines der sogenannten Maastricht-Kriterien, soll in diesem Jahr erreicht werden. Laut Finanzplanung ist für 2019 mit einer Quote von rund 58,75 Prozent des BIP zu rechnen. Bis 2023 wird ein Rückgang auf 51,25 Prozent prognostiziert.

scr



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

SCHULDEN FÜR DEN KLIMASCHUTZ?

Faktisch umsonst

PRO



Ulrike Herrmann, »die tageszeitung«, Berlin

Deutschland ist auf dem Weg in eine Rezession. Im zweiten Quartal 2019 schrumpfte die Wirtschaft um 0,1 Prozent...

Last bleibt Last

CONTRA



Manfred Schäfers, »Frankfurter Allgemeine Zeitung«

Die rhetorische Frage, die häufig zu hören ist, klingt überzeugend: Was hilft uns der ausgeglichene Haushalt...

Frau Bluhm-Förster, Finanzminister Olaf Scholz will mit dem Haushalt den Zusammenhalt in der Gesellschaft stärken...

Unser Fraktionsvorsitzender Dietmar Bartsch hat dieser Aussage in der Elefantenrunde eine klare Absage erteilt.

Ist die Bundesregierung gut genug ausgestattet, um diese Querschnittsaufgabe anzugehen?

Leider nein. Das Klimakabinett wäre der richtige Ort, an dem aus den verschiedenen Ministerien Vorschläge kommen müssten.

Wie beurteilen Sie denn die Zahlen, die mit dem Haushalts-Entwurf bereits abgebildet werden?

In den Etats Wirtschaft, Landwirtschaft und Umwelt, die ich bearbeite, fällt auf, dass sich die Zahlen nicht wesentlich verändern.

Wieso?

Wir fanden es schon zur Einrichtung des EKF falsch, den Fonds als Sondervermögen des Bundes neben den Haushalt zu stellen...

In der Bundesregierung wird gerade über eine Klima-Anleihe diskutiert, um so privates Geld für den Klimawandel zu mobilisieren. Ist das für Die Linke ein gangbares Modell?

Nein. Unsere Vorstellung ist, dass jene in den Klimaschutz investieren müssen, die an der schlechten Bilanz beteiligt sind.

Der angestrebte Ausstieg aus der Kohle, um den Klimaschutz voranzubringen, soll mit Milliarden für den Strukturwandel begleitet werden. Reicht das, was sich die Bundesregierung vorstellt?

Nein, man muss diesen Strukturwandel sehr langfristig und verlässlich angehen. Die Regionen müssen darauf zählen können.

»Den Brunnen sichern«

HEIDRUN BLUHM-FÖRSTER

Die Haushaltspolitikerin der Linken fordert ein Investitionsprogramm. Vom Klimakabinett erwartet sie nicht allzu viel



© heidrun-bluhm.de

Was stellen Sie sich denn vor?

Wir schlagen vor, zwei Fonds zu gründen. Zum einen eine Art Strukturfonds. Hier sehen wir vor allem die Bundesregierung in der Pflicht...

schulungsmöglichkeiten geschaffen und Unternehmensgründungen aus diesem Fonds gefördert werden.

Die Konjunktur in Deutschland tot, manche sehen eine sich anbahnende Krise. Reagiert die Bundesregierung in dem Etat ausreichend darauf?

Offenbar ist die Bundesregierung der Überzeugung, dass der Markt das schon irgendwie regeln wird und man deshalb darauf nicht reagieren muss.

Finanzminister Scholz will erst im Fall einer Krise mit Milliarden gegenhalten. Das ist Ihnen also zu spät?

Selbstverständlich ist das zu spät. Die Bundesregierung wartet darauf, dass das Kind in den Brunnen gefallen ist...

Nun sagt die Koalition, dass die vorhandenen Mittel teils gar nicht abfließen können...

Das Hauptproblem ist, dass es an Verlässlichkeit und Nachhaltigkeit mangelt. Ein Beispiel dafür ist der soziale Wohnungsbau.

Das ist dann aber auch eine klare Absage an die Schwarze Null, oder?

Ja! Wir waren als Linke sowieso schon immer der Überzeugung, dass wir uns haushaltsmäßig nicht mit einer Nicht-Verschuldung binden dürfen...

Das Gespräch führte Sören Christian Reimer. ||

Heidrun Bluhm-Förster sitzt seit 2005 im Bundestag. Die Abgeordnete aus Mecklenburg-Vorpommern ist Mitglied im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft sowie im Haushaltsausschuss.



PARLAMENTARISCHES PROFIL

Die Klimabewegte: Anja Weisgerber

Anja Weisgerber, Klimabeauftragte und Obfrau der Unionsfraktion im Umweltausschuss, ist rundum froh darüber, wie sehr das Klimathema in den Fokus der deutschen Öffentlichkeit gerückt ist.



© DBT/Achim Meide

»Wir brauchen in der Finanzpolitik ebenso Nachhaltigkeit wie in der Klimapolitik.«

pushten Themas illegale Migration konnte die CSU der AfD keine Stimmen wegnehmen. Anja Weisgerber sagt, sie werde von jungen Menschen immer wieder auf Umwelt und Klima angesprochen.

len eine Steuerung der CO2-Mengen und keine Steuer", sagt Anja Weisgerber. „Steuern fließen in den allgemeinen Haushalt. Bei der Ökosteuer werden sie für Rentenausgaben verwendet.“

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag

Mit der ständigen Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte

Anschrift der Redaktion (außer Beilage) Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Chefredakteur Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure Claudia Heine (che) Alexander Heinrich (ahe), stellv. Cvd

Fotos Stephan Roters

Redaktionsschluss 13. September 2019

Druck und Layout Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG

Leserservice/Abonnement FAZIT Communication GmbH c/o InTime Media Services GmbH

Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition FAZIT Communication GmbH

Abonnement Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Doppelt gefordert: Als Finanzminister will Olaf Scholz (SPD) mit seinem Etat-Entwurf Herausforderungen wie dem Klimaschutz begegnen. In seiner kriselnden Partei strebt der ehemalige Hamburger Bürgermeister zugleich den Vorsitz an.

© picture-alliance/dpa

Ein Minister und Kandidat

ETAT 2020 Koalition setzt auf »soliden Haushalt« ohne Schulden. Grüne wollen »Investitionsmotor« schaffen

Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) hat seinen Keynes gelesen. Sollte es zu einer Wirtschaftskrise kommen, dann stünde der Bund bereit, mit „vielen, vielen Milliarden gegenzuhalten“. Das sei „gelebter Keynesianismus“, sagte Scholz Anfang vergangener Woche im Bundestag. Aber dazu müsse die Krise erst einmal da sein. Will heißen: Es gibt keinen Grund, jetzt die Geldhähne zu öffnen. Vielmehr, so betonte Scholz, habe die Bundesregierung einen „soliden Haushalt“ vorgelegt. Dieser komme ohne neue Schulden aus und sei trotzdem expansiv, nutze Spielräume und beinhalte „viele Investitionen und viele Entscheidungen für die Zukunft“.

Scholz' Rede zur Einbringung des Haushaltsentwurfes (19/11800) war mit Spannung erwartet worden, musste er sich doch gleich zwei Herausforderungen stellen. Zum einen von Amts wegen: Die Jahre der sprudelnden Steuereinnahmen und Haushaltsüberschüsse sind für den Finanzminister erstmal vorbei. Projekte wie das noch nicht vorliegende Klimapakete oder die angekündigte Grundrente müssen auch noch finanziell gestemmt werden. Wie sich Weltwirtschaft und die Konjunktur im Exportland Deutschland entwickeln werden, bleibt in Zeiten von Brexit und Handels-

konflikten unklar. Um Einnahmen und Ausgaben in der Waage zu halten, greift die Bundesregierung in diesem und den nächsten Jahren daher voll auf eine in den vergangenen Jahren gebildete Rücklage zurück, die Ende 2018 auf mehr als 30 Milliarden Euro angewachsen war.

Zum anderen stand der Minister eines anderen Amtes wegen im Fokus, auf das er sich gerade bewirbt: den Parteivorsitz der kriselnden SPD. Das Festhalten an der „Schwarzen Null“ – ein Begriff, den Scholz nicht nannte – ist in der Partei nicht bei allen beliebt, die GroKo sowieso nicht und zumindest auf dem linken Flügel kommt auch der Finanzminister nur bedingt gut an. So zählte er in seiner Rede dann auch viele Herzens-Themen der SPD auf, die die Koalition – unter Beteiligung von Vizekanzler Scholz – schon vorangebracht hat und noch voranbringen will: das „Starke-Familien“-Gesetz etwa, den Ausbau der Ganztagschulbetreuung, den Schutz von Mietern, den Kampf gegen Steuergestaltungsmodele oder bessere Bedingungen für Paketzusteller. Die Teil-Abschaffung des Solis verteidigte Scholz als eine „Entscheidung der Gerechtigkeit“. Jene, die noch zahlen werden, „können es aber auch, weil sie sehr viel Geld verdienen“. Ebenso ging Scholz auf die Herausforderung beim Klimaschutz ein und umriss anzugehende

Baustellen – und vergaß nicht zu erwähnen, wie er schon „als noch nicht 20-Jähriger“ entsprechende Bücher gelesen habe, die ihn „sehr bewegt“ hätten. Auch, dass er einst gegen Atomkraftwerke demonstriert hatte, ließ er quasi nebenbei fallen.

Mit Rilke gegen die GroKo Das kam nicht bei allen gut an. FDP-Haushaltspolitiker Otto Fricke beurteilte die Rede als einen Bewerbungsbeitrag für eine der zahlreichen Regionalkonferenzen der SPD. „Es war nicht die Rede eines Haushaltsministers“, kritisierte der Liberale. Rainer Maria Rilke zitiierend warnte Fricke vor einer „Sturmnacht“, sollte die Regierung die wirtschaftlichen Risiken nicht anerkennen und etwa mit der Förderung privater Investitionen sowie Priorisierung und Verzicht im Haushalt gegensteuern.

Johannes Kahrs wiederum sah das gänzlich anders: „Ernsthafterweise muss man doch feststellen, dass der Höhepunkt dieser Debatte die Rede des Bundesfinanzministers war“, frozelte der Chef-Haushälter der SPD-Fraktion. Da hatten erst drei von 15 Rednern gesprochen. Kahrs fand entsprechend hanseatisch-lobende Worte für den Entwurf: „Er ist ein solider Haushalt, er ist vernünftig, er ist ehrlich und er ist transparent.“ Auch die „Rekordinvestitionen“ hob der Abgeordnete hervor: „Wir in-

vestieren ein Drittel mehr als in der letzten Legislaturperiode.“ In bester Bundeshaushälter-Tradition mahnte der Sozialdemokrat die Länder, die Bundes-Mittel für den sozialen Wohnungsbau zweckgerichtet einzusetzen. Ein Thema, das im Verlauf der Debatte auch Eckhardt Rehberg (CDU) mit Verweis auf die finanzverfassungsrechtlichen Zuständigkeiten unterstrich.

Für die Unions-Fraktion stellte sich Andreas Jung (CDU) hinter den Regierungsentwurf und die angestrebten politischen Ziele in Bereichen wie Klimaschutz, Wohnen und Pflege. Mit Bezug auf die Steuerpolitik sagte Jung, dass die Teilabschaffung des Solidaritätszuschlags für seine Fraktion nur ein erster Schritt sein könne. Handlungsbedarf benannte er zudem bei der Unternehmensbesteuerung und verwies auf Initiativen seiner Fraktion. Jung setzte ein deutliches Zeichen für Haushaltsdisziplin: „Die Schwarze Null ist eine Erungenschaft; sie ist nicht selbstverständlich.“ Das gelte auch für angespannte Situationen, hob der Christdemokrat hervor: „Wenn die Zeiten schwieriger werden und die Kassenlage enger, dann bedeutet das für uns nicht automatisch neue Schulden, sondern dann heißt das für uns: Prioritätensetzung.“ Aus Sicht von Gesine Lötzsch (Die Linke) setzt die Bundesregierung gänzlich falsche Prioritäten. Es werde „deutlich zu viel für

Rüstung ausgegeben, zu wenig für Investitionen und viel zu wenig für Soziales“, beschied die Linken-Haushaltspolitikerin. Der Haushalt bedrohe damit „die Sicherheit der Menschen in unserem Land“. In einem Rundumschlag forderte Lötzsch neben dem Abzug der US-Truppen aus Deutschland samt ihrer „abscheulichen Atomwaffen“ eine solidarische Mindestrente, eine „echte Finanztransaktionssteuer“ und das Aufgeben der Schwarzen Null, um mehr investieren zu können.

Niedrige Zinsen nutzen Mehr Investitionen wollen auch die Grünen ermöglichen. Sven-Christian Kindler forderte, die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse „um einen Investitionsmotor“ zu ergänzen. Für Herausforderungen wie Klimaschutz und Digitalisierung müssten Milliardenbeträge mobilisiert werden. Diese Summen ließen sich nicht allein aus dem laufenden Haushalt finanzieren. Kindler schlug vor, „öffentliche Investitionsgesellschaften und einen Bundesinvestitionsfonds“ zu gründen und die niedrigen Zinsen zu nutzen, um Kredite aufzunehmen.

Peter Boehringer kritisierte für die AfD-Fraktion, dass es sich nicht um eine seriöse Haushaltsplanung handle. Von einer „vollständigen und realistischen Abbildung“ aller Belastungen und Risiken sei

man weit entfernt. Boehringer nannte unter anderem die Risiken einer konjunkturellen Abkühlung, Rückstellungen für „Eurorettungsrisiken“ und anfallende Integrationskosten. Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses monierte zudem, dass der Solidaritätszuschlag nicht vollständig abgeschafft werden soll, obwohl dessen verfassungsrechtliche Grundlage wegfallen würde. Damit riskiere die Bundesregierung „ein Milliardenaster für kommende Steuerzahler“, sagte Boehringer.

Beratungs-Ablauf Der Haushaltsausschuss wird die Einzelpläne zwischen dem 25. September und dem 13. November beraten. Anfang November 2019 wird die für den Bundeshaushalt 2020 maßgebliche Steuerschätzung vorliegen. Die Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses ist für den 14. November vorgesehen. Die zweite und dritte Lesung des Haushaltsgesetzes in der Ausschussfassung ist vom 25. bis zum 29. November terminiert.

Sören Christian Reimer

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Regierungsentwurf des Bundeshaushaltes 2020

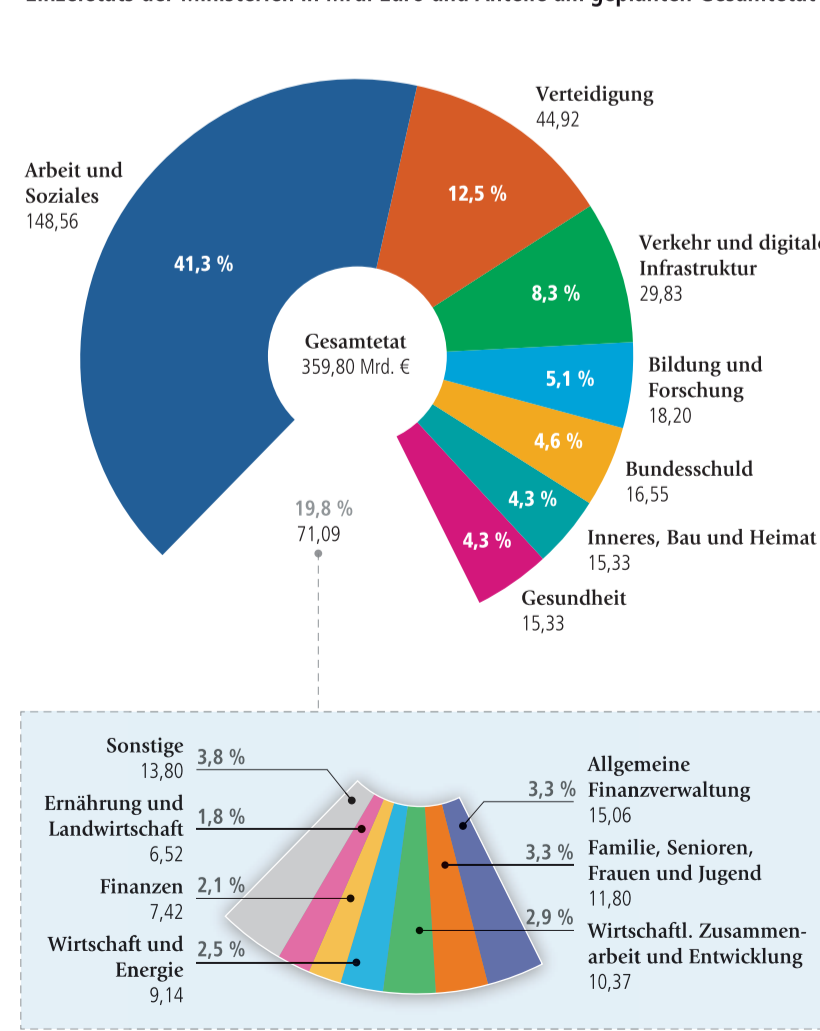
Einzelplan	EINNAHMEN		AUSGABEN	
	2020 in 1.000 €	Veränderungen zu 2019 in 1.000 €	2020 in 1.000 €	Veränderungen zu 2019 in 1.000 €
01 Bundespräsident und Bundespräsidialamt	193	-	44.727	-2.912
02 Deutscher Bundestag	1.933	+132	1.021.747	+30.841
03 Bundesrat	56	-30	39.449	+1.948
04 Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt	2.902	-323	3.193.714	-48.009
05 Auswärtiges Amt	170.694	+10.848	5.737.648	-88.196
06 Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat	1.224.767	+98.158	15.326.908	-522.540
07 Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	611.777	+31.995	912.281	+16.959
08 Bundesministerium der Finanzen	299.923	+8.377	7.417.322	+236.889
09 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	463.940	+15.616	9.138.391	+950.637
10 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	65.132	+1.129	6.518.096	+194.274
11 Bundesministerium für Arbeit und Soziales	2.110.258	+20.867	148.562.548	+3.302.297
12 Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	8.582.956	-241.255	29.827.328	+541.658
14 Bundesministerium der Verteidigung	485.897	-	44.916.387	+1.688.573
15 Bundesministerium für Gesundheit	93.567	-299	15.325.097	+19.810
16 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	924.820	+106.606	2.624.676	+337.576
17 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	245.848	+46.763	11.804.272	+1.355.950
19 Bundesverfassungsgericht	40	-	35.271	+908
20 Bundesrechnungshof	3.907	+36	163.135	+1.100
21 Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	61	-	25.142	-76
23 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	869.813	-126.230	10.373.188	+127.502
30 Bundesministerium für Bildung und Forschung	39.276	+3.000	18.200.738	-69.015
32 Bundesschuld	1.541.905	+193.592	16.548.523	-1.831.605
60 Allgemeine Finanzverwaltung	342.056.335	+3.226.948	12.039.412	-2.848.569
SUMME	359.796.000	+3.396.000	359.796.000	+3.396.000

Quelle: Deutscher Bundestag, Drucksache 19/11800

Grafik: Stephan Roters

Ausgaben im Bundeshaushalt 2020

Einzelstats der Ministerien in Mrd. Euro und Anteile am geplanten Gesamtetat



Quelle: Deutscher Bundestag, Drucksache 19/11800 (Abweichungen rundungsbedingt)

Grafik: Stephan Roters

Scholz-Etat wächst

FINANZMINISTERIUM Der Etat des Bundesministeriums der Finanzen soll von rund 7,2 Milliarden Euro im Jahr 2019 auf rund 7,4 Milliarden Euro im Jahr 2020 steigen. Wie aus dem Haushaltsentwurf der Bundesregierung (19/11800, Einzelplan 08) weiter hervorgeht, sollen die Gesamteinnahmen des Bundesministeriums der Finanzen von 291,5 auf 299,9 Millionen Euro steigen. Größter Posten sind die Personalausgaben, die mit rund 3,8 Milliarden Euro weitgehend stabil bleiben sollen. Schwerpunkte des Etats sind unter anderem die Wiedergutmachungsleistungen des Bundes, die Zollverwaltung, das Bundeszentralamt für Steuern und das Informationstechnikzentrum Bund, der zentrale IT-Dienstleister im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen. Wie in dem Entwurf erläutert wird, dienen die Mittel für die Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung zum einen der Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen gegenüber den berechtigten Leistungsempfängern. Zum anderen werde mit den veranschlagten Mitteln eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation solcher Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung angestrebt, die nach den gesetzlichen Vorschriften bisher nur begrenzte Wiedergutmachungsleistungen erhalten hätten und sich in einer wirtschaftlichen Notlage befinden würden. Die Ausgaben in diesem Bereich sollen von derzeit 985,9 Millionen auf 1,038 Milliarden Euro steigen.

Mehr für den Zoll Die Ausgaben der Zollverwaltung sollen von derzeit rund 2,76 Milliarden Euro um 112,5 Millionen Euro erhöht werden. Wie das Bundesministerium der Finanzen in dem Etatentwurf erläutert, ist es für die Koordinierung der Tätigkeit der 41.000 Zollner zuständig, die etwa die Hälfte der dem Bund zufließenden Steuereinnahmen erzielen und die den Handel deutscher Unternehmen auf den internationalen Märkten unterstützen würden. „Die Vollzugsbereiche der Zollverwaltung tragen zudem maßgeblich zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft und der Umwelt bei, etwa durch die Überwachung des grenzüberschreitenden Warenverkehrs und der Einhaltung der Verbote und Beschränkungen, der Verhütung und Verfolgung von Straftaten im Zuständigkeitsbereich der Zollverwaltung und dem Vorgehen gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung“, heißt es in dem Entwurf. Die Ausgaben des Bundeszentralamtes für Steuern sollen von rund 666 Millionen auf rund 702 Millionen Euro steigen. Leicht sinken sollen die Ausgaben für das Informationstechnikzentrum Bund, und zwar um 10,8 Millionen Euro auf rund 687 Millionen Euro. *hle*



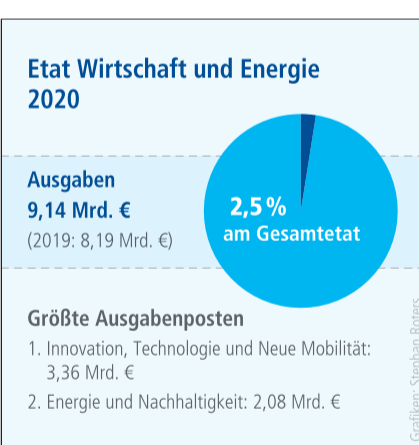
Ein Herz für den Mittelstand : Minister Peter Altmaier (Mitte, CDU) bei einem Firmenbesuch in Nordrhein-Westfalen. © picture-alliance/dpa

Weh oder Wohl

WIRTSCHAFT Streit über Zustand, Prognosen und Politik

Wachstumspause, Flaute oder am Abgrund? Regierungsfaktionen und Opposition haben den Haushaltsentwurf für 2020 (19/11800) zum Anlass für einen Schlagabtausch über Zustand und Perspektiven der Wirtschaft genutzt. Die Vertreter von AfD, FDP, Linken und Grünen kritisierten im Verlauf der einhalbstündigen Debatte in der vergangenen Woche nicht nur die vorgesehenen Posten im Einzelplan 09, sondern griffen Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) auch direkt für seine Politik in der laufenden Regierungsperiode an. Der verteidigte freilich seinen geplanten Etat, der mit Ausgaben in Höhe von 9,14 Milliarden Euro eine knappe Milliarde Euro mehr an Ausgaben vorsieht als in diesem Jahr. Generell bewertete Altmaier den Zustand der deutschen Wirtschaft als robust. „Was wir an rückläufigem Wachstum, an enttäuschenden Zahlen erlebt haben, das ist zum überwiegenden Teil ausenwirtschaftlich bedingt“, sagte der Minister. Nun gehe es darum, der Wirtschaft Signale zu geben, die das Vertrauen stärken und Investitionskräfte freisetzen. Er erwähnte als vorrangige Maßnahme seines Hauses in diesem Zusammenhang die angekündigte Mittelstandsstrategie, deren Eckpunkte von Marktteilnehmern positiv aufgenommen worden seien. Auch bei der steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung (FuE) sei ein Anfang gemacht. „Wir werden sie so ausgestalten, dass von der Auftragsforschung gerade die Mittelständler, die keine eigenen FuE-Abteilungen haben, profitieren“, sagte Altmaier. Als anstehende Hauptaufgaben nannte er unter anderem die gesetzlichen Regelungen zum Kohleausstieg und Strukturwandel sowie eine umfassende Körperschaft- und Unternehmenssteuerreform.

Schwerpunkte im Etat Für den Bereich „Innovation, Technologie und Neue Mobilität“ sind im Haushalt Ausgaben in Höhe von 3,36 Milliarden Euro (2019: 3,24 Milliarden Euro) eingeplant. Für die Unterstützung des Mittelstandes plant der Minister Ausgaben in Höhe von 951,3 Millionen Euro – knapp zehn Millionen weniger als noch 2019 (2019: 961,26 Millionen Euro).



3,08 Milliarden Euro schließlich will das Ministerium Aspekten von „Energie und Nachhaltigkeit“ zur Verfügung stellen, ein Plus von 0,72 Milliarden Euro. Dabei geht es zum mehrheitlichen Teil um Ausgaben in Verbindung mit dem Ende des subventionierten Steinkohlebergbaus. Für den Koalitionspartner SPD betonte Bernd Westphal, gefragt sei in der derzeitigen Situation „epochaler Umbrüche“ ein klarer Kurs. „Wir brauchen wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen durch ein langfristig und nachhaltig wirkendes Gesamtkonzept.“ Einen Schwerpunkt legte der SPD-Abgeordnete dabei auf Belange der sozialen Gerechtigkeit: Trotz der Stärke der Wirtschaft schütze Arbeit nicht mehr automatisch vor Armut – das sei paradox. Westphal plädierte für ein Mehr an Tarifbindung. Außerdem sieht der Abgeordnete die Zeit gekommen für ein neues Bündnis für nachhaltige Wirtschaft. „Es ist an der Zeit, das Industrieland Deutschland zu stärken, die Rahmenbedingungen für den Mittelstand, das Handwerk und für die Start-up-Szene neu zu justieren.“ Zudem brauche es Klarheit auf dem Weg zur Klimaneutralität, eine Innovations- und Investitionsstrategie sowie staatliche Unterstützung bei Forschung und Entwicklung auch in der Wasserstoffwirtschaft.

Opposition vermisst Antworten Die Opposition kritisierte den Haushaltsentwurf als mutlos. Volker Münz (AfD) sah Deutschland am Beginn einer Wirtschaftskrise, die von der Bundesregierung selbst erzeugt worden sei. Erneuerte den Vorwurf seiner Fraktion, die Bundesregierung

gefährde Arbeitsplätze in der Automobilindustrie und mit ihren Schwerpunktsetzungen im Bereich Energie die Versorgungssicherheit im Land. Sein Vorschlag zielte in Richtung von Entlastungen für Bürger und Unternehmen statt Verboten oder neuer Belastungen wie etwa einer Kohlenstoffdi-oxidsteuer. Sein Fraktionskollege Steffen Kotré plädierte ergänzend für mehr Engagement in der Forschungsförderung von Kernspaltung und Kernfusion. Karsten Klein (FDP) sagte, er vermisse im Haushalt Maßnahmen, um diese Entwicklung zu stoppen. Der Einzelplan spiegle die Instrumente von vor vier Jahren wider und verahre insofern in der Vergangenheit. Weder würden Maßnahmen gegen die im internationalen Vergleich hohen Strompreise angekündigt, noch werde deutlich, wie die im Rahmen der Kohlekommission angekündigten Vorhaben bezahlt werden sollten. Die FDP-Fraktion will den Solidaritätszuschlag vollumfänglich abschaffen und etwa den Zertifikatehandel ausweiten sowie bei Förderungen Technologieoffenheit garantieren. Die Linksfraktion wiederum erklärte, sie habe sich mehr zu großen Herausforderungen erwartet: Digitalisierung, Strafzölle der US-Amerikaner, zunehmende Kurzarbeit – auf all das seien keine Antworten im Haushaltsentwurf zu finden, sagte der Abgeordnete Klaus Ernst. Man sehe Kleinkram, aber nicht das, was notwendig wäre. Ernst schlug vor, Anreize zum Stärken der Nachfrage zu setzen, Investitionen anzuschubben und das Tempo beim Klimaschutz zu erhöhen. Er erwähnte auch die Lage in der Windenergie-Branche, die dringend verbessert werden müsste. Anja Hajduk (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte ebenfalls, man finde insgesamt keine passenden Antworten auf die Herausforderungen der Wirtschaft in dem Regierungsentwurf des Haushalts. Ihrer Ansicht nach zählten Künstliche Intelligenz und die Klimakrise zu diesen maßgeblichen Herausforderungen, die Veränderungen in der Wirtschaft notwendig machen. In der Klimapolitik erhalte man den Eindruck, es werde gar nichts mehr gemacht. Man müsse ja nicht den Beiträgen der Opposition zustimmen, sagte Hajduk an den Minister gewandt. „Schlagen Sie von mir aus etwas anderes vor, aber schlagen Sie endlich etwas vor.“ *Kristina Pezzi*

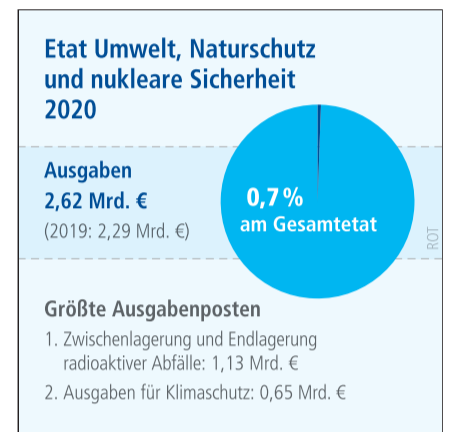
Klimawandel ist die Sorge Nummer eins

UMWELT Kritik an Schwerpunktsetzung im Etat

Der Haushalt des Bundesumweltministeriums soll im Jahr 2020 im Vergleich zum Vorjahr um 14,7 Prozent wachsen. Damit könnte Ministerin Svenja Schulze (SPD) mit Ausgaben in Höhe von 2,62 Milliarden Euro (2019: 2,28 Milliarden Euro) planen. So sieht es der Regierungsentwurf für den Einzelplan 16 (19/11800) vor. Der Klimawandel sei die „Sorge Nummer eins“ für viele Menschen, sagte Schulze in der Debatte über den Etat ihres Hauses. Mit den Ergebnissen des Klimakabinetts, die am 20. September vorliegen sollen, werde die Bundesregierung ihre Versprechen einlösen. „Die Klimaziele ein weiteres Mal zu reißen, können wir uns nicht leisten“, sagte sie. Der Kampf gegen die Erderhitzung müsse deshalb in einem Klimaschutzgesetz festgeschrieben werden, das über einen jährlichen Kontrollmechanismus verfüge. „Es geht nicht um mehr Macht für das Umweltministerium, sondern um mehr Verbindlichkeit für diese und alle nächsten Regierungen“, stellte Schulze klar.

Für die Union betonte Georg Nüßlein (CSU), dass das Thema Klimaschutz über Anreize und nicht über Verbote, Verzicht und höhere Preise besetzt werden müsse. Auch mit Blick auf eine Wasserstoffstrategie, die Potenziale der Kreislaufwirtschaft und alternative Kraftstoffe forderte er „technologieoffene und innovationsorientierte Lösungen“ in einer Gesellschaft, die modern und leistungsfähig bleibe. „Wir müssen begreifen, was es die Gesellschaft und zukünftige Generationen kostet, wenn wir beim Klimaschutz versagen“, sagte der SPD-Abgeordnete Matthias Miersch. Neben den Strukturhilfen brauche es ein Kohleausstiegsgesetz und eine Gesetzgebung, mit der garantiert werde, dass die Ziele im Bereich der erneuerbaren Energien erreicht werden. Miersch forderte, die „organisierte Unverantwortlichkeit“ in der Bundesregierung zu beenden. Sylvia Kotting-Uhl (Bündnis 90/Die Grünen) übte scharfe Kritik an dem Entwurf: „Die Ernsthaftigkeit der Lage müsste sich im Haushalt wiederfinden, tut sie aber nicht“, sagte die Vorsitzende des Umweltausschusses. Die Hälfte der Mittel im Haushalt sei für Altlasten gebunden. Die Ministerin werde mit „leeren Händen“ zum UN-Klimagipfel nach New York reisen. Kritik am Entwurf kam auch von Ulla Ihnen (FDP). Der Haushaltsentwurf lasse keine Trendwende in der Klimapolitik er-

kennen. „Ohne die Information über das kommende Klimapakete beraten wir über einen unvollständigen Haushalt“, kritisierte die Liberale. Das vorgesehene Ausgabenplus flösse nicht etwa in Umwelt- und Naturschutz, sondern liege in den gestiegenen Kosten für die End- und Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle begründet. „Der Umweltaetat 2020 bedeutet nur Stillstand“, monierte Heidrun Bluhm-Förster (Die Linke). Statt Korrekturen fänden sich darin nur kleinteilige Anpassungen und kaum Mutiges. „Wo sind die Vorstellungen des Klimakabinetts in Zahlen gegossen?“, fragte sie Schulze. Sie kritisierte auch, dass der Haushalt bis 2023 von 2,6 Milliarden Euro auf 2,3 Milliarden Euro sinken soll. Martin Hohmann (AfD) kritisierte, dass „Deutschland als hochindustrialisiertes Land keinen sicheren Plan für eine verlässliche Energieversorgung“ habe. Die AfD stehe für einen „sparsamen, verantwortlichen und überlegten Umgang mit den Rohstoffen des Landes“, sagte er.



Der Etat Die geplanten Steigerungen finden sich in unterschiedlichen Programmbudgeten des Entwurfs. Die Mittel für den Umweltschutz sollen auf 184,91 Millionen Euro erhöht werden (2019: 154,01 Mio. Euro). Für den Klimaschutz steigen die Mittel von 540,63 auf 648,38 Millionen Euro. Für die Zwischen- und Endlagerung radioaktiver Abfälle sind Ausgaben in Höhe von 1,13 Milliarden Euro (2019: 983,8 Mio. Euro) vorgesehen. Im Bereich Naturschutz erfährt etwa das Bundesprogramm „Biologische Vielfalt“ ein Plus: 2020 sollen dafür 110,31 Millionen Euro (2019: 95,7 Mio. Euro) ausgegeben werden. *Lisa Brübler*

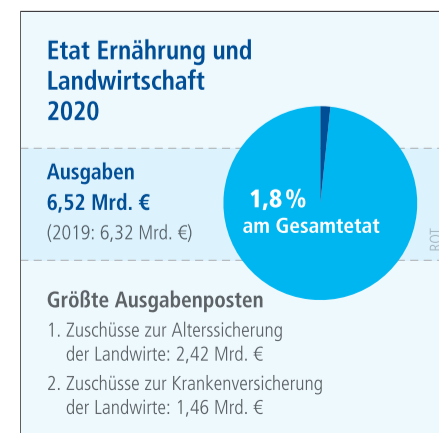
Koalition uneinig beim geplanten Tierwohllabel

LANDWIRTSCHAFT Klöckner präsentiert Rekordhaushalt

Den größten Haushalt in der Geschichte des Agrarministeriums hat Bundesministerin Julia Klöckner (CDU) vergangene Woche bei den Etatberatungen präsentiert. „Das ist ein großer Erfolg, denn die Steuereinnahmen steigen nicht so wie erwartet“, sagte die Ministerin. Sie warnte davor, Landwirte pauschal als Klimasünder, Umweltvergifter und Tierquäler zu stigmatisieren. Sollte die Landwirtschaft sich ändern, müssten die dafür notwendigen Hilfen bereitgestellt werden. Der Gesamtetat des Ministeriums (19/11800, Einzelplan 10) konnte gegenüber dem vergangenen Jahr um 194 Millionen Euro gesteigert werden. Insgesamt 6,518 Milliarden Euro kann die Ministerin im Jahr 2020 ausgeben, gegenüber 6,32 Milliarden Euro in diesem Haushaltsjahr. Mit den Ausgaben für die landwirtschaftliche Sozialpolitik signalisiere der Bund, an der Seite der Landwirtschaft zu stehen, sagte die Ministerin.

Hohe Zuschüsse 2,42 Milliarden Euro aus dem Etat sollen demnach als Zuschüsse zur Alterssicherung von Landwirten dienen. Weitere 1,46 Milliarden Euro sind Zuschüsse zur Krankenversicherung der Landwirte. Insgesamt sind 4,11 Milliarden Euro unter dem Stichwort „Landwirtschaftliche Sozialpolitik“ vorgesehen. Darüber hinaus will der Bund 965 Millionen Euro Fördermittel für die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur

und des Küstenschutzes“ ausgeben. Zusammen mit den zur Kofinanzierung vorgesehenen Mitteln der Bundesländer könne dann von einem Fördervolumen von rund 1,6 Milliarden Euro ausgegangen werden. Für die Bekanntmachung des Tierwohllabels sind 20 Millionen Euro vorgesehen. Das Label soll zu mehr Tierschutz in der Nutztierhaltung beitragen. Als „hochmotiviert“ und „umtriebig“ schätzte die AfD die Arbeit der Ministerin ein. Aber Aktivität ersetze nicht die Effektivität, meinte Wilhelm von Gottberg (AfD). Der Abgeordnete kritisierte, dass das Tierwohllabel sich in eine Vielzahl von Labels einreihe, ohne Fortschritte zu erzielen. Die Sozialdemokraten äußerten sich zum Tierwohllabel ebenfalls skeptisch, jedoch unter anderen Vorzeichen. Matthias Miersch (SPD) sah einen Dissens zwischen den Koalitionspartnern aufkommen. Dass das Label nicht verpflichtend eingeführt werde soll, sei ein Fehler. Wirkungslose Subventionen würden als zusätzliches Geld für den ländlichen Raum umetikettiert, kritisierte Ulla Ihnen (FDP). Auch das unnötige zusätzliche Tierwohllabel gehöre dazu und werde ebenfalls unter dem Aspekt der Förderung des ländlichen Raumes verbucht. Der Haushaltsentwurf stabilisiere lediglich den Status quo, monierte Heidrun Bluhm-Förster (Die Linke). Es gehe nur darum, Fördermittel im ländlichen Raum ohne Ziel zu verteilen. Tobias Lindner (Bündnis 90/Die Grünen) hielt Ministerin Klöckner vor, dass sie niemandem wehtun und es allen recht machen wolle. Das Tierwohllabel sei als freiwilliges Label nach Kriterien, die am Ende niemand verstehe, zum Scheitern verurteilt, sagte Lindner. Gitta Connemann (CDU) forderte die Achtung des Eigentums der Landwirte. Das Aktionsprogramm Insektenschutz des SPD-geführten Umweltministeriums führe durch überzogene Schutzmaßnahmen zur entschädigungslosen Enteignung, wenn Flächen aus der Bewirtschaftung herausgenommen werden sollten. „Es darf keinen Eingriff ohne Ausgleich geben“, forderte die Christdemokratin. *Jan Eisel*



KURZ NOTIERT

Steigende Abführungen an den EU-Haushalt
Die Eigenmittelabführungen des Bundes an den EU-Haushalt sollen von 30,99 Milliarden Euro in diesem Jahr über 37,75 Milliarden Euro im kommenden Jahr auf 45,96 Milliarden Euro im Jahr 2023 steigen. Die Abführungen ab 2021 hängen aber insbesondere von noch zu verhandelnden Mehrjährigen Finanzrahmen der EU 2021-2027 (MFR) ab, führt die Bundesregierung in ihrer Finanzplanung (19/11801) aus. Darin betont die Bundesregierung auch, dass schon durch das geplante, nicht vollzogene Ausscheiden Großbritanniens eine erhebliche finanzielle Mehrbelastung auf Deutschland zukommen werde. „Die Bundesregierung setzt sich daher bei den Verhandlungen für den künftigen MFR dafür ein, mit Augenmaß vorzugehen und weist stets darauf hin, dass nicht alle Wünsche erfüllt werden können“, heißt es in der Unterrichtung.

Parlament entlastet Bundesregierung
Mit Stimmen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen AfD, FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen hat der Bundestag vergangenen Donnerstag die Bundesregierung für das Haushaltsjahr 2017 entlastet. Die Abgeordneten folgten damit ohne Debatte einer Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (19/11229). Der Entscheidung lagen ein Antrag des Bundesfinanzministeriums auf Entlastung (19/3165) sowie die Haushaltsrechnung und Vermögensrechnung des Bundes für das Haushaltsjahr 2017 zu Grunde. Die Bemerkungen des Bundesrechnungshofes zur Haushaltsführung (19/5500, 19/9100) nahmen die Abgeordneten zur Kenntnis. *scr*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

KURZ NOTIERT

Bundespräsidialamt soll zur NS-Vergangenheit forschen

Für den Bundespräsidenten und das Bundespräsidialamt sind im kommenden Jahr Ausgaben in Höhe von 44,7 Millionen Euro vorgesehen. Das sind 2,9 Millionen Euro weniger als das Soll-2019. Der Großteil der Ausgaben im Einzelplan 01 entfällt mit 24,9 Millionen Euro auf das Personal, für sächliche Verwaltungsausgaben sind 12,1 Millionen Euro eingeplant. Für ein Forschungsprojekt „Das Bundespräsidialamt und der Nationalsozialismus“ sollen 2020 erstmals 350.000 Euro zur Verfügung gestellt werden. Für 2020 und 2021 sind jeweils Verpflichtungsermächtigungen in gleicher Höhe vorgesehen.

Etat des Bundestags soll um 31 Millionen Euro steigen

Der Etat des Bundestages (Einzelplan 02) soll 2020 laut Regierungsentwurf um 30,8 Millionen Euro auf etwa 1,022 Milliarden Euro steigen. Wesentliche Ausgabenposten des Einzelplans sind Personalausgaben mit 688,8 Millionen Euro (+11,3 Millionen Euro im Vergleich zum Soll-2019) und sächliche Verwaltungsaufgaben mit 171,5 Millionen Euro (+rund 17 Millionen Euro). Für die Diäten der Abgeordneten sollen im kommenden Jahr 83,5 Millionen Euro ausgegeben werden (Soll-2019: 81,1). Für die Kostenpauschale und Amtsaufwandsentschädigung werden 37,5 Millionen Euro verbucht, rund 0,3 Millionen Euro weniger als in diesem Jahr. Die Aufwendung für Abgeordneten-Mitarbeiter soll von 253,7 auf 257,7 Millionen Euro steigen. Die Zuschüsse an die Fraktionen sind im Entwurf wie in diesem Jahr mit 117,6 Millionen Euro ausgewiesen.

Mehr Geld für die Länderkammer

Laut Regierungsentwurf soll der Bundesrat im kommenden Jahr rund 39,4 Millionen Euro ausgeben können und damit rund zwei Millionen Euro mehr als in diesem Jahr. Für Personalausgaben sind im Einzelplan 03 19,2 Millionen Euro eingeplant (Soll-2019: 18,2). Die sächlichen Verwaltungsausgaben sind mit rund 14 Millionen Euro (Soll-2019: rund 13) verbucht.

Weniger Mittel für das Kanzleramt

Der Etat der Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramts soll im kommenden Jahr geringfügig sinken. Sieht das Soll für 2019 noch Gesamtausgaben in Höhe von 3,24 Milliarden Euro vor, enthält der Haushaltsentwurf für 2020 Ausgaben in Höhe von 3,19 Milliarden Euro. Geringere Ausgaben sind im Einzelplan 04 des Regierungsentwurfes für Investitionen (-82,4 auf 334,7 Millionen Euro) vorgesehen. Die Personalausgaben (+19,67 auf 344,6 Millionen Euro) und die sächlichen Verwaltungsausgaben (+16,5 Millionen auf 1,17 Milliarden Euro) sollen steigen. Der Zuschuss an den Bundesnachrichtendienst soll laut Entwurf leicht von 966,5 in 2019 auf 967,9 Milliarden Euro im kommenden Jahr steigen. Der Etat der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien soll der Planung zufolge um 99,7 Millionen Euro auf 1,6 Milliarden Euro sinken (siehe Seite 6).

Steigender Haushalt des Bundesverfassungsgericht

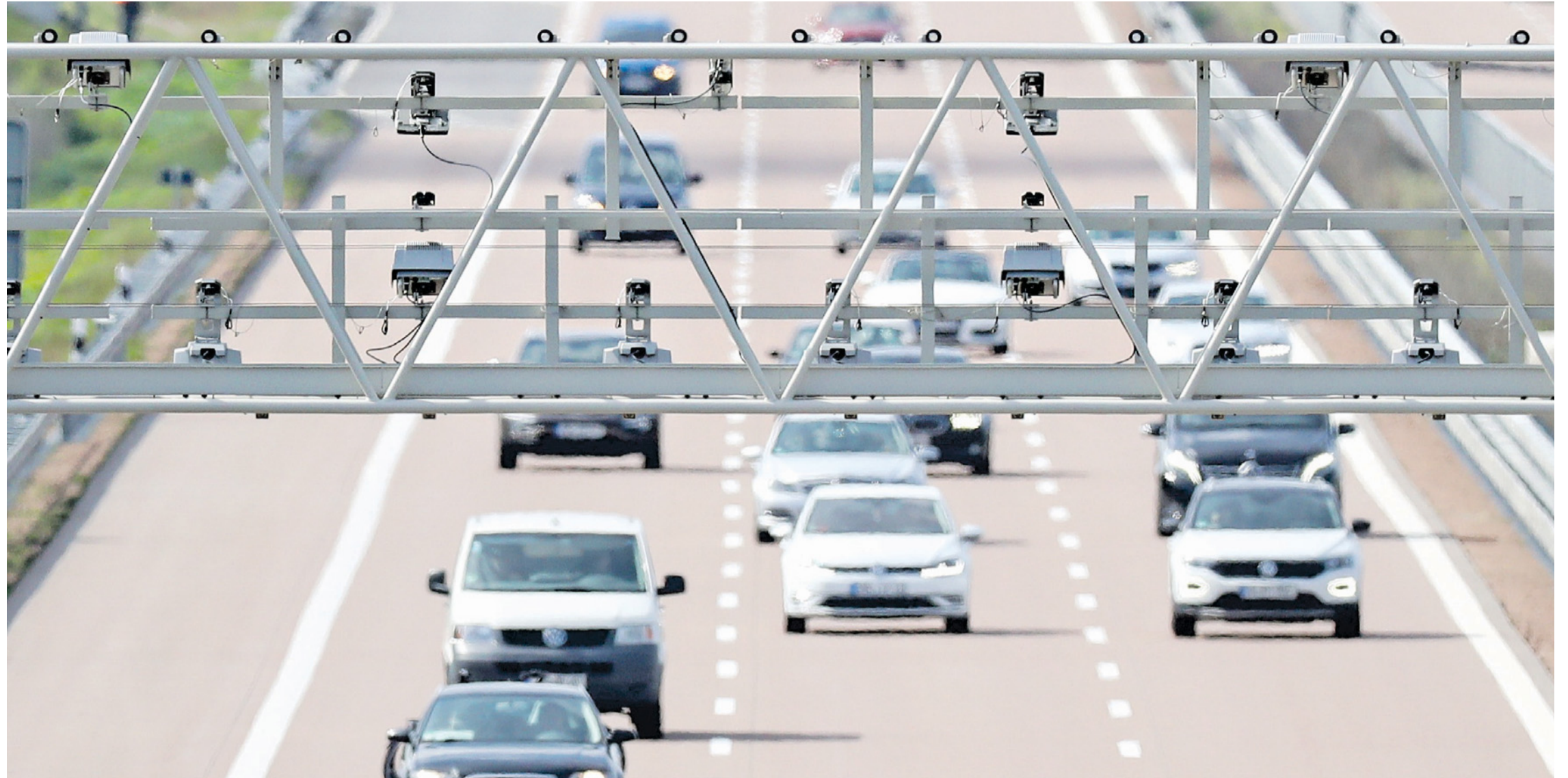
Dem Bundesverfassungsgericht stehen laut Entwurf im kommenden Jahr 35,271 Millionen Euro zur Verfügung und damit 908.000 Euro mehr als im Soll-2019. Auch in diesem Etat sind die Personalausgaben mit 27,8 Millionen Euro (Soll-2019: 27,6) der wesentliche Ausgabenposten. Die sächliche Verwaltungsausgaben sollen 2020 4,5 Millionen Euro (Soll-2019: 4,2) betragen.

Mittelaufwuchs beim Bundesrechnungshof geplant

Laut Haushaltsentwurf sind für den Bundesrechnungshof (Einzelplan 20) im kommenden Jahr mit Ausgaben in Höhe von 163,135 Millionen Euro 1,1 Millionen Euro mehr veranschlagt als für das Soll-2019. Schwerpunkt bilden auch hier die Personalausgaben, die 2020 mit 127,6 Millionen Euro um 0,6 Millionen Euro niedriger ausfallen sollen als 2019.

Zinsausgaben sollen 2020 erneut sinken

Der Bund soll im kommenden Jahr rund 15,4 Milliarden Euro für den Schuldendienst ausgeben. Das sind rund 2,15 Milliarden Euro weniger als im Soll für 2019. Das geht aus dem Einzelplan 32 (Bundschuld) des Haushaltsentwurfes (19/1800) hervor. Damit setzt sich der Trend sinkender Ausgaben für Zinsen fort. Laut Kreditfinanzierungsplan geht die Bundesregierung von einer Bruttokreditaufnahme von 234,1 Milliarden Euro aus (Soll-2019: 185,1). Die Ausgaben zur Tilgung von Krediten sollen 221,7 Milliarden Euro betragen (Soll-2019: 183,1).



Mit der Pkw-Maut wird es vorerst nichts: Der Europäische Gerichtshof kassierte im Juni 2019 das Projekt des Bundesverkehrsministeriums.

© picture-alliance/dpa

Scheuers Mautdesaster

VERKEHR »Tricksen, täuschen und tarnen«: FDP, Linke und Grüne kritisieren Verkehrsminister

Das Mautdesaster verfolgt Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) auch nach der parlamentarischen Sommerpause. In der Debatte zum Haushaltsentwurf des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) vergangenen Donnerstag äußerten Vertreter von FDP, Linksfaktion und Grünen massive Kritik an der verfrühten Auftragsvergabe und beklagten den aus ihrer Sicht fehlenden Aufklärungswillen des BMVI. Die Forderung nach einem Untersuchungsausschuss war gleichwohl nicht zu vernehmen.

»Ein Minister mit Anstand wäre längst zurückgetreten.«

Sven-Christian Kindler (Bündnis 90/Die Grünen)

FDP-Verkehrsexperte Oliver Luksic sagte, Scheuer habe mit Steuergeldern gezockelt, als er trotz warnender Gutachten die Aufträge zur Pkw-Maut-Erhebung noch vor dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) vergeben habe. Statt aber eigene Fehler einzuräumen, würden Vorwürfe gegen die Betreiber ausgepackt. Eine „Kündigung wegen Schlechtleistung“ sei jedoch wenig glaubhaft, wenn seitens des Ministeriums eingeräumt werde, ohne das EuGH-Urteil hätte man auf eine Kündigung verzichtet, sagte Luksic.

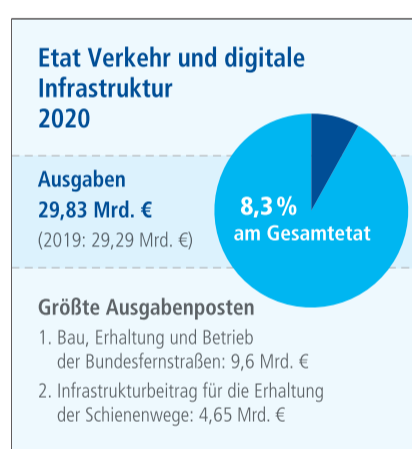
Für Victor Perli (Die Linke) steht der Vorwurf im Raum, Minister Scheuer habe ent-

scheidende Gutachten frisiert, damit der Zuschlag überhaupt an Konzerne gehen konnte, da der Betrieb durch die öffentliche Hand laut Perli günstiger gewesen wäre. »Wenn sich das bestätigen sollte, hat der Minister seinen Amtseid grob verletzt, dann ist das kriminell und ein Fall für die Justiz«, sagte der Linken-Abgeordnete. Sven-Christian Kindler (Grüne) befand, Scheuer habe Kosten versteckt und Risiken ausgelagert und damit den Bundestag sowie die deutsche Öffentlichkeit belogen. Das Motto des Ministers sei, »tricksen, täuschen und tarnen«. Das käme für die Steuerzahler extrem teuer. »Ein Minister mit Anstand wäre längst zurückgetreten«, sagte Kindler.

Scheuer ging in seiner Rede zu Beginn der Debatte mit keinem Wort auf die Pkw-Maut ein. Stattdessen freute er sich über einen »Rekordwert von 17,8 Milliarden Euro für Investitionen und Innovationen«. Insgesamt sollen dem Verkehrsminister 29,38 Milliarden Euro zur Verfügung stehen (19/1800, Einzelplan 12) – ein geringfügiger Aufwuchs im Vergleich zu 2019 (29,29 Milliarden Euro). Die Ausgaben für die Bundesfernstraßen summieren sich auf 10,81 Milliarden Euro (10,8 Milliarden Euro). Für die Bundesschiene sollen 6,81 Milliarden Euro ausgegeben werden können

(5,64 Milliarden Euro), für die Bundeswasserstraßen 1,14 Milliarden Euro (1,26 Milliarden Euro). Für den Bereich Digitale Infrastruktur enthält der Entwurf Ausgaben in Höhe von 1,05 Milliarden Euro (217,74 Millionen Euro). In den flächendeckenden Breitbandausbau sollen 900 Millionen Euro mehr als im Jahr 2019 fließen.

Bündnis für Mobilität Der Verkehrsminister kündigte während der Debatte an, Kommunen und Ländern ein „Bündnis für Mobilität“ anzubieten. Die Bürger würden schließlich nicht nach Zuständigkeiten unterscheiden, sondern forderten eine gute Mobilität, sagte er. Ein weiteres Ziel sei ein modernes Personenbeförderungsmittel. Für die letzte Reform habe es sechs Jahre gebraucht. »Diese Zeit haben wir diesmal nicht«, warnte Scheuer. Es gehe ihm darum, mit dem Haushalt Angebote zu schaffen, und weniger Verbote und Bevormundungen. Mobilität könne nicht verordnen, sagte der Minister. Es sei nicht sein Politikstil, den Bürgern »irgendwelche Fahrzeuge zuzuteilen«. Ein Bekenntnis zur Elektromobilität und anderen alternativen Antriebsformen gab Sören Bartol (SPD) ab. Die Mittel für öffentliche Ladesäulen für E-Autos sollen mindestens verdoppelt werden, sagte er. Außerdem werde die Kaufprämie für Elektrofahrzeuge zu einem sozial gestaffelten Bonus fortentwickelt. Der SPD-Fraktionsvize nannte es richtig, »dass klimaschädliches CO₂ einen Preis bekommt«. Es dürf-



ten aber nicht bestimmte Mobilitätsformen verteuert werden, »ohne dass es eine bezahlbare saubere Alternative gibt«. Bartol kündigte zugleich eine Mehrwertsteuersenkung für Bahntickets und ein Vorgehen gegen Dumpingpreise im Flugverkehr an. Die Auswirkungen des Haushaltsentwurfes für die Bahn nahm Michael Donth (CDU) in den Blick. »Wir stellen die Signale für die Bahn auf Grün«, sagte der Bahnexperte der Unionsfraktion. Ein Mehr von fast 1,2 Milliarden Euro für den Personen- und Güterschieneverkehr belege die richtige Schwerpunktsetzung. Ebenso wie die fast 8,6 Milliarden Euro an Regionalisierungsmitteln, die der Bund an die Länder überweise, damit diese davon den Schienenpersonennahverkehr bezahlen können, sagte Donth.

Ganz anders lautete die Bewertung von Dirk Spaniel (AfD). Die im Haushalt geplante Verteilung von insgesamt 13 Milliarden Euro für die Schiene und zehn Milliarden Euro für die Straße gehe an der Realität vorbei, befand er. Die Mittel müssten dort investiert werden, wo sie den größten Effekt hätten. »Und nicht dort, wo die Umziehungspolitik der Grünen und Linken es gerne sehen würden«, sagte der AfD-Abgeordnete. Für die Deutschen sei das Auto »heute und in absehbarer Zukunft« das wichtigste Verkehrsmittel. Diesem Verkehrsmittel müsse die benötigte Infrastruktur gegeben werden, forderte Spaniel.

Völlig unverständlich aus Sicht von Kindler. »Wie man in Zeiten der Klimakrise neue Autobahnen bauen kann, ist wirklich ein Rätsel«, sagte der Haushaltsexperte der Grünen und forderte ein »Straßenbau-Moratorium für das Klima«. FDP und Linke kritisierten den Verkehrsminister für seinen Umgang mit der Deutschen Bahn AG (DB AG) – wengleich aus völlig unterschiedlichen Gesichtspunkten. FDP-Mann Luksic warf Scheuer vor, die DB AG »noch mehr« zu einem Staatskonzern machen zu wollen. Es sei ein Fehler, »die einzige Aktiengesellschaft der Welt schaffen zu wollen, die keine Gewinne machen soll«. Perli verlangte hingegen: »Die DB AG muss vollständig in die öffentliche Hand.« Die Bahnpreise müssten »unschlagbar günstig« werden, damit es eine Bürgerbahn gebe, die Deutschland so dringend brauche.

Götz Hausding |

Weniger Geld für Wohnprojekte

BAU Die Regierung lobt ihr Programm, die Opposition sieht Soziales im Nachteil

Für den Bereich Bauen und Wohnen plant die Bundesregierung 2020 Mittel in Höhe von 3,35 Milliarden Euro ein und damit weniger als im laufenden Jahr (4,19 Milliarden Euro). Der Rückgang dürfte maßgeblich mit der Neuregelung beim Sozialen Wohnungsbau zusammenhängen – ein Umstand, den die Opposition bei den Haushaltsberatungen zwar kritisierte. Insgesamt aber zeigte die Debatte im Bundestag am Donnerstag, dass das Thema an Emotionalität verloren hat und wenig Raum einnahm innerhalb der Aussprache über den geplanten Innen-Etat (siehe Seite 7) des zuständigen Ministers Horst Seehofer (CSU).

Seehofer verwies auf die bisherige Anzahl von Anträgen für das Baukindergeld – etwa 120.000 –, eine Städtebauförderung »auf Rekordniveau«, die Erhöhungen beim Wohngeld, die Einführung steuerlicher Sonderabschreibungen für den Wohnungsbau und eine Grundgesetzänderung, die dem Bund den Wiedereinstieg in den Sozialwohnungsbau ermöglicht. Zusammengefasst seien diese von der Bundesregierung geplanten oder angestoßenen Maßnahmen ein »Wohnungsbauprogramm, wie es das in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland noch nicht gab«, erklärte der Minister. Vom Koalitionspartner SPD kam

verhaltene Zustimmung. Der Abgeordnete Sören Bartol erklärte, man habe im Wohnbereich mehr erreicht, als im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Er erwähnte dabei auch die neuen Richtlinien beim Umgang mit bundeseigenen Liegenschaften, die »einer 180-Grad-Wende« gleichkämen. Eine der anstehenden Herausforderungen sei, mit der kommenden Baugesetzbuch-Novelle Spekulationen mit Grund und Boden möglichst zu verhindern.

Kritik an Schwerpunktsetzung Diese Positionen teilten nicht alle Abgeordneten im Plenum. So konstatierte Victor Perli (Die Linke) eine Mittelkürzung beim Sozialwohnungsbau. Dies wirke wie aus der Zeit gefallen, sagte der Abgeordnete. Es reiche nicht, den Status quo zu halten, man brauche angesichts der auch in kleineren Städten stark steigenden Preise mehr bezahlbare Wohnungen. Die FDP-Fraktion nahm sich das Baukindergeld vor. Der Abgeordnete Stefan Rupert verwies auf eine Antwort des Ministeriums, laut der die Maßnahme nicht fortgeführt werden soll. »Mehr Eingeständnis eines Misserfolgs einer nicht-steuern Stresubvention« gebe es nicht. Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kritisierte Stefan Schmidt das Baukindergeld als

Gießkanne, die nicht das Problem eines überhitzten Wohnungsmarktes löse. Statt ausgerechnet beim sozialen Wohnungsbau zu kürzen, solle man lieber auf eine neue Wohngemeinnützigkeit setzen, fügte er hinzu. Die AfD-Fraktion äußerte sich nicht zu diesem Thema. 2,5 Milliarden Euro der Mittel sollen investiert werden (2019: 3,44 Milliarden Euro). Die Wohngeld-Ausgaben belaufen sich dabei auf 600 Millionen Euro (2019: 510 Millionen Euro). Für das Baukindergeld sind 861,35 Millionen Euro vorgesehen (2019: 570 Millionen Euro). Eine Milliarde Euro sollen die Länder für den sozialen Wohnungsbau einsetzen können; sie ersetzen die bisherigen unverbindlichen Kompensationszahlungen (2019: 1,52 Milliarden Euro). Für die Städtebauförderung plant die Regierung eine Milliarde Euro ein (2019: 899,75 Millionen Euro) und für die nationale Stadtentwicklungspolitik 20,9 Millionen Euro (2019: 9,5 Millionen Euro)

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Anzeige

So arbeitet die Bundesregierung

»Ohne Zweifel liegen die Stärken des Buches in den praxisorientierten Darstellungen, allen voran der Funktionen des Bundeskanzleramtes, die anhand der Beziehungen zum Bundeskanzler, zum Kabinett, den anderen Bundesorganen oder im sonstigen Außenverhältnis erläutert werden.«

Janek Löbel, ZG 2017, 283-284, zur Vorauslage

Bundeskanzleramt und Bundesregierung

Handbuch für Wissenschaft und Praxis
Mit einem Vorwort von Angela Merkel

7. Auflage

Nomos

Mit einem Vorwort von Angela Merkel

7., überarbeitete und aktualisierte Auflage 2019, 471 S., brosch., 58,- €
ISBN 978-3-8487-5863-0
nomos-shop.de/41609

Nomos eLibrary Unser Wissenschaftsprogramm ist auch online verfügbar www.nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Nomos

Manchmal landet man als Minister nach einer Talkshow auch im Krankenhaus. So erging es zumindest Anfang des Jahres Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD). In einer TV-Diskussionsrunde traf er auf die Reinigungskraft Susanne Holtkotte, diskutierte mit ihr über niedrige Renten und gerechte Löhne. Und landete schließlich in der Bettenzentrale des Krankenhauses, in dem Holtkotte arbeitet. „Das ist ein harter Job und jeder weiß: Das ist eine ganz wichtige Arbeit“, berichtete der Minister vergangene Woche, als der Haushalt seines Ministeriums beraten wurde. Aber dennoch werde Frau Holtkotte, wenn sie in 18 Jahren nach 41 Berufsjahren in Rente geht, nach derzeitiger Rechtslage nur eine Rente von 715 Euro bekommen. „Susanne Holtkotte ist das klassische Beispiel dafür, dass wir endlich die Grundrente in Deutschland durchsetzen müssen“, betonte Heil. Mit ihr sollen niedrige Renten über das Niveau der Grundsicherung angehoben werden. Wieder einmal dominierte das Thema Rente die Beratungen über den Haushalt des



Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Und das ist nicht verwunderlich: Denn von den insgesamt veranschlagten Ausgaben von rund 148 Milliarden Euro für 2020 gehen allein 109 Milliarden Euro auf das Konto von Rentenausgaben. Sie bleiben mit Abstand der größte Posten und der stetige Anstieg der Rentenkosten begründet im Wesentlichen auch den Anstieg des Gesamtetats um rund drei Milliarden Euro im Vergleich zu 2019.

Der Druck steigt erst noch Doch dem Minister machen diese Zahlen offensichtlich keine Angst. „Es geht um die Frage, ob wir das Kernversprechen der Sozialen Marktwirtschaft erneuern, Wohlstand nicht nur für wenige, sondern für viele zu sichern“, sagte er. Man könne und müsse in dieses Versprechen investieren. Nochmals betonte Heil, dass er eine Bedürftigkeitsprüfung bei der Grundrente ablehne, da diese keine Fürsorgeleistung sei. Ekin Deligöz, Haushaltsexpertin der Grünen, bereitete die Ausgaben dennoch Sorgen. „Laut Planung werden die Rentenkosten bis 2023 um 15 Milliarden Euro jährlich steigen. Aber erst dann kommt der richtige Druck auf dieses System und darauf haben Sie gar keine Antwort. Und wenn Sie jetzt von der doppelten Halteli-



Ein harter Job

ARBEIT UND SOZIALES Minister Heil verteidigt seine Grundrenten-Pläne als Teil des Sozialstaatsversprechens. Die Opposition kritisiert dennoch Ideenlosigkeit

Minister Hubertus Heil (SPD) mit der Reinigungskraft Susanne Holtkotte in der Bettenzentrale einer Bochumer Klinik.

nie reden, dann ist das doch nur ein PR-Gag“, ärgerte sich Deligöz. Dabei wisse die Regierung jetzt schon, dass die Demografiereserve viel zu niedrig sei und dass deutlich mehr getan werden müsse, um die Beiträge ab 2024 zu stabilisieren. Auch Johannes Vogel (FDP) wurde angesichts der Ausgaben sehr mulmig zumute: In Bezug auf die Grundrente warf er dem Minister vor: „Sie wollen das Geld mit der Gießkanne ausgeben.“ Dabei hätte nun schon die dritte Studie ergeben, wie „krass ungenau“ das Modell sei. „Es geht an den wirklich von Altersarmut betroffenen Menschen vorbei“, sagte er. Das sah Kerstin Tack (SPD) vollkommen anders, die mehrmals von „Frechheit“ sprach, um die Rede Vogels zu beschreiben. Es sei eine Frechheit, zu behaupten, dass 90 Prozent der Menschen in Deutschland so gut abgesichert seien, dass sie einer Aufstockung und Anerkennung ihrer Le-

bensleistung nicht bedürfen. „Das ist eine Klatsche für die vielen Frauen, die von unserem Grundrentenmodell profitieren“, erwiderte sie. Die Kritik von der Linken setzte an einem anderen Punkt an. Gesine Löttsch, Haushaltspolitiklerin der Fraktion, stellte fest, dass sich in den vergangenen 12 Jahren die Zahl der von Altersarmut betroffenen Menschen verdoppelt habe. Im Osten der Republik arbeite jeder dritte Beschäftigte zum Niedriglohn. „Da ist Altersarmut vorprogrammiert, diese Menschen fühlen sich nicht nur abgehängt, sie sind es auch“, sagte Löttsch und forderte: „Deshalb muss der Mindestlohn auf 12 Euro je Stunde angehoben werden.“

Zeichen der Zeit Uwe Witt (AfD) kritisierte die Regierung vor allem wegen ihrer Arbeitsmarktpolitik: „Sie doktern an einem maroden System herum und setzen auf

vielfach gescheiterte Projekte.“ Dabei stünden die „Zeichen auf Sturm“, hunderttausende Arbeitsplätze seien bedroht, „aber Herr Heil macht Sandkastenspiele mit einem sozialen Arbeitsmarkt“, sagte Witt. Darauf, dass wegen der drohenden Rezession die Einnahmen der Sozialkassen sinken und die Ausgaben steigen würden, liefere der Haushalt keine Antworten. „Sie verkennen die Zeichen der Zeit“, warnte er. Hermann Gröhe (CDU) entgegnete: „Deutschland ist ein leistungsstarker Sozialstaat. Wer dies als marodes System diffamiert, will mit schäbiger Absicht Angst schüren.“ Er appellierte gleichzeitig, alles zu unterlassen, was die Wirtschafts- und Innovationskraft Deutschlands und die Chancen kommender Generationen gefährdet. Ein unbezahlbares „Wünsch-Dir-Was“ schade letztlich dem Sozialstaat, warnte er – ob er dabei die Grundrente im Blick hatte, blieb offen. *Claudia Heine*

Streit um Prioritäten

BILDUNG Die Ausgaben sinken leicht

Der Etat für Bildung und Forschung sinkt im kommenden Jahr leicht von 18,3 Milliarden auf 18,2 Milliarden Euro. Dennoch lobten die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Anja Karliczek (CDU), sowie die Redner der Koalitionsfraktionen den Haushaltsentwurf. Man setze die „richtigen Prioritäten“, sagte die Ministerin in der Debatte über den Haushalt ihres Ministeriums in der vergangenen Woche. Die Opposition sparte dafür nicht mit Kritik: Götz Frömming (AfD) sprach von einem Haushaltsentwurf nahe am „Verfassungsbruch“, Katja Suding (FDP) warf Karliczek eine „Kapitulationserklärung als Ministerin“ vor, Gesine Löttsch (Die Linke) warnte vor dem Kollaps des Bildungssystems und Kai Gehring (Grüne) nannte die Pläne „zukunftsvergessen“. Bundesministerin Karliczek setzte dem entgegen: „Wir investieren in Bildung und Forschung, wir investieren in die Menschen in diesem Land.“ Gute Aus- und Weiterbildung, eine hohe Forschungs- und Innovationskraft würden für das Land entscheidend bleiben. Als Beispiele nannte sie neben dem Digitalpakt Schule auch die steuerliche Forschungsförderung, die insbesondere den Mittelstand stärken soll. Die höchsten Ausgaben sind für die Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschafts- und Innovationssystems mit rund 7,05 Milliarden Euro eingeplant. Für Forschung für Innovationen und Hightech-Strategie sind rund 7,02 Milliarden Euro veranschlagt. Die Ausgaben für die Leistungsfähigkeit des Bildungswesens und die Nachwuchsförderung sinken auf rund 4,45 Milliarden Euro. Darin enthalten sind auch die leicht gesunkenen Kosten für das Bafög (2,28 Milliarden Euro).

Tankred Schipanski (CDU) hob hervor, die OECD bescheinige Deutschland, dass es nach vielen Anstrengungen in der MINT-Bildung, also in Mathematik, Naturwissenschaften und Technik, besonders gut sei. Auch der Haushaltspolitiker Swen Schulz (SPD) verteidigte den Entwurf. Er rechnete vor, dass das Minus von 69 Millionen Euro gegenüber dem laufenden Jahr nur auf den ersten Blick ein Minus sei. Die größte Veränderung sei der verabschiedungsgemäße Wegfall der Kompensationsmittel Föderalismusreform für die Bundesländer – nämlich 715 Millionen. Das bedeute unter dem Strich, dass das Ministerium rund 650 Millionen Euro mehr zur Verfügung habe. Götz Frömming kritisierte, der Bund würde immer tiefer in Kernbereiche der Länder eindringen. Er warf der Bundesregierung vor: „Beim Digitalpakt oder auch durch den Einstieg des Bundes in die Grundfinanzierung der Hochschulen bewegen Sie sich am Rande des Verfassungsbruchs.“ Die FDP-Politikerin Suding monierte, dass beim Hochschulpakt das Geld mit der Gießkanne ausgeschüttet werde, da die Mittel pro Kopf verteilt würden. Das sei ein Anreiz für die Hochschulen, auf Masse statt auf Qualität zu setzen, kritisierte sie. Kai Gehring von den Grünen forderte einen Investitionsmotor für Bildung und Forschung. Infrastrukturen müssten modernisiert werden: „Schulen müssen bundesweit Kathedralen des Wissens sein.“ Die Haushaltsexpertin der Linken, Gesine Löttsch, sagte: „Die Koalition hat ihr Schicksal an die Schwarze Null gekettet, das ist fatal.“ Sie fügte hinzu: „Wer heute nicht in die Bildung der Jugend investiert, der verspielt die Zukunft der nächsten Generation.“ *Annette Röllmann*

Kritik an Leuchttürmen

KULTUR Grünters' Etat soll 1,82 Milliarden Euro umfassen

Der Regierungsentwurf für den Etat von Kulturstaaatsministerin Monika Grütters (CDU) im kommenden Jahr liegt mit 1,82 Milliarden Euro zwar leicht unter dem von 2019. Aber in den vergangenen Jahren hatte die Haushälter des Bundestages den Kulturetats stets erhöht. Grütters wies denn in der Aussprache über den Kanzleretat, zu dem ihr Ressort gehört, darauf hin, dass der Kulturhaushalt seit ihrem Amtsantritt 2013 um gut 50 Prozent gestiegen sei. Kritik wurde trotzdem laut am Regierungsentwurf – selbst aus den Reihen des Koalitionspartners. Die SPD-Kulturpolitikerin Katrin Budde monierte, dass die Mittel für die Bundesstiftung Aufarbeitung um eine Million Euro gekürzt werden sollen. Angesichts des 30-jährigen Jubiläums der friedlichen Revolution in der DDR sei dies „unverständlich“. Zudem mahnte sie an, nicht nur die „Leuchttürme der Kultur“ zu fördern, sondern auch die Kultur in der Fläche. Es wäre schön, ein neues Museum der Moderne zu errichten, aber wenn dies zu Lasten von Projekten in der Breite ginge,

dann müsse über eine Begrenzung der Ausgaben nachgedacht werden. So argumentierten auch die kulturpolitischen Sprecher der Linken, Simone Barrientos, und der Grünen, Erhard Grundl. Kultur sei „kein elitäres Projekt“ mahnte Barrientos. Von „ein paar Leuchttürmen in Metropolen“ profitierten nur wenige Menschen. Grundl kritisierte, der Kulturhaushalt ignoriere die Sanierungsbedürftigkeit von 600 soziokulturellen Zentren in Deutschland, gleichzeitig würden Mittel für den Neubau der Garnisonkirche in Potsdam um weitere sechs Millionen Euro erhöht. In eine ganz andere Richtung zielte die AfD-Fraktion. Der Kulturhaushalt finanziere auch Vereinigungen, deren „einzigz Daseinszweck“ es sei, „Propaganda und Hetze gegen die AfD“ zu verbreiten, sagte deren kulturpolitischer Sprecher Marc Jongen. Dies führe zu einer scharfen Gegenrede des SPD-Haushalters Johannes Kahs. Jongens Rede und Vokabular zeige, dass die AfD nicht verstehe, was eine offene und plurale Gesellschaft ausmache. *Alexander Weinlein*

Feuerwerk an Gesetzentwürfen

GESUNDHEIT Opposition fordert grundsätzlich neue Weichenstellung. Etat für 2020 soll nur leicht ansteigen

Wenn es für Politiker Fleißkärtchen gäbe, würde Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) sicher eins bekommen. Seit seinem Amtsantritt hat er im Schnitt jeden Monat einen Gesetzentwurf vorgelegt, das klingt rekordverdächtig. „In 18 Monaten 18 Gesetzentwürfe“, verkündete Spahn am Freitag bei der Einbringung des Gesundheitshaushalts (19/11800) für 2020. Spahn sagte, es gehe auch in der Gesundheitspolitik um die Frage, ob der Staat funktioniere und seine Versprechen einhalte. Er räumte ein, dass es nach wie vor einen Vertrauensverlust gebe. So seien Pflegekräfte mitunter frustriert von ihren Arbeitsbedingungen. Zugleich erinnerte er an die Finanzierung von zusätzlich 13.000 Stellen in der Altenpflege sowie die verbesserte Pflege in den Krankenhäusern. Zudem bemühe er sich darum, Pflegefachkräfte aus dem Ausland anzuwerben, beispielsweise in Mexiko. Schrittweise kämen so die Verbesserungen im Alltag an. Auf der aktuellen Agenda stehen aktualisierte Berufsausbildungen bei Psychotherapeuten, in der Geburtshilfe, der Anästhesie und bei pharmazeutisch-technischen Assistenten. Als weitere Vorhaben nannte der Minister das Implantateregister und das digitale Versorgungsgesetz. Zudem wolle er die Apotheken stärken durch die Finanzierung zusätzlicher Dienstleistungen. Ferner werde ein verpflichtender Impfschutz gegen Masern diskutiert. Die Ausrottung dieser Krankheit dürfe nicht an Deutschland

scheitern. Spahn sagte: „Wir versprechen nicht das Blaue vom Himmel, sondern packen solide an.“

Aktionismus Die Opposition stellt die Betriebsamkeit Spahns nicht infrage, findet manche Reform auch unterstützenswert, sieht aber Handlungsbedarf, um die Versorgung im demografischen Wandel widerterfest zu machen. Axel Gehrke (AfD) kritisierte, im Haushaltsplan für 2020 seien überhaupt keine neuen Ansätze abzulesen. Es gehe einfach alles so weiter, trotz des „hyperkinetischen Aktionismus“ von Spahn. Die Umlagefinanzierung werde durch das zunehmende Missverhältnis zwischen zu Versorgenden und Beitragszahlern infrage gestellt. Das könne das Gesundheitssystem nicht dauerhaft überleben. Die Frage sei auch, was von den vielen Änderungen bei den Bürgern überhaupt ankomme. So liefen die Reformen, etwa in der Pflege, oftmals nur auf mehr Bürokratie hinaus. Gesine Löttsch (Linke) beklagte, Gesundheitsleistungen würden zunehmend als rein ökonomische Größe angesehen, Gesundheit dürfe aber keine Ware sein. Der wirtschaftliche Druck habe mit der Einführung der Fallpauschalen begonnen, seither werde jede Krankheit als Produkt begriffen. Beteiligungsunternehmen kauften Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen auf, um Rendite zu erzielen. Behandlungen wie die künstliche Beatmung seien heute ein Milliardengeschäft. Patienten so lange wie möglich an Maschinen zu halten, bringe mehr Geld. Auch werde in Deutschland auffällig oft operiert. Löttsch betonte: „Da stimmt doch etwas nicht.“ Sie forderte eine solidarische Gesundheitsreform. Maria Klein-Schmeink (Grüne) fügte hinzu, es gebe eine Vertrauenskrise in Gesund-

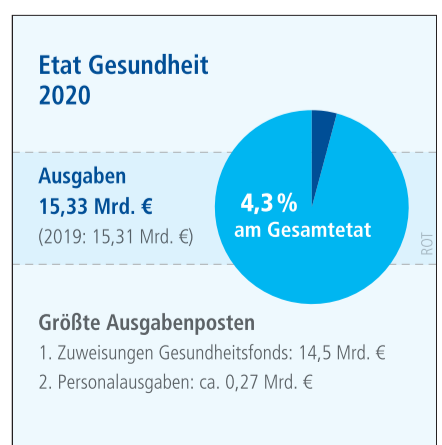
heit und Pflege. Menschen hätten Angst, ob in allen Regionen des Landes die medizinische Versorgung noch gewährleistet sei. Auch angesichts des Fachkräftemangels seien tragfähige Lösungen nötig, ein Feuerwerk an Gesetzentwürfen reiche nicht aus, wenn damit nur „Mehr vom Gleichen“ geschaffen werde, statt neue Versorgungsstrukturen zu etablieren. Die Grünen-Politikerin betonte: „Wir müssen in die Versorgung von Morgen investieren.“ Der Mut zu entscheidenden Reformen fehle.

Herausforderungen Die SPD-Abgeordnete Sabine Dittmar sagte, die Gesundheitspolitik arbeite auf Hochtouren, das könne niemandem verborgen geblieben sein. Allein die Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung der Krankenversicherungsbeiträge entlaste Bürger um sieben Milliarden Euro. Auch in der Pflege sei viel angestoßen worden für Pflegebedürftige und pflegende Angehörige. Die Herausforderungen seien allerdings nach wie vor immens, fügte Dittmar hinzu. Allen sei klar, dass die nötigen Leistungsverbesserungen

in der Pflege nicht zum Nulltarif zu haben seien. Die Eigenanteile in Pflegeheimen stiegen stetig, hier müsse es eine Begrenzung geben und eine Weiterentwicklung zur Pflegebürgerversicherung. Auch für die sogenannte Doppelverbeitragung der Betriebsrentner müsse zügig eine Lösung vorgelegt werden.

Kostenbremse Karsten Klein (FDP) hinterfragte die Gesetzgebung „im Monatsakt“. Dies sei nicht notwendigerweise ein Qualitätsmerkmal für Regierungshandeln. Seine Fraktion unterstütze jedoch einige Positionen im Haushalt 2020, etwa die Ansätze für die internationale Gesundheitspolitik, die private Pflegevorsorge oder die Digitalisierung. Er forderte, auf die Kostenbremse zu treten, um höhere Beiträge zu verhindern.

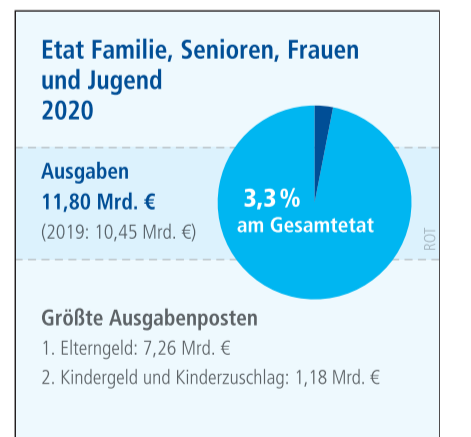
Lothar Riebsamen (CDU) wies darauf hin, dass die Zusatzbeiträge zuletzt stabil geblieben seien. Auch in der Pflege gehe es voran, das Geld sei dort gut investiert. Gleichwohl gebe es noch Reformbedarf in der Tagespflege und Kurzzeitpflege. Familien könnten pflegebedürftige Angehörige nicht dauerhaft ganz alleine betreuen. Daher sollten die Rahmenbedingungen hier verbessert werden. Der Gesundheitsetat 2020 soll um rund 20 Millionen auf rund 15,33 Milliarden Euro ansteigen. Der größte Ausgabenposten entfällt auf den Bundeszuschuss an den Gesundheitsfonds, der seit 2017 bei 14,5 Milliarden Euro festgeschrieben ist. Über Steuergelder finanziert werden damit die Aufwendungen der Krankenkassen für gesamtgesellschaftliche Aufgaben, also beispielsweise die beitragsfreie Familienversicherung von Kindern und Ehepartnern sowie Leistungen für Mutterschaft und Schwangerschaft. *Claus Peter Kosfeld*



Zuwachs im Portemonnaie

FAMILIE Giffey will Ganztagsbetreuung von Grundschulern

Knapp zwölf Milliarden Euro soll Franziska Giffey (SPD) im kommenden Jahr ausgeben können: So groß war der Etat des Familienministeriums noch nie. In den Beratungen zum Einzelplan 17 am vergangenen Donnerstag sagte Giffey, neun Milliarden Euro gingen „direkt in die Portemonnaies der Familien“. Durch den Ausbau von Bildungs- und Teilhabeleistungen würden vor allem Eltern mit geringeren Einkommen unterstützt. Bis 2022 stelle der Bund 5,5 Milliarden Euro für „mehr Qualität und weniger Gebühren“ in den Kitas zur Verfügung. Ein weiteres wichtiges Projekt der Koalition sei es, einen Anspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule zu schaffen. Marcus Weinberg (CDU) betonte, die Union setze explizit einen Schwerpunkt beim Thema Kinderschutz; daher sei es gut, dass für den Bereich der frühen Hilfen 51 Millionen Euro eingeplant seien. Es wäre aber gut, diesen Betrag noch zu erhöhen. Weinberg kritisierte, dass beim Bundesfreiwilligendienst Kürzungen vorgesehen seien: Hier werde man nacharbeiten. Die SPD-Abgeordnete Svenja Stadler sagte, ein wichtiges Thema für die Zukunft sei die Gleichstellung: Dafür brauche es sowohl ein Institut, um das Thema in die Gesellschaft zu tragen, als auch eine konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention und damit einhergehend eine unabhängige Monitoringstelle. Eine falsche Ausrichtung der Familienpolitik attestiere Volker Münz (AfD) der Großen Koalition. Sie werde ihrem eigenen Ziel nicht gerecht, Menschen die Entscheidung für Kinder und Familie zu erleichtern. Das Elterngeld solle bis ins dritte Lebensjahr ausgeweitet werden. Die FDP-Familienpolitikerin Nicole Bauer warf Giffey vor, sie betreibe mit klangvol-



len Gesetzesnamen „Augenwischerei“. Sie habe für ihre Vorhaben keinerlei Konzepte und lasse die Bereitschaft zur Korrektur vermissen. Statt einer Verbesserung der Kita-Qualität gebe es Gebührenfreiheit, die Gelder für den Ausbau der Kita-Plätze würden nicht abgerufen. Gesine Löttsch (Linke) bemängelte, dass das Familienministerium „nur“ knapp zwölf Milliarden Euro bekommen soll, während 50 Milliarden Euro für Rüstung und Militär geplant seien; dies sei „ein großes Missverhältnis“. Die Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg hätten bewiesen, wie wichtig die Demokratieförderung sei. Das Geld dafür werde aber von 107,5 Millionen Euro im kommenden Jahr auf nur noch 30,5 Millionen Euro im Jahr 2023 gekürzt; dies sei „nicht hinnehmbar“. Die Grünen-Abgeordnete Ekin Deligöz warnte Giffey davor, zu viel zu versprechen. Beim geplanten Betreuungsanspruch für Grundschulter wisse noch niemand, wie dieser aussehen werde; die Bund-Länder-Verhandlungen lasse Giffey zur „Pokerrunde“ verkommen“. *Susanne Kailitz*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Demonstranten tragen 2017 in Kassel Fotos von Opfern des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU). Die rechtsterroristische Mordserie kostete zehn Menschen das Leben.

© picture-alliance/Sven Pförtner/rdpa

Gefährdungslage »hoch«

INNERES Bundeskriminalamt und Verfassungsschutz sollen beim Kampf gegen Bedrohungen von rechts gestärkt werden

Am Ende seiner Rede zum Etat 2020 des Bundesministeriums des Inneren, für Bau und Heimat dankte dessen Chef Horst Seehofer (CSU) vergangene Woche im Bundestag vorsorglich schon mal vorab den Mitgliedern des Haushaltsausschusses in der Erwartung, dass sie ihn bei ihren Beratungen „in den nächsten Wochen wahrscheinlich wieder sehr barmherzig behandeln werden“. Worauf sich diese Hoffnung besonders beziehen dürfte, hatte er schon zuvor deutlich gemacht, als er auf eine „Gefährdungslage“ verwies, die für die anstehenden Haushaltsberatungen „von höchster Bedeutung“ sei, nämlich die Bedrohung durch den Rechtsextremismus und -terrorismus. Sie werde jetzt neben der weiterhin hohen Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus ebenfalls als „hoch“ eingestuft und erfordere „höchste Aufmerksamkeit“, sagte Seehofer. Deshalb würden das Bundeskriminalamt (BKA) und das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) mit neuen Einheiten ausgestattet, „die sich speziell auf diesen Komplex konzentrieren“, fügte der Minister hinzu und bat

„jetzt schon darum, uns im Rahmen der Haushaltsberatungen auch die dafür notwendigen Mittelausstattung, insbesondere die Planstellen, zur Verfügung zu stellen“. Dabei gehe es nicht um zehn oder 30 Planstellen, „sondern da geht es in die Hunderte“, stellte der Ressortchef klar. Diese seien notwendig, „wenn wir eine wirksame Abwehr der Gefahr durch den Rechtsextremismus und den Rechtsterrorismus in unserem Lande wollen“. Beim Thema Migration zeigte sich der Minister zuversichtlich, dass der im Koalitionsvertrag vereinbarte Korridor von jährlich 180.000 bis 220.000 Zuwanderern bis Ende 2019 nicht überschritten wird. Es gebe jetzt im zweiten Jahr in Folge einen deutlichen Rückgang der Zahl der Asylantträge, sagte er, und „mit höchster Wahrscheinlichkeit“ werde Deutschland am Ende des Jahres bei den Zuwanderungszahlen weit unter dem in der Koalition vereinbarten Korridor liegen. Zugleich mahnte Seehofer eine gemeinsame europäische Asylpolitik an. „Der Migrationsdruck von allen Seiten“ sei nach wie vor hoch. Dies könnten nur die Europäer gemeinsam lösen. Bei der Seenotrettung im Mittelmeer setzt Seehofer insbesondere auf

die Zusammenarbeit mit Frankreich, Italien und Malta. Mit ihnen und Deutschland werde Anfang kommender Woche eine Konferenz unter der Präsidentschaft Finnlands stattfinden, um einen Vorschlag für den EU-Rat zu erarbeiten. Dabei liege die Schwierigkeit darin, Menschen vor dem Ertrinken zu retten, ohne Anreize für Schleuserbanden zu etablieren. Gottfried Curio (AfD) kritisierte, es gebe nach wie vor „massenhaft illegale Migration“ aus Afrika und islamischen Ländern. „Was wir brauchen, ist Rückführung“, sagte er. Die Maßnahmen des Bundesinnenministeriums lösten die Probleme dagegen nicht. Vielmehr erzeuge erst „der europäische Aufnahmeanreiz“ Migration und erhebliche Kosten hierzulande. Diese „Anstiftung zur Migration“ sei humanitär wie finanziell der falsche Weg, fügte Curio hinzu. „Hundertmal effektiver“ wäre Hilfe vor Ort. Konstantin Kuhle (FDP) begrüßte, dass es mehr Stellen bei den Sicherheitsbehörden des Bundes gebe. Gebraucht werde ein „neuer Fokus“ auf die Bekämpfung des Rechtsextremismus beim BKA und beim Bundesamt für Verfassungsschutz, wofür

Seehofer auch die Unterstützung der FDP habe. Notwendig sei aber auch eine Reform der inneren Sicherheit im Bereich des Föderalismus. Kein Mensch habe Verständnis dafür, wenn nach dem Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke weiter 16 Landesämter für Verfassungsschutz bestehen. André Hahn (Linke) sagte, der Mord an Lübcke habe gezeigt, „dass rechte Gewalt schon längst nicht mehr ein Thema ist, das vor allem Minderheiten betrifft“. Um Rechtsextremismus und -terrorismus zu begegnen, brauche man aber keine neuen Planstellen bei Verfassungsschutz, Bundespolizei oder BKA, „zumal schon jetzt von den bestehenden Dienstposten Tausende gar nicht besetzt werden können“. Seehofer betreibe „reinen Aktionismus“, Irene Mihalic (Grüne) nannte es demgegenüber „gut, dass der Blick endlich geschärft wird für das vernetzte Vorgehen der rechten Szene“. Ihre Fraktion erkenne ausdrücklich an, dass sich beim BKA sowie beim Verfassungsschutz „ein neues Denken in diesem Bereich etabliert: weg von der Einzeläterifizierung und hin zur Aufklärung der Zusammenhänge“. Dieser Perspektivwechsel



- Größte Ausgabenposten**
1. Innere Sicherheit: ca. 6,4 Mrd. €
 2. Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung: ca. 3,6 Mrd. €

sen“, wie etwa der Rückgang der Zahl der Wohnungseinbrüche zeige. Auch Mathias Middelberg (CDU) attestierte der Koalition eine erfolgreiche Arbeit in der Innenpolitik. So seien der Bertelsmann-Stiftung zufolge 71 Prozent der Projekte aus dem Koalitionsvertrag im Bereich dem Bundesinnenministeriums „bereits umgesetzt oder substantiell in Angriff genommen“ seien. Gleichwohl gebe es in den Bereichen Migration, Kriminalität und Rechtsextremismus „noch einiges zu tun“.

Steigende Personalausgaben Nach fast 15,85 Milliarden Euro im laufenden Jahr soll der Etat von Seehofers Ressort 2020 laut Entwurf Ausgaben in Höhe von knapp 15,33 Milliarden Euro umfassen. Rund 41,5 Prozent davon entfallen auf den Bereich der inneren Sicherheit. Zugleich sind im Einzelplan 06 für 2020 Einnahmen in Höhe von gut 1,22 Milliarden Euro nach knapp 1,13 Milliarden Euro in 2019 veranschlagt. Die Personalausgaben sollen von gut 4,82 Milliarden Euro auf knapp 5,07 Milliarden Euro steigen und die sächlichen Verwaltungsausgaben von fast 2,74 Milliarden Euro auf mehr als 3,02 Milliarden Euro. Dagegen sollen die Zuweisungen und Zuschüsse von knapp 3,62 Milliarden Euro auf gut 3,54 Milliarden Euro sinken und die Ausgaben für Investitionen von fast 4,74 Milliarden Euro auf mehr als 3,82 Milliarden Euro. *Helmut Stoltenberg* ||

Werben für den wehrhaften Rechtsstaat

JUSTIZ UND VERBRAUCHERSCHUTZ Die neue Ministerin Christine Lambrecht will mit dem kleinen Etat Großes bewirken

Für eine klare Stärkung des Rechtsstaates hat sich Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) in der Haushaltsdebatte der vergangenen Woche ausgesprochen. Es gehe es ihrem Ressort sowohl um Gerechtigkeit als auch um den Schutz des Rechtsstaates und damit um die Schaffung der Grundlage für eine wehrhafte Demokratie, sagte die Ministerin, die seit Ende Juni im Amt ist, in der Debatte über den Etat 2020 ihres Hauses. Dies sei eine ganz konkrete Aufgabe angesichts von Versuchen, die Axt an den Rechtsstaat anzulegen und engagierte Menschen zum Schweigen zu bringen. Ein wehrhafter Rechtsstaat dürfe dies nicht zulassen. Daher müsse der Verfolgungsdruck erhöht und beispielsweise das Waffenrecht verschärft werden, damit sich Demokratiefreunde nicht bewaffnen könnten. Der Etat des Bundesministeriums für Justiz und Verbraucherschutz ist der kleinste aller Ressorts. Trotzdem will Lambrecht damit Großes bewirken, wie sie sagte. Sie verwies auf die geplante personelle und materielle Stärkung der Institutionen des Rechtsstaates. Bei den Gerichten sollten die Voraussetzungen für effektivere Verfahren geschaffen werden. Weitere Aufgaben der nächsten Zeit seien Änderungen der Strafprozessordnung und beim Unternehmensstrafrecht,

Verbesserungen beim Opferschutz, beim Verbraucherschutz und im Mietrecht. Auch Thorsten Frei (CDU) betonte die Bedeutung des Rechtsstaates für das Leben und den Wohlstand in Deutschland. Damit der Bund im Bereich der Justiz seine Aufgaben gut bewältigen kann, sehe der Etat markante Mehrausgaben vor. Zudem müsse es schlankere und effizientere Verfahren geben. Der Rechtsstaat müsse aber zugleich in der Lage sein, konsequent gegen diejenigen vorzugehen, die ihn ablehnen. Für die SPD unterstrich Johannes Fechner den Anspruch, Deutschland noch sicherer zu machen. Wichtig sei auch, dass die bei manchen Bürgern vorhandene Diskrepanz zwischen subjektivem Sicherheitsgefühl und der eigentlich guten objektiven Sicherheitslage im Vergleich zu anderen Ländern nicht weiter zunimmt. Die Opposition sieht den Rechtsstaat indes nur ungenügend auf die aktuellen Herausforderungen vorbereitet. Manuela Rottmann (Grüne) sagte, ein Teil der Bevölkerung wende sich von ihm ab. Dagegen

müssten die Widerstandskräfte der Gesellschaft gestärkt werden. Entscheidend dafür sei, welche Erfahrungen Bürger und Unternehmen jeden Tag in den Gerichten, Kanzleien und Amtsstuben machen. Jedoch helfe Gerichten und Staatsanwaltschaften kein Pakt für den Rechtsstaat, wenn sie bei ihrer Arbeit im Zeitalter der Rohrpost stecken blieben. Amira Mohamed Ali (Linke) verwies auf ein geringes Verbrauchervertrauen in die Politik. Es sei in einem Rechtsstaat nicht zu akzeptieren, dass die Durchsetzung von Verbraucherrechten gegenüber Unternehmen oft dem Kampf Davids gegen Goliath gleichkomme. Dabei würden Verbraucher viel zu oft allein gelassen. Stefan Ruppert (FDP) kritisierte mit Blick auf die Wohnungspolitik, durch die Mietpreisbremse und eine Überregulierung des Marktes entstehe keine einzige zusätzliche Wohnung. Auch vermisse er, dass das Justizministerium seiner Rolle als Verfassungsressort gerecht wird und beispielsweise die Verfassungsmäßigkeit der geplanten Teilab-

schaffung des Solidaritätszuschlags prüft. Tobias Peterka (AfD) bemängelte neben „reinem Aktionismus“ im Zusammenhang mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz unter anderem, dass es im Bereich Verbraucherschutz spezielle Informationskampagnen für besondere Zielgruppen wie Flüchtlinge gebe. Kritik übte er auch an der finanziellen Ausstattung der Deutschen Richterkademie zulasten des Bundes. **17 Millionen mehr** Für 2020 sind im Justizetat 912,28 Millionen Euro vorgesehen, 16,96 Millionen mehr als im laufenden Jahr. Dem gegenüber steht ein Anstieg der Einnahmen um 32,00 Millionen auf 611,78 Millionen Euro. Größter Posten im Haushalt sind erneut die Personalausgaben, die um 20,92 Millionen auf 587,80 Millionen Euro steigen sollen. Dagegen sollen die Ausgaben für Verbraucherpolitik mit 38,27 Millionen Euro um 3,95 Millionen geringer ausfallen. *Michael Wojtek* ||

»Ein Teil der Bevölkerung wendet sich vom Rechtsstaat ab.«

Manuela Rottmann (Grüne)

Hinter den Kulissen der Macht

Karl-Rudolf Korte wirft in diesem Buch einen faszinierenden Blick hinter die Kulissen von Schloss Bellevue. Dabei kommen Innenansichten, persönliche Handschriften und Prägnanzen zum Vorschein: die Praktiken, Instrumente und Stile aller Amtsinhaber seit Theodor Heuss. Zahlreiche Beispiele beschreiben die Möglichkeiten und Risiken, politische Leitverantwortung für Deutschland zu übernehmen: als Staatsoberhaupt und »Mit-Hüter der Verfassung«, aber auch als Meinungsbildner, Versöhnungstifter, Zivilitätswächter und Weiterdenker.

Ein großartiges, eindrucksvolles Buch: materialreich, methodisch kreativ, atemberaubend intensiv.

Prof. Dr. Werner Weidenfeld



2019. 388 Seiten. 26 €
ISBN 978-3-593-51038-5
Auch als E-Book erhältlich
campus.de



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Mehr Geld und alte Probleme

VERTEIDIGUNG Ministerin Kramp-Karrenbauer fordert kontinuierlich steigenden Etat in den nächsten Jahren



Deutschlands Soldaten müssen länger als geplant auf die neuen Stiefel warten: Die Ausrüstung mit einem Paar schwerer und einem Paar leichter Kampfschuhe wird sich bis 2022 hinziehen.

© picture-alliance/ZB

worden sind“, befand Leutert. Die Gerätschaften der Truppe würden nicht fahren, nicht fliegen und nicht schwimmen. Grund dafür sei ein strukturelles Problem im Ministerium. „Und dieses strukturelle Problem wird eben nicht gelöst, indem man immer mehr Geld obendrauf gibt“, kritisierte Leutert.

Beschaffungswesen Im gleichen Sinne argumentierte auch Tobias Lindner, sicherheitspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Der Klarstand bei den Waffensystemen der Bundeswehr sei „noch immer auf einem erschreckend niedrigen Niveau“, obwohl die Verteidigungsausgaben „überproportional“ gestiegen seien. Lindner attestierte zwar, dass im Beschaffungswesen der Bundeswehr „mehrere Hundert kleine Änderungen“ durch die ehemalige Staatssekretärin Katrin Suder vorgenommen worden seien, trotzdem schaffe es die Behörde nicht, die Beschaffungsvorhaben im Zeitplan zu realisieren. Umgekehrt plane das Ministerium die Beschaffung des neuen taktischen Luftverteidigungssystems, dessen Kosten sich von vier auf acht Milliarden Euro verdoppeln würden. Statt dem „nächsten Rüstungsdesaster“ hinterherzurennen, sollte das Geld lieber für die persönliche Ausstattung der Soldaten ausgegeben werden.

Auch der FDP-Haushaltspolitiker Karsten Klein forderte Ministerin Kramp-Karrenbauer auf, das Beschaffungswesen der Bundeswehr „wieder auf Zack“ zu bringen. Zugleich unterstützte er ihre Forderung nach einem weiter wachsenden Wehretat. Zwar würden die Verteidigungsausgaben 2020 auf 1,39 Prozent des Brutto-Inlandproduktes steigen, aber in der Finanzplanung des Bundes falle die Quote in den kommenden Jahren wieder auf 1,25 Prozent. Je nach Wirtschaftsleistung mache dies eine Differenz von bis zu zehn Milliarden Euro aus. Deutschland habe den Nato-Partnern aber zugesagt, mindestens 1,5 Prozent des BIP für Verteidigung auszugeben. „Gerade die großen Rüstungsprojekte brauchen eine langfristige, solide, nachhaltige Finanzierung“, argumentierte Klein.

Der verteidigungspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Rüdiger Lucassen, nutze die Debatte für eine generelle Abrechnung mit der Großen Koalition, die den „desolaten Zustand der Truppe“ verursacht habe. Schuld daran seien aber nicht nur die ehemaligen Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU), Theodor zu Guttenberg (CSU), Thomas de Maizière (CDU) und Ursula von der Leyen (CDU), sondern alle Abgeordneten der Union und der SPD: „Sie haben zu jeder Zeit und unter jedem ihrer Minister all das mitgetragen und so die Bundeswehr zerstört“, urteilte Lucassen. Und mitten in der schwersten Krise der Streitkräfte beschäftigten sich Politiker der Union mit neuen Ausgehuniformen. Im CDU-geführten Verteidigungsministerium gehe es zu wie im Tollhaus, schimpfte der AfD-Abgeordnete.

Der CDU-Abgeordnete Otte wies die Kritik zurück. Die Koalition habe den Soldaten in den Mittelpunkt ihrer Politik gestellt. In dieser Legislatur seien bereits eine Reihe von Gesetzen verabschiedet worden, um die Besoldung und die soziale Absicherung der Soldaten zu verbessern und um die Bundeswehr als Arbeitgeber attraktiver zu machen.

Alexander Weinlin II

Eigentlich könnte Deutschlands neue Verteidigungsministerin zufrieden sein. Immerhin soll der Etat von Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) im kommenden Jahr um 1,69 Milliarden auf 44,92 Milliarden Euro steigen. So sieht es der Regierungsentwurf für den Verteidigungshaushalt 2020 (19/11800, Einzelplan 14) vor, über den der Bundestag in der vergangenen Woche in erster Lesung beraten hat. Dies sei zwar eine „gute Nachricht“, befand Kramp-Karrenbauer, um umgehend hinzuzufügen: „Dieser Anstieg alleine in 2020 genügt nicht.“ Der Wehretat müsse auch in den folgenden Jahren kontinuierlich steigen, lautet die Forderung der CDU-Parteivorsitzenden, die das Verteidigungsministerium erst Mitte Juli von Ursula von der Leyen (CDU) übernommen hat.

Finanzplan des Bundes Kramp-Karrenbauers Forderung steht im Widerspruch zur Rechnung von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD). Nach dessen Finanz-

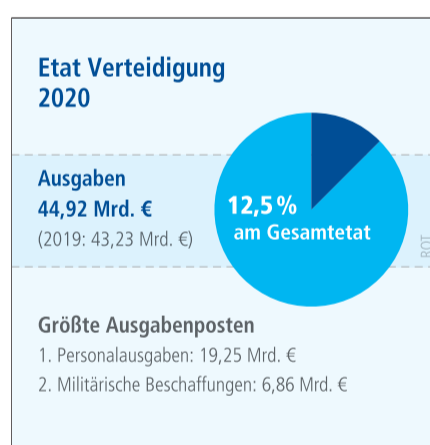
planung für den Bund (19/11801) sollen die Verteidigungsausgaben nach 2020 um die 44 Milliarden Euro stagnieren. Um ihrem Ansinnen mehr Nachdruck zu verleihen, kündigte die Ministerin an, dass wichtige Rüstungsprojekte nicht realisiert werden könnten, zum Beispiel die Beschaffung eines Nachfolgers für das in die Jahre gekommene Kampfflugzeug Tornado, die Kooperation mit Norwegen zur Beschaffung weiterer U-Boote oder die umfassende Ausrüstung der Soldaten mit Nachtsichtbrillen. Dies aber will Kramp-Karrenbauer nicht hinnehmen: „Denn wer für unser Land den Kopf hält und wer von diesem Parlament in einen Einsatz geschickt wird, der hat auch Anspruch darauf, dass er die vollständige und beste Ausstattung bekommt.“ Für die Ministerin ist deshalb klar: Über die Finanzplanung ihres Kabinettskollegen

Scholz „müssen wir noch einmal reden“. In den Koalitionsfraktionen fielen die Reaktionen auf Kramp-Karrenbauers Forderung gemischt aus. Die Ministerin habe „unsere volle Unterstützung“, um die Truppe schneller mit dem benötigten Material und Gerät auszurüsten und um ihre Einsatzbereitschaft zu verbessern, versicherte der verteidigungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Henning Otte (CDU). Deshalb müsse der Wehretat auch in den kommenden Jahren kontinuierlich erhöht werden. Auch Ottes sozialdemokratischer Kollege Fritz Felgentreu bekannte sich dazu, dass die Bundeswehr zu „100 Prozent“ ausgestattet sein muss „bei Personal, Waffen und Ausrüstung“. Felgentreu erinnerte daran, dass der Wehretat im kommenden Jahr zum sechsten Mal in Folge erhöht werde. Dies zeige, dass sich die Koalition „mit großer Ernst-

haftigkeit und Stetigkeit“ der Herausforderung stelle, die „Einsatzbereitschaft der Bundeswehr in der gesamten Breite ihres Auftrages wiederherzustellen“. Er räumte allerdings ein, „von diesem Ziel sind wir auch im siebten Jahr der Großen Koalition immer noch zu weit entfernt“. Die Gründe dafür sieht der SPD-Haushaltspolitiker Dennis Rohde im Verteidigungsministerium selbst: „Die Hauptprobleme liegen doch nicht bei den Finanzressourcen, sondern die Herausforderung besteht darin, dieses Geld verausgabt zu bekommen.“ Das Beschaffungswesen der Bundeswehr müsse personell endlich gestärkt und die Abläufe optimiert werden. Die Berateraffäre im Ministerium habe gezeigt, dass es teilweise erhebliche Defizite im Umgang mit Steuergeldern gebe. „Daher würden wir bevorzugen, dass Sie, bevor Sie mehr Geld fordern, Frau Ministerin, zunächst einmal dieses Problem angehen“, monierte Rohde in Richtung Kramp-Karrenbauers. Ähnliche Kritik musste sich die Verteidigungsministerin auch aus den Reihen der

»Im CDU-geführten Verteidigungsministerium geht es zu wie im Tollhaus.«

Rüdiger Lucassen (AfD)



Opposition anhören. Michael Leutert, Haushaltspolitiker der Linksfraktion, rechnete vor, dass die Koalition gemäß ihrer Finanzplanung der Bundeswehr in dieser Legislaturperiode gegenüber 2017 rund 23 Milliarden Euro mehr zur Verfügung stelle. „Dies ist schon ein großer Schluck aus der Pulle. Wir müssen aber feststellen, dass die Probleme trotzdem nicht gelöst

Qualität statt Quantität

ENTWICKLUNG Etat soll leicht steigen. Fraktionen sehen inhaltliche Mängel

Um 500 Millionen Euro sollte nach Ansicht von Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) der Etat seines Ressorts aufgestockt werden, um die von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) versprochene Verdopplung der internationalen Klimamittel einlösen zu können. Vier Milliarden Euro bis 2020 hatte Merkel zugesagt – dass nun wenige Tage vor dem UN-Klimagipfel in New York im Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) eine derartige Lücke klaffe, sei ihm „peinlich“, stellte Müller in der ersten Beratung des Haushaltsentwurfs der Bundesregierung für das BMZ für 2020 (19/11800, Einzelplan 23) klar. Darin pochte der Minister außerdem auf die Einhaltung der Vereinbarung im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD, wonach die Ausgaben von BMZ und Bundesverteidigungsministerium (BMVg) im Verhältnis 1:1 steigen sollen. Davon ist die Bundesregierung angesichts einer geplanten Steigerung des BMVg-Etats



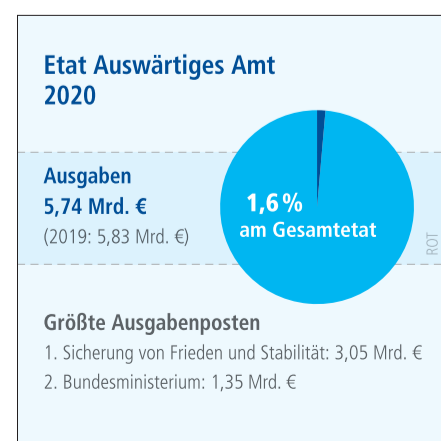
um 1,7 Milliarden und einem Zuwachs von lediglich 128 Millionen im Entwicklungsetat weit entfernt. Insgesamt soll Müller im kommenden Jahr 10,37 Milliarden Euro und damit 128 Millionen Euro mehr als 2019 ausgeben dürfen. Mit geplanten Investitionen in Höhe von 6,93 Milliarden Euro bleibt der Einzelplan der zweitgrößte Investitionshaushalt des Bundes, verfehlt aber das von der Regierung angestrebte Ziel, 0,7 Prozent der öffentlichen Ausgaben für Entwicklung auszugeben. So will der Bund für die bilaterale staatliche Entwicklungszusammenar-

beit nur noch 4,66 Milliarden Euro (2019: 4,76 Milliarden Euro) aufwenden. Volkmar Klein (CDU) sprach dennoch von einem „gewaltigen Aufwuchs“, der eine „hervorragende Grundlage“ biete, die erfolgreiche Arbeit des Ministeriums fortzusetzen. Höhere Ausgaben allein seien noch kein Garant für einen sinnvollen Einsatz der Gelder, mahnte indes Sonja Amalie Steffen (SPD), die wie Michael Georg Link (FDP) unter anderem die „Intransparenz“ der von Müller ins Leben gerufenen Sonderinitiativen kritisierte. Volker Münz (AfD) kündigte an, dass seine Fraktion dem Etat nicht zustimmen werde. Statt eine „globale Gießkannenpolitik“ zu betreiben, müsse sich die EZ auf einzelne Projekte konzentrieren und Doppelstrukturen beseitigen. Michael Leutert (Die Linke) forderte eine Anhebung des Etats, betonte aber auch, dass sich das Ministerium über eine regionale und thematische Fokussierung Gedanken machen müsse. Uwe Kekeritz (Grüne) bemängelte zu wenig frauenpolitische Maßnahmen und wie Müller eine „riesige Lücke“ bei den Klimazusagen. Außerdem brauche es statt eines freiwilligen Textilbündnisses ein verbindliches Lieferkettengesetz. Johanna Metz II

Grenzenlose Herausforderungen

AUSWÄRTIGES Kritik an Etat Kürzungen in Zeiten wachsender internationaler Krisen

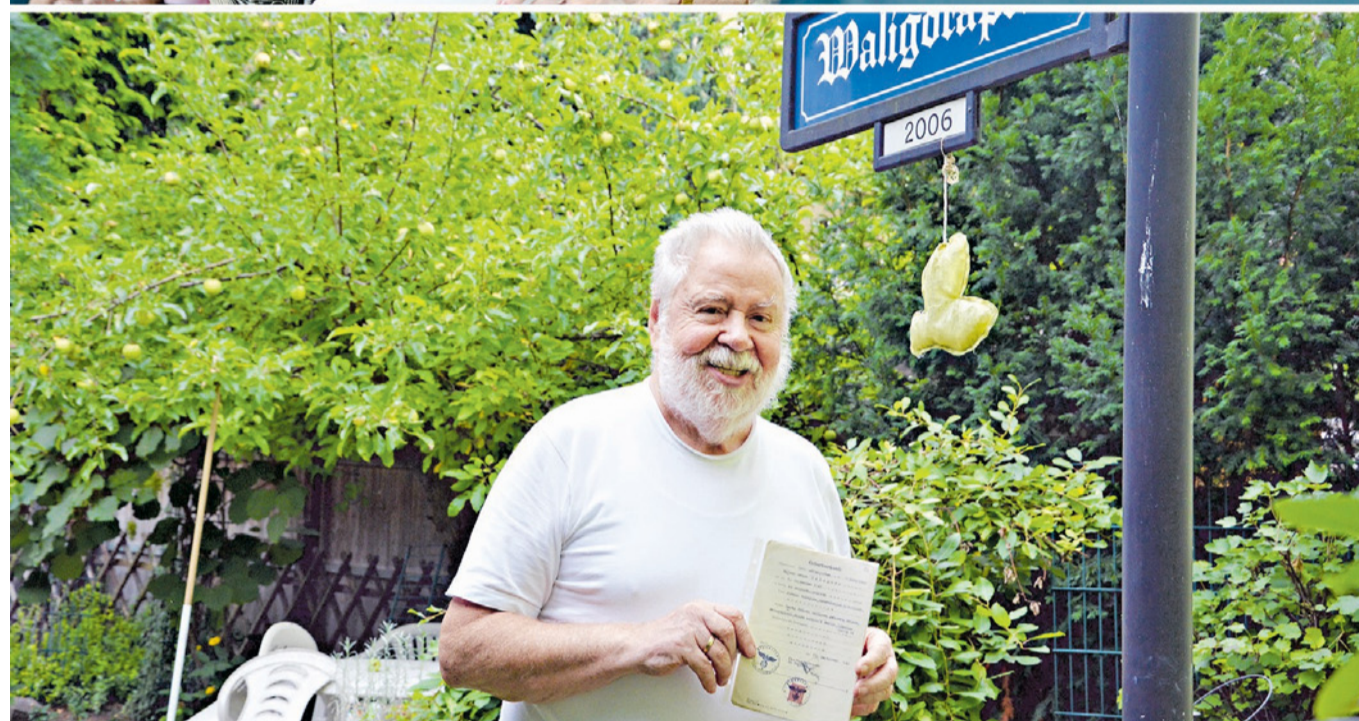
Die für Außenpolitik in den kommenden Jahren zur Verfügung stehenden Mittel sind aus Sicht der Opposition zu niedrig. Deutliche Kritik gab es in der ersten Beratung des Haushaltsentwurfs der Bundesregierung für das Auswärtiges Amt für 2020 (19/11800 Einzelplan 05) vergangene Woche auch an der Zuwendungspraxis des Ministeriums. Nach Vorstellungen der Bundesregierung soll das Haus von Außenminister Heiko Maas (SPD) im kommenden Jahr über Ausgaben in Höhe von rund 5,83 Milliarden Euro verfügen können, das sind rund 88 Millionen Euro weniger als im laufenden Haushalts-



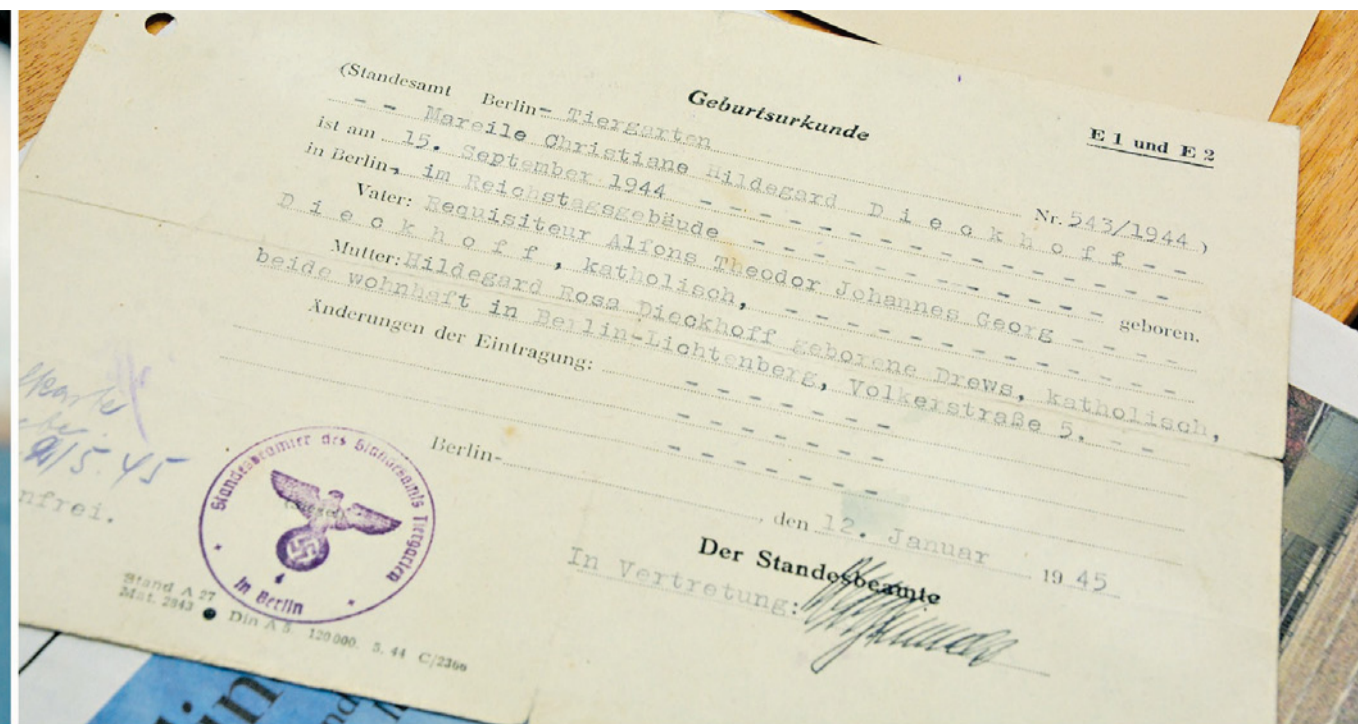
jahr. Größter Ausgabenposten bleibt die humanitäre Hilfe im Ausland für die weiterhin 1,58 Milliarden Euro vorgesehen sind. Maas (SPD) benannte mit Globalisierung, Klimawandel, Digitalisierung und Migration vier „grenzenlose Herausforderungen“, für die es nur grenzüberschreitende, also multilaterale Lösungen gebe. Er verwies unter anderem auf eine Initiative Deutschlands im UN-Sicherheitsrat zum Thema Klima und Sicherheit, bei dem es auch darum gehe, das Gremium präventiver auszurichten. Armin-Paulus Hampel (AfD) warf dem Minister vor, dass sein Haus fahrlässig mit Steuergeldern umgehe und verwies auf den Bundesrechnungshof, der die Zuwendungspraxis des Auswärtigen Amtes beanstandet hatte. Das Ministerium betreibe mit einer „Gutmenschen-Politik“ gemeinsame Sache mit den geförderten Nichtregierungsorganisationen. Jürgen Hardt (CDU) bezeichnete den Etat im kommenden Jahr als angemessen, allerdings spiegle die mittelfristige Finanzplanung für die kommenden Jahre die internationale Verantwortung Deutschlands nicht wieder. Hardt sprach zudem von einem „Herbst der Entscheidungen in der Außenpolitik“ und zählt dazu unter anderem die Beratung über die Fortsetzung des Anti-IS-Mandats im Irak und eine Lösung für die

„humanitär bedrückenden Situation im Mittelmeer“. Michael Georg Link (FDP) warf der Bundesregierung vor, mit dem Entwurf die wachsenden Herausforderungen zu verschlafen. „Dieser Haushalt sollte Ihnen den Schlaf rauben.“ Eine mutige und reaktionsschnelle Außenpolitik benötige mehr als „Symbole und Tweeds“, sie brauche Substanz, und das beginne bei der Personalausstattung. Das Auswärtige Amt habe infolge der Flüchtlingskrise deutlich mehr Mittel bekommen, aber die Strukturen im Haus seien nicht entsprechend mitgewachsen. Michael Leutert (Die Linke) kritisierte eine geplante Mittelsenkung im Außenetat in Höhe von fast 800 Millionen Euro im Jahre 2021. Europa sei nicht in bester Verfassung, in Großbritannien herrsche Brexit-Chaos und im Weißen Haus agiere ein „Verrückter“, der immer neue Probleme anzettelt wie den Handelskrieg mit China. „So leisten Sie keinen Beitrag zur Problemlösung auf internationaler Ebene.“ Ekin Deligöz (Grüne) monierte, dass der Haushalt keinerlei Raum zur Gestaltung lasse. So thematisiere die Bundesregierung im UN-Sicherheitsrat zwar die Verbindung von Klimawandel und Sicherheit, behandle dieses Thema im eigenen Haushalt aber stiefmütterlich. Alexander Heinrich II





Mareile Van der Wyst (oben links) und Walter Waligora (unten links) wurden 1943 und 1944 im Reichstagsgebäude geboren. Mit zwölf weiteren Kriegskindern mit dem gleichen Schicksal begaben sie sich am Tag der Ein- und Ausblicke auf historische Spurensuche im Gebäude (unten rechts).



Geboren im Reichstag

TAG DER EIN- UND AUSBLICKE Im Krieg kamen unterhalb des Plenarsaals Kinder auf die Welt. Einige kehrten nun dorthin zurück

August und September 1943. Herta Frieda Waligora, geborene Briese, läuft fast jeden Abend die drei Kilometer von ihrer Wohnung in der Lübecker Straße in Berlin-Tiergarten zum Reichstagsgebäude. Sie ist hochschwanger und sucht einen sicheren Ort für die Entbindung. 1939 bekam sie bereits ihren ersten Sohn Hans, aber diese zweite Geburt ist ungleich besonders: Ihr Mann Johann ist im Krieg, ihre Heimatstadt wird seit Monaten bombardiert. In der Berliner Charité, selbst schwer getroffen, schickt man sie ins nahe gelegene Reichstagsgebäude. Dort kann sie die Nächte verbringen. Am 8. September 1943 kommt Walter, Sohn Nummer zwei, auf die Welt – nicht im Krankenhaus oder bei einer Hausgeburt, sondern im Keller des Reichstagsgebäudes.

Das ist das, was Walter Waligora aus den Schilderungen seiner Mutter weiß. „Ich habe meine Mutter leider wenig gefragt und weiß nur, dass sie nach der Nacht im Reichstag am nächsten Morgen immer das Gebäude verlassen und wieder nach Hause gehen musste, bis ich auf die Welt kam“, erzählt Waligora.

Flakstellungen der Wehrmacht installiert. Nach dem Reichstagsbrand am 27./28. Februar 1933 hatte der Deutsche Reichstag nicht mehr in dem Gebäude getagt. Sicher ist: Im September 1940 ordnete Adolf Hitler persönlich an, den Keller zu einem „Luftschutzraum für Kinder und Wöchnerinnen“ auszubauen. Ob das eine richtige gynäkologische Station war, ist unklar. Eine, die sich noch an die Station erinnert, ist die 95-jährige Annemarie Lehmann aus Berlin-Moabit. Sie brachte dort am 29. Juli 1944 ihre Tochter Heidi Mangino auf die Welt. „In einem Bus wurde ich von der Charité in den Reichstag gebracht. Die Angst und die Nervosität waren damals immer da“, erinnert sich Lehmann. Eine Nachbarin aus der Laubsiedlung hatte ihren Sohn im Reichstag geboren, das sprach sich herum, erzählt sie. „Ich kann kaum fassen, dass ich nun mit meiner Mutter zusammen hier stehe“, sagt Tochter Mangino, die aus Atlanta angereist ist, wo sie seit 50 Jahren lebt.

Stolz auf die besondere Geburtsstätte ist auch Walter Waligora. „Wenn ich die Kuppel sehe, sage ich gern laut, dass das mein Geburtsort ist“, erzählt er. Weit weg ging es für ihn nie. Er hat sein ganzes Leben in Berlin verbracht und lebt seit 20 Jahren in Spandau. Die Mutter Hausfrau, der Vater Elektriker ließ sich Waligora zum Beton- und Schwarzstraßenbauer ausbilden und schulte spät zum Begeher um. Bei der Straßenaufsicht war er zuständig für Spandau. Er achtete noch heute auf den Zustand der Straßen, vermisste sie manchmal, sagt er. Deshalb schenkte er ihm Kollegen zur Rente im Jahr 2006 ein eigenes Straßenschild für den Garten, den „Waligora-Pfad“. Schon 1999, als das Reichstagsgebäude wiedereröffnet wurde, kamen er und seine Frau Ingrid und nahmen ein Stück des Materials, mit dem das Gebäude verhüllt war, als Andenken mit. Und auch jede Dokumentation über das Gebäude schaue er im Fernsehen.

Die Frau mit dem kupferroten Haar von ihrer Geburt: „Als ich geboren wurde, drohte vor allem nachts Bombenalarm.“ Vor ihr liegen Zeitungsausschnitte verstreut und auch ihre Geburtsurkunde, ausgestellt vom Standesamt Tiergarten, hat sie aus dem Safe geholt: „Mareile Christiane Hildegard Dieckhoff ist am 15. September 1944 in Berlin im Reichstagsgebäude geboren“, steht da in Schreibmaschinenschrift. Ihre Familie wohnte damals in Lichtenberg. „Ich vermute, meine Mutter nahm für den Weg in den Reichstag die Straßenbahn“, sagt sie. Mit in der Wohnung wohnte auch die Großmutter, die Hebamme war: „Ich meine, dass sie meine Mutter öfters in den Reichstagskeller begleitet hat“, erinnert sich Van der Wyst an die Worte ihrer Mutter Hildegard. Der Vater, Requisiteur für die Ufa-Filmgesellschaft, befand sich für Film-aufnahmen in Holland. „Der musste hin, wo die Filme noch gemacht wurden“, sagt sie und deutet auf die Gartenlaube. Darin befindet sich ein besonderes Erinnerungsstück an ihre ersten

Tage: Zur Geburt der Tochter ließ ihr Vater eine mit Blumen verzierte Holzwiege von Holland nach Berlin schicken. In dieser schlief Mareile Van der Wyst nach der Rückkehr aus dem Reichstag, bis sie zu groß wurde. Auch ihre eigenen zwei Kinder und die Enkelin schliefen darin. Denn weil die Tochter in die Fußstapfen des Vaters trat und mit dem US-Militär in den Irakeinsatz musste, passten die Großeltern neun Monate lang auf Enkelin Lily auf.

Geurtsstation neben Kohlenkeller Es wird vermutet, dass sich der Schutzraum, der für 204 Kinder und 39 werdende Mütter ausgelegt war, im Nord-Ost-Teil des Reichstagskellers neben Heizungs-, Lüftungs- und Versorgungsräumen befand. Ab wann und wie lange genau der Raum im Sinne Hitlers Anordnung genutzt wurde, lässt sich nicht mehr rekonstruieren. Neben dem Schutzraum diente der Keller des Gebäudes auch als Kohlenkeller und Produktionsstätte der AEG für Funkröhren. Auch die wehrmedizinische Zentralkartei und ein Lazarett wurden dort untergebracht. „Wie das ausgesehen haben muss, als wir dort geboren wurden, ist jetzt natürlich schwer nachzuvollziehen“, sagt Mareile Van der Wyst bei der Führung durch die modernen Flure im Untergeschoss des Reichstagsgebäudes. Aber so nah dran zu sein, löse trotzdem Herzklopfen aus bei ihr.

Am Morgen war sie wegen der Aufregung schon früh aufgewacht und überlegte sich, einen Antrag zu formulieren. Darin fordert sie im Namen der „Reichstagsbabys“, eine Gedenktafel gut sichtbar im Reichstagsgebäude anzubringen. Mit der Hand in Schönschrift verfasst, trug sie den Antrag auch Bundestagspräsident Schäuble vor. „Wir werden etwas in der Richtung machen“, verspricht dieser. Darauf wird Mareile Van der Wyst ein Auge haben. Denn sie wünscht sich schon lange, dass mehr Menschen erfahren, dass das Reichstagsgebäude, „die heiligen Hallen“, wie sie es oft nennt, mal ein improvisiertes Geburtshaus war.

Besonderer Geburtstag An seinem Geburtstag, auf den Tag genau 76 Jahre später, kehrte er an seinen Geburtsort zurück. Historiker schätzen, dass dort während der letzten zwei Kriegsjahre zwischen 60 und 80 Personen zur Welt gekommen sind. 14 von ihnen meldeten sich auf einen Aufruf des Bundestages. Sie waren beim Tag der Ein- und Ausblicke am 8. September besondere Gäste des Parlaments. „Dass in den Kriegsjahren in diesem Gebäude Leben entstanden ist, ist eigentlich auch fantastisch“, sagte Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU). „Vermutlich haben Sie unter besseren Umständen das Licht der Welt erblickt als viele Altersgenossen“, betonte er.

»Als ich geboren wurde, drohte vor allem nachts Bombenalarm.«

Mareile Van der Wyst

Viele der historischen Dokumente sind in den Kriegswirren verschütt gegangen oder verbrannt. Ab Februar 1943 wurde Berlin bombardiert, im November starteten die Großangriffe, bei denen Brandbomben und Luftminen eingesetzt wurden. Sie hinterließen rund 70.000 zerstörte Gebäude, Tote, Schwerverletzte und viele obdachlose Menschen. Das Reichstagsgebäude glich damals einer Festung: Die Fenster waren zugemauert, auf den Ecktürmen wurden

Jubiläums-Jahr für das Gebäude Die Idee, die „Reichstagsbabys“ an ihren Geburtsort einzuladen, hatte der Abgeordnete Peter Stein (CDU): „Ich bin Städteplaner von Beruf und habe daher einen etwas anderen Blick auf Städte und ihre Gebäude. Ich stelle mir oft vor, was da passiert ist“, erzählt er. Es sind die Geschichten, die nicht auf den Hinweis- und Geschichtstafeln stehen, die er sucht – auch an seinem Arbeitsplatz, dem Reichstagsgebäude. „Wir

Ohne Streit keine Demokratie

OFFENE TÜREN 23.000 Besucher kamen zum 15. Tag der Ein- und Ausblicke in den Deutschen Bundestag

Zum Plenarsaal haben sonst nur die Abgeordneten Zutritt. Doch am zweiten Sonntag im September zückten hunderte Menschen ihre Smartphones und Kameras, um den im Sommer erneuerten Boden des Saals mit den markanten blauen Sesseln festzuhalten. Währenddessen erklärte Bundestagsvizepräsident Thomas Oppermann (SPD) ein Stockwerk höher auf der vollen Tribüne sein Amt und antwortete auf Fragen. Nur einmal im Jahr ist das so möglich: Beim 15. Tag der Ein- und Ausblicke informierten sich rund 23.000 Besucher im Berliner Reichstagsgebäude, im Paul-Löbe-Haus und im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus über die Arbeit des Parlaments. Zur Eröffnung am Morgen sagte Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU): „In der Demokratie muss gestritten werden, denn wo es nur eine Meinung geben darf, ist weder Demokratie noch Freiheit.“ Er erinnerte auch an die erste Sitzung des Bundestages vor 70 Jahren in Bonn. Was die Herausforderungen für die repräsentative Demokratie angehe, sei er gar nicht so pessimistisch: „Wenn wir nicht so ein breites, großes ehrenamtliches Engagement hätten, wäre unser Land weniger liebenswert“, so der Bundestagspräsident. Dass Streit ins Parlament gehört, finden auch Folkle Wessels und ihr Freund Max. Nur sollte er nicht auf falschen Tatsachen

beruhen. Die beiden stehen an einer Station, die „Fake oder Fakt“ heißt. Aus zehn Aussagen sollen sie die drei falschen erraten. Zielsicher sortieren die Auszubildende und der Jurastudent die Aussage, dass das Durchschnittsalter der Abgeordneten 71,4 Jahre betrage, als „Fake“ heraus. Richtig, denn die Abgeordneten sind im Durchschnitt 49 Jahre alt, liest Wessels von der Lösungsseite des Spiels ab. Aber nicht nur in Wissensspielen gab es

Neues zu erfahren: Ausschüsse, Bundestagsdienste und die Fraktionen stellten sich vor und informierten mit Podiumsdiskussionen und Bürgergesprächen. In der Reichstagsbibliothek stellte Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen) mit der Autorin Karin Felix das Buch „Ich war hier“ vor, das von den Graffiti handelt, mit denen sich sowjetische Soldaten am Ende des Zweiten Weltkriegs im Mauerwerk des Reichstages ver-

ewigten. Über 18 Jahre begab sich Felix auf die Suche nach den Menschen und Geschichten hinter den Graffiti. Besonders viele Besucher standen an einer Schlange in der Halle des Paul-Löbe-Hauses: „Herzlich Willkommen im Reich der Ausschüsse“, begrüßte Horst Eschenbrenner die Gäste seiner Führung. Eigentlich für den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur zuständig, zeigte er den Gebäudekamm des Gesundheitsausschusses und erklärte die Aufgaben eines Ausschusssekretariats in einem Sitzungssaal. Dazu hatten die Besucher viele Fragen: Ob jeder Ausschuss eigene Räume hat und wie viele Mitarbeiter dort beschäftigt sind, wollten sie wissen. „Da es inzwischen mehr Ausschüsse als Säle gibt, teilen sich manche auch die Räume“, antwortete Eschenbrenner. Ein Ausschuss habe zwischen fünf und 14 Mitarbeitern. „Den Platz des Vorsitzenden erkennt man an dem Prioritätsmikrofon“, verriet er den Besuchern. Damit könne er Diskussionen beenden und alle anderen Mikrofone ausschalten.



Bei Bürgergesprächen, Diskussionen und Führungen konnten die Besucher das Parlament besser kennenlernen.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Seit März 2018 versucht der Untersuchungsausschuss „Breitscheidplatz“ Licht ins Dunkel um den Anschlag vom Dezember 2016 und seiner Hintergründe zu bringen.

© picture-alliance/dpa

Regierungsjob für Daniela Ludwig

DROGENBEAUFTRAGTE Die CSU-Abgeordnete Daniela Ludwig (44) soll neue Drogenbeauftragte der Bundesregierung werden. Ludwig wurde von CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt und dem CSU-Vorsitzenden Markus Söder für das Regierungsamt nominiert. Sie soll am 18. September vom Bundeskabinett formal im Amt bestätigt werden und ihre neue Aufgabe sodann antreten. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) twitterte vergangene Woche: „Für dieses Amt ist es wichtig, mitten im Leben zu stehen. Als langjährige Bundestagsabgeordnete und ehrenamtliche Kreisrätin bringt Daniela Ludwig genau das mit.“ Ludwig wird Amtsnachfolgerin von Marlene Mortler (63), die seit 2014 diese Funktion ausgeübt hatte und im Mai in das Europaparlament gewechselt war. Ludwig stammt aus München und ist seit 2002 Mitglied des Bundestages. Sie vertritt im Parlament als direkt gewählte Abgeordnete den Wahlkreis Rosenheim. Die Diplom-Juristin war bisher Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur und verkehrspolitische Sprecherin ihrer Fraktion. Die CSU-Abgeordnete äußerte sich erfreut über ihre Nominierung und benannte die Suchtprävention als eines der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben. Dies betreffe nicht nur illegale Drogen, sondern auch das Alltagssuchtverhalten. Eine Bagatellisierung dürfe es hier nicht geben. Ludwig kündigte an: „Ich werde eine klare und deutliche Position einnehmen.“

Spurensuche in Italien

UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS Mitarbeiterinnen des Bamf berichten über Anis Amri

Dublin“ ist der Oberbegriff einer Serie von Abkommen und Verordnungen, die seit knapp drei Jahrzehnten die asylrechtliche Kooperation der EU-Mitgliedsstaaten regeln sollen. „DubliNet“ heißt der gemeinsame Kommunikationskanal, der dem Informationsaustausch der Beteiligten dient. Als Anfang 2016 das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) den Versuch unternahm, sich mit Hilfe italienischer Behörden der Identität des späteren Berliner Breitscheidplatz-Attentäters Anis Amri zu vergewissern, erwies sich das DubliNet indes als komplett nutzlos. Die Umstände schilderte am vergangenen Donnerstag die Regierungsdirektorin Steffi Öchsle dem 1. Untersuchungsausschuss („Breitscheidplatz“). Die 32-Jährige ist seit Mitte 2014 im Sicherheitsreferat des Bamf tätig und seit Mitte 2015 Vertreterin ihrer Behörde im Gemeinsamen Terrorismus-Abwehrzentrum (GTAZ) der Nachrichtendienste und Polizeien von Bund und Ländern. Ihre vornehmste Aufgabe ist die Leitung der „AG Status“, die das Bamf federführend betreut, und in der es darum geht, gemeingefährliche Islamisten zu identifizieren und ihrer Abschiebung nachzuhelfen. In der

AG Status, berichtete Öchsle, seien derzeit rund 650 Fälle anhängig. Von der Existenz Amris erfuhr die Regierungsdirektorin erstmals am 16. Februar 2016, als ihr ein Schriftsatz der Polizei in Nordrhein-Westfalen zugeing, die eine Liste von Falschnamen des durch Deutschland vagabundierenden Tunesiers enthielt. Öchsle konsultierte die Datenbanken des Bamf und wurde fündig. Das System warf zwei Hilfsakten aus, die zu Namen auf der Liste passten: Mohammed Hassan und Ahmed al Masri. Hilfsakten werden beim Bamf geführt, solange ein Flüchtling zwar bereits registriert ist, aber noch keinen wirksamen Asylantrag gestellt hat. Da sich im Schengen-Informationssystem (SIS) ein Eintrag fand, der darauf schließen ließ, dass der Verdächtige sich früher in Italien aufgehalten hatte, schrieb Öchsle eine Mail nach Rom. Dort nahm seit Mitte 2015 eine gleichaltrige Kollegin als „Liaisonbeamtin“ die Interessen des Bamf wahr, Regierungsamtsrätin Sonja Rezvani. Die Aufgaben der Liaisonbeamtin, die sich im wesentlichen darauf beschränken, Informationen zwischen den beteiligten Behörden zu übermitteln und sich als Ansprechpartner verfügbar zu halten, sind in den diversen Dublin-Verordnungen festgeschrieben.

Sonja Rezvani hatte ein eigenes Büro im italienischen Innenministerium, wo sie dem „Dublin-Referat“ zugeordnet war. Während ihrer zweijährigen Dienstzeit in Italien habe sie durchschnittlich 30 bis 40 Anfragen am Tag zu bearbeiten gehabt, berichtete sie als Zeugin dem Ausschuss. Am 16. Februar 2016 habe sie die mit dem Vermerk „eilt sehr“ und drei Ausrufezeichen versehene Mail der Kollegin Öchsle erhalten. Darin seien sechs Alias-Namen Amris genannt worden, verbunden mit der Frage, ob eine Person unter einer oder mehrerer dieser Identitäten früher in Italien einen Asylantrag gestellt habe oder „aufgegriffen“ worden sei. Die Kollegen vom Dublin-Referat hätten ihre eigene Asylbewerberdatenbank „Vestanet“ abgefragt, unter den angegebenen Namen aber keinen Treffer erzielt.

Haftstrafe So blieb der deutschen Seite auch weiterhin verborgen, dass Amri vor seiner Einreise im Juli 2015 bereits vier Jahre wegen Brandstiftung in Italien im Gefängnis gesessen hatte. Am 17. Februar meldete Rezvani das Negativ-Ergebnis nach Deutschland und empfahl, über das DubliNet ein hochoffizielles „Info-Request“ an die Italiener zu richten. Dabei wäre es nicht bei einem bloßen Namensabgleich geblieben, sondern es hätten auch Fingerabdrücke herangezogen werden können. So weit allerdings, sagte die Zeugin, sei es dann nicht mehr gekommen. Das lag nicht daran, dass die Regierungsdirektorin Öchsle keine Fingerabdrücke der

Zielperson Amri besessen hätte. Sie verfügte am Ende über eine üppige Kollektion, Datensätze der Polizei in Freiburg, wo Amri nach seinem Grenzübertritt 2015 erstmals vorstellig geworden war, des Berliner Landesamts für Gesundheit und Soziales (Lageso) sowie schließlich des Berliner Landeskriminalamts (LKA). So ließ sich immerhin feststellen, dass es sich bei dem Flüchtling, der auf der Freiburger Polizeiwache und beim Lageso in Berlin unter verschiedenen Namen vorgespochen hatte sowie von Berliner Polizeibeamten aufge-

griffen und erkennungsdienstlich behandelt worden war, um ein und dieselbe Person handelte. Die Fingerabdrücke hatten allerdings einen Schönheitsfehler, der sie für eine Übermittlung nach Italien unbrauchbar machte. Sie stammten nicht aus einem Asylverfahren des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, sondern von fremden Behörden. Die Datenträger, auf denen sie gespeichert waren, konnten daher von den Rechnern des Bamf nicht erfasst, die Fingerabdrücke mithin allein aus technischen Gründen nicht ins DubliNet eingespeist werden. Die Zeugin Öchsle verzichtete deshalb darauf, auf die Anregung der Kollegin in Rom zurückzukommen. Die Bemühungen des Bamf, auf der italienischen Spur Klarheit über Anis Amri zu gewinnen, verliefen zunächst im Sande.

Amris Asylantrag Fingerabdrücke, mit denen auch das Bamf etwas anfangen konnte, lieferte Anis Amri erst, als er am 28. April 2016 einen förmlichen Asylantrag stellte. Der Untersuchungsausschuss hörte in der vorigen Woche auch die Entscheidung, die seinen Fall damals bearbeitete. Amri stellte sich ihr als politisch verfolgter Ägypter Mohammed Hassan vor. Auf seine vielen Pseudonyme angesprochen, gab er zu, er habe sich einmal als „Anis Amri“ registrieren lassen. An die übrigen könne er sich nicht mehr erinnern. Ganz gelassen habe er gewirkt, als er das sagte, meinte die Zeugin. *Winfried Dolderer* || *pk* ||

Ein Abgleich der Fingerabdrücke scheiterte an technischen Problemen.



Daniela Ludwig (CSU) im Bundestag

Angesiedelt ist die Drogenbeauftragte im Bundesgesundheitsministerium. Sie koordiniert dort die Drogenpolitik der Bundesregierung, leitet die deutsche UN-Delegation bei dem Thema und vertritt die deutschen Positionen in Gremien der Europäischen Union. Wichtige aktuelle Themen im Politikfeld sind der gesellschaftliche Umgang mit Alkohol und Zigaretten sowie die umstrittene Frage der Legalisierung von Cannabis. Die Bundesregierung lehnt eine Freigabe von Cannabis bislang ab. Zu medizinischen Zwecken dürfen Cannabismedikamente jedoch verschrieben werden. Zudem geht es auch um die Eindringung harter Drogen wie Crystal Meth und anderer synthetischer Suchtstoffe sowie um den Kampf konkret gegen Opiode, die derzeit etwa in den USA weit verbreitet sind und verheerende Auswirkungen haben. Daneben befasst sich die Drogenbeauftragte auch mit neuen Suchtvarianten wie der Abhängigkeit von Internet-Angeboten. Einmal im Jahr veröffentlicht die Beauftragte den viel beachteten Drogen- und Suchtbericht der Bundesregierung. *pk* ||

Anzeige



Deutscher Bundestag

Ausschreibung Medienpreis Parlament 2020

Der Deutsche Bundestag würdigt mit dem Medienpreis Parlament herausragende publizistische Arbeiten, die zu einem vertieften Verständnis parlamentarischer Praxis beitragen und zur Beschäftigung mit Fragen des Parlamentarismus anregen. Die Auszeichnung ist mit 5.000 Euro dotiert und wird vom Präsidenten des Deutschen Bundestages im Frühjahr 2020 verliehen.

- Eingereicht werden können journalistische Beiträge, die in Printmedien, Online-Medien, Rundfunk oder Fernsehen erschienen sind.
- Der eingereichte Beitrag muss zwischen dem 1. Oktober 2018 und dem 30. September 2019 veröffentlicht worden sein. Einsendeschluss ist der 7. Oktober 2019.
- Es werden sowohl Eigenbewerbungen als auch Benennungen durch Dritte berücksichtigt.
- Dem Bewerbungsschreiben sind drei Exemplare der zur Auszeichnung vorgeschlagenen Arbeit, ein Lebenslauf sowie die unterschriebene Einverständniserklärung zur Verarbeitung personenbezogener Daten (abrufbar unter www.bundestag.de/medienpreis) beizufügen.

Eine unabhängige Fachjury aus sieben renommierten Journalistinnen und Journalisten entscheidet über die Vergabe des Preises.

Bewerbungen oder Rückfragen sind an folgende Adresse zu richten:

Deutscher Bundestag
Fachbereich WD 1
Medienpreis Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-38630, Fax: +49 30 227-36464
E-Mail: medienpreis@bundestag.de
Internet: www.bundestag.de/medienpreis



»Privatisierung mit aller Gewalt«

BERATERAFFÄRE Aufsichtsratsmitglied der HIL GmbH erhebt schwere Vorwürfe gegen Verteidigungsministerium

Die Leitung des Verteidigungsministeriums macht eine Vorgabe, der Apparat läuft wie geschmiert und setzt sie selbst bei erheblichen Bedenken um: Dieses Strickmuster hatte sich bei der Aufarbeitung der sogenannten Berateraffäre im Untersuchungsausschuss des Verteidigungsausschusses gezeigt, als es um Rügen des Bundesrechnungshofs an der Praxis der Auftragsvergabe an externe Dienstleister im IT-Bereich ging. Ähnliches offenbarte sich in der vergangenen Woche während der ersten Sitzung des U-Ausschusses nach der Sommerpause unter dem Vorsitz von Wolfgang Hellmich (SPD).

Die Zeugenvernehmungen drehten sich um die HIL GmbH, der bundeseigenen Gesellschaft für Heeres-Instandsetzung-Logistik. Die HIL bereitete 2016 im Auftrag des Ministeriums die Ausschreibung für externe Dienstleistungen bei einer Untersuchung über die Zukunftsperspektiven des Unternehmens vor – von der Möglichkeit, dass die HIL ihre drei Instandsetzungswer-

ke in St. Velten, Darmstadt und Doberlug-Kirchhain weiterbetreibt, bis zur Privatisierung. Für die Abgabe der HIL-Werke an die Industrie plädierte offenbar eine Kanzlei, die zu den Bewerbern zählte. So schilderte es der Gewerkschafter und stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende Matthias Moseler als Zeuge vor dem Ausschuss. Er berichtete

von mehreren Anrufen aus dem Ministerium, in denen auf die Auswahl dieser Kanzlei gedrängt worden sei. Doch der HIL-Vergabebüro habe sich widersetzt. Es werde nach Recht und Gesetz vorgegangen. Im Auswahlverfahren landete diese Kanzlei auf den vorletzten Platz und wäre deshalb nicht genommen worden, wie HIL-Geschäftsführer Walter Ludwig, ein ehemali-



Von 2014 bis 2018 war die ehemalige beamtete Staatssekretärin Katrin Suder im Verteidigungsministerium für den Rüstungsbereich zuständig.

© picture-alliance/dpa

»Politische Vorgabe« Moseler, der auch als Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der HIL GmbH fungiert, hatte nach eigenem Bekunden „den Eindruck, dass es politische Vorgaben“ gegeben habe – egal, ob sich das Vorgehen wirtschaftlich rechne: „Hier will man mit aller Gewalt etwas privatisieren.“ Zudem verwies er darauf, dass zumindest ein Ministeriums-Mitarbeiter, der an der Entscheidung für die Kanzlei beteiligt war, später bei der HIL Karriere gemacht habe. *Franz Ludwig Averdunk* ||

Die Risse in der Mitte

NACH DEN LANDTAGSWAHLEN Wie Rechtspopulisten und Nationalradikale die Parteienlandschaft verändern

Der „Aufschwung Ost“ zählt hierzulande schon lange zur politischen Rhetorik. Die Metapher wurde häufig eingesetzt, um ökonomische Erfolge und soziale Verbesserungen zu verkünden oder zu lobpreisen. Doch inzwischen ist ein „Aufschwung Ost“ zu registrieren, der keineswegs auf allfälligen Beifall trifft. Die AfD kann Wahlergebnisse erzielen, die die lange festgefügte Parteienlandschaft der Bundesrepublik erschüttern lässt. Die Bundestagswahl 2017, die Europawahl 2019, verbunden teilweise mit Kommunalwahlen, jetzt die Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen: Die neue Rechte gewann prozentual stets hinzu. Zahlen und Fakten lassen zwei Feststellungen zu. Einmal: Der Verfall der klassischen Volksparteien CDU und SPD, über Jahrzehnte Garanten politischer Stabilität, setzt sich weiter fort. Ihre Wählersubstanz schmilzt zusehends, die jeweiligen Spitzenkandidaten in Brandenburg und Sachsen, Dietmar Woidke (SPD) und Michael Kretschmer (CDU), verdanken ihre Erfolge dem persönlichen Profil sowie Wahlkampfstil, nicht dem Ansehen ihrer angeschlagenen Parteien. Die politische Mitte, die Union und SPD für lange Epochen bundesdeutscher Geschichte beanspruchten und bildeten, zeigt nun deutliche Risse. Dafür hat sich die AfD in der Parteienlandschaft etabliert, im Gegensatz zu früheren rechtsradikalen Parteien mit ihren kurzfristigen Rein und Raus aus den Parlamenten. Dann: Die wahlpolitische Spaltung Deutschlands hat sich eher verfestigt, wenngleich unter veränderten Vorzeichen. War es früher PDS/Linke, die als Partei der Kümmerer ostdeutscher Beschaffungen jede vierte und fünfte Wählerstimme einsammeln konnte, gelingt dies jetzt Rechtspopulisten und Nationalradikalen. In Politik und Medien, auch der Wissenschaft, hat sich schon länger die Sozialfigur des „Abgehängten“ herausgebildet, mit der die wachsenden AfD-Erfolge interpretiert werden. Dieses Bild ist stark ökonomisch konnotiert: Menschen mit niedrigem Einkommen, prekären Beschäftigungen, geringer Bildung, eben Angehörige der Unterschicht. Ganz abgesehen davon, dass sich in dieser Bezeichnung oft ein Ton von gepflegter Herablassung mischt: Wer ist in unserer differenzierten Gesellschaft mit schier endlosen Spaltungen und Brüchen, Teilungen und Separierungen, die gerade

Eliten skizzieren und pflegen, tatsächlich ein „Abgehängter“? Welche ökonomischen, sozialen, kulturellen Kriterien gelten für diese Adaption? Und wer befindet letztendlich über diese Beurteilung? Weil jedoch die „Abgehängten“ sich fast zu einem statuarischen Bild geformt haben, gerade auch in der Politik, glauben viele derer Repräsentanten und Akteure, dass diese risikobehaftete Problematik mit viel Geld und üppigen Subventionen wenn auch nicht vollends gelöst, so doch eingeeicht werden kann. Ein Beispiel: Mit dem „Strukturstärkungsgesetz“, vier Tage vor den Wahlen in Brandenburg und Sachsen vom Bundeskabinett in Berlin verabschiedet, soll der Braunkohleausstieg bis 2038 mit 40 Milliarden Euro abgedeckt werden. Der größte Batzen davon geht nach Brandenburg und Sachsen, neben Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen. So notwendig ökonomische Ressourcen zur Existenzsicherung sind, so bestimmen sie nicht allein das Dasein. Mehr und mehr kommen kulturelle Faktoren hinzu, eben Eigenschaften und Fähigkeiten, über die der Selbstwert von Menschen und Gruppen definiert und gefestigt wird. Es macht, wie es heute allenthalben heißt, die Identität von Einzelnen wie Gemeinden aus. Dieses Potenzial wissen Rechtspopulisten für sich zu nutzen. Nun sind die Ostdeutschen nicht nur durch diesen politischen Schock in den Fokus der Öffentlichkeit geraten. Seit einiger Zeit baut sich schon eine umfangreiche Kulisse für den 30. Jahrestag des Mauerfalls am 9. November 2019 auf. Die Bilder und Ereignisse der friedlichen Wende in der DDR, „Wir sind das Volk“, der Gewinn der Freiheit über die zweite deutsche Diktatur, der patriotische Überschuss, als sich damals Deutsche aus Ost und West begeistert in den Armen lagen, „Wir sind ein Volk“, die anfängliche Euphorie über einen gemeinsamen Aufbruch in staatlicher Einheit: Ein Erfolgsgeschichten besteht kein Mangel. Und es ist richtig, dass daran in vielfältiger Form erinnert wird: Schließlich ereignete sich eine politische Sternstunde.

»Der Verfall der Volksparteien als Garant politischer Stabilität setzt sich fort.«

Auch Negatives Gleichzeitigermaßen mehrten sich jedoch jene Narrative, die die negativen Aspekte der Vereinigung herauskehren. So bedeutet die Art und Weise, wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde, für den Historiker Ilko-Sascha Kowalczuk „Die Übernahme“. Der Berliner Soziologe Steffen Mau, der einen recht persönlichen Blick auf die Entwicklung des

Rostocker Neubauviertels „Lütten Klein“ wirft, spricht von einer „Blaupause West“, mit der sich der Bonner Staat die DDR „einverleibt“ habe. Und auf dem Buchcover der Kulturphilosophin Yana Milev prangt in Großbuchstaben „Anschluss“, ein Begriff, der sofort Assoziationen auslöst über des „Führers“ gewaltsame Überführung Österreichs in das Nazi-Reich. Die Wunden, die vor Jahren in den „neuen Bundesländern“ geschlagen wurden, sind längst nicht geschlossen. Eine „ungute Grundstimmung“ nimmt allerdings Brandenburgs vormaliger Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) schon seit einiger Zeit in Ostdeutschland wahr. Er beruft sich ausdrücklich auf „die



Die AfD wird in Ostdeutschland als Partei der Menschen wahrgenommen, die sich „abgehängt“ fühlen. © picture-alliance/dpa

Abfolge und Summe der Ereignisse“ seit 1990. Mit dieser Sicht steht er nicht allein. Die sächsische Integrationsministerin Petra Köpping, die sich derzeit mit dem niedersächsischen Innenminister Boris Pistorius um den SPD-Parteivorsitz bewirbt, verlangt in einer provokanten Streitschrift: „Integriert doch erstmal uns“. Und Brandenburg zurückgetretener CDU-Chef, Ingo Senfleben, zog klagend durch den Wahlkampf: „Der Staat macht momentan seinen Job nicht.“ Er nannte beispielhaft Lehrer, Richter, Polizei, Straßen, Funklöcher. Für die irritierenden ostdeutschen Befindlichkeiten, in denen sich Trübnis und Frustration ausdrücken, bestehen zwei Schlüsselbegriffe: Anerkennung und Angst. Sie

haben teilweise Lebenswirklichkeiten geschaffen, die sich selbstgefälliger Feiertagsrhetorik entziehen. Die DDR war, gerade in ihrem siechenden Ende, eine ausgeprägte „Arbeitsgesellschaft“, mit einer „Mentalität der einfachen Leute“, wie es der Soziologe Steffen Mau beschreibt. Arbeit bildete den Mittelpunkt der sozialen Existenz. Wer Arbeit verlor, kippte aus Lebenswelten. Doch gerade diese Erfahrung teilten viele Ostdeutsche. Die „Treuhand“, ihrem Auftrag folgend Privatisierung vor Gestaltung zu forcieren, bewirkte in wenigen Jahren eine Deindustrialisierung Ostdeutschlands - und ein Heer von Arbeitslosen. Bis heute fühlen sich viele Ostdeutsche um Anerkennung

ihrer Biographien betrogen. Doch den „Kampf um Anerkennung“ zählt der Sozialphilosoph Axel Honneth „zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte“. Missachtungen und Verletzungen der Anerkennung bilden, so Honneth, „Motive für sozialen Widerstand und Aufbruch im Rahmen von moralischen Erfahrungen“. Den Rechtspopulisten verschafft diese Konstellation komfortable Gestaltungsmöglichkeiten, weil sie die Sehnsucht nach Gemeinschaft und Solidarität auf ihre ganz eigene Art zu bedienen verstehen. Für Angst, das andere Schlüsselwort, existiert eine beachtliche Spannweite, eben Angst vor weiterem Abstieg und neuer Anpassung, vor wachsendem Kontrollverlust und fehlender Sicherheit, vor nachlassender Lebenschance und Exklusion. Es ist weniger relevant, ob Ängste real sind, das Gefühl ist hinreichend. Denn Angst, so meint der Politikwissenschaftler Herfried Münkler, sei eine diffuse Empfindung und verbreite sich von selbst, auch ohne Ursachen. Das unterscheidet sie von der Furcht, die sich mit Wissen, Aufklärung und konkreten Maßnahmen bearbeiten lasse. „Als Katalysator politischer Prozesse tritt Angst vor allem in der Mitte der Gesellschaft auf.“

Kühne These Recht mutig formuliert Soziologe Mau: „Der Osten nimmt möglicherweise sogar eine Pionierrolle beim populistischen Aufstand der Unzufriedenen und Frustrierten ein“. Ganz abwegig erscheint seine kühne These nicht. Denn als „soziale Gegenbewegung gegen die globale Moderne“ und als „zentrale Konfliktlinie der Gegenwart“ macht die Sozialwissenschaftlerin Cornelia Koppetsch die neuen Rechtsparteien aus. Die reaktionären Protestbewegungen seien in der Lage, ein Bündnis zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zu mobilisieren. Dabei steht die Berliner Republik vor einem Strukturwandel, der frühere Umbrüche schon fast marginal erscheinen lässt: Digitalisierung, Automatisierung, Klimaschutz, Energie- und Verkehrswende. Diese Veränderungen, das belegen frühere Umwälzungen, werden kaum ohne Zutun und Verzicht vorantreiben gehen. Werden die gesellschaftlichen Spannungen, die sozialen Asymmetrien und die kulturellen Unterschiede, die bereits jetzt den Weg der Globalisierung kennzeichnen, sich nochmals vertiefen und damit den Rechtspopulisten und Nationalradikalen weitere Chancen gewähren? Nach dem Osten auch im Westen der Republik?

Politische Bruchlinien sind schon jetzt unübersehbar. **Heinz Verfurth** ■

Der Autor ist freier Journalist in Berlin.

Neue politische Landschaften in Ostdeutschland

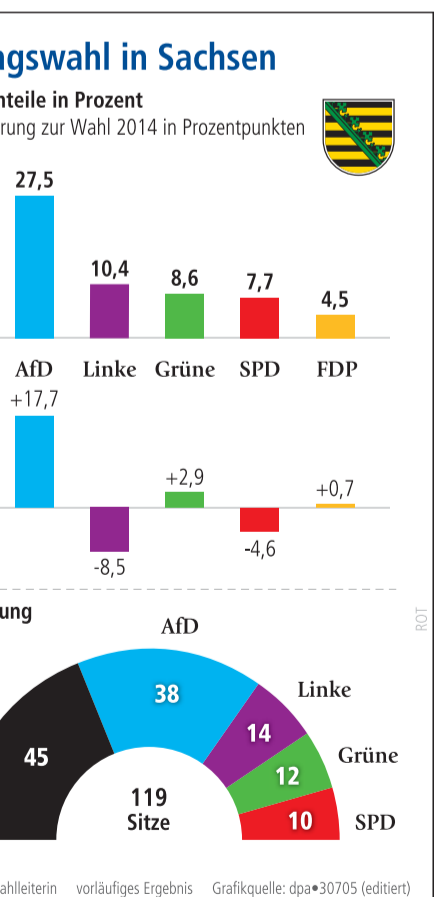
ERGEBNISSE In Sachsen und Brandenburg haben die bisherigen Koalitionen keine Mehrheit mehr. Verhandelt wird nun über Drei-Parteien-Bündnisse

Die Große Koalition in Berlin arbeitet tatsächlich noch: Damit hatte vor wenigen Wochen nicht jeder Strategie gerechnet mit Blick auf die wichtigen Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg am 1. September. Fragil sei die politische Lage in Berlin, befanden Beobachter und mutmaßten, das Regierungsbündnis aus Union und SPD könnte schon bald vom Strudel der politischen Ereignisse fortgezogen werden. Die Wahlen im Osten mit Denkmälercharakter und parallel die personelle Neuaufstellung der Bundes-SPD mit Stimmen für einen sofortigen Ausstieg aus der Groko würden womöglich das Finale einleiten.

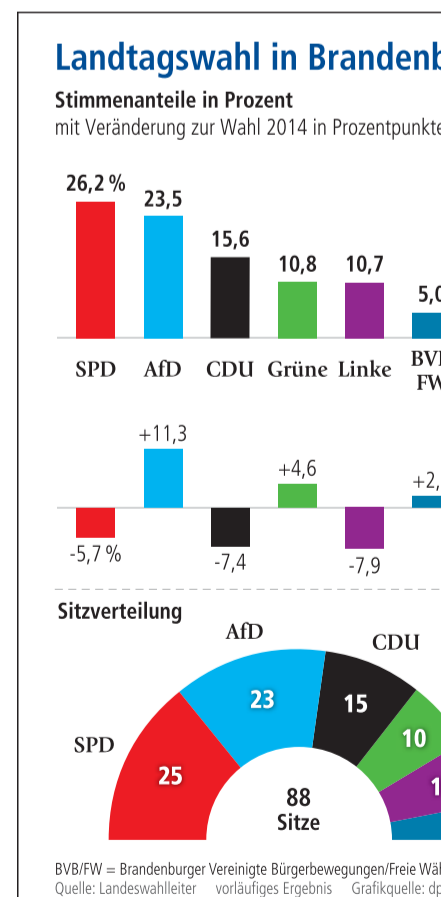
Achtungserfolge Der Wahlsonntag hat denn auch tatsächlich die politische Landschaft gründlich verändert, jedoch ist aus Sicht all jener, die eine Fortsetzung der Berliner Koalition befürworten, die große Katastrophe erst einmal ausgeblieben, denn zum einen ist die AfD trotz erheblicher Zuwächse weder in Sachsen (27,5 Prozent) noch in Brandenburg (23,5) stärkste politische Kraft geworden (siehe auch die Grafiken), zum anderen konnten die Ministerpräsidenten der beiden Länder, Michael Kretschmer (CDU) und Dietmar Woidke (SPD), Achtungserfolge erzielen und ungeachtet historisch schlechter Ergebnisse ihre Spitzenpositionen jeweils behaupten. Die CDU kam in Sachsen auf 32,1 Prozent, Woidkes SPD in Brandenburg auf immerhin noch 26,2 Prozent. Beide Regierungschefs erklärten in Anspielung auf die rechte AfD, der „freundliche“ Teil der Länder habe sich schließlich doch durchgesetzt.

Die bisherigen Regierungsbündnisse in beiden Ländern, Schwarz-Rot in Sachsen und Rot-Rot in Brandenburg, sind allerdings passé, denn die Stimmen reichen künftig nicht mehr aus für eine Zwei-Parteien-Koalition. Dreierbündnisse gelten in der Politik als Hort der Instabilität, sie sind nun aber in Dresden und Potsdam unvermeidlich, weil ein Zusammenschluss mit der AfD von allen anderen Parteien kategorisch ausgeschlossen wird. Gleich nach der Wahl begannen Vorgespräche zwischen CDU, SPD, Linken, Grünen sowie in Brandenburg auch mit den Freien Wählern. Die FDP ist in beiden Ländern an der Fünf-Prozent-Hürde erneut gescheitert und in den neuen Landtagen nicht vertreten.

Kümmerer Nicht nur Wahlforscher haben erkannt, dass die AfD von vielen Menschen in Ostdeutschland als die neue „Kümmererpartei“ für Protestwähler akzeptiert wird, eine Rolle, die bisher vor allem der Linkspartei zugefallen ist (siehe auch Beitrag oben). Dass die Linke in Sachsen (10,4 Prozent) und Brandenburg (10,7) nur noch knapp zweistellig ist, lässt auch bei der Bundestagsfraktion die Alarmglocken schrillen. Fraktionschef Dietmar Bartsch nannte die Verluste seiner Partei „katastrophal“. Die Linke werde inzwischen als „zu etabliert“ wahrgenommen. „Wir müssen deutlicher machen, dass wir Opposition zu den gesell-



schaftlichen Verhältnissen sind.“ Die SPD schmerzt vor allem das historisch schlechte Ergebnis in Sachsen mit nur noch 7,7 Prozent. Spitzenkandidat Martin Dulig nahm es scheinbar gelassen und verkündete am Wahlabend: „Wir haben das schlechteste Wahlergebnis, wir sind aber der coolste Landesverband.“ In Brandenburg trat CDU-Landes- und Fraktionschef Ingo Senfleben nach der Wahlschlappe (15,6 Prozent) von seinen Spitzenämtern zurück, weshalb sich die Parteispitze auch



mit Blick auf eine mögliche Koalition erst neu sortieren musste.

Kenia-Konstellation Für die im Osten bislang schwachen Grünen ist der Wahlsonntag hingegen erfolgreich verlaufen mit Zuwächsen in beiden Ländern. In Sachsen kamen die Grünen auf 8,6 Prozent, in Brandenburg auf 10,8 Prozent. Die Grünen erzielten zudem in Potsdam, Leipzig und Dresden ihre ersten vier Direktmandate im Osten. Die Grünen werden nun in beiden

Ländern als potenzielle Regierungspartner gesehen. So wird in Sachsen eine sogenannte „Kenia-Koalition“ aus CDU, SPD und Grünen angestrebt. Die Sondierungen sollen in dieser Woche beginnen, die Gespräche dürften allerdings schwierig werden, weil Grüne und CDU inhaltlich, etwa in der Verkehrs-, Umwelt-, Innen- und Energiepolitik, doch weit auseinander liegen. Ministerpräsident Kretschmer (CDU) legte Wert auf die Feststellung, dass es vor allem darum gehe, eine stabile Regierung aufzustellen. Dies sei bei dem Wahlergebnis auch möglich. Einen Zusammenschluss mit der AfD schloss Kretschmer aus, denn: „Die Partei fliegt nach rechts weg.“

Personalaustausch Auch in Brandenburg könnte es auf eine Kenia-Konstellation hinauslaufen, die eine Mehrheit von sechs Mandaten hätte. Andere Dreierkonstellationen wären auch denkbar, so etwa ein Bündnis von SPD, Linken und Grünen, das jedoch nur eine Stimme Mehrheit hätte. Die SPD hielt sich vorerst noch alle Optionen offen und führte Gespräche mit CDU, Linken und Grünen. Nach dem Rücktritt von Senfleben führt der Bundestagsabgeordnete Michael Stübgen die Gespräche auf CDU-Seite. Die neuen Landtage müssen spätestens 30 Tage nach der Wahl zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammenkommen, für die Regierungsbildung haben die Parteien laut

Verfassung noch länger Zeit. In Brandenburg hat die Landtagsverwaltung den 25. September für die Konstituierung vorgeschlagen, dort hat der Landtag 88 Sitze.

Formale Fehler Auch in Sachsen muss die konstituierende Sitzung des Parlaments spätestens am 1. Oktober stattfinden. Der Landtag hat regulär 120 Sitze, es werden aber nur 119 vergeben, nachdem aus Sicht der Wahlleitung die Aufstellung der AfD-Landesliste formal fehlerhaft war. Die AfD hatte die Listenplätze auf zwei verschiedenen Versammlungen und mit unterschiedlichen Verfahren aufgestellt. Die Wahlleitung kürzte die Liste daraufhin von 61 auf 18 Plätze. Nach einer Beschwerde der Partei billigte das Landesverfassungsgericht eine Liste mit 30 Kandidaten. Laut Wahlergebnis stünden der AfD 39 Sitze zu, nun bekommt sie nur 38 Sitze, die sich zusammensetzen aus 23 Listen- und 15 Direktmandaten. Da sieben Direktkandidaten auch auf der Landesliste standen, konnte die AfD nur mit den verbleibenden 23 Listenkandidaten in das Parlament einziehen, mehr Plätze standen nicht zur Verfügung. In der Folge bleibt ein Platz unbesetzt.

Wahl in Thüringen Derweil schauen die Parteien schon mit sehr unterschiedlichen Erwartungen auf die nächste Herausforderung: Am 27. Oktober wird auch in Thüringen ein neuer Landtag gewählt. Vor allem für die Linkspartei steht viel auf dem Spiel, denn sie stellt in Erfurt mit Bodo Ramelow ihren bundesweit einzigen Ministerpräsidenten in einer Koalition aus Linke, SPD und Grünen. Auch in Thüringen wird der AfD ein starkes Wahlergebnis zugetraut. Umfragen sehen derzeit die Linke als stärkste Kraft, gefolgt von CDU und AfD. Der Druck auf die große Koalition in Berlin wird vermutlich erhalten bleiben. **Claus Peter Kosfeld** ■



Für Stefan Bach und Claus Michelsen vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung ist die Grundsteuer „eine gute Gemeindesteuer“. Die Gewerkschaft Verdi gerät sogar ins Schwärmen: Die Grundsteuer ist „unabhängig von der Konjunktur und bringt regelmäßige, gut kalkulierbare Einnahmen“ von rund 15 Milliarden Euro für die Gemeinden im Jahr. Für den Erhalt würden auch Gerechtigkeitsgründe sprechen: Kommunale Verkehrsinfrastruktur, Schulen und Grünflächen würden auch den Wert privater Grundstücke erhöhen. Andere sehen das ganz anders, Hauseigentümer zum Beispiel. Deren Verband Haus & Grund fordert angesichts von 58 Milliarden Euro Überschuss in den öffentlichen Kassen: „Die Grundsteuer sollte ersatzlos gestrichen werden.“

Die Grundsteuer als eine der ältesten Steuern überhaupt. Sie war schon in der Antike bekannt und wurde angeblich von den Römern über die Alpen gebracht. Ihr großer Vorteil sind immer sprudelnde Erträge: Da Grundstücke und Häuser unbeweglich sind, gibt es kein Entkommen. Wenn da nur nicht das Bundesverfassungsgericht gewesen wäre, das die zur Berechnung der Steuerhöhe verwendeten Einheitswerte, die zum Teil noch aus der Vorkriegszeit stammten, 2018 verworfen hatte. Jetzt muss schleunigst ein neues Modell her. Über den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD zur Reform des Grundsteuer- und Bewertungsrechts (19/11085) wurde bei einer öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses am vergangenen Mittwoch heftig gestritten. Nach dem Modell soll für die Erhebung der Steuer in Zukunft nicht allein auf den Bodenwert zurückgegriffen werden, sondern es sollen auch Erträge wie Mieteinnahmen berücksichtigt werden. Für die Bundesländer ist eine Öffnungsklausel vorgesehen, damit sie die Grundsteuer nach anderen Bewertungsverfahren erheben können. Auch in Zukunft werden die Gemeinden die Höhe der Grundsteuer mit örtlichen Hebesätzen bestimmen können. Um strukturelle Erhöhungen der Steuer zu vermeiden, appellieren CDU/CSU- und SPD-Fraktion an die Kommunen, die Hebesätze entsprechend abzuskenken.

Wertorientierung Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände begrüßt die neuen Bewertungsregelungen im Koalitionsmodell, die vollumfänglich den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts entsprechen würden. Zudem entspreche die Wertorientierung des Reformmodells den allgemeinen steuerpolitischen Gerechtigkeitsvorstellungen der Bürgerinnen und Bürger. Dies sei wichtig für die langfristige Akzeptanz der Grundsteuer bei den Steuerpflichtigen. Professor Clemens Fuest vom ifo-Institut kritisierte den erheblichen Aufwand zur Wertbestimmung vor allem der Gebäude. Dieser Bewertungsaufwand mache es den Bürgern unnötig schwer, die Höhe der Steuer nachzuvollziehen und würde den Steuerzahlern und der Finanzverwaltung hohe Kosten auferlegen, die in keinem Verhältnis zum Nutzen in Form von Einzelfallgerechtigkeit stehen würden. Im Gesetzentwurf werde der Eindruck erweckt, großen Wert

Gute Steuer

IMMOBILIEN Eine ergiebige Einnahmequelle für die Kommunen soll neu organisiert werden



Auch Wohnquartiere in luftiger Höhe wie hier in Berlin-Schöneberg bleiben von der Grundsteuer nicht verschont.

© picture-alliance/Bildagentur-online/holo

auf Einzelfallgerechtigkeit zu legen, tatsächlich entstehe aber nicht mehr als eine „Pseudogerechtigkeit“, kritisierte Fuest. Auch der Deutsche Steuerberaterverband hegte grundsätzliche Zweifel, ob die angedachten Bewertungsmethoden für ein Massenverfahren wie die Grundsteuer geeignet seien. Mehrere Sachverständige wiesen darauf hin, dass das neue Bewertungsverfahren zu einer Besserstellung von besonders teuren Immobilien führen könne. Professor Lorenz Jarass (Hochschule Rhein-Main) erklärte, der Gesetzentwurf führe zu unsystematischen und widersprüchlichen Grundsteuern. Als Beispiel nannte er, dass Eigentumswohnungen bis zu einem Viertel höher besteuert würden als vergleichbare Wohnungen in nicht aufgeteilten Häusern. Der Bund der Steuerzahler kritisierte, dass die geplante Vereinfachung zu Lasten der Steuerzahler gehen würde. So würden bestimmte wertmindernde Umstände, wie Baumängel und Denkmalschutzauflagen, gar nicht mehr berücksichtigt. Professor Johanna Hey von der Universität Köln stellte fest, durch das neue Bewertungssystem komme es systematisch zu dem Teil deutlichen Unterbewertungen von vermieteten Immobilien in teuren Lagen, während Grundstücke in schlechten Lagen zum Teil zum Verkehrswert oder sogar darüber angesetzt würden. „Die Eigentümer mit Grundstücken in geringwertigen Lagen zahlen folglich die Verschönerung der Eigentümer in hochpreisigen Lagen mit“, so Hey. Das Problem könne auch nicht durch Hebesatzanpassungen gelöst werden, da diese gemeindeeinheitlich festgelegt würde. Mit sei-

nen systematischen Verzerrungen werde der Gesetzentwurf den Anforderungen des Gerichts an eine im Verhältnis der Grundstücke zueinander realitätsgerechten Abbildung des Verkehrswertes offensichtlich nicht gerecht. Nach Ansicht von Professor Dirk Löh (Hochschule Trier) lassen sich die Probleme einfach lösen, indem auf die Einbeziehung der Gebäude gänzlich verzichtet und lediglich die Bodenwerte der Besteuerung zugrunde gelegt würden. Auch Professor Gregor Kirchoff (Universität Augsburg) riet zu einem Grundsteuermodell, „das einfach anzuwenden ist“. Den jetzigen Gesetzentwurf mit seinem nach dem früheren System der Einheitswerte „seltsamen Mischsystem“ hielt Kirchoff für verfassungswidrig. Hans-Jürgen Leersch

Joachim Wieland von der Bundesregierung geplante grundgesetzliche Öffnungsklausel für die Bundesländer im Rahmen der Grundsteuerreform ist von der Mehrheit der Sachverständigen als notwendig bezeichnet worden. Entsprechend äußerte sich auch Professorin Johanna Hey vom Institut für Steuerrecht der Universität zu Köln in einer öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses am vergangenen Mittwoch. Hey begrüßte es zugleich, dass den Ländern eine umfassende Kompetenz zur eigenen Grundsteuergesetzgebung eingeräumt wird. Als nicht zufriedenstellend gelöst bezeichnete sie die vorgesehenen Regelungen für die Zwecke des Länderfinanzausgleichs. Die kommunalen Spitzenverbände warten vor einem Scheitern der Reform. Die Rückzahlung von 14,8 Milliarden Euro Grundsteuer „wäre eine Katastrophe“. Städte und Gemeinden könnten auf diese Einnahmen nicht verzichten. Grundlage der Anhörung war der von den Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD eingebrachte Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Grundgesetz-Artikel 72, 105 und 125b (19/11084). Darin heißt es, da die Gesetzgebungskompetenz des Bundes in der Wissenschaft nicht einheitlich beurteilt werde, solle diese unzweifelhaft abgesichert werden. Dazu soll der Bund mit einer Grundgesetzänderung uneingeschränkt die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz zur Regelung der Grundsteuer erhalten. Zugleich wird den Ländern über eine Ergänzung in Artikel 72 Absatz 3 des Grundgesetzes eine umfassende abweichende Regelungskompetenz eröffnet. Wie es im Entwurf weiter heißt, bestehen dafür gute Gründe mit Blick auf das Ziel einer bundesgesetzlichen Grundlage. Zugleich biete sich gerade die Grundsteuer aufgrund der Immobilität des Steuerobjekts und des bereits in der Verfassung vorhandenen kommunalen Hebesatzrechts dafür an, die Steuerautonomie der Länder zu stärken. Bisher ist nur von Bayern bekannt, dass es die Öffnungsklausel nutzen will. Joachim Wieland von der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer erklärte, der Bund könne sich nicht auf die Erforderlichkeit seiner Regelung zur Wahrung von Rechts- und Wirtschaftseinheit oder gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet berufen und gleichzeitig in demselben Gesetz den Weg zu einer einheitlichen Regelung eröffnen. „Die geplante Reform setzt demnach eine Verfas-

Mit Grundgesetzänderung auf Nummer sicher gehen

FÖDERALISMUS Länder-Öffnungsklausel kann kommen

Die von der Bundesregierung geplante grundgesetzliche Öffnungsklausel für die Bundesländer im Rahmen der Grundsteuerreform ist von der Mehrheit der Sachverständigen als notwendig bezeichnet worden. Entsprechend äußerte sich auch Professorin Johanna Hey vom Institut für Steuerrecht der Universität zu Köln in einer öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses am vergangenen Mittwoch. Hey begrüßte es zugleich, dass den Ländern eine umfassende Kompetenz zur eigenen Grundsteuergesetzgebung eingeräumt wird. Als nicht zufriedenstellend gelöst bezeichnete sie die vorgesehenen Regelungen für die Zwecke des Länderfinanzausgleichs. Die kommunalen Spitzenverbände warten vor einem Scheitern der Reform. Die Rückzahlung von 14,8 Milliarden Euro Grundsteuer „wäre eine Katastrophe“. Städte und Gemeinden könnten auf diese Einnahmen nicht verzichten. Grundlage der Anhörung war der von den Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD eingebrachte Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Grundgesetz-Artikel 72, 105 und 125b (19/11084). Darin heißt es, da die Gesetzgebungskompetenz des Bundes in der Wissenschaft nicht einheitlich beurteilt werde, solle diese unzweifelhaft abgesichert werden. Dazu soll der Bund mit einer Grundgesetzänderung uneingeschränkt die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz zur Regelung der Grundsteuer erhalten. Zugleich wird den Ländern über eine Ergänzung in Artikel 72 Absatz 3 des Grundgesetzes eine umfassende abweichende Regelungskompetenz eröffnet. Wie es im Entwurf weiter heißt, bestehen dafür gute Gründe mit Blick auf das Ziel einer bundesgesetzlichen Grundlage. Zugleich biete sich gerade die Grundsteuer aufgrund der Immobilität des Steuerobjekts und des bereits in der Verfassung vorhandenen kommunalen Hebesatzrechts dafür an, die Steuerautonomie der Länder zu stärken. Bisher ist nur von Bayern bekannt, dass es die Öffnungsklausel nutzen will. Joachim Wieland von der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer erklärte, der Bund könne sich nicht auf die Erforderlichkeit seiner Regelung zur Wahrung von Rechts- und Wirtschaftseinheit oder gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet berufen und gleichzeitig in demselben Gesetz den Weg zu einer einheitlichen Regelung eröffnen. „Die geplante Reform setzt demnach eine Verfas-

sungsänderung voraus“, erklärte Wieland in seiner Stellungnahme. Auch Professor Henning Tappe von der Universität Trier sagte, gerade weil eine weitreichende Öffnungsklausel für die Länder die Erforderlichkeit einer bundesgesetzlichen Regelung einerseits entfallen lasse, sollte also andererseits die Bundeskompetenz verfassungsrechtlich abgesichert werden. Nach Ansicht von Professor Thorsten Ingo Schmidt von der Universität Potsdam ist eine Gesetzgebungskompetenz Bundes erst mit Inkrafttreten einer Grundgesetzänderung gegeben. Würde es nicht zu einer Grundgesetzänderung, wohl aber zum Inkrafttreten des Grundsteuergesetzes kommen, würde diesem Reformgesetz die Gesetzgebungskompetenz fehlen, und es wäre in weiten Bereichen formell grundgesetzwidrig, so Schmidt in seiner Stellungnahme. Professor Gregor Kirchoff von der Universität Augsburg sagte, ihm sei „ein Stein vom Herzen gefallen“, als er von der geplanten Grundgesetzänderung erfahren habe. Er empfahl, ein Abweichungsrecht der Länder nur zuzulassen, wenn die Regelung einfacher anzuwenden sei als das Bundesrecht. Professor Wolfram Scheffler (Universität Erlangen-Nürnberg) erklärte, wenn das Grundgesetz nicht geändert werde, sei das Grundsteuergesetz verfassungswidrig. Anders argumentierte Professor Lorenz Jarass. Den Ländern könne auch ohne Grundgesetzänderung die gewünschte länderspezifische Grundsteuergesetzgebung ermöglicht werden. „Zwischen erforderlich“ sei aber eine gesetzliche Festlegung möglichst auch im Grundgesetz, damit durch eine länderspezifische Grundsteuergesetzgebung die Zahlungen in den Länderfinanzausgleich unverändert bleiben würden. Mit dem Länderfinanzausgleich befassten sich mehrere Sachverständige. So erklärte Professorin Hey, damit die Länder die Abweichungsklausel tatsächlich nutzen könnten, bedürfe es einer begleitenden Regelung im Länderfinanzausgleich, die ohne Schattenrechnung auf der Grundlage des Bundesgesetzes auskomme. Eines der Hauptargumente für eine wertunabhängige, rein flächenbasierte Grundsteuer oder eine Grundsteuer, die allein auf Bodenrichtwerte abstelle, aber ohne Bewertung der darauf stehenden Gebäude auskomme, liege in der Vereinfachung. Die Abweichungsbefugnis würde leerlaufen, wenn für Zwecke des Länderfinanzausgleichs doch wieder eine umfassende Bewertung durchgeführt werden müsste, erklärte Hey. hle

»Die geplante Reform setzt eine Änderung der Verfassung voraus.«

Joachim Wieland, Universität Speyer

»Die Länder sollen nur mit einfacheren Modellen abweichen dürfen.«

Gregor Kirchoff, Universität Augsburg

Finanzamt hilft beim Forschen

STEUERN Wirtschaft erwartet durch neue Förderung langfristig mehr Arbeitsplätze

Vertreter der deutschen Wirtschaft haben die von der Bundesregierung geplante Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung begrüßt. Die Maßnahme werde zusätzliche Forschungsausgaben in Deutschland mobilisieren, erklärte das Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in der vergangenen Woche in einer öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses zu dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung (19/10940, 19/11728). Das ZEW verwies unter anderem auf Erfahrungen in anderen OECD-Ländern, in denen es eine steuerliche Förderung gebe. Gerade im Mittelstand gebe es eine „Forschungslücke“, die mit dem Gesetz angegangen werden könne.

1,5 Milliarden Euro Kosten Bei den Vorhaben, für die eine Förderung beantragt werden kann, muss es sich um Grundlagenforschung, angewandte Forschung oder experimentelle Entwicklung handeln. Als förderfähige Aufwendungen sollen die von dem Unternehmen gezahlten Löhne für Arbeitnehmer gelten, die mit dem Faktor 1,2 multipliziert werden sollen. Die Bemessungsgrundlage ist auf zwei Millionen Euro pro Berechtigten begrenzt. Die Höhe der Forschungszulage soll 25 Prozent der Bemessungsgrundlage betragen. Laut Finanztafelung wird von Kosten für die Forschungszulage in Höhe von 1,5 Milliarden Euro ab 2021 ausgegangen. Die Spitzenverbände der Wirtschaft erklärten in einer gemeinsamen Stellungnahme, eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung verspreche langfristig Arbeitsplätze, Wertschöpfung und steigende Steuereinnahmen. Zudem sprachen sich die Spitzenverbände dafür



Zukunftsforschung im Ausstellungsraum des Berliner „Futuriums“

© picture-alliance

aus, die Forschungszulage mittelfristig ebenso wie die direkten Förderprogramme weiter auszubauen und die Ausgaben insgesamt auf ein international konkurrenzfähiges Niveau zu heben. Im Detail verlangten die Verbände, die Kosten der Auftragsforschung beim Auftraggeber zu fördern und das vorgeschlagene zweistufige Antragsverfahren zu vereinfachen. Denn die meisten Unternehmen würden keine eigene Forschungsabteilung unterhalten, so dass der größte Teil ihrer Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten durch Auftragsvergabe an Dritte erfolge. „Der Impuls zur Auftragsforschung kommt vom Auftraggeber – eine Förderung bei ihm würde einen direkten positiven Anreiz erzeugen“, so die Spitzenverbände der Wirtschaft. hle

Auch der Verband der chemischen Industrie sprach sich für eine Einbeziehung der Auftragsforschung in die Förderung aus. Die gesamten Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen in der deutschen Wirtschaft hätten sich 2017 auf knapp 69 Milliarden Euro belaufen, von denen mehr als ein Viertel der Ausgaben externe Aufwendungen (Auftragsforschung) und somit ein wichtiger Teil der Forschungsaktivitäten der deutschen Unternehmen gewesen seien. Nachdem bisher vorliegende Entwurfkomme aber ein Unternehmen, das bei einem qualifizierenden Forschungs- und Entwicklungsvorhaben keine eigene Forschungs- und Entwicklungstätigkeit betreibt, sondern einen Auftrag an Dritte vergabe und dafür die Kosten trage, keine steuerliche Förderung. Der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA), dessen Unternehmen mit 1,3 Millionen Erwerbstätigen größter industrieller Arbeitgeber in Deutschland sind und eine Exportquote von 79 Prozent haben, kritisierte die Größenbeschränkung der Förderung. Zwar könnten Unternehmen aller Größenordnung die Zulage beantragen, jedoch sei durch eine sehr enge Begrenzung der Bemessungsgrundlage auf zwei Millionen Euro der Personalkosten eine Fördersumme nur in Höhe von maximal 500.000 Euro erreichbar. „Damit mutiert das Instrument in unserer Branche letztendlich doch zu einer Regelung vornehmlich für kleine und mittlere Unternehmen“, so der VDMA. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) äußerte „generelle Skepsis“ an dem Entwurf. Dass die Forschungsausgaben steigen könnten, erwartet das DIW nicht. Vielmehr sei mit Mitnahmeeffekten zu rechnen. hle

Ausweis beim Goldkauf

GELDWÄSCHE Identifizierungsschwelle wird gesenkt

Die Bundesregierung will schärfer gegen Geldwäsche vorgehen und dafür unter anderem die Verschwiegenheitspflicht der freien Berufe einschränken und den Edelmetallhandel stärker regulieren. Der vom Bundeskabinett bereits beschlossene Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Änderungsrichtlinie zur Vierten EU-Geldwäscherichtlinie sieht in diesem Zusammenhang eine Absenkung des Schwellenbetrages vor, ab dem Güterhändler geldwäscherechtliche Pflichten unterliegen. Die Erkenntnisse der nationalen Risikoanalyse hätten ergeben, dass insbesondere im Bereich des Goldhandels ein starker Bargeldverkehr knapp unterhalb der gegenwärtigen Schwelle für die Identifizierungspflicht von 10.000 Euro stattfände. Es werde offensiv damit geworben, wie viel Edelmetall identifizierungsfrei eingekauft werden könne. Daher wird in dem Gesetzentwurf die Schwelle von

10.000 auf 2.000 Euro gesenkt, um diesen Umgehungshandel zu unterbinden beziehungsweise signifikant zu beschränken, wie es im Gesetzentwurf heißt. Zu den größten Goldverkäufern in Deutschland gehört übrigens der Staat selbst. Über die Verkaufsstelle für Sammlermünzen bietet der Bund jedes Jahr drei verschiedene Goldmünzen mit unterschiedlichen Motiven im Nennwert von 20, 50 und 100 Euro an. Sie bestehen aus reinem Gold und haben ein Gewicht von einer achtel Unze (3,888 Gramm), einer viertel Unze (7,776 Gramm) und einer halben Unze (15,552 Gramm). Das Gold dafür stammt aus den Goldreserven der Bundesbank, die jedes Jahr für die Produktion der Münzen rund drei Tonnen Gold an die fünf deutschen Prägestätten abgibt. Die neue Identifizierungsschwelle für einen Kauf würde erst beim Kauf von drei oder vier Halbunzenstücken überschritten. Der Kaufpreis der Münzen im Handel ist vom aktuellen Goldkurs abhängig, der stark schwanken kann. Zu den weiteren Maßnahmen gehört die Ausweitung des Kreises der sogenannten geldwäscherechtlich Verpflichteten. Dazu sollen in Zukunft auch Kunsthändler gehören, wenn die Transaktion mindestens 10.000 Euro beträgt. Die Beschränkung auf Barzahlungen wird aufgehoben. Die bisher weitgehend von der Verdachtsmeldepflicht befreiten freien Berufe müssen sich auf Änderungen einstellen. „Die Anpassung hat in den meldepflichtigen Fallkonstellationen eine Einschränkung der berufrechtlichen Verschwiegenheitspflichten zur Folge“, heißt es in dem Gesetzentwurf. Auch die Verdachtsmeldepflicht freier Berufe bei Immobilientransaktionen wird ausgeweitet. hle



Zum Goldkauf muss bald der Ausweis mit.

© picture-alliance

KURZ NOTIERT

Antrag gegen neue Steuer bleibt auf der Strecke

Mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, Linksfraktion und Grünen hat der Bundestag einen Antrag der FDP-Fraktion (19/11231) abgelehnt, von der Einführung einer Finanztransaktionssteuer Abstand zu nehmen. AfD und FDP stimmen für den Antrag. Die Liberalen stellen darin fest, dass das Großprojekt einer europäischen Finanztransaktionssteuer gescheitert sei. Es gebe jetzt noch den deutsch-französischen Vorschlag für eine reine Aktiensteuer, der nicht geeignet sei, „um die Finanzinstitute mit einem substanzialen Beitrag an den Kosten der Finanzkrise zu beteiligen“. hle

Grüne wollen Steuersatz auf Bahnfahrkarten senken

Die Umsatzsteuer im Schienenpersonenverkehr soll generell auf den ermäßigten Satz von sieben Prozent gesenkt werden. Dies streben die Grünen mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes (19/12089) an, der vom Bundestag an den Finanzausschuss überwiesen wurde. Derzeit gilt nur im Nahverkehr der ermäßigte Steuersatz von sieben Prozent, im Fernverkehr sind es 19 Prozent. Die Steuerermäßigung in Höhe von 400 Millionen Euro sollen zu 100 Prozent an die Kunden weitergegeben werden. hle

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Parlamentssprecher John Bercow (links) hat zum 31. Oktober seinen Rücktritt angekündigt, will aber zuvor die Pläne seines konservativen Parteikollegen Boris Johnson für einen No-Deal-Brexit mit aller Macht vereiteln. Eine Mehrheit der Abgeordneten will einen EU-Austritt zu Ende Oktober ohne Abkommen unbedingt verhindern – allerdings hat der Premier das Unterhaus in eine fünfwöchige Zwangspause geschickt.

»Ozeane schützen«

KONFERENZ Der Schutz der Ozeane ist nach Ansicht der Parlamentspräsidenten der G7-Staaten ein zentrales globales Anliegen, dem sich alle öffentlichen und privaten Akteure annehmen müssen. Das bekräftigten sie bei ihrer jüngsten Tagung am 6. September 2019 im französischen Brest. Erstmals in der Geschichte des Formats wurde dazu eine gemeinsame Erklärung verabschiedet. Darin unterstreichen die Präsidenten die wesentliche Rolle der Parlamente bei der Bewältigung der drängenden Umwelt- und Klimafragen und bekennen sich zu der Verantwortung, verstärkt zusammenzuarbeiten.

Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) wertete die Erklärung als ein Zeichen der Hoffnung, weil sie die Bedeutung spiegle, die diesem Thema inzwischen in allen G7-Staaten beigemessen werde. Es gebe keinen Grund zu resignieren, die Probleme seien zu lösen, betonte Schäuble, der die „großartigen Forschungsleistungen auf diesem Gebiet“ würdigte.

Die Parlamentspräsidenten hatten sich zuvor im Wissenschafts- und Technologiepark „Technopole Brest-Iroise“, in dem das europäische und französische Institut für Meeresforschung unter einem Dach vereint sind, über erfolgreiche Projekte zum Schutz und zur Aufwertung der Meere und Küstengebiete informiert.

An der Konferenz auf Einladung des Präsidenten der französischen Assemblée nationale, Richard Ferrand, nahmen neben dem Bundestagspräsidenten auch Nancy Pelosi, Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, John Bercow, Sprecher des britischen Unterhauses, Roberto Fico, Präsident der italienischen Abgeordnetenkammer, und Tadamori Oshima, Präsident des japanischen Unterhauses, teil. Kanada war durch den Vize-Sprecher des Unterhauses, Bruce Stanton, vertreten. Aus dem Europäischen Parlament nahm die Vize-Präsidentin, Mairead McGuinness, teil.

Die G7-Konferenz der Parlamentspräsidenten findet seit 2002 Anfang September statt – kurz bevor in allen G7-Parlamenten wieder die Sitzungswochen beginnen. Das nächste Treffen ist 2020 in San Francisco (USA) geplant.

DP II

Premier gegen Parlament

GROSSBRITANNIEN Boris Johnson hebt das Unterhaus aus und punktet so bei den Wählern

Der Konflikt um den Brexit wird in Großbritannien immer mehr zum Krieg der Worte. Mit jeder neuen Eskalation verschärft sich die Debatte, wird mitunter sogar handgreiflich, wie die nächtlichen Szenen im Unterhaus vergangene Woche zeigten. Da versuchten Oppositionsvertreter, Parlamentssprecher John Bercow am Verlassen des Saals zu hindern, die von Premier Boris Johnson verordnete Zwangspause aufzuhalten. Vergeblich – die Volksvertreter sind nun aus den ehrwürdigen Hallen verbannt worden und haben kein Forum mehr, wo der Regierungschef ihnen Rede und Antwort stehen müsste. Es gibt keine Debatten, keine Ausschüsse, keine öffentlichen Anhörungen mehr. Weshalb Johnson nun bis zum 14. Oktober Zeit hat, sein Narrativ ungestört auszubauen.

Dieses lautet, dass er ganz im Gegensatz zu den Parlamentariern das Land nicht lahmlegen, sondern nach vorn bringen will. Der Konservative befindet sich schon seit dem ersten Tag seines Amtsantritts am 24. Juli im Wahlkampfmodus. Er schlägt auf bei Wertarbeitern, Polizeidiensten, in Schulen und bei Farmern. Seine Minister kündigen parallel neue Programme und Finanzspritzen an. Das Signal: Hier ist eine Regierung, die anpackt, die sich um die wirklichen Sorgen der Bürger kümmert.

Die Members of Parliament kennen Johnson zufolge nur eines: die Blockade. Der Brexit, so lautet jedoch seine Botschaft, muss bis zum 31. Oktober passieren. Weil „wir unsere aufregende nationale Agenda umsetzen wollen“, betont der Premier. Johnson nimmt das alte Wahlkampfthema vor dem EU-Referendum 2016 wieder auf: die einfachen Bürger gegen das Establishment. „Ihr solltet mal aus London raus und nicht mehr nur mit reichen Typen reden, die in der EU bleiben wollen“, fauchte Johnsons Chefstrategie Dominic Cummings dieser Tage ein BBC-Team an, das ihn vor seinem Haus abgefangen hatte.

Nach dieser Lesart sitzen in London nach wie vor jene, die von der EU-Mitgliedschaft profitieren und den Brexit deshalb mit unnachgiebigem Eifer verhindern wollen – auch um den Preis, das ganze Land lahmzulegen. In die Kategorie Establishment fällt für die Brexit-Hardliner auch die schottische Justiz. Deren Richter verkündeten Mitte vergangener Woche, dass die Anordnung der parlamentarischen Zwangspause („Prorogation“) durch den Premierminister unzulässig sei. Aus dem Vorgehen sei „die einzig mögliche Schlussfolgerung zu ziehen, dass die britische Regierung und der Regierungschef das Parlament beschränken wollten“, hieß es in der Begründung. Für die EU-Gegner im Königreich ist das schottische Urteil klar politisch gefärbt.

Der Norden Großbritanniens will die EU nicht verlassen, Ministerpräsidentin Nicole Sturgeon droht bereits mit einem neuen Unabhängigkeitsreferendum im Jahr 2020.

Konstitutionelle Katastrophe Am Dienstag dieser Woche muss das Oberste Gericht in London in letzter Instanz entscheiden, ob es den schottischen Richtern Recht gibt. Eine ähnliche Klage vor dem englischen High Court war zuvor abgelehnt worden. Johnson wies nach dem Urteil in Edinburgh den Vorwurf kategorisch zurück, er habe die Queen belogen. Elizabeth II. hatte dem Antrag auf Prorogation am 28. August auf Grundlage der Zusage des Premiers stattgegeben, dass diese rechtens sei. Sollten die Obersten Richter Großbritanniens wie ihre schottischen Kollegen ebenfalls in Abrede stellen, käme dies einer konstitutionellen Katastrophe gleich. Das ändert aber nichts daran, dass Johnsons Rezept, die Wähler gegen das Parlament auszuspielen, funktioniert. Seine Tories liegen in den Umfragen klar vor der Labour-Partei. Zudem sagen 48 Prozent der Wähler, dass die Brexit-Unsicherheit endlich beendet werden müsse – ob mit oder ohne Deal. Das ist just jenes „Brexit auf Leben und Tod“-Motto, dem sich Johnson schon in seinem Wahlkampf um die Nachfolge von Theresa May verschrieben hatte.

Seinen radikalen Ansatz will Johnson auch in Bezug auf die gesetzlich bindende Weisung des Parlaments anwenden, dass er die Europäische Union beim EU-Gipfel um eine Verlängerung bis zum 31. Januar 2020 bitten muss. Lieber wolle er „tot im Graben liegen“ als das zu tun, hat er geschworen.

Der Glaube der Europäer ist indes gering, dass der Tory-Chef es mit seinen Verhandlungen um einen geordneten Ausstieg ernst meint und ein Deal vor der Frist 31. Oktober zustande kommt. Doch was dann? Die kommenden Wochen werden in Großbrit-

tannien, aber auch auf dem Kontinent, die Unsicherheit in der Brexit-Frage nur weiter wachsen lassen.

Stefanie Bolzen II

Die Autorin ist Korrespondentin der „Welt“ in London.

© picture-alliance/AP Images



»Ich will lieber tot im Graben liegen, als die Brexit-Frist zu verlängern.«

Boris Johnson, britischer Premier

Anzeige



... jetzt **kostenlosen** Probezugang anfordern!

Sie suchen Kontakte? Wir haben die Adressen!

Vertrauen Sie der OECKL-Adress-Datenbank – Ihr Kontaktportal zu Akteuren in Politik, Wirtschaft, Verbänden und Gesellschaft.

OECKL.de

DIE GUTE ADRESSE

Mit einem Klick zum Ziel

Das Team Europa steht

EUROPA Klimawandel und Digitales Schwerpunkte der neuen Kommission

Mit Spannung wurde erwartet, wie Ursula von der Leyen (CDU) die künftige EU-Kommission aufstellt. Vor einer Woche legte sie die im Juli von EU-Parlament gewählte Präsidentin endlich das Personaltableau für das 27 Mitglieder zählende Gremium vor. Mit 13 Frauen und 14 Männern werden ihm erstmals fast 50 Prozent Frauen angehören. Erstmals wird es zudem eine Generaldirektion Verteidigungsindustrie geben, damit die Europäer gemeinsam Rüstungsprojekte entwickeln und umsetzen können, sagte von der Leyen am 10. September bei der Vorstellung in Brüssel. Und noch ein weiteres Novum unterscheidet die von der Leyen-Kommission von der des scheidenden Präsidenten Jean-Claude Juncker: Ihre zentralen politischen Projekte für die nächsten fünf Jahre will die frühere Bundesverteidigungsministerin in die Hände von drei „Exekutiv-Vizepräsidenten“ legen. Der Sozialdemokrat Frans Timmermans soll für Klimaschutz zuständig sein, die Liberale Margrethe Vestager für Digitales. Der Christdemokrat Valdis Dombrovskis soll eine „Wirtschaft im Dienste der Menschen“ koordinieren. Großbritannien, das Ende Oktober aus der EU austreten will (siehe Aufmacher), nominierte keinen Vertreter. Die Kommissionspräsidentin stellte aber klar, dass Groß-

britannien im Falle einer Verschiebung des Brexits auch mit einem Kommissar vertreten sein müsse. Dies sähen die Regeln des EU-Vertrages vor.

Anhørungs-Marathon Ab Ende September müssen sich die Kommissarskandidaten Anhörungen in den Fachausschüssen im Europaparlament stellen. Es kann sein, dass von der Leyen dann einzelne Personen austauschen muss. Bevor die Kommissare Anfang November ihre Arbeit aufnehmen können, muss das Führungspersonal als gesamtes Gremium vom EU-Parlament bestätigt werden.

Als Wackelkandidaten gelten unter anderem der designierte polnische Landwirtschaftskommissar Janusz Wojciechowski sowie die für das Ressort Verkehr vorgesehene Rumänin Rovana Plumb. Gegen Wojciechowski laufen wegen möglicher Unregelmäßigkeiten bei Reisekostenabrechnungen während seiner Zeit im Europaparlament Ermittlungen der EU-Anti-Betrugsbehörde Olaf. Gegen Plumb wird in ihrer Heimat wegen des Vorwurfs des Amtsmisbrauchs ermittelt.

Als unproblematisch gelten zahlreiche andere designierte Kandidaten wie der Österreicher Johannes Hahn (Haushalt und Verwaltung), der Ire Phil Hogan (Handel) so-

wie der frühere italienische Premierminister Paolo Gentiloni, der für das klassische Wirtschaftsportfolio vorgesehen ist.

Der Verband der deutschen Industrie BDI lobte die Personalwahl. Von der Leyen haben für die wirtschaftsrelevanten Ressorts „profilierter und qualifizierter Kandidaten vorgeschlagen“, sagte BDI-Chef Joachim Lang. Der Direktor des Zusammenschlusses von Nichtregierungsorganisationen „Climate Action Network“, Wendel Trio, begrüßte die Entscheidung, die Klimapolitik zur Priorität für Europa zu machen. Diese müsse auch Verkehr, Industrie, Landwirtschaft und Gesundheit miteinbeziehen, mahnte er.

Zufriedene Stimmen kamen auch aus Osteuropa. So dankte der tschechische Ministerpräsident Andrej Babis von der Leyen dafür, dass sie gezeigt habe, „dass sie unsere Region wahrnimmt“. Die Tschechin Vera Jourova soll als Vizepräsidentin für Grundwerte und Transparenz in Europa zuständig sein.

Johanna Metz II

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



AUFGEKEHRT

Donald Trump auf dem Index

Donald Trump ist der erste Präsident, der per Twitter regiert. Altbackene Presse wird im Weißen Haus nicht mehr gebraucht. So hat Trump seit seinem Amtsantritt Anfang 2017 mehr als 10.000 Tweets abgesetzt, an manchen Tagen verschickte er Dutzende Kurztweets, die politische oder sonstige Gegner aufgeschreckt haben. Immerhin kann die Welt mit der Lektüre der dünnen 280 Zeichen nun praktisch live teilhaben an den Prozessen im Gehirn des Chefs der mächtigsten Macht des Planeten. Das kann schlecht oder auch gut sein, je nachdem, wie man solche teils skurrile Twitterer einschätzt. Womöglich ist es die Stimme einer ehrlichen Haut. „Mein Atomknopf ist viel größer und mächtiger als der von Kim Jong Un“, twitterte der US-Präsident etwa Anfang 2018 über Nordkoreas Machthaber. Was nicht jeder lustig fand. Im Visier von Trumps Mikroblogging sind nicht nur Mitarbeiter oder ausländische Regierungen, auch zur Wirtschaft lässt der Präsident immer häufiger Twitter-Gewitter ab. Ob zum ökonomischen Hauptfeind China, zu angeblich nötigen Zöllen oder dem verhassten US-Notenbankchef Powell, der die Zinsen partout nicht purzeln lassen will. Längst ist erwiesen, dass nach solchen Trump-Außerungen die Kurse an den Kapitalmärkten steigen oder fallen und das ganze reale Einfluss auf die Wirtschaft hat. Jetzt hat die US-Investmentbank JP Morgan einen Index geschaffen, der den Einfluss der Trump-Tweets auf Zins-Schwankungen bei Anleihen und Aktien misst und Anlegern so mehr Sicherheit geben kann. Der Index hat den kuriosen Namen „Vollfe“ – ein Wortspiel aus „Volatilität“ und einem bizarren Trump-Tweet, in dem das unbekannte Wort „Covfe“ vorkam, vermutlich ein Tippfehler des Twitter-Präsidenten. Die Vollfe-Schwankungen werden uns wohl noch eine Weile begleiten. *Hans Krump*

VOR 35 JAHREN...

Freie Fahrt für den »Kat«

19.9.1984: Regierung beschließt Katalysator-Pflicht. Vom Klimawandel hat 1984 noch niemand gesprochen. Ein Umweltministerium gab es noch nicht. Und die Grünen saßen erst seit kurzem im Bundestag. Umweltschutz wurde dennoch gemacht: „Waldsterben“ war das Schlagwort. Und schon damals wurde leidenschaftlich über Umweltschutz gestritten – vor allem, wenn es ums Auto



Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) 1983 mit einem Abgaskatalysator

ging. Um die Luft zu verbessern, beschloss die Bundesregierung am 19. September 1984 eine Katalysator-Pflicht für alle neuen Benzinautos. Was heute selbstverständlich ist, rief damals Kritik hervor, wie aktuell die Themen Fahrverbote, Tempolimits oder CO2-Steuer. Vor allem die deutschen Autobauer wehrten sich, obwohl viele von ihnen schon Katalysatoren verbauten, um ihre Autos auch nach Japan oder in die USA verkaufen zu können, wo bereits niedrige Abgas-Werte galten. Gleichzeitig stellte sich – ähnlich wie heute bei E-Autos – die Frage nach der Kraftstoffversorgung: Ende 1984 boten laut „Spiegel“ nur gut 100 Tankstellen in der Bundesrepublik bleifreies Benzin an, auf das Autos mit Katalysator angewiesen waren. Das versicherte potenzielle Autokäufer. Und da auch im Rest Europas kaum bleifreier Spirit verkauft wurde, kritisierten die Nachbarländer den deutschen Alleingang: Sie fürchteten das Ausbleiben deutscher Touristen. Die Bundesregierung räumte daher eine Übergangsfrist ein: Erst ab dem 1. Januar 1989 mussten alle Neuwagen einen Katalysator haben. Zudem wurden Bürger, die schon früher auf ein Auto mit „Kat“ umstiegen, bei der Kfz-Steuer entlastet. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: DIE REICHSTAGSKUPPEL PER KINDER-AUDIOGUIDE



Auf einen Ausflug in das Wahrzeichen des Bundestages durften 24 Grundschüler mit Bundestagsvizepräsident Hans-Peter Friedrich (CSU) und Stofffigur Karlchen Adler gehen. © Deutscher Bundestag/Inga Haar

Mit Karlchen Adler über den Dächern Berlins

„Karlchen, Karlchen“ rufen 24 Kinder nur wenige Sekunden, nachdem der Aufzug auf der Dachterrasse des Berliner Reichstagsgebäudes ankommt. Den Grundschulern der Adolph-Glassbrenner-Grundschule in Berlin-Kreuzberg kam am vergangenen Montag eine besondere Aufgabe zu: Die Erst-, Zweit-, und Drittklässler waren die ersten, die den neuen Audioguide für Kinder in der imposanten Kuppel des Bundestages testen durften. Dort, hoch über den Dächern Berlins, wartete Adler Karlchen als Stofffigur schon auf sie, um die 460 Meter Weg hoch in die Kuppel und wieder hinab gemeinsam zu gehen. „Ihr seid heute die ersten, die etwas erleben, das ab heute Nachmittag noch ganz viele Kinder nach euch erleben können“, begrüßte Bundestagsvizepräsident Hans-Peter Friedrich (CSU) die Kinder. „Der Guide erklärt euch, was im Bundestag passiert und wie Gesetze entstehen“, sagte er. Und das auf spielerische Art und Weise. Denn die Geschichte rund um Karlchen Adler spielt in einer Adler-Welt: Karlchen ist neugierig und stellt gern Fragen mit Cousine Kiki. Sie besuchen ihren Onkel Kurt, der Abge-

ordneter für den Wahlkreis Adlershofen im Bundestag ist. Auch der Schöpfer, Illustrator Detlef Surrey, war mit vor Ort. „Die Figur Karlchen habe ich bereits 2007 für den Bundestag kreiert“, sagte er. Der Audioguide sei aber für ihn eine Premiere, denn dafür habe er erstmals auch einen Text geliefert und nicht nur illustriert – eine Herausforderung. „Ich bin gespannt auf die Rückmeldungen der Kinder aus den ersten Tests in der Realität“, sagt Surrey. Die vorherige Version des Guides mit „Bernd das Brot“ als Hauptfigur habe er zwar gehört, sich aber vor allem vom eigenen Gang hoch in die Kuppel und der Aussicht inspirieren lassen. „Ich freue mich, mit Karlchen Adler dazu beizutragen, Kindern ein positives Grundgefühl von Demokratie zu vermitteln, denn das Wählen und Mitbestimmen finde ich sehr wichtig“, sagte Surrey. Karlchen folgend schrauben sich die Kinder mit den Kopfhörern immer weiter hoch in die Kuppel. „Wir sind mit einer jahrgangsübergreifenden Lerngruppe hier. Die meisten sind zwischen sechs und acht Jahren alt“, berichtet Lehrerin Anita Schattmaier aus Kreuzberg. Für viele ist

der Besuch beim Kindertag des Bundestages das erste Mal im Parlament. „Das ist schon etwas sehr Besonderes“, sagt Schattmaier und eilt den Kindern hinterher, die immer schneller gehen. Von Musik untermalt sagt Karlchens Stimme immer, wenn man wieder einen Abschnitt des Aufgangs hinter sich gelassen hat: „Komm, lass uns weiterflattern.“ Vorbei am Kanzleramt, Siegessäule und Brandenburger Tor wird das politische Berlin erklärt. „Ganz schön hoch hier“, finden die Kinder oben angekommen und sind verwundert, dass die Kuppel offen ist und es hereinregnen kann. „Ich wusste gar nicht, dass der Bundesadler auch Fette Henne heißt, da gefällt mir Karlchen auf jeden Fall besser“, resümiert Zweitklässlerin Anna. Auch erwachsene Kuppelbesucher können über einen Audioguide den Bundestag, seine Gebäude und die Umgebung kennenlernen. Zehn Sprachen stehen dafür zur Auswahl; im Mai 2014 kam als elfte Sprache Chinesisch dazu. Außerdem gibt es eine Audio-Deskriptions-Version für Blinde, einen Video-Guide für Gehörlose und eine Version in Leichter Sprache. *Lisa Brübler*

LESERPOST

Zur Ausgabe 29-30 vom 15. Juli 2019, „Auf der hellen Seite“ auf Seite 1: Ja, unser Grundgesetz ist ein Segen für unsere freiheitliche-demokratische Grundordnung. Das bedeutet aber auch, dass die Regierung und das Parlament alles daran setzen, es in seiner Komplexität stets bei ihren Entscheidungen im Hinterkopf zu haben. Die Wahl einer ehemaligen Verteidigungsministerin in das EU-Spitzenamt – ausgekugelt von den führenden Staatschefs der EU – war letztlich Wahlbetrug, hatte man doch den Wählern in unserem Lande monatelang andere Spitzenkandidaten vorgeschlagen. Frau von der Leyens persönliche Verantwortung für die Fehler in der Bundeswehr sind damit genauso vom Tisch wie die Hypothek aus der Ministerpräsidentinnen-Zeit von ihrer Nachfolgerin Kramp-Karrenbauer. So verspielt man Vertrauen in die Politik un-

teres Landes. Wie sagte schon Heinrich Heine treffend: „Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht!“ *Claus Hörmann, Neustadt in Sachsen*

Zur „leicht erklärt“-Beilage „70 Jahre Grundgesetz“ vom 15. Juli 2019: Ich frage mich, warum in der Beilage nicht die Präambel des Grundgesetzes erwähnt wird, in der die geistige Grundhaltung der Verfasser bzw. die des Grundgesetzes selbst zum Ausdruck kommen. Sie ist für jede Generation entscheidend wichtig bei der Einhaltung und Umsetzung des Grundgesetzes. Die Präambel erinnert uns Menschen daran, dass es einen Schöpfer gibt und wir in Verantwortung vor ihm leben sollen. Entsprechend heißt es auch: „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor

Gott und den Menschen...“ Eigentlich kommt in allen Artikeln diese geistige Grundhaltung direkt oder indirekt zum Ausdruck. Wenn wir den Schöpfer des Himmels und der Erde und aller Menschen nicht achten, dann können wir auch nicht einander mit aufrichtigem Herzen respektieren – so wie es ständig gefordert wird, besonders von Politikern! Die negativen Folgen der wachsenden Gottlosigkeit in unserem Volk sind erschreckend sichtbar. *Claudia Grote-Siem, Reutlingen*

Zur Ausgabe 31-32 vom 29. Juli 2019: Das ist eine interessante Ausgabe anlässlich der Mondlandung vor 50 Jahren! Positiv zu vermerken ist, dass angesichts der Begeisterung für die Raumfahrt auch das ungelöste Problem des Weltraumschrotts angesprochen

wird. Allerdings vermisse ich – besonders in Zeiten einer hitzigen Debatte um die CO2-Folgen für das Klima – eine CO2-Bilanz der Welt-raumfahrt bzw. des „ökologischen Fußabdrucks“ des Starts einer Trägerrakete zur Internationalen Raumstation, der ISS. Was beim Fliegen „ganz schlimm“ ist, ist bei der Raumfahrt nicht der Rede wert. Ich habe den Eindruck, die Problemwahrnehmung ist immer selektiv, so wie es gerade passt. *Gerhard Günther, Tübingen*

Zur Ausgabe 33-34 vom 12. August 2019: Die Zahl der politischen Hinrichtungen pro Jahr, ohne dass es ein rechtsstaatliches Verfahren gab, liegt in China höher als in allen übrigen Ländern, in denen es diese barbarische Strafe noch gibt. Bei mehreren Reisen in die „Volksrepublik“ China, nach Hongkong, Macao und auch in die Republik China (Taiwan), konnte ich die Willkür erleben. Dabei wurde auch deutlich, wie die Kommunistische Partei Chinas massiv versucht, die Freiheitsrechte in Hongkong einzuschränken. Es ist für mich als ehemaliger politischer Häftling der sozialistischen SED-Diktatur absolut unerträglich, dass es keine diplomatischen Beziehungen mit der freiheitlich demokratischen Republik China (Taiwan) gibt, während gleichzeitig keine Kritik mehr an den Verbrechen der Kommunistischen Partei Chinas durch die Bundesregierung erfolgt, die in ihrer Geschichte über 35 Millionen Menschen ermordete und Tibet besetzte. *Alexander W. Bauersfeld, Hannover*

SEITENBLICKE



PERSONALIA

>Werner Simmling †
Bundestagsabgeordneter 2009-2013, FDP
Wie erst jetzt bekannt wurde, starb Werner Simmling am 20. Juni im Alter von 74 Jahren. Der Diplom-Volkswirt aus Hohenstadt/Kreis Göppingen schloss sich 2005 der FDP an und war dort von 2006 bis 2009 und wiederum seit 2011 Kreisvorsitzender. Über zehn Jahre lang war Simmling darüber hinaus kommunalpolitisch tätig. Im Bundestag wirkte er im Verkehrsausschuss mit.

>Heinz Wagner
Bundestagsabgeordneter 1990, CDU
Heinz Wagner vollendet am 16. September sein 80. Lebensjahr. Der Zimmermann und Bauingenieur aus St. Egidien/Kreis Zwickau trat 1968 der CDU in der DDR bei und gehörte von März bis Oktober 1990 der ersten frei gewählten Volkskammer an. Danach saß Wagner bis Dezember im Bundestag.

>Josef Linsmeier
Bundestagsabgeordneter 1980-1990, CSU
Am 17. September wird Josef Linsmeier 75 Jahre alt. Der Rechtsanwalt aus Haar bei München schloss sich 1968 der CSU an, war dort Kreisratsmitglied sowie ehrenamtlicher Zweiter Bürgermeister. Der Direktkandidat des Wahlkreises München-Land arbeitete im Ausschuss für das Post- und Fernmeldewesen sowie im Städtebauausschuss mit. 1982/83 war Linsmeier Vorsitzender der Enquete-Kommission „Neue Informations- und Kommunikationstechniken“.

>Hermann Rappe
Bundestagsabgeordneter 1972-1998, SPD
Am 20. September vollendet Hermann Rappe sein 90. Lebensjahr. Der Gewerkschaftssekretär und Vorsitzende der IG Chemie-Papier-Keramik von 1982 bis 1995 trat 1947 der SPD bei. Von 1988 bis 1995 stand er zudem an der Spitze der internationalen Föderation von Chemie-Energie- und Fabrikarbeitervereinigungen. Rappe, Direktkandidat des Wahlkreises Hildesheim, engagierte sich vorwiegend im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, dessen Vorsitz er von 1976 bis 1983 innehatte. Rappe hatte sich in den 1980er-Jahren vor allem in Fragen von zukunftsweisenden Arbeitszeitregelungen einen Namen gemacht.

>Rolf Rau
Bundestagsabgeordneter 1990-1998, CDU
Am 20. September wird Rolf Rau 75 Jahre alt. Der Diplom-Ingenieur aus Borsdorf/Kreis Leipzig trat 1976 der CDU in der DDR bei, war 1989/90 Bezirksvorsitzender seiner Partei in Leipzig und wurde im März 1990 stellvertretender sächsischer CDU-Landesvorsitzender. Von März bis Oktober 1990 gehörte Rau der ersten frei gewählten Volkskammer an. Der Direktkandidat des Wahlkreises Leipzig-Land – Borna – Geithain war im Bundestag im Städtebau- sowie im Sportausschuss.

>Reinhard Schultz
Bundestagsabgeordneter 1994-2009, SPD
Reinhard Schultz wird am 21. September 70 Jahre alt. Der Geschäftsführer aus Everswinkel/Kreis Warendorf trat 1972 in die SPD ein, war von 1980 bis 1994 Unterbezirksvorsitzender in Warendorf und gehörte von 1980 bis 1992 dem Vorstand des SPD-Bezirks Westliches Westfalen an. Von 1973 bis 2004 war er Mitglied des Kreistags in Warendorf und von 1985 bis 2004 zugleich Fraktionsvorsitzender. Schultz wirkte im Bundestag im Umwelt-, im Finanz- sowie im Landwirtschaftsausschuss mit.

>Gottfried Wurche
Bundestagsabgeordneter 1972-1975, SPD
Am 24. September vollendet Gottfried Wurche sein 90. Lebensjahr. Der technische Angestellte aus Berlin, SPD-Mitglied seit 1946, wurde 1962 Kreisvorsitzender in Berlin-Tiergarten. Dort amtierte er von 1975 bis 1979 als Bürgermeister. Von 1963 bis 1965 sowie von 1979 bis 1986 gehörte Wurche dem Abgeordnetenhaus an. Im Bundestag engagierte er sich im Verkehrsausschuss. *brmh*

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:
Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 30. September.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 25. – 27.09.2019
Kohleausstieg (Do),
Arbeitslosengeld I (Fr)
Phoenix überträgt live ab 9 Uhr
Auf www.bundestag.de:
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream



Dr. Wolfgang Schäuble, CDU, Bundestagspräsident:

Die Idee eines vereinten Europas weitertragen



Wolfgang Schäuble (*1942)
Bundestagspräsident

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte nehmen Sie Platz. Die Sitzung ist eröffnet. Ich begrüße Sie zur ersten Sitzung nach der Sommerpause. Und besonders herzlich begrüße ich im Namen der Mitglieder des Hauses unsere Gäste. Auf der Ehrentribüne hat der Präsident der Nationalversammlung der Republik Ungarn, Doktor Laszlo Kövér, mit seiner Delegation Platz genommen. Herzlich willkommen! Außerdem begrüße ich, nicht weniger herz-

lich, den Botschafter der Republik Polen, Herrn Professor Doktor Andrzej Przylebski. Herzlich willkommen!

Heute vor achtzig Jahren endete die Schlacht bei Wizna. Anders als bei uns, sind diese Kämpfe zehn Tage nach Beginn des deutschen Überfalls auf Polen Erinnerung unserer Nachbarn – als Geschichte ihres Freiheitswillens, der heroischen Verteidigung durch wenige Hundert gegen eine Übermacht von zehntausenden deutschen Soldaten. Polen wurde 1939 das erste Opfer eines historisch beispiellosen rassenideologischen Vernichtungsfeldzugs, von dem vor 80 Jahren niemand ahnen konnte, welche Ausmaße er annehmen würde. Der von Deutschland entfesselte Zweite Weltkrieg hinterließ einen zerstörten Kontinent und Narben, die noch immer schmerzen.

Die Polen litten am längsten

unter der Besatzung durch die Wehrmacht, unter dem Terror von SS und Sicherheitsdienst. Sie erlebten die gezielte Ermordung ihrer intellektuellen Elite, die Verwüstung ganzer Landstriche, die völlige Zerstörung ihrer Hauptstadt Warschau – die Vernichtung jüdischen Lebens. Der polnische Staat wurde als Folge des Hitler-Stalin-Paktes unter zwei übermächtigen Nachbarn aufgeteilt und seiner Souveränität beraubt. Der Hinweis auf den sowjetischen Einmarsch von Osten am 17. September 1939 relativiert deutsche Verbrechen nicht, aber er ist für das Verständnis der traumatischen Nachwirkungen des Krieges in Polen wichtig.

Der Bundespräsident hat am 1. September in Polen unseren Willen bekräftigt, die deutsche Schuld nicht zu vergessen. Am selben Tag hat meine polnische Amtskollegin mit mir gemeinsam in der deut-

Die Polen litten am längsten unter der Besatzung durch die Wehrmacht.



Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU, rechts), seine polnische Amtskollegin Sejmarschallin Elzbieta Witek (Mitte) und ein Teilnehmer des Warschauer Aufstands gedenken an den Beginn des 2. Weltkrieges in Polen.

© picture-alliance/dpa/Wolfgang Kumm

schon Hauptstadt bei einem deutsch-polnischen Gottesdienst im Berliner Dom des Kriegsausbruchs gedacht. Danach warben wir vor der Kriegsruine des Anhalter Bahnhofs gemeinsam für ein sichtbares Zeichen des Gedenkens an die Millionen polnischer Opfer des Zweiten Weltkrieges, eine Initiative, die von zahlreichen Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses unterstützt wird. Auch das kann zu Versöhnung und zur Verständigung beitragen – über Jahrestage hinaus.

Ein Denkmal allein reicht aber nicht, um die wichtigsten Lehren aus dem Zivilisationsbruch des Zweiten Weltkrieges wach zu halten: Den Erhalt des Friedens, den Schutz unseres zivilen Miteinanders, den Respekt vor dem anderen, die Anerkennung seiner Freiheit, Unabhängigkeit und Würde. Im zusammenwachsenden Europa, als der anspruchsvollsten Antwort auf die historischen Gewalterfahrungen des 20. Jahrhunderts, braucht es – wie der Historiker Karl Schlögel seit langem fordert – eine konsequente „Osterweiterung des westlichen Horizonts, aber auch eine Westerweiterung des Ostens“.

Dazu kann dieses Gedenkjahr beitragen, in dem wir an die Verheerungen des Krieges vor 80 Jahren erinnern, aber auch an die historischen Glücksmomente vor 30 Jahren. 1939 und 1989: Beide Jahre bilden eine historische Klammer im „kurzen 20. Jahrhundert“ – ein Begriff, der üblicherweise Eric Hobsbawm zugeschrieben wird, der aber in Wahrheit auf den ungarischen Historiker Iván Berend zurückgeht.

Auf die Befreiung von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft folgte die Ost-West-Konfrontation des Kalten Krieges, die jahrzehntelange Spaltung Europas. Erst in den friedlichen Revolutionen 1989 erkämpften sich die Menschen in den Staaten des ehemaligen Ostblocks ihre Unabhängigkeit und Freiheit. Ihnen verdanken wir die Überwindung der am Ende des Weltkrieges auf der Konferenz von Jalta begründeten Teilung der Welt – und nicht zuletzt: unsere staatliche Einheit.

Heute vor 30 Jahren, am 10. September 1989, öffnete Ungarn seine Grenzen für die DDR-Flüchtlinge. Allein in Budapest hielten sich rund 30.000 DDR-Bürger auf. Im ganzen Land warteten etwa 200.000 Ostdeutsche auf eine Gelegenheit zur Flucht. Die Botschaft der Bundesrepublik war überfüllt – wie die Vertretungen in Warschau und Prag auch. Die Grenzöffnung in Ungarn löste eine neue Dynamik aus. Zwei Monate später fiel die Berliner Mauer – das Symbol des Kalten Krieges. Wir Deutsche vergessen den mutigen Beitrag Ungarns zur Wiedervereinigung unseres Landes nicht!

Es ist die Aufgabe von uns allen, aber gerade auch der jungen Generation, die Idee eines vereinten Europas als Erbe des Krieges weiterzutragen, sie angesichts der Herausforderungen in einer gründlich veränderten Welt mit Leben zu füllen. Und deshalb freue ich mich besonders, dass heute auch die Teilnehmer des Deutsch-Ungarischen Jungen Forums anwesend sind. Seien Sie uns herzlich willkommen!

Europa braucht Begegnungen wie diese, den beständigen Austausch über unsere unterschiedlichen historischen Erfahrungen, kulturellen Prägungen und Erwartungen an die Zukunft. Dabei müssen wir nicht immer einer Meinung sein, aber neugierig aufeinander bleiben und uns respektvoll begegnen.

Nur so wird gelingen, was der polnische Dichter Czeslaw Milosz bereits 1983 forderte: „Europa den Europäern näherzubringen“! Daran zu arbeiten, das verehrte Kolleginnen und Kollegen ist die eigentliche Verpflichtung, die uns aus dem Kriegsbeginn vor 80 Jahren erwächst.

Ich danke Ihnen.

Wir Deutschen vergessen den mutigen Beitrag Ungarns zur Wiedervereinigung nicht.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.

www.bundestag.de/live/tv/index.html

Allgemeine Finanzdebatte zum Haushalt 2020 / 110. Sitzung des 19. Deutschen Bundestages am 10. September 2019

Olaf Scholz, SPD, Bundesminister der Finanzen:

Die wichtigste Aufgabe für die Zukunft ist der Zusammenhalt



Olaf Scholz (*1958)
Bundesminister der Finanzen

Das ist jetzt der dritte Haushalt dieser Regierung, den wir miteinander beraten. Und wie die beiden zuvor ist es ein solider Haushalt, der ohne neue Schulden auskommt.

Trotzdem haben wir unsere Spielräume genutzt. Es ist ein expansiver Haushalt, der viele Investitionen und viele Entscheidungen für die Zukunft beinhaltet, und das ist auch richtig so; denn wir stehen vor großen Herausforderungen.

Vielleicht ist es jetzt, zum Ende des Jahrzehntes, doch wichtig, sich einmal klarzumachen: Die 20er-Jahre stehen kurz bevor, und damit natürlich viele große Herausforderungen, die wir zu bewältigen haben. Wenn wir Haushaltspolitik machen, reflektieren wir natürlich das, was wir für die Zukunft erwarten, und versuchen, uns bestmöglich auf das einzustellen und vorzubereiten, was zu tun ist.

Die eine große, wichtige Aufgabe ist, dafür zu sorgen, dass in einer Welt, die immer schwieriger wird, der Zusammenhalt unserer Gesellschaft auch zukünftig funktioniert. Wie sehr das notwendig ist, können wir an all den Verwerfungen merken, die gegenwärtig überall zu beobachten sind. Ich will nur an das, was ein anderes Parlament jeden Tag bewegt, erinnern: den Brexit und die Entscheidung, die die britische Bevölkerung in dieser Hinsicht getroffen hat. Es war die Sorge vor der Zukunft, die zu der aus unserer Sicht bedauerlichen und falschen Entscheidung geführt hat, die EU zu verlassen. Aber es ist auf alle Fälle ein Zeichen dafür, dass eine Gesellschaft, die nicht zusammenhält, auch nicht sicher sein kann, wie sie ihre Zukunft bewältigen

soll. Zusammenhalt ist die wichtigste Aufgabe für die Zukunft.

Das merken wir auch, wenn wir uns über die amerikanische Politik Gedanken machen und über deren Ringen darum, ob Wälle aufgebaut werden sollen und wie man Zollpolitik mit anderen Ländern betreibt. Das alles sind ja auch Reflektionen auf eine große Unsicherheit im eigenen Land über die Frage, wie es in Zukunft eigentlich weitergehen soll.

Und selbstverständlich ist auch bei uns in Deutschland und in anderen Ländern Europas was los. Ich will ausdrücklich an dieser Stelle sagen, dass natürlich auch wir überall merken, dass der Zusammenhalt unserer Gesellschaft ein Thema ist, das die Bürgerinnen und Bürger bewegt. Deshalb ergibt sich daraus auch für mich der klare Auftrag an uns: Nur eine Gesellschaft, die zusammenhält, ist auch gegen die Irrungen und Ressentiments des Nationalismus und des rechten Populismus gefeit. Dass wir das hinbekommen, ist eine wichtige Aufgabe für die Bundesregierung und dieses Haus. Deshalb haben wir in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Dingen vorangebracht, die für den Zusammenhalt wichtig sind.

Es geht um den Arbeitsmarkt, wo wir sehr erfolgreich Mittel eingesetzt haben, um einen sozialen Arbeitsmarkt in Deutschland zu schaffen. Es geht um die Frage, wie wir die Arbeitsrechte von Beschäftigten verbessern. Da liegen einige Dinge, die wir uns fest vorgenommen haben, noch vor uns, etwa was die Leute betrifft, die zu Weihnachten die Pakete ausliefern werden, oder was die Fragen derjenigen betrifft, die sich Sorgen machen um die Befristung ihrer Beschäftigung. Es ist notwendig, dass wir dort zu Verbesserungen kommen, und wir schaffen die Voraussetzungen dafür.

Das gilt ebenso, wenn man sich über die Frage Gedanken macht, wie man eigentlich seine Miete bezahlen soll. Es ist gut, dass sich die Bundesregierung jetzt vorgenommen hat, in diesem Bereich weitere gesetzgeberische Fortschritte zu machen, die dazu beitragen, dass mehr Sicherheit für Mieterinnen und Mieter entsteht.

Es ist richtig, dass wir in dieser Situation alles dazu beitragen, damit Familien in diesem Land gut leben können. Deshalb ist es gut,

dass dieser Haushalt unsere Haltung zur Frage: „Wie stärken wir Familien?“, mitreflektiert. Diejenigen, die wenig Geld verdienen, aber dennoch mit dem Einkommen gut zurechtkommen sollen, stärken wir mit dem Starke-Familien-Gesetz, mit dem Ausbau von Krippen und Kitas. Es geht um ein bezahlbares und gestaltbares Leben für Familien in diesem Land. Auch das hat mit Zusammenhalt zu tun.

Wir haben vor uns die große Aufgabe, etwas für diejenigen zu tun, die Pflege benötigen, es werden immer mehr, und für diejenigen, die sie leisten. Deshalb finde ich sehr richtig, dass die Bundesregierung sich nicht nur vorgenommen hat, die Standards für die Pflege zu verbessern und dafür zu sorgen, dass mehr und besser ausgebildet wird, sondern auch daran zu arbeiten, dass diejenigen, die dort arbeiten, besser bezahlt werden. Auch das gehört zu den Vorhaben, die über diesen Haushalt mit auf den Weg gebracht werden.

Und natürlich und nicht zuletzt ist es ganz wichtig, dass wir auch dazu beitragen, dass die Lebensverhältnisse in unserem Land gleichwertig sind. Wir haben dazu eine Kommission gehabt, die Vorschläge gemacht hat. Die Bundesregierung hat sich dazu verhalten. Es sind dort viele Aufgaben benannt, etwa was die Wirtschaftsförderung in Regionen betrifft, die zusätzliche Unterstützung brauchen.

Aus meiner Sicht ist eine ganz wichtige Frage, für die wir verpflichtet sind eine Lösung zu finden, die Problematik der Altschulden der Kommunen. Es kann nicht sein, dass einige trotz bester Anstrengung nicht in der Lage sind, für sich selber eine bessere Zukunft zu erreichen.

Und natürlich leisten wir auch mit dem, was wir tun, ein wenig einen Beitrag dazu, dass die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land besser werden kann, zum Beispiel mit den Entscheidungen der letzten Zeit und denen, die noch kommen, zur Verbesserung der Einkommenssituation unserer Bürgerinnen und Bürger: mit Kindergelderhöhungen, mit Steuersenkungen für untere

und mittlere Einkommen und mit der Entscheidung, die demnächst ansteht, dass der Soli für 90 Prozent derjenigen, die ihn heute zahlen, abgeschafft wird. Das alles führt zu besseren Einkommensverhältnissen für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land.

Und dass wir den Soli für so viele abschaffen, für 90 Prozent derjenigen, die ihn bisher gezahlt haben, dass wir die Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Staat im Hinblick auf diese Aufgabe darüber hinaus für weitere reduzieren, sodass nur ganz wenige in Zukunft diese Aufgabe noch schultern müssen, die können es aber auch, weil sie sehr viel Geld verdienen, ist auch eine Entscheidung der Gerechtigkeit. Und Gerechtigkeit gehört zu einer guten Haushaltspolitik und zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft dazu.

Ich habe ja vernommen, dass werden wir in dieser Debatte sicher auch wieder hören, dass hier von einigen versprochen worden sei, dass diejenigen, obwohl sie Millionen Euro verdienen, eine Steuerentlastung von 100.000 Euro brauchen. Ich sage: Das hat niemand versprochen. Wir haben vielmehr versprochen, dass wir so lange die Aufgaben der deutschen Einheit finanzieren, wie es notwendig ist. Und da ist noch etwas zu tun, wie jeder weiß, der in Deutschland herkommt. Und ich sage: Es ist richtig, dass diejenigen, die sehr hohe Einkommen haben, diesen solidarischen Beitrag auch in den nächsten Jahren noch leisten.

Dass wir in dieser Weise durch viele Maßnahmen dazu beigetragen haben, dass die Einkommen der Bürgerinnen und Bürger besser werden, hat auch einen messbaren Effekt auf die Konjunktur. Wir alle diskutieren über die wirtschaftliche Entwicklung; aber mittlerweile bestätigen uns auch viele, dass es durch die Maßnahmen, die dieses Haus beschlossen hat, und durch die Maßnahmen, die die Bundesregierung auf den Weg gebracht hat, einen Impuls für die wirtschaftliche Entwicklung im Inland gibt. Es können bis zu 0,7 Prozent des Sozialproduktes sein, die sich allein auf Maßnahmen der Bundesregierung, des Bundestages stützen. Wir haben die Binnenkonjunktur gestärkt, und das ist auch richtig so, meine Damen und Herren!

Und natürlich, auch das gehört dazu, haben wir noch einige Dinge vor, die zu organisieren und zu

finanzieren nicht leicht wird. Aber es wird gehen, weil wir jetzt die Grundlagen dafür schaffen, indem wir auf eine solide Haushaltspolitik, auf eine seriöse Haushaltspolitik bestehen. Ich nenne ein Thema, das sich diese Regierung vorgenommen hat und das eine große Herausforderung sein wird, nämlich die Situation von Rentnerinnen und Rentnern in diesem Land zu verbessern, indem wir in Deutschland so etwas wie eine Grundrente wieder einführen; denn das ist notwendig. Wenn viele Bürgerinnen und Bürger auf das schauen, was sie nach einer ganz anstrengenden Lebensleistung an Rente bekommen, dann denken sie: Das darf doch nicht wahr sein. Und wir als Deutscher Bundestag und als Bundesregierung sollten uns gemeinsam vornehmen, diesen Bürgerinnen und Bürgern beizustehen. Sie haben es verdient, sie haben viel geleistet in ihrem Leben.

Eins ist aber auch klar: Man kann ein Gemeinwesen nicht gut finanzieren, man kann eine Gesellschaft, die zusammenhält, nicht organisieren, wenn es ein Steuersystem gibt, das nicht gerecht ist. Deshalb war es aus meiner Sicht wichtig, dass wir zum Beispiel mit dem Soli einen Beitrag zur gerechten Finanzierung unserer gemeinsamen Aufgaben geleistet haben. Deshalb bleibt es auch richtig, dass wir alles unternehmen, damit sich nicht einige auf die eine oder andere Weise der Steuerzahlungspflicht entziehen und ihren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens, den sie angesichts ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten leisten könnten, nicht leisten. Wir müssen alles unternehmen, damit solche Praktiken unterbunden werden, meine Damen und Herren!

Zum Beispiel haben wir ein Gesetz auf den Weg gebracht, das sich jetzt unmittelbar auswirkt, indem wir die Möglichkeiten begrenzt haben, online Umsatzsteuerbetrug zu begehen. Die Plattformen, die dort als Handelsplattformen dienen, haben sich jetzt in zunehmendem Maße angemeldet. Das wird zu Mehreinnahmen führen, wo bisher viele Steuern überhaupt nicht abgeführt worden sind. Wir leisten einen Beitrag zur Steuerehrlichkeit, aber wir finanzieren damit auch unser Gemeinwesen. Gut, dass wir das gemacht haben.

Meine Damen und Herren, dazu gehört, dass wir das, was übrigens auch im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Schwarzgeldströmen, von Steuerhinterziehungsmöglichkeiten und der Finanzierung von Dingen, die problematisch sind, steht, auch inter-

Für mich ist eine ganz wichtige Frage die Problematik der Altschulden der Kommunen.

national diskutieren, nämlich dass Immobiliengeschäfte nicht missbraucht werden können für die Finanzierung von Dingen, die sich nicht gehören. Aus diesem Grunde, aber auch weil es aus Fairnessgründen nicht sein kann, dass gerade beim Verkauf großer Immobilien die Grunderwerbsteuer, die jeder zahlen muss, von einigen nicht gezahlt wird, ist es richtig, dass die Bundesregierung jetzt einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht hat, der solche Share Deals unterbindet und dazu beiträgt, dass eine bessere Finanzierung durch die Zahlung von Grunderwerbsteuer auch von denjenigen geleistet wird, die sehr große Immobilienkomplexe verkaufen.

Wir haben noch einiges vor: Dazu zählt zum Beispiel die Anzeigepflicht, die wir für Steuergestaltungsmodelle vorsehen. Da werden wir europäische Vorhaben umsetzen. Und wenn es nach mir geht, werden wir auch Wege finden, wie das im nationalen Rahmen gleichermaßen gemacht werden kann. Wir sollten uns in dieser Hinsicht vielleicht mal ein Beispiel an den Briten nehmen, die das seit Jahrzehnten schon sehr erfolgreich machen. Ich glaube, wir müssen rechtzeitig Wind davon bekommen, wenn neue Steuergestaltungsmodelle erfunden werden, und wir müssen dann rechtzeitig gegen sie vorgehen können.

Aus meiner Sicht gehört zur Gerechtigkeit auch, dass wir verstehen, dass in der Welt, in der wir heute leben, viele Dinge, die uns wichtig sind, gar nicht mehr allein auf nationalem Boden bewegt und entschieden werden können. Deshalb brauchen wir internationale Kooperationen und internationale Verständigung über die Fragen, die für die Zukunft von allergrößter Bedeutung sind.

Aus meiner Sicht zählt dazu zum Beispiel, dass wir etwas dagegen tun, dass große globale Konzerne sich der Besteuerung entziehen. Deshalb haben wir eine Initiative eingebracht in die internationalen Strukturen, in die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, OECD, und in die Treffen der Finanzminister und Regierungschefs der G-7- und G-20-Staaten, und gesagt: Wir wollen ein globales System der Mindestbesteuerung etablieren, damit wenigstens überall fair Steuern gezahlt werden und nicht einige, die die Möglichkeiten dazu haben, irgendwo keine oder fast keine Steuern zahlen. So wie es aussieht, werden wir im nächsten Jahr zu einer Verständigung kommen. Die Diskussionen sind sehr weit vorangeschritten.

Das betrifft dann nicht nur die Frage, wie wir zu einer solchen globalen Mindestbesteuerung kommen können, sondern auch

eine Frage, die dazu Schnittmenge hat, nämlich: Wie können wir die veränderten Geschäftsmodelle, die sich für globale Internetplattformen ergeben, so in den Griff bekommen, dass auch von denen Steuern gezahlt werden? Auch dieses Problem muss bei dieser Gelegenheit gelöst werden. Alles sieht danach aus, dass es uns gelingt.

Und dann gibt es noch ein Thema, das diese Regierung sich schon zum zweiten Mal vorgenommen hat, es stand schon im Koalitionsvertrag der letzten Wahlperiode, und es sieht so aus, dass wir dazu jetzt miteinander etwas zustande bringen werden, nämlich die Verständigung darüber, dass wir wie in anderen Ländern, zum Beispiel in England an der Londoner Börse oder in Frankreich an der Pariser Börse, auch in Deutschland eine Besteuerung von Finanztransaktionen vornehmen. Wir haben uns in dieser Frage darauf verständigt, dass wir versuchen wollen, das über eine verstärkte Zusammenarbeit in der Europäischen Union zu schaffen. Die Arbeitsgruppe dazu tagt mit großer Intensität. Und auch hier hoffe ich, dass wir jetzt kurz davor stehen, eine Verständigung herbeizuführen, die zwei Dinge beinhaltet:

Das ist zum einen die Frage, wie die Steuer erhoben wird. Unser Vorschlag ist, sich an dem gut funktionierenden französischen Beispiel zu orientieren; denn was irgendwo anders klappt, das kann man ja in Deutschland auch machen. Im Übrigen ist das nicht so unterschiedlich zu dem Modell, das in Großbritannien heute praktiziert wird. Diejenigen, die uns jetzt also von überall warnen und sagen, das könne man nicht machen, weil das etwa den Wirtschaftsstandort Deutschland beeinträchtigen würde, irren sich gewaltig; denn diese beiden großen Länder zeigen, dass das überhaupt keine Beeinträchtigung mit sich bringt, sondern eine gute Möglichkeit der Besteuerung ist, die fair ist. Es beklagen ja viele, dass dieser Teil des Wirtschaftsgeschehens sich bisher einer solchen Besteuerung entzogen hat, meine Damen und Herren.

Wir haben dazu aber auch gesagt: Ja, es muss dann so sein, dass wir diese Aufgabe so lösen, dass unter den Ländern, die eine solche Steuer erheben, Fairness herrscht. Deutschland hat einen großen Markt, andere Länder nur sehr kleine. Das müssen wir zusammenbringen. Auch das steht jetzt zur Debatte.

Eins will ich bei dieser Gelegenheit noch sagen: Weil alle gemerkt

haben, dass das jetzt nicht nur in irgendwelchen Papieren, Verträgen oder Vorhaben von Regierungen steht, sondern dass die Umsetzung dieser Vereinbarung unmittelbar vor der Realisierung steht, haben seit zwei, drei Monaten die Lobbyisten dieser Republik angefangen, sich im Internet als Influencer zu diesem Thema zu äußern, überall in Veröffentlichungen zu sagen, dass sie das nicht wollen. Ich betrachte den lobbyistischen Aufstand in dieser Frage als ein gutes Zeichen, dass wir unmittelbar vor der Realisierung eines wichtigen Projektes dieser Regierung stehen. Auch das will ich dazusagen: Wir werden uns nicht beeindrucken lassen, sondern das Vorhaben durchziehen, das wir uns im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes vorgenommen haben.

Meine Damen und Herren, ich habe gesagt, dass es, um in einer Welt, die unsicherer wird, einen guten Weg zu gehen, eine wichtige Aufgabe für die Zukunft ist, dafür zu sorgen, dass die Gesellschaft zusammenhält, und ein paar Beispiele benannt, die genau auf dieses Thema zielen, weil sie dazu beitragen, dass Deutschland ein gerechteres Land wird, als es heute ist. Gleichzeitig geht es aber darum, dass wir die Zukunft auch dadurch gewinnen, dass wir in richtiger Weise investieren. Deshalb ist es gut, wie ich eingangs schon gesagt habe, dass der Haushalt, den wir hier vorlegen, ein expansiver Haushalt ist. Wir haben die Möglichkeiten genutzt, die sich für uns ergeben. Ich habe die Stichworte ja alle schon gehört: Manche meinen, sie kritisierten damit die Regierung. Aber ich sage: Sie loben uns. Also: Wir haben den Spielraum genutzt, den wir mit unserer Rücklage haben. Wir haben schon im Koalitionsvertrag vorgesehen, dass wir sie einsetzen wollen für eine aktive Investitionspolitik. Genau das haben wir gemacht und in den nächsten Jahren vor.

Wir nutzen die geringeren Zinsaufwendungen für höhere Investitionen und eine expansive Haushaltspolitik, um die wirtschaftliche Lage in unserem Land zu stabilisieren. Auch das ist richtig. Wenn uns das als Kritik vorgehalten wird, dann sage ich: Es ist ein Lob; denn wir tun genau das, was in dieser Zeit notwendig und richtig ist, meine Damen und Herren. Und wir schaffen das in einem

Rahmen, in dem das trotzdem nicht dazu führt, dass wir neue Schulden machen. Das ist dann natürlich die besondere Leistung.

Was die Investitionen betrifft, hört man hier ja immer schöne Zahlen. Ich bin ganz besonders beeindruckt, weil man angesichts der Investitionsvorschläge, die gegenwärtig aus allen politischen Lagern erhoben werden, sieht, dass alle mal zehn rechnen können. Es wird also, richtigerweise, für das nächste Jahrzehnt eine Menge an Investitionen gefordert. Wenn wir jetzt bei etwa 40 Milliarden Euro Investitionen pro Jahr sind und in der Finanzplanung sichtbar gemacht haben, dass wir das die nächsten Jahre auch durchhalten können, sage ich mal für das nächste Jahrzehnt: Es werden mindestens 400 Milliarden Euro Investitionen sein, die dieser Bundeshaushalt schultert. Das ist ein Beitrag zur Stabilisierung der Konjunktur und der Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Weil wir die nächsten Jahre natürlich dazu nutzen werden, den Aufwand weiter zu steigern, wird es noch mehr.

Aber wir wollen ja die Seriösen in dieser Debatte sein. Deshalb rechnen wir mit den Zahlen, die heute da sind, und nicht mit irgendwelchen fantastischen Annahmen. Trotzdem: Es bleibt eine große Leistung, dass wir die höchste Summe an Investitionen in diesem Haushalt seit sehr sehr langer Zeit untergebracht haben.

Die Steigerung in den letzten drei Haushalten stellt eine aktive Steigerung zugunsten von Investitionen dar. Das hat diese Regierung richtig gemacht. Aus meiner Sicht muss es auch so weitergehen.

Weil uns Investitionen so wichtig sind, weil sie eine so zentrale Rolle für die Zukunft spielen, haben wir, übrigens mit der Hilfe fast des ganzen Hauses; das will ich ausdrücklich sagen, in diesem Jahr mehrfach das Grundgesetz geändert, um die Investitionstätigkeit steigern zu können. Zum Beispiel haben wir sichergestellt, dass der soziale Wohnungsbau, der in Deutschland so wichtig ist, nicht im nächsten Jahr endet. Wir haben das Grundgesetz geändert, damit auch in den 20er-Jahren sozialer Wohnungsbau stattfinden kann. Ich sage hier: Wir werden ihn mit vielen Milliarden aus dem Bundeshaushalt in den nächsten Jahren noch unterstützen. Es ist richtig: Wir brauchen mehr Sozialwohnungen in Deutschland, als es heute der Fall ist.

Es gibt eine große Debatte darüber, wie viele es sein sollen. Ich will aus meinem Herzen keine

Mördergrube machen. Wenn wir erreichen wollen, dass die Zahl der Sozialwohnungen in Deutschland nicht sinkt, dann müssen in diesem Land jährlich ungefähr 80.000 Sozialwohnungen gebaut werden. Das ist eine gemeinsame Anstrengung von Gemeinden, Ländern und Bund. Der Bund hat seine Voraussetzung dazu geschaffen, indem er jetzt die Möglichkeit hat, diese Mittel weiter bereitzustellen. Wir werden es tun. Die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes haben es verdient.

Und weil ja manche denken: Wenn wir über geförderten Wohnungsbau reden, dann betrifft es sie nicht selbst, will ich sagen: Das ist ein großer Irrtum; denn in praktisch jeder deutschen Stadt hat die Hälfte aller Haushalte theoretisch den Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein. Das ist ein Zeichen dafür, wie wenig an einigen Stellen hierzulande verdient wird und wie sehr es notwendig ist, dass wir eine solche Aufgabe wie den preiswerten Neubau bei Wohnungen auch zu einer Aufgabe der gesamten öffentlichen Hand machen. Wir haben das investiv möglich gemacht.

Das Gleiche gilt für die anderen großen Themen, die sich mit unseren jungen Leuten beschäftigen: Kitas und Schulen. Auch dort haben wir das Grundgesetz geändert, um besser helfen zu können und bessere Unterstützung geben zu können. Und wir haben die Mittel bereitgestellt, damit es in Deutschland qualitativ bessere und mehr Ganztagsangebote gibt und damit es auch möglich ist, Gebühren zu senken. Das sind drei große Herausforderungen für Gemeinden, Länder und Bund. Wir leisten unseren Beitrag dazu. Die Bundesministerin hat alle wichtigen Vorhaben auf den Weg gebracht, damit es überall in Deutschland stattfinden kann.

Es ist wirklich eine gute Sache, zu sehen, wenn Franziska Giffey praktisch im Wochenrhythmus irgendwo in Deutschland einen Vertrag unterschreibt, in dem diese Dinge auch real umgesetzt werden. Ich glaube, das ist ein guter Fortschritt für unser Land und ein Zeichen dafür, dass wir auf die Zukunft setzen.

Die hohen Investitionen, die wir heute haben, und die Mittel, die wir in diesem Zusammenhang nutzen, sind natürlich nur dann sinnvoll einsetzbar, wenn sie auch ausgegeben werden. Deshalb ist es so wichtig, dass wir mit diesem Haushalt, mit unserer Finanzplanung und mit unserer politischen Strategie das klare Signal aussenden: Investitionen in Infrastruktur, Investitionen in Krippen und Kitas, Investitionen in den Woh-

Es ist gut, dass der Haushalt, den wir hier vorlegen, ein expansiver Haushalt ist.

Wir brauchen mehr Sozialwohnungen in Deutschland, als es heute der Fall ist.

nungsbau wird es auch im ganzen nächsten Jahrzehnt geben. Denn wir müssen überall dafür Sorge tragen, dass die Planungskapazitäten in den Gemeinden, in den Ländern und bei den Unternehmen wieder ausgebaut werden. Dass wir unser Geld, das wir bereitstellen, nicht überall loswerden, ist ein Missstand, der schnell beendet werden muss. Da muss unser ganzes Land zusammenarbeiten und auf die Zukunft setzen.

Eines will ich im Hinblick auf die Investitionen und die Finanzplanung doch noch sagen: Aus meiner Sicht ist es ganz zentral, dass wir mit der Solidität der letzten Jahre und der Solidität, die die Finanzplanung und der Haushaltsentwurf für das nächste Jahr vorsehen, die Grundlagen dafür geschaffen haben, dass wir in einer wirtschaftlich schwierigen Situation handeln können; denn dann wird es schon sehr auf uns ankommen, als größte Volkswirtschaft mitten in der Europäischen Union, ob wir einer sich ins Negative wendenden Konjunktur etwas entgegenhalten können.

Aus meiner Sicht ist es deshalb ganz zentral, dass wir mit den soliden Finanzgrundlagen, die wir heute haben, in der Lage sind, mit vielen, vielen Milliarden gegenzuhalten, wenn tatsächlich in Deutschland und Europa eine Wirtschaftskrise ausbricht. Wir werden es dann auch tun. Das ist gelebter Keynesianismus, wenn man das so sagen will. Es ist eine aktive Politik gegen die Krise, aber dazu muss sie erst einmal da sein, meine Damen und Herren. Nur dass wir es können, ist erst einmal die Botschaft. Dass wir es tun werden, ist die zweite Botschaft, die sich auch an die Wirtschaft und alle in unserem Land richtet, weil es natürlich zentral ist für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.

Ich will ausdrücklich sagen, dass die Lage aber gegenwärtig so ist, dass wir zwar eine sich abschwächende Konjunktur haben, dass es aber unverändert lauter Symptome gibt, die nichts mit einer Krise, die nach unten marschiert, zu tun haben. Wir haben einen Fachkräftemangel. Wenn aber ein paar Hunderttausend Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit guter Qualifikation an den richtigen Fabriken und Bürogebäuden anklopfen würden, würden sie alle morgen früh eingestellt. Das ist die wirtschaftliche Lage, in der wir uns befinden.

Wir haben eine Baukonjunktur, bei der unverändert die Kapazitäten überausgelastet sind und wir dringend dafür werben, dass endlich in den Kapazitätsausbau investiert wird. Denn wenn man in Deutschland 400.000 Wohnungen im Jahr bauen will, wenn man die Infrastruktur so weiterentwickeln

will, wie wir das hier finanziell möglich machen, dann brauchen wir größere heimische Kapazitäten, zum Beispiel in der Bauwirtschaft, als sie heute überhaupt existieren. Auch das hat etwas mit Zukunftsfähigkeit zu tun.

Womit unsere wirtschaftliche Lage gegenwärtig zu kämpfen hat und was dazu führt, dass sich das weltweit gegenwärtig nicht in die richtige Richtung entwickelt, das wissen wir ziemlich genau. Es hat etwas damit zu tun, was Christine Lagarde noch als Chefin des Internationalen Währungsfonds so treffend formuliert hat: mit den man-made Problems. Damit sind Handelsstreitigkeiten gemeint, insbesondere zwischen den USA und China, die jetzt schon viel zu lange dauern. Das will ich mit allem Ernst sagen: Zölle sind irgendwie der falsche Trend. Ich glaube, dass wir wieder zurückkommen müssen zu einer Situation, in der ein regelbasierter, geordneter, internationale Arbeitsbedingungen, faire Lieferketten und Umweltschutzfragen beachtender freier Handel das ist, was unseren Wohlstand in der Welt schafft.

Aber es sind gar nicht die Zölle das Entscheidende; das muss hier klar gesagt werden. Das größte Problem für die Weltwirtschaft ist, dass keiner weiß, wie es demnächst weitergehen wird. Wenn das zwei Monate der Fall ist, wenn das drei Monate der Fall ist und wenn das fünf Monate der Fall ist, dann hat das noch keine großen Auswirkungen. Aber jetzt geht dieser Streit schon zu lange, und überall in der Welt warten Unternehmen darauf, dass sie endlich das positive Signal kriegen, dass die Sache sich wieder in eine andere Richtung bewegt, damit sie endlich investieren können. Deshalb muss man aus dem, was Christine Lagarde gesagt hat, auch den richtigen Schluss ziehen: Man-made Problems können auch von denen wieder gelöst werden. Es ist dringend erforderlich, dass die USA und China zu einer Verständigung in dem Handelsstreit kommen. Zu den Zukunftsaufgaben, die vor uns liegen, gehört auch der menschengemachte Klimawandel. Ich will ausdrücklich sagen: Es ist einer, den die Menschen gemacht haben mit ihrer wirtschaftlichen und industriellen Tätigkeit. Er hat mittlerweile ein Ausmaß erreicht, das wir alle gemeinsam als bedrohlich empfinden können und empfinden müssen.

Eigentlich ist es ja so, dass wir das schon lange wissen. Ich erinnere mich jedenfalls an die Bücher, die mich als noch nicht

20-Jährigen sehr bewegt haben, über die „Menschheit am Wendepunkt“ und über die „Grenzen des Wachstums“, die der Club of Rome damals geschrieben hat. Nun hat er sich mit seinen Prognosen ein wenig vertan. Wenn man die heutige Entwicklung betrachtet, ist es auf alle Fälle so, dass der damals prognostizierte Mangel an Rohstoffen, fossilen Rohstoffen zum Beispiel, gar nicht eingetreten ist, sondern diese bedrückenderweise noch lange zur Verfügung stehen. Die reale Situation ist aber trotzdem die, dass wir es in den letzten Jahrzehnten nicht geschafft haben, all die notwendigen Entscheidungen zu treffen, die verhindern, dass die Erderwärmung so weitergeht, dass das Klima so bedroht wird. Jetzt ist es fünf vor zwölf. Wir müssen handeln. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten das von dieser Regierung und von diesem Parlament – zu Recht.

Wir werden spätestens in 20 Jahren aus der Kohleverstromung aussteigen.

Wir werden deshalb auch nicht mit kleinen Maßnahmen durchkommen und auch nicht mit mehr vom Selben. Unter „mehr vom Selben“ begreife ich das Vorgehen, nur weitere Förderprogramme aufzulegen und zu sagen: Das war die ganze Politik. Der Energie- und Klimafonds der Bundesregierung, über den ich gleich noch zwei Sätze sagen will, ist ein sichtbares Zeichen dafür, dass bloße Förderprogramme alleine nicht ausreichen. Wir haben in diesem Fonds eine ganze Reihe von Fördermaßnahmen aufgeschrieben, die alle nicht abgefragt und nicht genutzt werden. Deshalb sage ich: Es ist dringend erforderlich, dass wir zu einer Gesamtregelung kommen, in der Fördermaßnahmen ein wichtiger Teil sind, aber nicht die ganze Politik. Das wird nicht reichen.

Wir haben übrigens entschieden, dass wir diesen Fonds, anders als es in den letzten Jahren üblich war, nicht mit dem Haushalt zu leiten. Denn: Wenn unsere Analyse richtig ist, dass darunter viele Maßnahmen sind, die sich als nicht effektiv erwiesen haben, wir aber für den Bereich Verkehr oder in der Frage, wie unsere Häuser gedämmt werden und wie wir heizen, in der Frage, wie sich die Landwirtschaft entwickelt, in der Frage der Abfallwirtschaft und der kleinen Industrie, das sind all die Bereiche, um die es jetzt geht, wichtige Entscheidungen voranbringen wollen, dann sollten wir auf effektive Maßnahmen setzen und das, was uns dafür wichtig ist, umsetzen. Deshalb ist es richtig, dass der Energie- und Klimafonds nach den Beratungen der Bundesregierung zu den Klimaentschei-

dungen Ende dieses Monats zugeleitet wird und nicht vorher. Das ist der richtige Weg, meine Damen und Herren.

Ich akzeptiere, dass die übliche Kritik kommt, die immer lautet, dass man doch alles viel früher hätte machen können. Diese Kritik ist berechtigt. Allerdings sollte jeder, der sie ausspricht, sich an seine eigene Nase fassen. Er war auch dabei, als zu wenig geschehen ist. Das gilt übrigens für praktisch alle Fraktionen dieses Hauses, auch für diejenigen, die sich sehr für den Klimaschutz einsetzen. Und deshalb ist es aus meiner Sicht richtig, dass wir jetzt mit einem richtigen Neustart dazu beitragen, dass es auch richtig klappt.

Ein paar Dinge, um die wir uns jetzt kümmern müssen, haben wir schon angepackt, zum Beispiel den Ausstieg aus der Atomenergie. Dieser wurde vor langer Zeit auf den Weg gebracht und wird nun Anfang des nächsten Jahrzehnts realisiert. Das war eine richtige Entscheidung, meine Damen und Herren. Für mich war das, das will ich an dieser Stelle gerne sagen, ein besonderer Moment, dass ich als neugewählter Bundestagsabgeordneter nach 1998 mitentscheiden konnte, dass die Atomkraftwerke, gegen die ich demonstriert hatte, nun Stück für Stück abgebaut werden. Genauso richtig ist es, dass wir einen solchen Prozess für die Kohleverstromung in Deutschland auf den Weg gebracht haben. Wir werden spätestens in 20 Jahren aus der Kohleverstromung aussteigen. Das ist ein zentraler Beitrag zum Klimaschutz in diesem Land, meine Damen und Herren. Damit das gelingt, muss investiert werden, übrigens nicht immer vom Staat, sondern ganz oft auch privatwirtschaftlich. Dazu zählt zum Beispiel der Ausbau des Übertragungsnetzes für Strom, dazu gehört der Ausbau und die Weiterentwicklung der Gasnetze und dazu gehört zum Beispiel der Einstieg in neue Erzeugungsformen, die regelbar sind, zum Beispiel durch massive Investitionen und durch Förderung der Wasserstoffwirtschaft. Dazu zählt selbstverständlich, dass wir die erneuerbaren Energien weiter ausbauen. 65 Prozent bis 2030, das ist das Ziel dieser Regierung, und wir werden alles dafür tun, dass das auch tatsächlich klappt.

Wir müssen dafür sorgen, dass die Dinge, die wir mit Europa zusammen auf den Weg gebracht haben, jetzt auch funktionieren können. Die Europäische Union hat weitreichende Entscheidungen getroffen hinsichtlich der CO₂-Emissionen, die Fahrzeuge 2030 haben dürfen. Das hilft uns jetzt bei der Bekämpfung des menschengemachten Klimawan-

dels. Das waren sehr ehrgeizige Ziele. Nun erleben wir, dass die deutsche Industrie Milliarden in alternative Antriebstechniken und Antriebsformen investiert, die für die Zukunft wichtig sind: Elektromobilität, Plug-in-Hybride. Es geht zum Beispiel auch um Entscheidungen im Hinblick auf die Frage: Wie kriegen wir es hin, dass auch bei größeren Fahrzeugen irgendwann Brennstoffzellen und Wasserstoff eine Rolle spielen? Diese Investitionen müssen wir unterstützen. Wenn wir in Zukunft so langsam vorankommen wie bisher, was den Ausbau von Ladestationen betrifft, dann werden wir nicht schnell genug sein. Wir müssen schon das Tempo und die Kraft haben, die wir schon einmal in diesem Land hatten, als es darum ging, Eisenbahnstrecken und Straßen zu bauen. Dieses Tempo brauchen wir jetzt auch beim Ausbau von Ladestationen. Wir müssen sicherstellen, dass es in diesem Land Millionen davon gibt und nicht ein paar Zehntausend.

Manche Investitionen müssen sehr langfristig vorbereitet werden. Wir sagen jetzt alle zu Recht, und ich sage: sehr zu Recht: Wir werden uns nicht nur auf die Frage konzentrieren können, wie die Antriebe von Fahrzeugen in Zukunft sein werden, sondern wir müssen zum Beispiel auch das Schnellbahnnetz ausbauen und mehr U- und S-Bahnen bauen, damit Umstiegsmöglichkeiten überhaupt existieren. Auch ein wichtiges Thema ist: Wir müssen dafür sorgen, dass die Stationen alle behindertenfreundlich und barrierefrei sind, anders als das heute der Fall ist. Das ist mit hohen Investitionen verbunden, die mit einem langen Vorlauf auf den Weg gebracht werden müssen. Wenn heute eine Stadt und ein Land entscheiden, eine neue S-Bahn- oder eine neue U-Bahn-Strecke auf den Weg zu bringen, wird sie erst in den 30er-Jahren vollendet sein. Aber das ist für uns kein Grund, sich zurückzulehnen, sondern ein Grund, jetzt den Weg zu bereiten, damit diese Planungen auf den Weg gebracht werden und in diesem, im nächsten und im übernächsten Jahrzehnt diese Dinge stattfinden.

Es hilft ja manchmal, dass man auch schon mal etwas anderes gemacht hat, in diesem Fall ich als Bürgermeister. Die erste Entscheidung, die ich in der ersten Woche, als ich neu gewählt war, getroffen hatte, war, eine U-Bahn-Strecke zu verlängern; für diejenigen, die sich in Hamburg auskennen: von der HafenCity Universität zu den Elbbrücken, 1,4 Kilometer. Als die Strecke 2019 eingeweiht wurde, war ich schon nicht mehr Bürgermeister, sondern Bundesminister der Finanzen. Das zeigt, wie drin-

gend jetzt sofortiges Handeln ist.

Die zweite Entscheidung, die ich getroffen hatte, war, eine S-Bahn-Strecke neu zu bauen. Das hat die Bürgerschaft mitgemacht, das Land Schleswig-Holstein und die Bundesrepublik Deutschland auch. Diese Planung ist jetzt, 2019, beendet, und die Strecke wird Anfang der 20er-Jahre fertiggestellt sein. Das ist ein klares Zeichen dafür, wie lang die Vorläufe sind, aber auch dafür, wie richtig es ist, genug Geld in diesem Bereich zu investieren.

Neben all den Maßnahmen, die wir in diesem Zusammenhang brauchen, brauchen wir natürlich auch ein System der CO₂-Bepreisung. Auch darüber diskutieren wir jetzt. Wir machen das sehr sorgfältig. Ich bin sehr dankbar, dass die Bundesumweltministerin, die Bundesregierung insgesamt eine ganze Reihe von sehr guten Wissenschaftlern und Instituten beauftragt hat, diese Frage zu erörtern und Vorschläge dazu zu machen; denn wir haben uns mit einer besonderen, einer ganz neuen Situation auseinanderzusetzen. Wir haben im Bereich der großen Industrie ein System der Bepreisung gefunden: das europäische Emissionshandelssystem. Das funktioniert, nachdem die Preise einigermaßen gestiegen sind, anders als anfangs, mittlerweile ganz gut. Alle sagen uns voraus, dass diese Industriebereiche auf Basis dieser Preisbildung die verschiedenen Ziele, die wir uns in Deutschland und Europa gesetzt haben,

erreichen werden. Jetzt aber reden wir über die Bereiche, die nicht von diesem europäischen Emissionshandelssystem umfasst sind. Wir reden also ausdrücklich über etwas, was Millionen Haushalte, Millionen Bürgerinnen und Bürger direkt betrifft. Wenn wir also Bepreisungen machen, hat das Folgen für die Kosten des Autofahrens und für die Kosten des Heizens, und das betrifft viele Millionen Bürgerinnen und Bürger. Das Gleiche gilt für die anderen Sektoren, die ich vorhin genannt habe.

Wir müssen also sehr gut sein, und wir müssen aus der Perspektive der Bürgerinnen und Bürger denken und Vorschläge machen, die aus ihrer Sicht funktionieren. Das heißt, wir müssen wissen, dass, wenn die Preise steigen, sich nicht jemand gleich am nächsten Tag ein neues Auto kauft, sondern, wie geplant, zwei, drei, vier, fünf, sechs Jahre später. Und wir müssen wissen, dass niemand, weil die Preise steigen, gleich am nächsten Tag einen Handwerker anruft, um zu sagen: Ich installiere in meinem Haus eine neue Heizung. Aber wir müssen erreichen, dass all das geschieht, und zwar mit großzügigen und besser ausgestatteten Förderprogrammen, als wir sie heute haben, aber auch mit gesetzlichen Regeln und, selbstverständlich, indem wir dafür sorgen, dass man sich auf die veränderte Situation einstellen kann. Wichtig ist, dass alle wissen: Auf lange Sicht wird es teurer, CO₂ zu verbrauchen, sodass sie jetzt die rich-

tigen Entscheidungen treffen und ihre eigenen Möglichkeiten besser nutzen. Das ist die Aufgabe, vor der wir stehen. Wir werden diese Aufgabe gemeinsam schultern.

Ich glaube im Übrigen, dass es gut wäre, wenn wir in dieser Frage so etwas wie einen über die Regierungsparteien hinausreichenden nationalen Konsens erreichen könnten; denn tatsächlich ist die Aufgabe, den menschengemachten Klimawandel aufzuhalten und gleichzeitig ein wirtschaftlich erfolgreiches Land zu bleiben, das hochmoderne

Hochtechnologiearbeitsplätze bietet, das global, also auf dem Weltmarkt, weiter wettbewerbsfähig ist, eine ganz zentrale Herausforderung, die wir gemeinsam schultern müssen.

Und dann müssen wir auch Fragen beantworten, die uns die Bürgerinnen und Bürger stellen, Fragen, die sie, wie ich finde, zu Recht stellen. Eine lautet: Warum ist es denn richtig, dass Deutschland aus der Kohleverstromung aussteigt, wenn gleichzeitig in Afrika und Asien tausend zusätzliche Kohlekraftwerke gebaut werden? Eine andere Frage ist zum Beispiel: Warum ist es richtig, dass wir bei Fahrzeugen jetzt auf moderne Antriebstechniken mit weniger CO₂-Emissionen setzen, wenn gleichzeitig überall in der Welt noch Millionen zusätzliche

neue Fahrzeuge mit klassischen Verbrennungstechniken auf den Markt kommen? Die Antwort auf diese Frage kann und muss auch gegeben werden. Die Antwort lautet: Weil wir es können. Das ist die Antwort! Sie sind nicht nur kulturell ein Rückschritt für dieses Land, Sie sind auch technologisch 19. Jahrhundert.

Es gibt eine Wahrheit: Wir haben die Ingenieurinnen und Ingenieure, und wir haben die Finanzkraft. Nun haben wir die Technologien, die Systeme und die Techniken zu entwickeln, mit denen das bewältigt werden kann. Wenn uns das gelingt, wir zählen zu denen, die das können, dann ist das auf alle Fälle auch ein Beitrag zum Klimaschutz in der Welt;

denn dann können wir anderen sagen: Wir haben eine bessere Alternative, als weitere 500 Kohlekraftwerke da und dort zu bauen, wir haben eine bessere Alternative, als dass jetzt in Zukunft die ganze Welt mit Autos vollgestellt wird, mit dem CO₂-Verbrauch, wie wir ihn auch schon in den letzten Jahren in Deutschland, in Europa, in den USA, in Japan und in Australien hatten. Dann gäbe es nämlich keine Luft zum Atmen mehr. Unsere Technologien können eine Lösung sein, die bezahlbar ist, auch an anderen Ort in der Welt.

Das nützt der Beschäftigung, das

stellt sicher, dass wir auch in Zukunft gut bezahlte Arbeitsplätze haben, das stellt sicher, dass wir auch in Zukunft eine erfolgreiche Exportnation sind, und das ist gut für das Klima in der Welt. Wir können dann auch besser argumentieren, wenn wir andere bitten, bei dieser Aufgabe mitzumachen. Denn diese Wahrheit gilt immer: Was wir auf diesem Globus machen, betrifft uns alle, und wir müssen miteinander verantwortlich handeln. Deshalb müssen wir uns auch füreinander verantwortlich fühlen, und dies ist ein Beitrag, den wir leisten können.

Ich habe es eingangs schon gesagt: Das ist erneut ein solider finanzieller Haushalt. Wir kommen ohne neue Schulden aus. Das verschafft uns die Kraft für die Zukunftsfähigkeit, und für massive Investitionen in die Zukunft, für eine Gesellschaft, die wir brauchen, die zusammenhält. Das verschafft uns auch die Fähigkeit, dagegenhalten zu können, falls sich die Konjunktur in Europa und in Deutschland tatsächlich schlechter entwickeln sollte, als wir hoffen wollen.

Und das werden wir tun. Ich habe es schon gesagt: Das ist die Aufgabe dieses Haushaltes, und das hat sich die Regierung fest vorgenommen.

Schönen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wichtig ist, dass alle wissen: Auf lange Sicht wird es teurer, CO₂ zu verbrauchen.

Peter Boehringer, AfD:

Kein realer Aufwuchs in 2020



Peter Boehringer (*1969)
Landesliste Bayern

Wir haben gehört: „Wir schaffen das – Teil 2“. Die Regierung stellt und stellt heute keine seriöse Haushaltsplanung vor. Von einer vollständigen und realistischen Abbildung aller Belastungen sind wir erneut weit entfernt. Der Fi-

nanzminister will in den nächsten zwölf Monaten verzweifelt auf geduldigem Papier noch den Schein der Haushaltssolidität aufrechterhalten. Dabei ist übrigens die aktuelle Steuerflut eine Leistung der Bürger und Unternehmen, nicht der Regierung.

Doch die Kassenlage wird 2020 anders aussehen. Ebenso wie die GroKo ächzen inzwischen viele Unternehmen. Wir erleben gerade die letzten warmen Sommertage vor dem konjunkturellen Winter. Die gängelnde Politik gegen deutsche Schlüsselindustrien aus rein ideologischen Gründen wird am Arbeitsmarkt und im Haushalt ein Desaster anrichten, auch wenn CO₂-Gebühren erst einmal noch mehr Geld in die Kassen spülen werden.

Die Einnahmeseite des Haushalts ist zudem durch die histo-

risch nie gesehenen Konjunkturdauerprogramme der Zentralbank positiv verzerrt. Ab Herbst wird die EZB schon wieder 200 Milliarden Euro zusätzliches Luftgeld ins System schießen. Zentralbanken zerstören mit dieser Voodoo-Ökonomie wirklich alle Märkte. Mit Nullzinskrediten ist alles finanzierbar, auf Kosten der Bürger; denn dieser Ausnahmezustand enteignet Sparer und Rentner ebenso wie Mieter durch die Immobilienpreisblase.

Der Staat spart so pro Jahr mehr als 100 Milliarden Euro, die Bürger verlieren diesen Betrag. Ohne diesen absoluten Sondereffekt wäre der Haushalt niemals ausgeglichen. Gerechterweise müsste diese Zinsersparnis unmittelbar zu Steuerersparnissen führen. Immerhin ist sie die Kehrseite der durch Minuszinsen kaputtgeschlagenen Alters-

vorsorge der Menschen. Die Nullprozentgeldpolitik ist eine Kriegserklärung an die Bürger. Faktisch ist damit die von der SPD doch so heißgeliebte Vermögensteuer eigentlich bereits wieder eingeführt.

Doch was macht das Finanzministerium? Man schafft noch nicht einmal die überfälligste aller Steuern ab: den Soli. Dabei wird der Soli bereits ab 2020 keine Rechtsgrundlage mehr haben. Die AfD, der Wissenschaftliche Dienst, der Bundesrechnungshof sehen das so. Das Finanzministerium weiß das auch ganz genau, gibt es aber offiziell nicht zu. Sogar der ehemalige Leiter der BMF-Steuerabteilung klagt gegen die weitere Soli-Erhebung, ebenso der Steuerzahlerbund. Damit besteht schon im nächsten Jahr ein Haushaltsrisiko von 20 Milliarden Euro, für die ganze Planungsperiode sogar von 54 Milliarden Euro. Herr Minister, ist das Ignorieren der Rechtsmeinung all dieser Institutionen seriös? Sie riskieren ein Milliardenendesaster für kommende

Steuerzahler.

Weiterhin ist es eine anhaltende Vernebelung, beim Soli von – Zitat – 90 Prozent Nichtmehrzählern zu sprechen, wenn doch mehr als 50 Prozent des Soliaufkommens erhalten bleiben. Sie schaffen materiell nur den halben Soli ab, der Rest ist ein rhetorischer Trick, nichts anderes. Und selbst diese rhetorischen 90 Prozent Nichtzahler sind noch eine Falschangabe: Da die Solizahlung auf Erträge der ohnehin gemolkenen Sparer erhalten bleibt, sind es in Wirklichkeit mehr als 10 Prozent der Steuerzahler, die den Soli weiterzahlen werden.

Dann das Thema Klima. Der Bundestag wäre ja heute der Ort, um über das sagenumwobene Klimabudget zu sprechen. Doch von der Regierung wurde und wird uns nun eine Haushaltsplanung vorge-

Die Nullprozentgeldpolitik ist eine Kriegserklärung an die Bürger.

Fortsetzung auf nächster Seite

legt, in dem dieser nach Mediengerüchten riesige CO₂-Teil selbst heute zur ersten Lesung einfach fehlt. Das ist eine parlamentarische Zumutung. Und soweit ein Bruchteil davon doch schon im Haushalt steht, reden wir von 100 Millionen Euro Zertifikatzahlungen an eine EU, die sich anmaßt, CO₂ planwirtschaftlich zu kontingentieren und die Bürger vollideologisch abzuzocken.

Thema Großrisiken. Ganz viele finden sich im Haushalt nicht wieder. Erneut fehlen trotz vielfacher Aufforderung, Herr Minister, die milliardenschweren Rückstellungen für die Euro-Rettungsrisiken. Der Haushalt ist alleine schon deswegen nicht ausgeglichen.

Weiterhin sehen wir große Bankenrettungsrisiken, teilweise indirekte über die EZB, aber damit auch wieder deutsche Risiken. Es droht ein Bruch des ehernen Versprechens von 2012: Nie wieder Bankenrettung mit Steuergeld!

Die Kompensationszahlungen für den rein ideologisch verfügbaren Kohleausstieg waren zunächst – zunächst! – um 60 Prozent geringer budgetiert als versprochen. Sie wurden dann unter dem Druck des Wahlkampfes wieder erhöht,

aber leider nicht voll in den Finanzplan eingestellt. Für 2020 sind es nur 500 Millionen Euro.

Gar nicht eingeplant sind die vermutlich erfolgreichen Entschädigungsklagen von Kraftwerksbetreibern.

Sehr saubere und effiziente Grundlastkraftwerke werden aus rein ideologischen Gründen vom Netz gezwungen. Energetisch, umwelttechnisch und auch ökonomisch ist das ein grotesker Vorgang.

Die juristischen Folgen sind klar: Milliardenschwere Sonderabschreibungen und entgangene Betriebsgewinne werden eingeklagt werden. Das BMF kennt dieses Risiko doch schon bestens vom Kernkrafturteil 2016. Sie stellen es aber nicht ein. Nach Ihnen die Sintflut: Ist das seriös?

Risiko EU-Zahlungen Deutschlands: Sie sind weiterhin mit 1,0 Prozent ab 2021 kalkuliert, obwohl die Regierung ohne Not bereits jetzt viel höhere Versprechungen an die EU gemacht hat. Da rechnen wir also auch mit einem Defizit.

Risiko Brexit-Zusatzkosten: Gemäß dem bislang nicht unterzeichneten Brexit-Vertrag sollte Großbritannien noch 45 Milliar-

den Euro an die EU zahlen. Danach sieht es im Moment nicht aus. Über die aktuelle Finanzplanungsperiode wird Deutschland also bei einem No-Deal-Brexit mit etwa 12 Milliarden Euro dabei sein, teilweise schon 2020. Auch dies ist im Haushalt nicht vorgesehen.

Risiko Verteidigungsmehrausgaben: Hier herrscht eine völlig unklare Situation. Die Truppe will viel mehr, die NATO ohnehin. Die Positionen der Verteidigungsministerin und des Finanzministers sind aber unterschiedlich. Keine Klarheit!

Die Investitionen sind entgegen dem, was Sie eben gesagt haben, mit unter 10 Prozent des Haushalts wieder einmal viel zu niedrig. Es gibt keinen realen Aufwuchs in 2020. Das stimmt einfach nicht. Für den Breitbandausbau und den DigitalPakt gibt es gar nichts, und die Investitionsquote sinkt sogar. Das sind die Fakten, Herr Minister, entgegen dem, was Sie eben gesagt haben.

Von dem stetig steigenden Risiko eines Stromblackouts spricht niemand; es kommt im Haushalt auch nicht vor. Es steigt aber permanent durch die Energiewende.

Die Migrationskosten im Sozi-

aletat sind auch nicht zu unterschätzen. Der Kostensockel steigt ständig. Die Kompensation an Länder und Gemeinden wird erhöht werden müssen. Das ist ein weiteres Großrisiko in der Planung. Jeder will heute zwar irgendwie Migranten aufnehmen, aber keiner will die Zeche dafür zahlen. Das ist die gutmenschliche Heuchelei. Die Aufnahmebereitschaft der Kommunen wird mit Steuergeld erkaufte. Gute Taten auf fremder Leute Kosten haben aber keinen moralischen Wert.

Risiko bedingungslose Grundrente: Sie ist im Haushalt in keiner Weise eingeplant. Eine reine Luftnummer!

Dann gibt es ein Sonderrisiko. Es steht eine Medienmeldung im Raum, wonach 20 Milliarden Euro an den Irak fließen könnten, damit IS-Mörder mit deutschem Pass dort nicht zu streng verurteilt werden. Die Regierung bestätigt diese Planung zwar nicht, erklärt aber auch das der Meldung zugrundeliegende Papier nicht. 20 Milliarden Euro:

Das wäre mehr als die Etats für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und für Entwicklungshilfe zusammen – nur für das Wohlergehen von ein paar IS-Kämpfern

im Irak. Ich fordere die Regierung zu einer expliziten Erklärung zur Entstehung dieser Meldung auf.

Die GroKo müsste sich endlich bemühen, deutsches Geld für deutsche Bürger zu nutzen.

Die GroKo müsste sich endlich bemühen, deutsches Geld für deutsche Bürger zu nutzen.

Wahrhaft bürgerliche Parteien würden das tun. Immerhin kommt das Steuergeld von ebendiesen Bürgern, und noch ist es viel. Der Finanzminister kann die in fetten Jahren illegitim aufgehäufte Asylrücklage zwar noch aufbrauchen, doch auch diese 30 Milliarden Euro werden 2021 komplett weg sein.

Ich komme zum Schluss. Nach uns die Sintflut bzw. schlagende Megarisiken: Das ist der absehbare Plan dieser hochseriösen Bundesregierung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Jung, CDU/CSU:

Investitionen sind auf einem Rekordniveau



Andreas Jung (*1975)
Wahlkreis Konstanz

Wir diskutieren den Entwurf des Bundeshaushaltes, und wenn er so umgesetzt wird, dann erfolgen Investitionen in den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Der Bundesfinanzminister hat die Themen benannt: Wohnen, gleichwertige Lebensverhältnisse, Pflege, Familien, aber eben auch und gerade Investitionen in die Zukunft. Deshalb ist für uns besonders wichtig, dass wir mit diesem Bundeshaushalt Investitionen auf Rekordniveau erreichen.

Auch da ist die Zahl genannt

worden: 40 Milliarden Euro. Wer jetzt glaubt, Herr Kollege Fricke, dass es alleine reichen würde, noch mehr Mittel einzustellen, der muss, und das tun wir ja auch alle gemeinsam, sich auch mit der Frage beschäftigen, wie diese Mittel abfließen, weil wir zwischen dem, was wir in den Haushalt an Investitionen eingestellt haben, und dem, was abgeflossen ist, eine Lücke haben. Das hat mit Planungsprozessen und teilweise auch mit Akzeptanz zu tun. Deshalb brauchen wir eine gesellschaftliche Anstrengung für Investitionen. Die bildet sich im Bundeshaushalt ab, geht aber auch weit darüber hinaus. Wir wollen Investitionen für die Zukunft unseres Landes.

Es ist ein Bundeshaushalt, mit dem wir unsere internationalen Verpflichtungen erfüllen: Die internationale Sicherheit, auch für die nationale Sicherheit haben wir ein starkes Programm, erfährt einen Aufwuchs bei der NATO-Quote. Was die Entwicklungspolitik angeht, leisten wir ein Bekenntnis zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit: Der Entwicklungshaushalt er-

fährt einen Aufwuchs, und die ODA-Quote wird solide aufrechterhalten. NATO-Quote, ODA-Quote, Sicherheit, Entwicklung, internationale Verpflichtungen ganzheitlich gedacht, das gehört für uns zusammen, und deshalb ist es der richtige Weg. Dieser Pfad des Aufwuchses muss genau so weiter beschritten werden.

Es ist ein Entwurf, der ohne neue Schulden auskommt. Wir leben in einer Zeit, in der uns sehr bewusst wird: Ein Haushalt ohne neue Schulden ist keine Selbstverständlichkeit. Die schwarze Null ist eine Errungenschaft; sie ist nicht selbstverständlich. Wir müssen um sie ringen, und wir wollen darum ringen. Anders als für andere ist es für uns nicht irgendeine haushalterische Nummer, die man, wenn es mal nicht mehr passt, einfach beiseitelegen kann. Haushaltspolitik ist eben kein Dogma, sondern Ausdruck von Generationenge-

rechtigkeit und auch Ausdruck von Nachhaltigkeit. Sie machen einen Fehler, wenn Sie Nachhaltigkeit nur über Ökologie definieren. Sie gehört dazu und ist ganz wichtig; aber wenn Sie einseitig vorgehen, dann entsteht eine Schiefelage. Wir sagen: Ökologie, Wirtschaft und Soziales, das gehört alles zusammen, und das muss sich auch in einem Haushalt abbilden.

Das sieht man im Übrigen, wenn man die wirtschaftliche Entwicklung in den Blick nimmt. Vielleicht haben Sie verfolgt, wie in den letzten Monaten die Prognosen der Wirtschaftsentwicklung Schritt für Schritt nach unten korrigiert worden sind. Jede Korrektur der Prognose der Wirtschaftsentwicklung ist eine Herausforderung

für den Bundeshaushalt; denn in der Planung der nächsten Jahre fehlen somit Milliarden Euro. Offensichtlich wird der ganz unmittelbare Zusammenhang:

Bei guter wirtschaftlicher Entwicklung haben wir Mittel für

Klimaschutz, für Soziales, für Familien, für Infrastruktur und vieles mehr. Aber wenn die wirtschaftliche Entwicklung runtergeht, dann haben wir überall ein Problem. Deshalb wollen wir die Wirtschaft in den Mittelpunkt stellen, und

deshalb sind wir der Meinung, dass es richtig ist, was Olaf Scholz gesagt hat. Es war notwendig, bestimmte Schritte zu machen. Zum Beispiel haben wir jetzt den Beschluss gefasst, dass für 90 Prozent der Steuerzahler der Soli wegfallen soll. Wir sind aber auch der Meinung: Diesen Schritten müssen weitere folgen. Sie haben zu Recht, Herr Bundesfinanzminister, in den Entwurf hineingeschrieben: Der Wegfall des Solis für 90 Prozent der Steuerzahler ist ein erster Schritt. – Wir sind der Meinung, einem ersten Schritt müssen weitere folgen; sonst haben wir Stillstand, und das wollen wir beide nicht.

Es ist auch für uns eine Frage der Gerechtigkeit, zu sagen: Wir haben eine große Aufgabe, an die wir gemeinsam herangehen und die wir gemeinsam zu Ende bringen. Wir stehen zum Koalitionsvertrag. Deshalb machen wir jetzt diesen Schritt. Für uns bleibt unter Wahrung der Solidität in Haushaltsfragen die Maßgabe, weitere Schritte zu machen. Da wollen wir auch über Unternehmensteuern sprechen; denn wir wollen die Wirtschaft in den Mittelpunkt stellen. Dabei geht es gerade um Personengesellschaften. Sie dürfen nicht schlechter behandelt werden als Kapitalgesellschaften. Gerade Personengesellschaften entsprechen unserem Bild sozialer Marktwirtschaft. Wir sehen auch da Handlungsbedarf, und deshalb

Ein Haushalt ohne neue Schulden ist keine Selbstverständlichkeit.

gibt es hier ganz klare und deutliche Initiativen unserer Fraktion. Da müssen wir dranbleiben. Wirtschaft ist wichtig, und von der Wirtschaft hängt vieles ab, was wir in anderen Bereichen finanzieren und umsetzen können.

Jetzt reden wir in besonderer Weise über die Fragen des Klimaschutzes. Es ist angesprochen worden: Er ist eine globale Herausforderung, für die wir, Deutschland, als ein Land, in dem der Pro-Kopf-Ausstoß doppelt so hoch ist wie der internationale Schnitt, auch national eine besondere Verantwortung haben.

Deshalb geht es jetzt darum, eine Lücke zu schließen zwischen den Zielen und dem, was erreicht ist. Das ist eine besondere Aufgabe. Wir wollen sie in einem Geiste angehen, in dem zum Ausdruck kommt, was Sie gesagt haben: Wir sind ein Land mit Ingenieuren, ein Land, das auf Technologie setzt, ein Land mit einem innovativen Mittelstand, mit einer Industrie, die nach vorne denkt und technologische Lösungen entwickelt. Deshalb wollen wir auf Innovation setzen. Das ist unser

Weg. Nur so werden wir am Ende erfolgreich sein.

Das Ganze ist ja eine globale Frage. Weltweit wird genau gekuckt: Wie machen das die Deutschen? Betreiben sie konsequenten Klimaschutz so, dass individuelle Mobilität auch als Ausdruck von Freiheit erhalten wird, dass Arbeitsplätze, der Wohlstand erhalten werden? Wenn uns das gelingt, nur das kann unser Weg sein, dann werden uns auch andere folgen. Nur so erfüllen wir diese globalen Aufgabe sinnvoll. Das ist unser Weg: Innovationen müssen in den Mittelpunkt.

Ich komme zu der Frage, wie das mit diesem Haushalt zusammenzubringen ist. Wenn wir sagen: „Die Klimapolitik hat für uns eine große Priorität“, dann bin ich sehr dafür, dass wir das mit dem verbinden, was Ralph Brinkhaus generell zum Haushalt sagt, nämlich dass wir eine Generalüberprüfung brauchen, einen Check von Kopf bis Fuß, dass wir nicht immer nur die Frage stellen dürfen: „Was kann on top kommen?“, sondern auch die Frage stellen müssen: Welches sind Aufgaben,

die jetzt vielleicht nicht vordringlich sind? Deshalb wollen wir eine generelle Überprüfung, die eine Prioritätensetzung mit sich bringt! Wenn die Zeiten schwieriger werden und die Kassenlage enger, dann bedeutet das für uns nicht automatisch neue Schulden, sondern dann heißt das für uns: Prioritätensetzung. Es heißt „Effizienz“. Das gilt nicht nur für die Energie; das gilt auch in anderen Bereichen. Wir müssen genau fragen: Welche Maßnahme kostet wie viel? Was bringt sie? Wie erreichen wir den größtmöglichen Erfolg durch die eingesetzten Mittel? Das ist die Aufgabe, vor der wir stehen.

Eines ist eigentlich ganz selbstverständlich. Wenn wir sagen: „Jetzt wird Klimaschutz ein herausragendes Thema, und der CO₂-Ausstoß ist Maßstab“, dann wird Lenken nicht nur durch Senken gelingen, sondern selbstverständlich bedeutet das, dass der, der mehr CO₂ verursacht, egal in welchem Bereich, mehr bezahlen muss, und der, der weniger CO₂ verursacht, der einspart, entlastet wird. Das ist unsere Linie. Die

werden und wollen wir so umsetzen, dass die soziale Balance gewahrt wird, dass wir wirtschaftlich erfolgreich bleiben. Das ist die besondere Verantwortung.

Da akzeptieren wir, Herr Bundesfinanzminister, dass es unterschiedliche Ansätze, Vorschläge, Instrumente gibt. Wir stehen gemeinsam vor der Herausforderung, die Klimapolitik aufzuforschen. Da mag jeder erst einmal unterschiedliche Herangehensweisen haben. Ich bin sicher, dass wir das am Ende zu einem guten Mischwald zusammenführen. Mischwälder sind auch am nachhaltigsten. Vor dieser Aufgabe steht jetzt die Koalition. Dafür stehen wir insgesamt.

Ich möchte ausdrücklich den Gedanken eines nationalen Konsenses über einen Klimapakt aufnehmen, weil eines nicht passieren darf: dass wir jetzt Maßnahmen beschließen, die dann nicht umgesetzt werden. Ich nehme einmal die steuerliche Förderung der Gebäudesanierung. Das ist eine Maßnahme, die effizient ist, die für das Klima gut ist, die für das Handwerk gut ist, bei der Kon-

junktur und Natur zusammenkommen. Diese haben wir hier schon einmal beschlossen. Dann ist sie in den föderalen Mühlen zwischen Bundestag und Bundesrat zerrieben worden. Wir reden immer noch von dem schlafenden Riesen des Wärmemarkts. Er schlummert weiter vor sich hin.

Es darf nicht passieren, dass wir im Bund etwas beschließen, was aber dann doch nicht kommt, dass es Hängepartien gibt. Deshalb wäre es wichtig, hier weiter zu denken, über eine Koalition hinaus. Es ist notwendig, weiter zu denken, über eine Generation hinaus. Die Beschlüsse dürfen nicht Halbwertzeiten von Legislaturperioden haben. Deshalb ist dieser Weg, zu sagen: „Wir müssen jetzt ambitioniert vorgehen und dann weiterdenken im Sinne eines breiten Konsenses“, richtig. An dem arbeiten wir. Das gilt für den Bundeshaushalt in besonderer Weise.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Otto Fricke, FDP:

Haushalt ist kein Blick in die Zukunft



Otto Fricke (*1965)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Herr Finanzminister, ich hoffe, Sie sehen auf dem Handy der Bundeskanzlerin neue Lösungen für den Haushalt. Aber zu Ihrer Rede muss man feststellen: Ich habe gedacht, es gebe 23 Regionalkonferenzen bei der SPD. Die Rede, die Sie hier gehalten haben, war die für die 24. Regionalkonferenz. Es war nicht die Rede eines Haushaltsministers. Dass er mit dieser Rede bei euch gewonnen hat, ist klar. Das nützt ihm aber im Zweifel bei der Wahl für den Parteivorsitz nicht viel.

Aber, da bin ich dann wieder auf Ihrer Seite, wir sind eine Kulturation. Deswegen möchte ich

mit Rilke anfangen:

Herr, es ist Zeit. Der Sommer war sehr groß.

Leg deinen Schatten auf die Sonnenuhren,
und auf den Fluren lass die Winde los.

Das kennen wir alle. Aber es ist im Endeffekt symbolisch für das, was wir gegenwärtig in der Haushaltspolitik erleben. Seien wir doch ehrlich! Die letzten acht Jahre waren für den Haushalt und für eine Große Koalition, die gern Geld ausgibt, groß. Es gab jedes Jahr kontinuierliches Wirtschaftswachstum, Steuermehreinnahmen. Zum Glück gab es auch mehr Arbeit für uns alle, für die Bürger mehr Arbeitsplätze. Aber, das ist der Hauptvorwurf meiner Fraktion an diese Koalition, Sie negieren, dass Rilkes Schatten da sind, dass nämlich diese Zeit vorbei ist. In Ihrer Rede war nichts davon zu hören, dass wir auf dem Arbeitsmarkt inzwischen immer weiter steigende Kurzarbeiterzahlen haben, war nichts davon zu hören, dass inzwischen die Zahl der neu zur Verfügung stehenden Stellen sinkt, war nichts davon zu hören, dass die Auftragsengänge zurückgehen, war nichts davon zu hören, dass die Industrieprodukti-

on zurückgeht.

Und Sie negieren auch noch das, was Sie in Ihren eigenen Monatsberichten allen eigentlich zu erkennen geben, nämlich dass die Steuereinnahmen sich nicht einmal mehr in diesem Jahr so entwickeln, wie Sie es geplant hatten. Sie wissen zudem schon jetzt, dass die Steuerschätzer Ihnen für das nächste Jahr einiges an Minus reinschreiben werden.

All das negiert diese Regierung. Eine Regierung, die eine solche wirtschaftliche Entwicklung negiert, schaut nicht in die Zukunft, die schaut aus Angst nur noch in die Gegenwart und versucht, sich in irgendeiner Weise über den Dezember zu retten. Das ist katastrophal für unser Land.

Meine Damen und Herren, das Negieren der Wirtschaft ist ja schön, wenn man sie nicht mag. Aber nehmen wir doch das Thema Investitionen. Ich muss das vielleicht für die linke Hälfte des Hauses hier noch einmal erklären: Es ist gut und richtig, wenn der Staat mehr investiert. Aber das haben Sie in den letzten Jahren als Große Koalition doch nicht gemacht. Es ist, wie gesagt, richtig, wenn man investiert. Kollege Jung und Sie behaupten immer wieder: Absolut

geben wir ja jetzt mehr für Investitionen aus. Und dann rühmen Sie sich auch noch dafür, dass das Baukindergeld eine Investition sei. Also wenn ein Privater ein altes Haus kauft, dann darf Herr Scholz sagen: „Das ist eine Investition des Staates“? Das ist ein komisches Verständnis von Investitionen. Wenn wir die CO₂-Regeln demnächst nicht einhalten und dann Strafzahlungen drohen, werden Sie auch die noch als Investitionen definieren. So machen Sie Investitionspolitik. So haben Sie sie jedenfalls in der Vergangenheit gemacht. Das ist aber kein Blick in die Zukunft. Zukunft wäre, liebe linke Seite, wenn die, die neun Zehntel der Investitionen in diesem Land tätigen, gefördert würden, und das sind die Privaten und die Unternehmer. Da müssen wir etwas machen. Herr Minister, ich wette mit Ihnen, Sie werden spätestens im Frühjahr die Abschreibungsregeln ändern, weil Sie merken, dass Sie ohne die Privatwirtschaft nicht vorankommen. Da können Sie über den Staat so viel reden, wie Sie wollen – es ist der Private, der am Ende dieses Land nach vorne bringt.

Meine Damen und Herren, wir reden immer wieder über die Frage, wie wir die Prioritäten wirklich klüger setzen können. Genau das ist das Problem: Wir reden nicht

darüber, wo wir „weniger“ sagen könnten und wo wir „mehr“ sagen müssten, wir sagen immer nur, wo es mehr werden soll.

Seit Neuestem ist es, da bin ich mir mit dem Kollegen Kahrs einig, jetzt so: Streich es grün an; dann darfst du dafür auch mehr Geld ausgeben. Nein, das ist nicht die Lösung. Wenn wir nachhaltig investieren wollen, dann müssen wir auch ehrlich sein, dann dürfen wir nicht diesen Scheinmut haben, immer nur mehr zu fordern, sondern müssen auch sagen, auf was wir verzichten wollen. Es ist, wie wenn ein Bürger erkennt, dass er für sein Haus etwas tun muss; dann muss er auch für sich selber sagen, auf was er dafür verzichten will. Verzichten ist das Problem der Sozialdemokratie, das merke ich jetzt schon wieder an den Zwischenrufen; das ist Ihre Stärke beileibe nicht.

Meine Damen und Herren, zum Schluss: Wenn Sie schon nicht die Realitäten anerkennen, wenn Sie schon nicht erkennen, dass eine ganz wesentliche Lösung in unseren Bürgern und in unseren Unternehmen liegt, dann kann ich Ihnen wirklich nur empfehlen, ein anderes Gedicht von Rilke zu lesen, und das heißt „Aus einer Sturmnacht“.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir nachhaltig investieren wollen, dann müssen wir auch ehrlich sein.

Johannes Kahrs, SPD:

Wieder ein Haushalt ohne neue Schulden



Johannes Kahrs (*1963)
Wahlkreis Hamburg-Mitte

Wenn man sich so anhört, was es in den beiden Oppositionsreden, die wir bisher hören durften, über diesen Bundeshaushalt zu reden gab, dann stellt man fest, dass dieser Haushalt deutlich stärker war als diese Oppositionsreden. Otto, von dir bin ich wirklich Besseres gewohnt. Normalerweise bringst du inhaltliche Vorschläge – heute: nichts. Herr Boehringer hat zumindest immer noch ein bisschen Science-Fiction dabei gehabt. Selbst dafür hat es heute nicht gereicht. Also, dieser Haushalt scheint so gut zu sein, dass zumindest die Oppositionsvertreter außer einem Hauch Pathos und etwas Rilke nicht viel zu bieten hatten. Ernsthafte muss man doch feststellen, dass der Höhepunkt dieser Debatte die Rede des Bundesfinanzministers war. Viele hier in diesem Hohen Hause hatten unsere Regionalkonferenzen kritisiert. Ehrlicherweise: Ich finde, das Ergebnis kann sich sehen lassen. Im Kern ist es doch so, lieber Otto, wenn ich noch einmal darauf zurückkommen darf: Als du hier die letzten acht Jahre die Finanzminister kritisiert hast, hast du immer zu dem jetzt amtierenden Bundesfinanzminister geguckt.

Hättest du Augen in deinem Hinterkopf gehabt, dann hättest du den Blick gesehen, den der amtierende Bundestagspräsident dir zugeworfen hat.

Wenn man sich die Reden der Opposition anhört, stellt man fest: Bisher war da nichts; vielleicht kommt ja noch mal was. Wenn man sich mit diesem Haushalt beschäftigt, dann sieht man: Er ist ein solider Haushalt, er ist vernünftig, er ist ehrlich, und er ist transparent. Diese Koalition hat wieder einen Haushalt ohne neue Schulden vorgelegt. Gleichzeitig kommt der ganze Themenbereich Klima erst, das stimmt, jawohl,

nachdem das Klimakabinett getagt hat. Ehrlicherweise: Wann soll er denn sonst kommen? Haushaltsklarheit, Haushaltswahrheit: Wir reden hier über den Kernhaushalt. Das, was das Klimakabinett noch vorbringt, wird hier vorgelegt. Wir haben noch entsprechende Diskussionsmöglichkeiten; darüber können wir reden.

In diesem Haushalt werden wir über Klimawandel, Digitalisierung und Wohnungsbau entscheiden. „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ in diesem Land heißt zum Beispiel auch, zu fragen, wie man Kommunen entschuldet. Wir werden darüber reden, wie der Kohlekompromiss umgesetzt werden kann. Man sieht: Alle diese Aufgaben werden in dem Haushalt angegangen.

Der Bund schreitet in vielen Punkten voran. Man muss aber auch einmal anmerken, dass es nicht angehen kann, dass der Bund hier in die Vorleistung geht und die Länder es nicht tun. Der Kollege Rehberg wird sich bestimmt, ohne dass ich seine Rede kenne, dazu heute wieder ausführlich äußern. Im Ergebnis haben alle Länder Überschüsse, etwas, womit wir nicht gesegnet sind. Damit zahlen sie ihre eigenen Altschulden auf Landesebene zurück, statt sich um die Kommunen, die Digitalisierung, die Infrastruktur oder andere Dinge zu kümmern.

Ich höre bestimmt gleich von den Grünen, was wir alles hätten tun müssen, sollen und überhaupt. Eine grüne Finanzministerin in Schleswig-Holstein kümmert sich darum, dass sie Altschulden zurückzahlt. Das ist ein Beispiel dafür, wie grüne Haushaltspolitik in der Praxis geht. Das ist nicht das, was der Kollege Kindler gleich fordern wird, auch ohne dass ich die Rede gelesen habe, kann ich mir das entsprechend denken.

Wir stellen fest, dass die Bürger durch diesen Haushalt entlastet werden. Der Bundesfinanzminister hat es gesagt: Der Soli wird für 90 Prozent der Menschen in diesem Land abgebaut. Und wenig überraschend: Die AfD, die sich ja immer zwischen neoliberal und rechtsradikal bewegt, will natürlich auch die Reichen in diesem Land entlasten. Wenn die Wähler der AfD wüssten, dass die AfD sie gar nicht im Sinn hat, sondern das staatliche Rentensystem abschaffen will, die Reichen entlasten möchte und sich nicht um ihre Wähler und die Bürger kümmert,

dann wüssten sie auch, dass es sich überhaupt nicht lohnt, rechtsradikal zu wählen, sondern dass es sich lohnt, eine solide, eine vernünftige, eine pragmatische Haushaltspolitik zu wählen.

Da nun die AfD keinen einzigen Vorschlag gemacht hat und die FDP auch keinen, können wir darauf zurückkommen, was in diesem Bundeshaushalt steht: Es gibt Rekordinvestitionen in Höhe von 40 Milliarden Euro in jedem Jahr bis 2023. Wir investieren ein Drittel mehr als in der letzten Legislaturperiode.

Wir investieren 50 Milliarden Euro in die Bahn. Es gibt für die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung eine Laufzeit von zehn Jahren und nicht nur von fünf Jahren. Es gibt die von allen geforderte Planungssicherheit, damit man Kapazitäten aufbauen kann, damit die Firmen wissen, was auf sie zukommt, damit sie neue Mitarbeiter einstellen und Maschinen kaufen können,

damit Investitionen langfristig abfließen.

Genau das ist gemacht worden. Wir investieren in den öffentlichen Nahverkehr. Hier werden die Mittel verdoppelt, noch einmal einen ganz herzlichen Dank, Herr Finanzminister; ich glaube, dass das eine gute Sache ist, weil gerade der öffentliche Nahverkehr für uns wirklich wichtig ist.

Gleichzeitig investieren wir insbesondere im Bereich „sozialer Wohnungsbau“. Alleine in 2020 geht dorthin 1 Milliarde Euro. Es wäre schön, wenn die Länder das Geld, das sie von uns für den sozialen Wohnungsbau bekommen, auch für den sozialen Wohnungsbau ausgeben würden; das ist in der Vergangenheit in vielen Ländern nicht passiert. Das ist einer der Gründe, warum wir die Probleme haben, die wir haben. Der Bund muss aufpassen, dass sein Geld auch zielgerichtet

ausgegeben wird. Wir brauchen nicht nur Sozialwohnungen; wir brauchen auch im normalen Mittelfeld bezahlbare Wohnungen. Man muss sich darüber unterhalten, welche Maßnahmen dafür richtig sind. Die Bundesländer haben da unterschiedliche Ansichten. Aber auch als Bundesgesetzgeber müssen wir uns vielleicht einmal darüber un-

terhalten, ob so ein Unsinn wie Index- und Staffelmieten etwas ist, was man den Menschen zumuten kann. Es werden Mietverträge unterschrieben, weil der Zwang groß ist, weil man keine Alternativen hat, und dann hat man diese Index- und Staffelmieten. Ich glaube, das ist etwas, worauf man dankend verzichten kann.

Wenn man sich anguckt, wie viel Geld wir im Bereich „sozialer Arbeitsmarkt“ investieren, kann man sagen, dass wir auch da gut aufgestellt sind.

Die „Süddeutsche Zeitung“ hat Bundesfinanzminister Olaf Scholz dafür gelobt, dass er alle Vorhaben, die im Koalitionsvertrag stehen, durchfinanziert hat, ohne neue Schulden zu machen. Ich meine: Wenn die „Süddeutsche Zeitung“ einen kritisiert, dann hat man, hast du, Olaf, alles richtig gemacht. Ich glaube, der Mix macht es, und das ist gut. Die Bundeskanzlerin hat erklärt, dass auch sie zum Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes steht.

Jetzt wird mir gesagt, dass ich keine Zeit mehr habe, um fortzufahren; aber der Kollege Rehberg wird bestimmt da weitermachen, wo ich aufgehört habe.

Ich danke allen Beteiligten und wünsche uns weiterhin eine konstruktive Debatte.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es gibt Rekordinvestitionen in Höhe von 40 Milliarden Euro in jedem Jahr bis 2030.

Dr. Gesine Löttsch, Die Linke:

Zu viel für Rüstung, zu wenig für Investitionen und Soziales



Gesine Löttsch (*1961)
Wahlkreis Berlin-Lichtenberg

Ich glaube, diesem Selbstlob muss man deutlich etwas entgegenzusetzen. In diesem Haushalt steht deutlich zu viel für Rüstung, zu wenig für Investitionen und viel zu wenig für Soziales. Dieser Haushalt bedroht dadurch die Sicherheit der Menschen in unserem Land, und das darf nicht sein, meine Damen und Herren.

Augenscheinlich reagiert die Bundesregierung nur noch auf dumpfe Reize. Beispiel: US-Präsident Trump stößt wüste Drohungen aus. Sein Botschafter hat bereits mit dem Abzug der US-Truppen aus unserem Land gedroht, wenn wir den Rüstungskonzernen nicht noch mehr Geld in den Rachen werfen. Wir als Linke sagen: Zieht die Truppen ab! Das würde viel Geld sparen und die Sicherheit in unserem Land erhöhen. Und nehmt die abscheulichen Atomwaffen gleich mit. Europa muss endlich atomwaffenfrei werden!

Viele wissen es gar nicht: Von Ramstein in Deutschland aus werden Todesdrohnen nach Jemen geschickt. Das ist furchtbar. Furchtbar ist auch, dass die Bundesregierung zulässt, dass von deutschem Boden aus Mordkommandos gesteuert werden. Die US-Truppen sind offensichtlich zu ei-

nem Sicherheitsrisiko für unser Land geworden, und das muss ein Ende haben.

In diesen Tagen ist bekannt geworden, dass die Bundesregierung eine Schallmauer durchbrochen hat. Sie will zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik, nach NATO-Kriterien berechnet, über 50 Milliarden Euro für das Militär ausgeben. Meine Damen und Herren, wer das Wettrüsten beschleunigt, macht diese Welt unsicherer. Auch in dieser Frage wird die Bundesregierung zu einem Sicherheitsrisiko für unser Land, und das darf nicht sein.

Jeder siebte Euro aus dem Bundeshaushalt soll in das Wettrüsten fließen. Das entspricht einer Rüstungsquote von 14 Prozent. Die Investitionsquote dagegen stagniert bei 11,1 Prozent. Nur jeder neunte Euro wird in die Zukunft investiert. Ich sage Ihnen: Statt sich eine Wettrüstungsquote von

der NATO vorschreiben zu lassen, sollten wir lieber eine dynamische Investitionsquote in unser Grundgesetz schreiben. Wir brauchen einen robusten Rüstungsdeckel, wir brauchen Investitionen, meine Damen und Herren!

Allein bei der Deutschen Bahn gibt es einen Investitionsstau von 57 Milliarden Euro. Und jeder, der zumindest ab und zu mit der Bahn fährt, weiß, wovon ich rede. Aber womit beschäftigt sich der Minister, der über den größten Investitionstopf verfügt, nämlich Herr Scheuer? Er kämpft mit der Abwicklung der gescheiterten Maut. Ich finde, Herr Scheuer ist eine personifizierte Investitionsbremse. Einen solchen Minister brauchen wir nicht! Er ist zu einem Klumpenrisiko geworden.

Nun haben wir in dieser Debatte schon wieder viel über die Schuldenbremse und die schwarze Null gehört. Das sind natürlich alles Nebelkerzen. Dass die Schuldenbremse ökonomischer Unsinn

ist, hat sich inzwischen sogar bis in die Reihen ihrer einstigen Befürworter herumgesprochen. Doch in diesem Haus gibt es anscheinend immer noch mehr neoliberale Buchhalter als sachverständige Ökonomen. Die Koalition hat sich selbst an Armen und Beinen gefesselt. Die eine Fessel ist die Schuldenbremse, und die andere Fessel ist der Ausschluss von Steuererhöhungen für Vermögende. Diese Selbstfesselung ist ein Sicherheitsrisiko, das wir uns nicht leisten können, meine Damen und Herren.

Um endlich wieder handlungsfähig zu werden, müssen diese Fesseln gelöst werden. Wir wollen höhere Vermögensteuern und eine echte Finanztransaktionssteuer, Herr Scholz, nicht so ein Placebo, wie Sie es gerade vorgeschlagen

haben. Dann bekommen wir wirklich Spielraum für Zukunftsinvestitionen. Diese Bundesregierung ist auch ein Sicherheitsrisiko, weil sie nichts gegen die zunehmende Spaltung der Gesellschaft tut. Nun wird ja immer hervorgehoben, wie groß der Etat für Arbeit und Soziales ist. Aber man muss wissen, dass über 100 Milliarden Euro davon in die gesetzliche Rente gehen. Das heißt, für Arbeit und Soziales im engeren Sinne stehen lediglich 38,94 Milliarden Euro zur Verfügung. In Anbetracht einer drohenden Rezession ist das grob fahrlässig. Hier muss nachgesteuert werden, meine Damen und Herren.

Wir wollen höhere Vermögensteuern und eine echte Finanztransaktionssteuer.

Das Armutsrisiko für Menschen, die neu in die Rente gehen, wird sich in den nächsten elf Jahren in



Es brauche einen robusten Rüstungsdeckel und keine Wettbewerbsquote, forderte Gesine Löttsch (Die Linke). © picture-alliance/Bildagentur-online/Ohde

Ostdeutschland fast verdoppeln. Wir brauchen also sofort, meine Damen und Herren, eine solidarische Mindestrente. Doch selbst für die Grundrente, die ja immerhin im Koalitionsvertrag steht, haben Sie keine Vorsorge im Haushalt getroffen. Das Gleiche trifft für den Klimaschutz zu. Und das ist ein Armutszeugnis für diese Regie-

rung.

Meine Damen und Herren, nutzen wir die Haushaltsberatungen! Dann haben wir die Chance, unser Land sicherer, gerechter und solidarischer zu machen. Dafür steht Die Linke. Gestalten wir eine gute Zukunft!

(Beifall bei der LINKEN)

Sven-Christian Kindler, Bündnis 90/Die Grünen:

Offensive für Klimaschutz und Digitalisierung



Sven-Christian Kindler (*1985)
Landesliste Niedersachsen

Herr Scholz, in Ihrer Rede waren ja, für Ihre Verhältnisse, sogar etwas Leidenschaft, Energie zu spüren, aber auch viel Selbstweihräucherung und viel Selbstlob. Denn seien wir doch mal ehrlich: Ohne den fetten Griff in die Rücklage, die Sie haben, hätten Sie diesen Haushalt doch nie richtig aufstellen können; dann wären Sie doch völlig blank gewesen. Das ist doch die Wahrheit.

Die Zeiten haben sich verändert. Ein unregelmäßiger Brexit steht vielleicht vor der Tür. Weltweit eskalieren Handelskonflikte. Kinder und Jugendliche gehen lautstark für Klimaschutz auf die Straße. Doch wir finden keine Antworten in diesem Etat, keine Antworten im Haushalt 2020. Der Energie- und Klimafonds ist ja nicht mal

Teil des Entwurfs. Man kann im wahrsten Sinne des Wortes sagen: Das ist Stückwerk, was Sie hier abliefern.

Und ich finde, ehrlich gesagt: Dass es keine ökonomischen, keine klimapolitischen Antworten im Haushaltsentwurf gibt, ist brandgefährlich in dieser Situation. Wir haben große Herausforderungen, große Fragen, die uns beschäftigen: Klima, Digitalisierung, gleichwertige Lebensverhältnisse. Um das zu bewältigen, müssen wir viel investieren. Wir sagen klar: Investitionen haben eine positive Rendite. Sie rechnen sich. Sie bringen mehr Lebensqualität, mehr Wohlstand, und sie stabilisieren übrigens auch die Konjunktur.

Das, was Sie behauptet haben, Herr Scholz, ist falsch. Sie frieren in der Finanzplanung die Investitionen ein. Insgesamt, gemessen an den Ausgaben, sinkt die Investitionsquote sogar. Das heißt, Sie senken hier eigentlich Investitionen. Ich fordere Sie auf: Gehen Sie runter von dieser Investitionsbremse, Herr Scholz!

Das liegt natürlich auch daran, Herr Scholz, dass das Einzige, worauf Sie sich mit der Union im Haushalt einigen können, die schwarze Null ist. Das ist der Kitt, der Sie noch zusammenhält, und das, obwohl wir sehr, sehr große Investitionsbedarfe haben, insbe-

sondere beim Klimaschutz. Gleichzeitig sind wir in der Situation, dass der Bund momentan an zehnjährigen Bundesanleihen sogar Geld verdient. Trotzdem klammern Sie sich krampfhaft zusammen mit der Union an dem Dogma „schwarze Null“ fest.

Das Spannende ist, dass inzwischen viele Teile der Wirtschaft, viele Ökonomen Ihnen da vehement widersprechen: Michael Hüther, der BDI, viele Ökonomen. Und nicht nur die, Herr Scholz; auch in Ihrer eigenen Partei habe ich wahrgenommen, dass die meisten Bewerber für den SPD-Parteivorsitz inzwischen sagen: Hören Sie auf, sich an der schwarzen Null festzubeißen! Hören Sie auf mit diesem Dogma, und sorgen Sie jetzt endlich für Investitionen!

Bei der Union kann ich das sogar ein bisschen verstehen. Die Union hat sonst nicht so viel als Markenkern, wofür sie eigentlich steht. Deswegen ist die schwarze Null quasi eine Art Ersatzreligion, so eine heilige Kuh für die Union geworden. Ich finde, Peter Ramsauer hat es sehr ehrlich benannt. Er hat gesagt, die schwarze Null sei identitätsstiftend für die Uni-

on. Es ist ja schön für die Union und auch schön für ihr Gruppengefühl, dass das ihre Identität stiftet, nur hat das mit kluger Haushaltspolitik und kluger Wirtschaftspolitik einfach rein gar nichts zu tun.

Wir sagen klar: Es geht nicht nur um den Haushalt 2020, über den wir heute diskutieren. Es geht um das nächste Jahrzehnt. Wir wollen ein Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen. Wir haben Ihnen dafür in den letzten Wochen einen Vorschlag unterbreitet. Denn völlig klar ist, dass sich die großen Investitionssummen, die wir jetzt stemmen müssen, viele reden von mehreren Hundert Milliarden Euro, die das bedeuten wird, nicht allein aus dem laufenden Haushalt werden finanzieren lassen.

Deswegen schlagen wir vor, die Schuldenbremse nicht abzuschaffen; wir wollen sie erhalten, die Schuldenbremse zu ergänzen um einen Investitionsmotor. Wir wollen neue öffentliche Investitionsgesellschaften und einen Bundesinvestitionsfonds gründen. Wir haben deutlich gesagt: Wir wollen klare Grenzen dafür ziehen, klare Kriterien, das heißt: unter 60 Prozent, Maastricht, maximal 1 Prozent vom BIP. Es geht um Nettoinvestitionen, nicht um konsumtive Ausgaben. Es geht um neue wertsteigernde Investitionen, die wir tätigen wollen. Das ist unser Angebot. Das ist unser Vorschlag. So kann man die Investitionen des Bundes verdoppeln, und das ist angesichts der Heraus-

Investitionen bringen mehr Wohlstand und sie stabilisieren auch die Konjunktur.

forderungen auch dringend notwendig.

Mit unserem Vorschlag für eine große Investitionsoffensive bis 2030 sorgen wir dafür, dass sich Länder und Kommunen, die Wirtschaft, die Bauwirtschaft auch darauf einstellen können. Wir schaffen Planungssicherheit, wir schaffen Verlässlichkeit, damit sie ihre Kapazitäten erweitern und mehr Personal einstellen. Denn warum fließen denn Investitionsmittel zum Teil nicht ab? Weil es keine Verlässlichkeit gibt. Das ist doch auch die Verantwortung der Bundesregierung. Wie war das in den letzten Jahren, sei es unter Herrn Schäuble, sei es unter Herrn Scholz? Da liegt doch die klare Verantwortung. Es gab eine Zickzack-Investitionspolitik, die nach Kassenlage gemacht wurde. Da gab es mal hier ein Sonderprogramm, dann gab es wieder nix, da ein Sonderprogramm, dann wieder nix. So kann man natürlich keine Planung vorantreiben. Das ist keine lange Linie. Das ist doch die Wahrheit.

Wir sagen Ihnen: Jetzt ist der richtige Zeitpunkt gekommen, die niedrigen Zinsen zu nutzen, um eine große Offensive für Klimaschutz, für Digitalisierung nach vorne zu bringen und das auch über Kredite zu ermöglichen. Wir fordern Sie auf: Handeln Sie jetzt! Die Zukunft gibt es nämlich nicht zum Nulltarif. Man muss jetzt investieren und darf sich nicht an die schwarze Null klammern.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zustimmung der Abg. Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE))

Eckhardt Rehberg, CDU/CSU:

Kein Einnahmeproblem, sondern ein Umsetzungsproblem



Eckhardt Rehberg (*1954)
WK Meckl. Seeplatte II-LK Rostock III

Was wir aktuell erleben, ist ein Überbietungswettbewerb: Wer stellt mehr Geld ins Schaufenster? Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man das letzte Jahrzehnt und das Thema Schulden betrachtet, frage ich: Wie geschichtsvergessen kann man eigentlich sein? Als ich 2009 in den Haushaltsausschuss gekommen bin, hatten wir ein Volumen von 300 Milliarden Euro und 86 Milliarden Euro Schulden – Ausfluss der Finanzkrise. Alle die, die heute meinen, wieder Schulden machen zu müssen, sollen sich mal bitte zurückerinnern, Herr Kollege Kindler, dass wir fünf Haushaltsjahre gebraucht haben, drei mit der FDP, zwei mit der SPD, um keine neuen Schulden mehr zu machen. Das ist die Ausgangsposition dafür gewesen, dass wir ab 2014 wieder massiv investieren konnten und Bürger und Länder und Kommunen entlastet haben. Ohne diese schwarze Null wäre das alles in den letzten Jahren nicht gegangen, liebe Kolle-

ginnen und Kollegen.

Auch das Nächste ist geschichtsvergessen. Was hat denn die Euro-Krise hervorgerufen? Doch nicht zu wenig Schulden; es waren doch zu viele Schulden in Spanien, Portugal und Griechenland. Und weil sie zu viele Schulden hatten, konnten sie sich am Kapitalmarkt nicht mehr refinanzieren. Wollen wir da wieder hin? Wollen wir eine Politik machen, die jedes Jahr 35 Milliarden Euro neue Schulden auftürmt, die dann unsere Kinder und Enkel abtragen müssen? Ich kann für meine vier Enkel sagen: Nein, das möchte ich denen nicht zumuten und auch nicht aufbürden. Das ist keine solide Politik. Das ist für mich auch keine gute Sozialpolitik und keine Generationengerechtigkeit.

Wenn man die Vorschläge der Grünen im Haushaltsausschuss allein aus den letzten drei Jahren betrachtet: Man kann ja über eure Mehreinnahmen streiten, die den Industriestandort Deutschland massiv gefährdet hätten. Aber wenn ich das mal beiseitelasse: Ihr hattet in den drei Jahren in euren Vorschlägen 13 Milliarden Euro Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben. Was hat das, Kollege Kindler, mit solider Politik zu tun? Nichts, aber auch gar nichts. Sie tuten hier in ein Horn, das Ihnen überhaupt nicht zusteht, und Ihr politischer Ansatz beseitigt nicht die Probleme, die wir haben.

Der Staat, wir, hat kein Einnahmeproblem, wir haben ein Umsetzungsproblem, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist unser Kern-

problem. Das Kernproblem sind Planungskapazitäten. Aber das größte Problem ist doch unser kompliziertes Genehmigungs- und Planungsrecht. Lieber Olaf Scholz, es ist ja schon schlimm, dass Sie prognostizieren, dass man für den Bau einer neuen S-Bahn-Strecke über ein Jahrzehnt braucht. Aber ich sage Ihnen: Ich kenne Bauvorhaben, wo an Schienenstrecken neben drei Gleisen das vierte Gleis gelegt werden sollte, die nach 30 Jahren noch nicht angepackt werden konnten, weil das Planungs- und Genehmigungsrecht kompliziert ist und weil die Klagen durch drei Instanzen gehen.

Das ist die Realität in dieser Republik. Und wenn wir jetzt so weit sind, dass die Windkraftlobby in dem Bereich den Artenschutz aushebeln will, das kann man ja gerne tun, dann muss man bitte für jegliche Infrastrukturvorhaben die gleichen Bedingungen schaffen, nicht nur für den Windkraftausbau.

Ein nächster Punkt. Der Gesamtstaat hat für mich drei Ebenen. Das sind der Bund, die Länder und die Kommunen. Wenn ich an das Thema Klima denke: Ich habe von den 16 Ländern dazu so gut wie nichts oder gar nichts gehört. Für alles ist der Bund zuständig. Ich nenne einen Punkt, den öffentlichen Personennahverkehr. Wir als Bund geben Regionalisierungsmittel in der

Größenordnung von aktuell 9 Milliarden Euro. Vor zwei Jahren waren es 7 Milliarden Euro. Der Bundesrechnungshof hat einen Bericht gemacht. Erste Feststellung: Zu dem Zeitpunkt, Ende 2016, lagen 2,7 Milliarden Euro Regionalisierungsmittel bei den 16 Ländern auf Halde. 2,7 Milliarden! Und weiter hat der Bundesrechnungshof festgestellt, dass im Schnitt der 16 Länder nur 27 Prozent eigene Mittel für den öffentlichen Personennahverkehr ausgeben wurden. Das beste Land liegt bei 62 Prozent, das schlechteste Land bei 2 Prozent und sieben Länder unter 10 Prozent. Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt rechne ich die Entflechtungsmittel, GVFG usw. noch nicht mal mit. Das sind alles Bundesmittel. Ich sage einfach: Letztendlich geben die Länder im

Schnitt überhaupt kein eigenes Geld für den öffentlichen Personennahverkehr aus. Und der öffentliche Personennahverkehr ist keine Bundessache, das ist die Verantwortung von Ländern und Kommunen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ein weiterer Punkt. Die Einnahmesituation des Bundeshaushaltes ist schwieriger geworden, ja. Aber eines gehört zur Wahrheit dazu: Im letzten Jahrzehnt, also im Vergleich bis zum Jahr 2010, hat der Bund die Länder bei der Umsatzsteuer um 16 Milliarden Euro entlastet. Um 16 Milliarden Euro! Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben bis zu diesem Jahr noch die Situation, dass die Einnahmen aus der Umsatzsteuer beim Bund höher als bei den Ländern sein werden. Ab nächstem Jahr steigen die Umsatzsteuereinnahmen der Länder massiv an, beim Bund flachen sie deutlich ab.

Noch ein Punkt: Sozialausgaben. Der Bund entlastet die Kommunen um über 7 Milliarden Euro bei der Grundsicherung im Alter im Vergleich zum Jahr 2010. Bei den Kosten für die Unterkunft sind es gute 6 Milliarden Euro. Wenn ich jene 16 Milliarden Euro und diese 14 Milliarden Euro zusammenzähle, dann bin ich bei einer Entlastung der Länder durch den Bund im Vergleich zum Jahr 2010 von 30 Milliarden Euro.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die nächste Frage stellt sich zum Thema Altschulden. Wer hat nach Artikel 28 Grundgesetz die Finanzverantwortung für die Kommunen? Der Bund oder die Länder? Die Länder hatten im letzten Jahr insgesamt einen Überschuss von 14,6 Milliarden Euro. Für die nächsten Jahre sind die Prognosen

positiv. Der Durchschnitt der Kommunen hat auch einen Überschuss. Jetzt muss man sich bei diesem Thema die Frage stellen: Was machen wir mit dem Land Hessen? Stichworte: Hessenfonds und Entschuldung über 5 Milliarden. Was machen wir mit Niedersachsen? Das ist noch unter Rot-Grün gelaufen. Was macht Mecklenburg-Vorpommern, das ein Entschuldungsprogramm über Haushaltssicherungskonzepte gegenüber seinen Landkreisen und Kommunen fährt? Das heißt, diese Länder nehmen ihre Verantwortung wahr, und andere tun das nicht.

Gucken Sie sich mal die Überschüsse an, und zwar auch von Ländern und Kommunen mit hohen Kassenkrediten. Ich habe die Zahlen drauf, lasse sie jetzt aber mal beiseite. Ich warne davor, dieses Thema anzufassen; denn es wird neue Ungerechtigkeiten schaffen. Diejenigen, die an der Stelle verlieren und nichts gewinnen, werden den Finger heben, und diejenigen, die etwas gewinnen, weil der Bund ihnen hilft, werden nicht Danke sagen. Das sage ich voraus. Deshalb halte ich diesen Weg für brisant und sehr gefährlich.

Lassen Sie mich eine letzte Bemerkung zum Thema „negative Zinsen“ machen. Eigentlich sind negative Zinsen eine Absurdität. Negative Zinsen tragen unter anderem dazu bei, dass gerade für die kleinen Sparer eine Geldentwertung eintritt. Negative Zinsen sind eigentlich auch nicht gut für die Ökonomie.

Lieber Kollege Kindler, Sie haben sowohl Wolfgang Schäuble als auch Olaf Scholz mehrere Male vorgeworfen, dass sie ihre Bundeshaushalte nur auf niedrige oder negative Zinsen stützen bzw. gestützt haben. Wenn Sie den Vorschlag mit dem 35-Milliarden-Euro-Paket wirklich ernst meinen und das bis 2030 so laufen soll, wie Sie das ausgerechnet haben, dann müssen Sie sich für das nächste Jahrzehnt niedrige oder negative Zinsen wünschen. Ich sage ganz einfach: Ich wünsche mir das nicht, gerade für unsere Kleinsparer in Deutschland.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD)

In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Prof. Dr. Harald Weyel (AfD), Lothar Binding (SPD), Christian Dürr (FDP), Fabio De Masi (Die Linke), Anja Hajduk (B90/Grünen), Dr. h. c. Hans Michelbach (CDU/CSU), Andreas Schwarz (SPD) und Tankred Schipanski (CDU/CSU).



Für den öffentlichen Personennahverkehr gibt der Bund aktuell neun Milliarden Euro Regionalisierungsmittel aus.

© picture-alliance/dpa/Uwe Anspach

Generalaussprache zum Bundeshaushalt 2020 / 111. Sitzung des 19. Deutschen Bundestages am 11. September 2019

Dr. Alice Weidel, AfD:

Die Krise kommt nicht, sie ist bereits da



Alice Weidel (*1979)
Landesliste Baden-Württemberg

Deutschland steht vor einer Rezession: keine einfache Konjunkturdelle, sondern ein handfester Rückgang der Wirtschaftsleistung. Die Exporte brechen mit zweistelligen Verlusten in einigen wichtigen Ausfuhrländern ein: China, Großbritannien und Russland. Besonders betroffen: Automobilindustrie und Maschinenbau, das Rückgrat unserer industriellen Produktion und damit unseres Wohlstands.

Die Meldungen über massive Stellenstreichungen in tragenden Unternehmen und Schlüsselbranchen reißen nicht ab. Das Wirtschaftswachstum stagniert, das Bruttoinlandsprodukt ist im zweiten Quartal 2019 sogar geschrumpft. Damit sind wir im Vergleich mit den übrigen EU- und Euro-Mitgliedstaaten Schlusslicht. Die Krise kommt nicht, die Krise ist bereits da.

Die nächste Rezession wird weder ein vom Himmel gefallenes Schicksal sein noch das Werk böser Mächte. Sie ist in erster Linie hausgemacht. Die Schwierigkeiten, in die die deutsche Wirtschaft und damit das ganze Land hineinrutscht, sind die Folge Ihrer verhängnisvollen und wirtschaftsfeindlichen Politik, einer im Kern grün-sozialistischen Ideologie, die unser Land ruiniert und seiner Zukunftsfähigkeit beraubt. Diese Regierung trägt die Verantwortung für die Demontage der Autoindustrie durch Klimaschutzwahn und E-Auto-Planwirtschaft.

Sie ruinieren unser Land mit der absurden Idee, gleichzeitig aus Atomenergie und Kohleverstromung aussteigen zu können und zu einem fiktiven Datum in nicht allzu ferner Zukunft – typisch Planwirtschaft! – das Land CO2-neutral zu machen. Das

muss man sich einmal vorstellen. Das ist absolut grotesk. Das ist ein ökonomischer und naturwissenschaftlicher Nonsens, der uns jetzt schon die höchsten Stromkosten in Europa beschert, Hunderttausende Haushalte von Geringverdienern und der Mittelschicht in existenzielle Bedrängnis bringt, die Versorgungssicherheit gefährdet und energieintensive Industrien nach und nach aus Deutschland vertreibt.

Ihr vorgeblicher Klimaschutz ist nichts anderes als ein monströses Deindustrialisierungsprogramm, verbunden mit veritabler Arbeitsplatzvernichtung. Sie verschwenden Abermilliarden, um imaginierte Weltuntergänge in ferner Zukunft abzuwenden. Sie lassen sich von fragwürdigen Lobbyisten wie der Deutschen Umwelthilfe – aus meiner Sicht gehört diese Lobbyorganisation verboten – am Gängelband führen und zerstören dafür die Grundlagen unseres Wohlstands und unsere Fähigkeit, die ganz realen und drängenden Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte zu meistern.

Ich nenne zum Beispiel die unbewältigten Folgen der unregelmäßigen Migration in die Sozialsysteme und die Kriminalstatistik. Der frühere Bundesnachrichtenchef, August Hanning, spricht von mehr als 2 Millionen überwiegend jungen Männern, die seit 2015 eingewandert sind. Und die nächste Welle steht schon vor der Tür. Die Bilder aus Lesbos sind ein Menetekel. Der Türkei-Deal, an den Sie sich ja so gerne und so lange geklammert haben, ist gescheitert. Die Balkanroute ist offen, und Sie verschließen einfach die Augen davor.

Wir könnten die Migration übers Mittelmeer beenden, wenn Sie bereit wären, mit Italien und anderen Mittelmeeranrainern dafür zu sorgen, dass keiner mehr illegal übers Meer nach Europa gelangen kann. Was wird aber gemacht? Stattdessen ermuntern Sie die humanitären Schleuser und Menschenhändler, auch NGOs genannt, lassen deren illegal eingeschleusten Passagiere noch nach Deutschland einfliegen und wollen sogar noch einen staatlichen Wassertaxidienst einrichten. Das ist wirklich nur noch grotesk, sehr geehrte Damen und Herren!

Eine wirksame Sicherung und Kontrolle der Grenzen ist mög-

lich. Die Kosten würden sich jährlich im einstelligen Milliardenbereich bewegen – und das wissen Sie. Kein Vergleich mit den ökonomischen, politischen und vor allem gesellschaftlichen Folgekosten der anhaltenden unregelmäßigen Einwanderung!

Sie wollen Millionen Bürger durch Verbote, Strafsteuern und dirigistische Maßnahmen in ihrer individuellen Mobilität einschränken, aber illegale Einwanderer können sich weiter frei und ungehindert über unsere Grenzen bewegen. Selbst wenn die Asyltäuschung auffliegt und der Aufenthaltstitel verweigert wird, müssen sie kaum eine Abschiebung fürchten.

Sie haben das Geld für die abseitigsten Partikularinteressen übrig, aber nicht für die effektive Kontrolle unserer Grenzen und den Schutz unserer Bürger, die Ihnen einen Rekordanteil des von ihnen erwirtschafteten Einkommens überlassen müssen. Die Gegenleistungen bleiben Sie schuldig. Inzwischen hat jeder zweite Hartz-IV-Empfänger einen Migrationshintergrund. Dazu kommt: Fast zwei Drittel der sogenannten Flüchtlinge leben von Hartz IV. Also zwei Drittel Ihrer Fachkräfte leben von Hartz IV!

Asylzuwanderer sind übrigens überproportional kriminalitätsbelastet, gemessen am Bevölkerungsanteil. Schwere Sexual-, Raub- und Tötungsdelikte durch Zuwanderer haben erschreckend zugenommen. Das Lagebild zur Zuwanderungskriminalität des Bundeskriminalamts bestätigt das doch schwarz auf weiß. Dass für die Bürger die Sicherheit im öffentlichen Raum mehr und mehr verloren geht, lässt Sie offenkundig gleichgültig. Man sieht das hier.

Eine ältere Hypothek ist das gescheiterte Euro-Experiment. Zehn Jahre Euro-Rettung durch verlorene Hilfskredite und Geldschöpfung auf Knopfdruck sind zehn Jahre Umverteilung von unten nach oben und vom Bürger zum Staat. Die Nullzinspolitik, über die sich Olaf Scholz ja gestern so gefreut hat, führt die deutsche Mittelschicht und den Sparer ins

Prekariat. Das Märchen vom reichen Land stimmt schon lange nicht mehr. In Europa belegen die Deutschen beim Vermögen den letzten Platz.

Wenn die Draghi-Blase platzt, zündet der Euro-Geldsozialismus. Das wissen wir. Der Anteil der faulen Kredite in den Bilanzen südeuropäischer Banken, die Summen, die im Feuer stehen, ist gigantisch. Das Kartenhaus der Zombiebanken steht auf dem wackligen Boden der Negativzinspolitik der EZB, und die zerstört unaufhaltsam das Geschäftsmodell der soliden Banken. Wir stehen vor einem gigantischen Bankencrash, sehr geehrte Damen und Herren!

Wir werden bei gleichbleibender Entwicklung eine Staatsschulden- und Bankenkrise erleben, Hyperinflation und anschließend eine Währungsreform, bei der die Menschen alles verlieren werden. Und Sie sagen es ihnen nicht. Was tun Sie, um das zu verhindern? Natürlich gar nichts. Im Gegenteil Sie befeuern die Entwicklung auch noch. Von EZB-Chefin Christine Lagarde ernten Sie dafür Beifall und ganz viel Umarmung, von jener Frau, die 2010 als IWF-Direktorin erklärte – ich zitiere –:

Wir müssen die Verträge brechen, um den Euro zu retten.

Und das ist genau Ihr Verständnis von Rechtstreue.

Für eine andere Lösung als eine zum deutschen Nachteil hätten Sie aber vermutlich auch gar keine Mehrheiten zusammenbekommen. Denn Sie haben Deutschland in Europa isoliert, und niemand nimmt Sie mehr ernst. Bei internationalen Konferenzen sitzen Sie im Abseits, während die anderen ihre Interessen verfolgen und auch durchsetzen. Sie haben das Verhältnis zu den USA zerrüttet, die Briten aus der EU getrieben und tun im Kielwasser der Franzosen nichts für eine vernünftige Brexit-Lösung.

Und jetzt legen Sie uns einen Haushalt vor, der vor allem eins erkennen lässt: dass Sie und Ihr Kabinett nicht verstanden haben, was die Stunde geschlagen hat. Sie verkonsumieren die immer noch reichlich kassierten Steuergelder, als würde der Segen ewig weiterfließen. Was passiert denn dann, wenn die geburtenstarken Jahrgänge, die jetzt auf dem Höhepunkt ihrer beruflichen Laufbahn sind, in zehn Jahren in Rente gehen und nicht mehr bis zum Anschlag gemolken werden können? Vorsorge für schlechte Zeiten ist

in diesem Haushalt ein Fremdwort. Der Investitionsanteil ist trotz des Rekordvolumens lächerlich niedrig und akrobatisch schön gerechnet. Dazu verdient, das ist auch absolut absurd, der Bundesfinanzminister sogar noch am Schuldenmachen, weil Anleger für langlaufende Anleihen Negativrenditen zahlen. Das allein zeigt, wie das Geldsystem aus den Fugen geraten ist, sehr geehrte Damen und Herren; denn es sind die Bürger, die durch Negativzinsen wie durch eine Sondersteuer kalt und gnadenlos enteignet werden. Es ist das Geld der Bürger, direkt und indirekt eingetrieben, das Sie verschleudern.

Der Ökonom Daniel Stelter berechnet – ich zitiere: Allein auf Bundesebene wurden in den letzten zehn Jahren 460 Milliarden Euro zusätzlich verfügbares Geld für Konsum und Wahlgeschenke verplempert. – Zitat Ende.

Dabei gibt es genug Baustellen im Land, in denen das Geld der Bürger besser und sinnvoller ausgegeben werden könnte. Die Infrastruktur verfällt, Straßen verkommen, Schulgebäude verfallen, die Bahn funktioniert immer schlechter, schnelles Internet gibt es anderswo, von Großprojekten wie Flughäfen, die nie fertig werden, gar nicht zu reden. Die Sozialsysteme sind überlastet und nicht zukunftsfähig. Deutschland droht eine massive Altersarmut. Die öffentliche Ordnung leidet, Sicherheit geht verloren. Die Bundeswehr ist kaum noch einsatzfähig, die arbeitende Bevölkerung ist mit hohen Steuern und Abgaben belastet.

Statt den Bürgern das zu viel abgenommene Geld zurückzugeben, nicht einmal den Soli können Sie rechtskonform abschaffen, brüten Ihre Regierung und die sie tragenden Parteien schon über neue Steuern: CO2-Steuer, Vermögensteuer, Sonderabgaben auf alles Mögliche. Jeder Vorwand scheint Ihnen recht, um den Bürger immer weiter zu belasten, weil Sie mit dem überreichlich vorhandenen Steuergeld doch gar nicht umgehen können. Das ist doch die Wahrheit!

So kann es einfach nicht weitergehen. Ein grundsätzliches Umdenken tut not: Umwelt- und Ressourcenschonung statt Klimaschutz, Schluss mit der kopflosen Energiewende, Stopp der unkontrollierten Einwanderung und Sicherung unserer Grenzen, Abkehr von der Euro-Inflationspolitik und vor allem mehr Freiheit für die Bürger und alle, die in diesem Land Werte schaffen.

Fortsetzung auf nächster Seite

Die Nullzinspolitik führt die deutsche Mittelschicht und den Sparer ins Prekariat.

Denk- und Redefreiheit statt Diffamierung Andersdenkender, die das politische Klima vergiftet. Wirtschaftliche Freiheit statt Gängelung und neue Verbote, Entlas-

zung bei Steuern und Abgaben statt Steuerwucher, Bürokratismus und Umverteilung. Hören Sie auf Ludwig Erhard – ich zitiere:

Kümmere du, Staat, dich nicht

um meine Angelegenheiten, sondern gib mir so viel Freiheit und lass mir von dem Ertrag meiner Arbeit so viel, dass ich meine Existenz, mein Schicksal und dasjeni-

ge meiner Familie selbst zu gestalten in der Lage bin. Das ist Freiheitliche, bürgerliche Politik, die unser Land so dringend nötig hat und die in dieser Regierung keine

Heimat und keinen Fürsprecher mehr hat.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Angela Merkel, CDU, Bundeskanzlerin:

Handeln für zukünftige Generationen



Angela Merkel (*1954)
Bundeskanzlerin

Diese Haushaltsdebatte 2019 findet in Zeiten weltweiter großer Veränderungen und Kräfteverschiebungen statt.

Die Europäische Union erlebt in wenigen Monaten den Austritt eines wichtigen Mitgliedstaates, den Austritt Großbritanniens. Wir haben nach wie vor nach meiner festen Überzeugung alle Chancen, ihn geordnet hinzubekommen. Die Bundesregierung wird sich auch bis zum letzten Tag dafür einsetzen, dass das möglich ist. Aber ich sage auch: Wir sind auch auf einen ungeordneten Austritt vorbereitet. Es bleibt aber dabei: Nach dem Austritt Großbritanniens haben wir einen wirtschaftlichen Wettbewerber vor unserer eigenen Haustür, auch wenn wir enge außen- und sicherheitspolitische Kooperationen beibehalten wollen, auch wenn wir freundschaftlich verbunden sein wollen.

70 Jahre Bundesrepublik, 30 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges zeigen sich global völlig neue Muster der Kräfteaufteilung.

Es gibt auf der einen Seite eine nach wie vor starke Macht, man kann sagen: eine Supermacht USA, ökonomisch und militärisch. Europa ist dieser Supermacht im Wertesystem verbunden, und trotz aller Meinungsverschiedenheiten gibt es eine tiefe Gemeinsamkeit. Aber es gibt keinen Automatismus mehr wie im Kalten Krieg, dass die Vereinigten Staaten von Amerika schon die Beschützerrolle für uns Europäer übernehmen werden. Europas Beitrag wird hier stärker gefordert.

Wir haben auf der anderen Seite China mit einem anderen politi-

schen System, mit einem rasanten ökonomischen Aufstieg, mit wachsenden militärischen Kräften, nicht eingebunden in irgendwelche Abrüstungsregime. Ich konnte mich letzte Woche bei meinem Besuch in China wieder davon überzeugen, mit welcher unglaublichen Dynamik und Entschlossenheit dort die Entwicklung voranschreitet. Damit ist natürlich klar das habe ich auch in China deutlich gemacht, dass China auch für die globale, multilaterale Ordnung eine zunehmende Verantwortung hat.

Deutschland tut gut daran, mit China in allen Bereichen Kontakte zu pflegen, wirtschaftlich, aber auch in den verschiedenen Dialogformaten, die wir haben, Rechtsstaatsdialog, Menschenrechtsdialog, in denen wir auch unterschiedliche Meinungen austragen können. Ich habe bei meinem Besuch auch wieder darauf hingewiesen, dass die Einhaltung der Menschenrechte für uns unabdingbar ist. Das gilt insgesamt, und das gilt auch im Blick auf die Situation in Hongkong, wo wir das Prinzip „ein Land, zwei Systeme“ weiter für richtig halten.

Die wachsende Rivalität zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und China, gleichzeitig auch das geostrategische Wiedererstarken Russlands haben natürlich tiefgreifende Folgen für uns in Europa. Wir als Europäer stehen einerseits durch den Austritt Großbritanniens geschwächt da – man muss das so aussprechen –; auf der anderen Seite ist es aber auch genau die Stunde, neue Stärke zu entwickeln. Ich finde, das, was Ursula von der Leyen gestern mit ihrer Vorstellung der neuen EU-Kommission geleistet hat, weist genau in diese Richtung: eine global ausgerichtete Kommission, die Europas Rolle in der Welt festigen will und die richtigen Themen angehen will. Ich glaube, das kann ein sehr guter Start sein.

Europa ist als multilaterales Projekt gegründet, als Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg, und

Europa muss sich für den Erhalt des Multilateralismus auf der Welt einsetzen, auch wenn er noch so unter Druck steht. Das ist unsere Verpflichtung, und Deutschland muss hierbei eine herausragende Rolle spielen. Kein Land auf der Welt kann seine Probleme alleine lösen, und wenn wir alle gegeneinander arbeiten, dann werden wir nicht gewinnen. Ich glaube an die Win-win-Situation, wenn wir zusammenarbeiten, und das muss das Credo sein.

Das bedeutet natürlich, dass wir das transatlantische Bündnis stärken müssen, und deshalb ist es wichtig, unserer Verpflichtung nachzukommen und auch im militärischen Bereich unsere Versprechen einzuhalten. Wir wollen uns in Richtung des Ziels bewegen, 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für das Militär auszugeben – wie alle NATO-Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Gleichzeitig wollen wir einen eigenen Pfeiler der Verteidigung mit der gemeinsamen Verteidigungspolitik im Rahmen von PESCO aufbauen, indem wir gemeinsam Rüstungsprojekte entwickeln und unsere Anstrengungen bündeln.

Europa muss sich für die Reform der Welthandelsorganisation einsetzen. Europa muss in Zukunft nicht nur an einem Freihandelsabkommen mit Großbritannien arbeiten, sondern auch mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Wir müssen beim Investitionsschutzabkommen

mit China endlich zum Abschluss kommen, und Europa muss Vorreiter in der Klimapolitik und Motor bei der Umsetzung des Pariser Abkommens sein. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen vor allen Dingen technologisch wieder in allen Bereichen auf die Höhe der Zeit, auf das, was Weltmaßstab ist, kommen. Wir sind das nicht mehr, wir müssen uns das einge-

stehen, und wir müssen in diese Richtung arbeiten. Das bedeutet, dass wir die Digitalisierung im Geiste der sozialen Marktwirtschaft gestalten. Das bedeutet, dass wir überall da, wo wir technologische Rückstände haben, durch Bündelung der europäischen Anstrengungen auch wirklich vorankommen. Ob es die Herstellung von Chips ist, ob es die Plattformwirtschaft ist, ob es das Datenmanagement ist – Stichwort „Hyperscaler“ –, ob es Batteriezellenproduktion ist: Überall muss Europa wieder Souveränität entwickeln und auch in der Datenwirtschaft einen eigenen Weg gehen, den Weg der sozialen Marktwirtschaft mit der Souveränität über die eigenen Daten.

Europa muss einen Fußabdruck, wie man heute vielleicht sagt, hinterlassen bei der Konfliktlösung in der Welt. Wir haben uns als Europäer, auch Großbritannien verfolgt weiter diese Position, entschieden, weiter zu dem Nuklearabkommen mit dem Iran zu stehen; das ist richtig. Wir werden Schritt für Schritt versuchen, auch hier immer wieder mit dem Iran Lösungen zu finden, die eine Eskalation der Spannungen in einer für die Welt sensiblen Region verhindern. Das ist europäische Aufgabe.

Wir müssen sichtbar werden bei der Lösung der Situation in Syrien. Es muss jetzt endlich ein politischer Prozess in Gang kommen, damit die Menschen, die außerhalb Syriens leben, oder die Menschen, die in Syrien Flüchtlinge sind, wieder eine Chance haben, in ihrem Heimatland eine politische Ordnung zu finden, die nicht von Diktatur bestimmt ist. Europa hat hier eine Verantwortung.

Wir haben die Verantwortung zur Lösung der Spannungen zwischen Russland und der Ukraine. Es gibt erste kleine Fortschritte jetzt in den letzten Wochen, seit Präsident Selenskyj im Amt ist, um die Minsker Vereinbarung vielleicht voranzutreiben. Wir arbeiten auf ein Gipfeltreffen im N4-Format in wenigen Wochen hin, um dann auch deutliche Fortschritte zu machen.

Meine Damen und Herren, in Libyen entwickelt sich eine Situation, die ähnliche Ausmaße annehmen kann, wie wir das in Syrien gesehen haben, nämlich ein Stellvertreterkrieg. Es ist von entscheidender Bedeutung – Deutschland wird hier auch seinen Beitrag leisten –, dass wir alles daransetzen, diesen Konflikt in Li-

byen nicht zu einem solchen Stellvertreterkrieg eskalieren zu lassen, sondern zu versuchen, wieder Staatlichkeit in Libyen herzustellen, so schwer das auch immer ist; denn die gesamte Region in Afrika wird destabilisiert, wenn Libyen nicht stabilisiert wird. Und deshalb ist das unsere Aufgabe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit habe ich versucht, den Rahmen aufzuzeigen, in dem unsere Haushaltsdebatte stattfindet, in dem auch sichtbar wird, was die Erwartungen an uns sind. Deutschland ist die größte Volkswirtschaft in Europa. Wir müssen für diese Europäische Union einen wichtigen Beitrag leisten. Wir werden im zweiten Halbjahr des nächsten Jahres die Präsidentschaft in der Europäischen Union innehaben. Hier müssen wir Beiträge leisten, um voranzukommen. Deshalb sage ich ganz deutlich: Deutschland wird sich dieser Verantwortung stellen. So sagt es unser Koalitionsvertrag, und so werden wir es auch tun.

Ich hoffe nur eines, bei allen Aufgaben, die wir gern in der deutschen Präsidentschaft übernehmen: dass die mittelfristige finanzielle Vorausschau, die Finanzplanung für die nächsten Jahre, vielleicht doch von den vorherigen finnischen und kroatischen Präsidentschaften gelöst wird. Es ist ja wichtig, dass Europa nicht erst auf den letzten Drücker Klarheit über die finanzielle Situation in den nächsten Jahren hat; denn sonst würden viele Programme eine ganze Zeit lang nicht laufen können. Also: Wir werden alles tun, um Finnland und Kroatien zu unterstützen, damit dieses Thema vor Beginn unserer Präsidentschaft gelöst ist.

Ich glaube, trotz aller Schwierigkeiten, die wir sehen, wir haben international Unsicherheit, durch den US-amerikanisch-chinesischen Handelskonflikt zum Beispiel, und das wirkt sich natürlich auf eine Exportnation wie Deutschland aus. Und der Grund dafür, dass bestimmte Exporte zurückgehen, liegt ganz wesentlich nicht darin, dass die deutschen Produkte nicht mehr gut sind, sondern liegt darin, dass Unsicherheit darüber da ist, wie sich die Weltkonjunktur entwickeln wird. Deshalb ist es so wichtig, für die Abkommen zu kämpfen. Aber auch unser Haushalt gibt Antworten auf die Herausforderungen, vor denen wir stehen. Es zeigt sich, dass unsere Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik mit wachsenden Etats ausgestattet

Europa muss sich für den Erhalt des Multilateralismus auf der Welt einsetzen.

sind, dass wir zu unseren internationalen Verpflichtungen stehen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, was Deutschland geleistet hat in den letzten Jahren, war, internationale Konflikte immer in einem vernetzten Ansatz lösen zu wollen. Dazu gehört Entwicklungspolitik, dazu gehört Sicherheitspolitik, und dazu gehört, wenn notwendig, auch die Bereitschaft zum militärischen Einsatz. Man kann die Dinge von daher nicht voneinander trennen. Deshalb ist es wichtig, dass wir zu unseren internationalen Verpflichtungen stehen. Es wird von uns erwartet, dass wir nicht nur eine wirtschaftlich starke Nation sind, sondern dass wir auch für die Sicherheit und für den Frieden auf der Welt unseren Beitrag leisten, in allen Bereichen. Ich glaube, da ist die Koalition jetzt auch auf einem guten Weg.

Und dann gibt es die Aufgabe, so wie ich es für Europa dargestellt habe, natürlich auch für Deutschland die Zukunftsfähigkeit zu sichern. Da, glaube ich, stehen wir vor zwei großen Herausforderungen, die im Übrigen auch mit der Schwerpunktsetzung von Ursula von der Leyen und der neuen Kommission übereinstimmen: Das ist auf der einen Seite die Bewältigung der Digitalisierung, die unser Arbeiten, Leben völlig verändert, und das ist auf der anderen Seite die große Herausforderung des Klimaschutzes.

Es kommt jetzt darauf an, wie wir die Aufgabe des Klimaschutzes einordnen. Ich ordne sie so ein – und das tut auch die Bundesregierung –, dass ich den Klimaschutz als eine Menschheitsherausforderung begreife. Es geht darum, ob wir als Industriestaaten angesichts des Abdrucks an Ressourcenverbrauch, den wir hinterlassen haben, bereit sind, an vorderer Front etwas dafür zu tun, damit wir diesen Fußabdruck überwinden und den Temperaturanstieg stoppen oder zurückdrehen. Das ist unsere Verantwortung, weil wir sehr viel CO₂ und andere klimaschädliche Gase bereits emittiert haben. Wer der Meinung ist, dass, weil wir nur 2 Prozent der Emissionen verursachen, diejenigen Länder, die die übrigen 98 Prozent der Emissionen verursachen, sich darum kümmern sollen, der irrt meiner Meinung nach. Aber diese Grundentscheidung, ob wir diese Verantwortung haben oder ob wir sie nicht haben, müssen wir miteinander treffen.

Wir müssen auch die Grundentscheidung treffen, ob wir das Risiko eingehen wollen, zu sagen: „Der Klimawandel ist gar nicht menschengemacht, vielleicht vergeht das alles“, oder ob wir der Meinung sind: Es gibt so viel Evidenz dafür, dass der Mensch mit dem Klimawandel etwas zu tun

hat, dass wir verpflichtet sind, mit Blick auf die zukünftigen Generationen auch zu handeln. Das ist die Herausforderung. Dabei setzen wir auf Innovation, auf Forschung, auf unser Zutrauen, dass wir, wie wir es immer getan haben, gute technische Lösungen finden, und dabei setzen wir auf die Mechanismen der sozialen Marktwirtschaft.

Wir haben vieles in Gang gebracht: Wir haben die Energiewende begonnen, wir haben im Industriebereich den Zertifikatehandel. Wir haben unsere Klimaziele 2010 eingehalten. Aber wir müssen sagen: Die selbstgesetzten Ziele für 2020 werden wir nach menschlichem Ermessen nicht einhalten. Deshalb müssen wir Vorsorge treffen, dass wir verlässlich unsere Ziele für 2030 einhalten.

Was ist das Erfolgsrezept gewesen, um Innovation und menschliche Antriebskraft, menschliche Kreativität, menschlichen Forschergeist zu incentivieren? Das waren immer die Mechanismen der sozialen Marktwirtschaft. Deshalb ist das Thema der Bepreisung nicht irgendeine Auflage auf irgendetwas drauf, sondern ein Mechanismus, der mit größter Wahrscheinlichkeit Innovation und Forschung auch dort stattfinden lässt, wo wir als Politiker uns das gar nicht ausdenken können. Deshalb ist es ein richtiger Angang, über die Bepreisung und die Mengensteuerung von CO₂-Emissionen Lösungen zu finden und gleichzeitig unterstützend tätig zu sein, um die Menschen in die Lage zu versetzen, den Umstieg zu schaffen. Das heißt nicht, dass der Staat Geld einnehmen soll, sondern er soll dieses Geld den Bürgerinnen und Bürgern so zurückgeben, dass sie diesen Umstieg mit uns gemeinsam schaffen. Das ist ein gewaltiger Kraftakt, bei dem, das merke ich, Teile der deutschen Wirtschaft zum Teil weiter sind als manche in diesem Hause. Unternehmen denken sehr wohl darüber nach, wie sie CO₂-frei produzieren können. Wenn ich mir den Ausbaupfad für erneuerbare Energien anschau und die Zahl der Unternehmen, die ihre Zulieferer nur noch klimaneutral zuliefern lassen wollen oder nur noch grünen Strom verwenden wollen, dann frage ich mich, ob wir genug grünen Strom haben werden, um überhaupt die Anforderungen in diesem Bereich zu bestehen.

Wir müssen, der Wirtschaftsminister tut das, den Ausbau der erneuerbaren Energien aber so machen, dass er auch Akzeptanz bei

der Bevölkerung findet. Deshalb vermute ich, dass der Ausbau der Offshorewindenergie eher zunehmen wird. Dann müssen aber auch alle bereit sein, sich für neue Leitungen einzusetzen, und wir müssen auch bereit sein, Gerichtsverfahren und Einsprüche zu verkürzen, um da wirklich voranzukommen.

Wir müssen natürlich auch im Auge haben, dass die Windkraftanlagen im Allgemeinen nicht in den Großstädten aufgebaut werden, sondern in den ländlichen Regionen. Wir müssen verhindern, dass es eine Art – ich sage es jetzt mal etwas mutig – Arroganz derjenigen, die in der Stadt leben, gegenüber denjenigen, die auf dem Land leben, gibt. Wir müssen ein neues Bündnis von Stadt und Land schaffen und vor allen Dingen, erste Ansätze gibt es ja jetzt,

die Kommunen, in deren Nähe Windkraftanlagen gebaut werden, auch an dem Gewinn, der daraus entsteht, beteiligen, um Anreize zu bieten. Hierfür werden wir Vorschläge machen.

Eine der großen Herausforderungen

ist das Thema des Verkehrs. Unsere Automobilindustrie hat in wirklich beeindruckender Weise immer effizientere Technologien entwickelt. Aber es hat bislang keine Entkopplung der Verkehrsemissionen von dem Wirtschaftswachstum gegeben. Mit dem Wirtschaftswachstum hat die Menge an Verkehr zugenommen und alle Effizienzgewinne sozusagen wieder aufgefressen, was dazu geführt hat, dass wir seit 1990 im Verkehrsbereich keinerlei Reduktion der Emissionen haben.

Deshalb müssen wir hier mit aller Kraft alternative Antriebe voranbringen. Und ja, das haben wir bei den erneuerbaren Energien gesehen, das wird am Anfang sicherlich auch unterstützende Leistungen erfordern, zum Beispiel bei dem Aufbau der Ladeinfrastruktur. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, schauen Sie sich heute mal die Ausschreibungsverfahren für die erneuerbaren Energien an. Wir sind fast bei Kostendeckung; wir sind fast bei null Subventionen. Das heißt, wir haben als Industrienation die Pflicht, Vorbild zu sein, um diesen Umstieg auch in der Mobilität zu erreichen, und wir haben auch die Pflicht, die Menschen in die Lage zu versetzen, daran teilzunehmen und ihre individuelle Mobilität zu sichern.

Das sind alles keine einfachen Aufgaben; aber ich glaube, es lohnt sich, in diese Aufgaben zu investieren. Deshalb werden wir zu unseren Zielen stehen. Wir werden auch zu unserem Ausbau

ziel bei den erneuerbaren Energien stehen; wir werden am 20. September Vorschläge machen. Deshalb hat der Bundesfinanzminister auch noch keinen Vorschlag für den EKF, den Klimafonds, gemacht; aber das wird zeitnah erfolgen. Es ist ja sinnvoll, die Klimabeschlüsse und die Besetzung des Energie- und Klimafonds gemeinsam zu behandeln.

Wir haben im Augenblick ein besonderes Problem im Wald. Der Wald kann uns nicht alleine die Klimaprobleme lösen. Aber eine Zerstörung oder ein großer Schaden des Waldes würde uns beim Klimaschutz gerade in die falsche Richtung bringen. Deshalb unterstütze ich die Bundeslandwirtschaftsministerin bei ihren Bemühungen, gerade auch diejenigen, die nachhaltige Forstwirtschaft betreiben, in die Lage zu versetzen, unseren Wald zu retten und so weiter auf einen guten Pfad zu bringen. Dem müssen wir uns verpflichtet fühlen.

Und natürlich, um das auch noch hinzuzufügen, sollten wir nicht den nationalen Klimaschutz gegen den internationalen Klimaschutz ausspielen. Natürlich wird der Entwicklungsminister, wird das Außenministerium, wird das Umweltministerium, werden wir alles tun, um auch international Technologietransfer zu betreiben, Länder in die Lage zu versetzen, Klimaschutz zu machen oder zumindest die notwendigen Anpassungen an die Klimaveränderung vorzunehmen.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, das erspart uns eben nicht die eigene häusliche Anstrengung. Das eine muss getan werden – und das andere auch. Eines muss man, wenn dann wieder die Kostenrechnungen gemacht werden, bei all dem noch bedenken: Wenn wir den Klimaschutz vorantreiben, wird es Geld kosten, und dieses Geld ist gut eingesetzt. Wenn wir ihn ignorieren, wird es uns nach meiner Überzeugung mehr Geld kosten, als wenn wir etwas tun. Das ist die Wahrheit. Nichtstun ist nicht die Alternative, sondern Tatsache ist, dass wir dann mehr bezahlen werden.

Die zweite große Herausforderung, vor der wir stehen, ist die Frage, wie wir die Digitalisierung meistern. Die Bundesregierung hat eine Umsetzungsstrategie Digitalisierung. Natürlich beginnt alles mit dem Ausbau der Infrastruktur. Es ist sehr erfreulich, dass letzte Woche mit den Mobilfunkunternehmen jetzt abschließend vereinbart werden konnte, der Verkehrs- und Infrastrukturminister hat das gemacht, dass bis Ende 2020 mindestens 99 Prozent der Haushalte mit Mobilfunk versorgt sind. Die Mobilfunkunternehmen sind hier in der Pflicht, die Auflagen und Vereinbarungen zu erfül-

len, und wir haben auch bei der 5G-Versteigerung die Versorgungsaufgaben sehr hart gefasst, um eben auch wirklich flächendeckend Mobilfunk zu bekommen und 5G möglichst schnell ausrollen.

Es ist auch gut und richtig, dass wir der Industrie eine Tranche der Frequenzen zur freien Verfügung gegeben haben. Das wird unsere Wirtschaft in die Lage versetzen, sehr schnell auch 5G-Technologien anzuwenden. Und wir müssen natürlich eine Strategie entwickeln, wie wir flächendeckend, also auch den Landwirten und vielen anderen, Zugang zum Mobilfunk ermöglichen. Das werden wir bis zum Jahresende tun.

Wir werden des Weiteren als Staat mit der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes 575 Leistungen bis 2022 digitalisieren. Das ist eine große Herausforderung. Der Bundesinnenminister hat sich ihr gestellt, und ich denke, dass wir das auch hinbekommen. Und, meine Damen und Herren, wir müssen vor allen Dingen im Bereich der künstlichen Intelligenz besser und schneller werden und den Anschluss behalten. Wir haben dazu eine Strategie entwickelt und werden auch international anerkannte Professoren nach Deutschland einladen, hier bei uns zu arbeiten.

Was mir aber Sorgen macht und wo wir weiter dranhinbleiben müssen, der Wirtschaftsminister tut das, ist, dass die Wirtschaft, gerade der Mittelstand und die kleineren Unternehmen, die Herausforderungen der Zeit erkennen und das Datenmanagement verbessern. Sie müssen verstehen, dass die zukünftigen Produkte aus Daten entstehen werden und dass die Produktion von Gütern nicht mehr der Hauptpunkt bei der Wertschöpfung ist. Hier sind wir im Rückstand, und hier wird die Bundesregierung unterstützend tätig sein, um Unternehmen das Cloud-Computing und Ähnliches auf europäischer Ebene sicher zu ermöglichen.

Aber hierzu brauchen wir auch, das sage ich ganz offen; die Wirtschaft sagt es uns ja auch, eine Anstrengung des deutschen Mittelstandes. Hier gibt es angesichts der gut gefüllten Auftragsbücher der letzten Jahre, ich sage es einmal so, vielleicht eine kleine Verzögerung. Da sich die konjunkturelle Lage verändert und es offensichtlich ist, dass wir wieder neuen Anlauf nehmen müssen, brauchen wir dieses Bündnis von Mittelstand und Bundesregierung. Wir sind dazu bereit; denn wir wollen die Digitalisierung auf europäische Art und Weise gestalten. Das heißt, dass die Daten weder den

Es kommt jetzt darauf an, wie wir die Aufgabe des Klimaschutzes einordnen.

privaten Unternehmen noch dem Staat gehören, sondern dass wir uns für Lösungen einsetzen, die die Datensouveränität der Bürgerinnen und Bürger sicherstellen, und das bedeutet, dass wir in Europa all diese Technologien haben müssen; denn sonst werden wir in Abhängigkeit von Ländern geraten, wo man das genau anders sieht.

Für mich ist das ein wesentlicher Teil der sozialen Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert. Die soziale Marktwirtschaft hat uns stark gemacht. Ludwig Erhard hat sie eingeführt – gegen viele Widerstände. Aber sie bekommt heute, im 21. Jahrhundert, neue Dimensionen. Das, was ohne Digitalisierung galt, muss auf die Digitalisierung jetzt umgestellt werden. Das ist eine neue Dimension. Das, was den Ressourcenverbrauch noch nicht ausreichend im Blick hatte, muss auch in Richtung dieser Dimension umgestellt werden. Aber das System der sozialen Marktwirtschaft, die Herangehensweise, die Überzeugung, dass der Mensch kreativ ist, dass der Staat Rahmenbedingungen schafft, aber nicht dirigiert, das muss bleiben, und das wird uns wieder stark machen.

Ich habe jetzt so lange über die Fragen von Klimaschutz und Digitalisierung gesprochen, weil ich glaube, dass die Bewältigung dieser beiden Herausforderungen die entscheidende Voraussetzung dafür ist, dass wir auch in Zukunft in Wohlstand und Prosperität leben können. Auch in der Gesellschaft der Zukunft wollen wir alles tun, um Menschen zu helfen, die in schwierigen Situationen sind, um soziale Absicherung zu leisten. All das werden wir aber nur leisten können, wenn wir mit den Herausforderungen der Zukunft technologisch gut umgehen und an der Weltspitze mit dabei sind. Deshalb ist die Frage, wie wir die richtigen Antworten bei der Digitalisierung und dem Klimaschutz finden, die entscheidende Voraussetzung dafür, dass wir auch in Zukunft in Wohlstand leben.

In unserem Land leben über 83 Millionen Menschen. Sie alle haben Hoffnungen, Vorstellungen, Sorgen, Probleme. Die Bundesregierung hat in der Koalitionsvereinbarung versprochen, dass wir für Wohlstand und gutes Leben sorgen wollen. Und wir haben in den letzten 18 Monaten vieles gemacht, was manchmal in Vergessenheit gerät: Die Familien sind um 10 Milliarden Euro entlastet worden, die kalte Progression ist ausgeglichen.

Der Mindestlohn konnte gesteigert werden, weil die Gesamtlöhne steigen. Wir haben bei der Krankenversicherung die Menschen entlastet. Wir haben den Abbau des Solis jetzt im Kabinett beschlossen. Für 96,5 Prozent der

Steuerzahler wird es Entlastungen geben. Wir haben die Kitabetreuung verbessert. Die Bundesfamilienministerin schließt jetzt mit den Ländern die entsprechenden Abkommen. Wir haben die Stabilisierung und Stärkung der Rente mit den Haltelinien eingeführt. Die Verbesserung der Mütterrente und die Verbesserung der Erwerbsminderungsrente sind zu nennen. Das alles sollten wir mal nicht vergessen. Das ist aber alles nur möglich, weil wir eine gute Wirtschaftslage haben, und das können wir aus dem Haushalt leisten. Ich finde es nur wirklich abenteuerlich, wenn es hier in diesem Hause Menschen gibt, die behaupten, dass diese Ausgaben von Steuergeldern Ausgaben wären, die an Verschwendung grenzen. Das sind Ausgaben für Menschen, die sich darüber freuen, die entlastet werden, die belohnt werden für ihre Leistung, die Sicherheit bekommen. Und darauf sind wir stolz, meine Damen und Herren und liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir haben die Konzertierte Aktion Pflege abgeschlossen. Wir entlasten Kinder von pflegebedürftigen Menschen, die ein Jahreseinkommen von weniger als 100.000 Euro haben. Auch das ist ein großer Beitrag zu mehr Sicherheit für viele junge Familien, die vor ganz anderen Aufgaben stehen.

Aber richtig ist auch: Vor uns stehen weitere große Aufgaben. Wir müssen damit rechnen – angesichts der jetzigen konjunkturellen Lage –, dass gegenüber dem Finanzplan die Steuereinnahmen sinken könnten. Deshalb muss alles getan werden, um auch für die Zukunft die Weichen zu stellen. Da geht es vor allen Dingen um Investitionen.

Bei den Investitionen, das ist gestern schon in der Rede des Bundesfinanzministers angeklungen, ist es im Augenblick nicht der Mangel an Geld. Wir haben Hunderttausende geplante Wohnungen, die gebaut werden könnten. Wir haben Straßen, wir haben digitale Infrastruktur geplant. Der Investitionshaushalt hat einen Höhepunkt erreicht. Aber wir haben nicht ausreichend Planungs-kapazität, wir haben nicht ausreichend Beschleunigung. Deshalb müssen wir da ansetzen, dass erst mal das Geld ausgegeben werden kann. Und obwohl wir schon Planungsbeschleunigungsgesetze gemacht haben, sollten wir als Koalition noch mal überlegen: Wo können wir weitergehen, wo können wir schneller werden? Und wir sollten weiter Bürokratie abbauen, die die Unternehmen so sehr hindert. Auch dafür haben wir Pläne.

Meine Damen und Herren, wir sind jetzt etwa ein Jahr nach dem Wohngipfel im vergangenen Jahr,

und wir können sagen: Es ist viel passiert. Wir haben eine Baulandkommission gehabt. Das wird jetzt ins eingearbeitet. Dann werden die Investitionsbedingungen hoffentlich noch einmal verbessert. Wir haben den sozialen Wohnungsbau fortgesetzt. Wir als Bund werden da auch weiter Verantwortung übernehmen.

Wir haben glücklicherweise durch den Bundesrat die Sonderabschreibung für mehr Wohnungsbau bekommen. Das ist der Anreiz, den man braucht, um mehr Wohnungen zu bauen. Ich meine, wir haben Mietpreisbremsen und alles beschlossen, aber wenn zu wenige Wohnungen da sind, müssen neue entstehen. Das ist die ganz einfache Weisheit. Daran wird uns keine Mietpreisbremse vorbeiführen, sondern das muss geschafft werden.

Wir haben eine Entwicklungsbremse hoffentlich gelöst; das muss jetzt noch umgesetzt werden. Das ist die Verabschiedung, das ist historisch, will ich mal sagen, eines Fachkräfteeinwanderungsgesetzes für Deutschland. Wir wissen, dass wir Fachkräftemangel haben. Und wir wissen auch, ich fand das neulich bei dem sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer sehr interessant, dass er es für die neuen Länder gesagt hat, dass wir gerade in den neuen Ländern wahrscheinlich Fachkräfte brauchen werden, weil wir dort eine ganz andere demografische Situation haben. Deshalb fühlt sich die Bundesregierung verpflichtet – wir haben da auch unsere Pläne entwickelt –, dass wir dieses Fachkräfteeinwanderungsgesetz nicht nur auf dem Papier haben, sondern dass es dann auch operabel wird, dass wir wirklich vorankommen, es schnell umsetzen und Menschen als entsprechende Fachkräfte nach Deutschland bringen.

Meine Damen und Herren, ein letztes Projekt möchte ich zum Abschluss erwähnen, das vielleicht das überwältigende Projekt für diese Koalition ist, was die Innenpolitik angeht. Das ist die Frage mit Blick auf die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“. Wir wissen, dass in Deutschland Menschen Sorgen haben, dass sich Menschen abgehängt fühlen, dass die Entwicklungen völlig unterschiedlich sind zwischen Stadt und Land. Die einen können die Wohnungen nicht bezahlen, die anderen wissen nicht, wie sie ihr Haus verkaufen sollen. Darauf müssen wir Antworten finden. Der erste Punkt sind die Handlungsempfehlungen für die Erzeugung gleichwertiger Lebensverhältnisse, die wir im Kabinett im Juli verabschiedet haben.

Natürlich trägt alles, was ich vorher gesagt habe, zum Beispiel die Frage des Breitbandausbaus

oder die Frage der Pflegeallianz, die Frage der ärztlichen Versorgung habe ich jetzt nicht erwähnt, zu gleichwertigen Lebensverhältnissen bei. Ich will drei Dinge aus den Handlungsempfehlungen nennen, die mir besonders wichtig erscheinen, für ein Projekt, das weit über diese Legislaturperiode hinausgehen wird.

Das Erste ist die Umstellung der regionalen Wirtschaftsförderung unter Berücksichtigung des Demografiefaktors. Das ist ein Meilenstein, weil wir zum ersten Mal bei der regionalen Wirtschaftsförderung auch fragen: Wie sieht die Situation der Bevölkerung aus? Wenn wir wissen, dass in Städten wie Hoyerswerda zum Beispiel das Durchschnittsalter ungefähr acht Jahre über dem Bundesdurchschnitt liegt, dann ist das ein wichtiger Punkt.

Das Zweite betrifft die Gemeinschaftsaufgabe Agrar, nämlich die neuen Methoden der Förderung der ländlichen Räume über die einfache Agrar- und Küstenschutzförderung hinaus. Hier werden wir uns noch viele Gedanken machen müssen, wie wir das genau machen; es ist aber richtig.

Das Dritte ist vielleicht nur Pars pro Toto; aber es ist mir sehr wichtig: die Stärkung des Ehrenamts. Wir haben lange in der Koalition darum gerungen, in welcher Form wir das tun wollen. Wir haben uns zum Schluss für eine bestimmte Form der Ehrenamtsstiftung entschieden. Und das ist viel mehr als nur die Frage: Wie viele Millionen geben wir da hinein? Und es ist auch mehr als die Frage: Wie

viele Millionen gehen in die Demokratieförderung? Denn es sagt etwas sehr Grundsätzliches aus. Wenn wir hier debattieren, dann reden wir über das, was der Staat leisten muss. Und der Staat muss viel leisten. Aber der demokratische Rechtsstaat lebt von dem Willen, von der Haltung seiner Bürgerinnen und Bürger. Deshalb ist es so wichtig, dass wir deutlich machen, dass wir diese Haltung, diesen Willen dahin gehend fördern wollen, dass Bürgerinnen und Bürger dieses Landes sich zum Grundgesetz bekennen.

Unser Grundgesetz ist 70 Jahre alt geworden. Unser Grundgesetz hat sich bewährt, und es hat diesen wunderbaren Artikel 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Das, was wir täglich erleben, Angriffe auf Juden, Angriffe auf Ausländer, Gewalt und auch verhasste Sprache, müssen wir bekämpfen. Denn wir können noch so viel an Steuermitteln in verschiedene und wichtige Projekte verteilen: Wenn nicht klar ist, dass es in diesem Lande null Toleranz gegen Rassismus, Hass und Abneigung gegen andere Menschen gibt, dann wird das Zusammenleben nicht gelingen. Und deshalb fühlen wir uns dem genauso verpflichtet, und dafür steht auch diese Ehrenamtsstiftung Pars pro Toto für vieles andere, was wir tun.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Christian Lindner, FDP:

Weltmeister der Technologie werden



Christian Lindner (*1979)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben mit der internationalen Lage Ihren Beitrag begonnen; das ist nachvollziehbar. Auf der internationalen Bühne wird es mutmaßlich keine Führungspersönlichkeit geben, die mehr als

Sie bezeugen könnte, was sich in den vergangenen Jahren, im vergangenen Jahrzehnt verändert hat.

Sie waren in der Volksrepublik China mit einer großen Delegation und haben dort Gespräche geführt. Sie haben China hier auch zum Thema gemacht. Die Volksrepublik China ist ein wichtiger Handelspartner Deutschlands, und deshalb müssen wir auf unsere eigene Wettbewerbsfähigkeit und auf faire Regeln für den Handel achten.

Die Volksrepublik China ist aber auch ein Wettbewerber – und das nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern auch hinsichtlich der Grundfragen unseres Zusammenlebens, unserer liberalen Ordnung. Wir erleben, dass es dort ein Überwachungssystem gibt. Die chinesische Führung übt

Druck aus auf private Unternehmen, deren Mitarbeiter von ihrer Meinungsfreiheit Gebrauch machen. Was heißt das eigentlich für die in Deutschland tätigen Unternehmen und die dort Beschäftigten? Hier droht uns also durch die Veränderungen in der Volksrepublik China unmittelbar auch eine Einschränkung von Freiheit und insbesondere der Meinungsfreiheit in Deutschland. Davon, Frau Bundeskanzlerin, dürfen wir uns nicht einschüchtern lassen. Deshalb bedauere ich, dass Sie bisher die Chance versäumt haben, den aus Hongkong zu uns gekommenen Oppositionellen Joshua Wong zu empfangen und mit ihm zu sprechen.

Wir sind allerdings alle gefordert. Es ist nicht nur eine Aufgabe der Politik, sondern beispielsweise auch eine Aufgabe der deutschen Wirtschaft, klare Worte zu sprechen. Der Vorstandsvorsitzende der Siemens AG, Joe Kaeser, ist nie verlegen um ein scharfes Wort in Richtung der AfD, nie verlegen um Kritik beispielsweise an Donald Trump. Sehr habe ich mich aber gewundert, dass Herr Kaeser mit Blick auf die chinesische Regierung vor zu scharfer Kritik gewarnt hat. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, gute Geschäfte in allen Ehren, für uns muss aber klar sein: Wirtschaftliche Freiheit und gesellschaftliche Freiheit dürfen voneinander getrennt werden.

Die Welt ist im Wandel, Frau Merkel, Sie haben das angesprochen; wer in der Welt unterwegs ist, erkennt das. Stichwort Brexit: Da muss das Verhältnis zwischen Deutschland und dem Vereinigten Königreich auch bilateral auf eine neue Basis gestellt werden. Mit Blick auf die Vereinigten Staaten brauchen wir nicht nur den Dialog mit den politischen Offiziellen, sondern auch in die Zivilgesellschaft hinein. Wir haben aufstrebende Länder wie die ASEAN-Staaten. Ich war in Malaysia und musste erfahren: Der letzte deutsche Bundesminister, der dort zu Gast war, hieß Michael Glos. Da vernachlässigen wir eine Wachstumsregion.

Wie viele Referenten beschäftigen sich eigentlich im Ministerium von Heiko Maas mit der Volksrepublik China? Eine Handvoll. Eine ASEAN-Abteilung wurde gegründet; aber nur eine Stelle für einen Abteilungsleiter wurde geschaffen. Wie viele neue Goethe-Institute und Generalkonsulate bekommen wir eigentlich in der Welt, um unsere Präsenz zu verstärken?

In der internationalen Politik, Frau Bundeskanzlerin, jenseits Ihrer Person, boxt Deutschland schon heute strukturell unter seiner Gewichtsklasse. Es ist nicht verstehbar, warum im kommenden Bundeshaushalt ausgerechnet

beim Auswärtigen Amt sogar noch weiter gekürzt werden soll, in Zeiten, in denen wir nicht weniger Diplomatie, sondern mehr Diplomatie brauchen.

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben gerade auf den gestrigen Abend und unseren gemeinsamen Besuch beim Bund der Steuerzahler hingewiesen. Sie haben dort gesprochen. Das war auch aller Ehren wert. Dann sind Sie gegangen. Danach gab es eine Podiumsdiskussion. Bei der Podiumsdiskussion ging es um Staatsverschuldung, es ging um Steuergerechtigkeit, es ging um Steuerverschwendung, es ging um die Verfassungswidrigkeit Ihres Modells, den Soli abzuschmelzen. Deshalb, Frau Bundeskanzlerin: Es war gut, dass Sie zum Bund der Steuerzahler gegangen sind und dass Sie dort gesprochen haben. Meine Begeisterung würde aber heute keine Grenzen kennen, wenn Sie auch geblieben wären und zugehört hätten, was dort gesagt worden ist.

Wir haben eine schwarze Null im Haushalt. Sie wird vielfach gerühmt. Diese schwarze Null, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat für uns als Freie Demokraten zunächst einmal eine hohe Symbolkraft in Europa. Wer bei uns leichtfertig über die Rückkehr der Staatsverschuldung spricht, riskiert, dass das andere in Europa, zum Beispiel in Italien, als eine Einladung verstehen, wieder Politik auf Pump zu machen. Wer in Deutschland über neue Schulden spricht, der riskiert eine Rückkehr der Staatsschuldenkrise in Europa.

Die traurige Wahrheit ist, dass wir in Deutschland ausschließlich auf dem Papier eine schwarze Null haben. Bundesfinanzminister Olaf Scholz gibt ja längst wieder mehr aus, als er Einnahmen erzielt. Der Haushaltsausgleich in Form der schwarzen Null wird ja nur erreicht, indem 9 Milliarden Euro der Rücklage entnommen werden. Irgendwann werden die Rücklagen aufgebraucht sein. Wir gehen wirtschaftlich schwierigen Zeiten entgegen, Frau Bundeskanzlerin, Sie haben es angesprochen, da werden Sozialausgaben steigen und Steuereinnahmen weiter sinken. Sie haben den Boom nicht genutzt, um unser Land wettbewerbsfähig zu machen, um dafür zu sorgen, dass der Staat auch dauerhaft seine Leistungen finanzieren kann. Olaf Scholz hat aus der schwarzen Null in Wahrheit eine rote Null gemacht. Dieser Haushalt hält nur noch für die Restlaufzeit Ihrer Regierung, Frau Merkel. Wie ein Bumerang werden die in der Vergangenheit getroffenen Entscheidungen

zurückkehren und diejenigen treffen, die in Zukunft Verantwortung tragen werden.

Manche wollen sogar noch mehr. Jetzt ist Rede von einer grünen Null. Die Partei Bündnis 90/Die Grünen will über eine Aufweicheung der Schuldenbremse diskutieren. Wir hören von der CSU-Landesgruppe, es müsse eine Klimaanleihe geben. Der Bundeswirtschaftsminister äußert sich ähnlich: 50 Milliarden Euro aus einer Stiftung für Klimafragen mit einem Garantiezins von 2 Prozent.

Das ist eine Zinssubvention auf Kosten der Steuerzahler und offensichtlich der Traum eines jeden Regierungspolitikers, nämlich ohne die parlamentarische Kontrolle des Deutschen Bundestages über Milliarden verfügen zu können. Dazu kann und dazu darf es nicht kommen.

Daran glaubt doch keiner. Wir haben schon 2009 vom damaligen sozialdemokratischen Finanzminister solches gehört. Damals wurde ein Konjunkturpaket II beschlossen im Umfang von, ich glaube, 16 Milliarden Euro, und die Zusage war: Die Schulden für dieses Konjunkturpaket II werden selbstverständlich später getilgt.

Olaf Scholz zitiert ja oft John Maynard Keynes: Wenn die Wirtschaft nicht läuft, dann muss man investieren, gegebenenfalls auch unter Inkaufnahme von Defiziten. Zehn Jahre nach der Auflegung des Konjunkturpakets II durch die damalige Große Koalition stellen wir fest: Null Euro davon sind getilgt. Olaf Scholz spricht oft über keynesianische Politik, aber er macht sie in der Regel nur zur Hälfte. Die Schulden nimmt er gern in Kauf. Aber die Schulden später zu tilgen, das kommt Sozialdemokraten offenbar nicht in den Sinn.

Verehrte Anwesende, liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt nicht nur eine ökologische Verantwortung für kommende Generationen, sondern es gibt auch

eine ökonomische Verantwortung für kommende Generationen, ihnen nämlich solide Staatsfinanzen zu hinterlassen. Eine Aufweicheung der Schuldenbremse genügt diesem Ziel nicht. Ganz im Gegenteil: Wir brauchen eigentlich eine Verschärfung der Schuldenbremse. Die ganzen Geschenke, die versicherungsfremden Leistungen, die aus den Sozialkassen finanziert werden, müssen aus Steuermitteln dargestellt werden. Deshalb brauchen wir zukünftig eine Schuldenbremse 2.0, die dafür sorgt, dass nicht nur der Staatshaushalt generationengerecht ist, sondern dass auch die Sozialversicherungen den

Interessen der Kinder und Enkel genügen.

Wenn wir Zukunft schaffen wollen, dann gibt es doch Alternativen zu Schulden.

Erster Punkt. Frau Bundeskanzlerin, Sie haben völlig zu Recht von Planungsbeschleunigung gesprochen. Davon brauchen wir dringend mehr. Es kann nicht sein, dass diejenigen im Bundestag, denen der Ausbau der erneuerbaren Energien gar nicht schnell genug gehen kann, vor Ort an der Spitze der Bürgerinitiativen stehen und gegen neue Stromtrassen protestieren. Das passt nicht zusammen.

Zweiter Punkt. Wir müssen Schwerpunkte im Haushalt setzen und titelscharf fragen: Brauchen wir jede Subvention? Brauchen wir jede Ausgabe? Ich habe mich über den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden

Ralph Brinkhaus gewundert. Am Tag der Generaldebatte im Deutschen Bundestag über den Entwurf eines Bundeshaushaltes sagt der Vorsitzende der regierungstragenden Unionsfraktion den Zeitungen, dass man sich eigentlich jeden Titel ansehen müsste. Wörtlich: „Wir brauchen eine Generalrevision des Haushalts“. Wenn Sie von einer Generalrevision des Bundeshaushaltes reden, titelscharf, dann ist das doch nichts anderes als ein Misstrauensvotum gegenüber Olaf Scholz. Auf welcher Grundlage beraten wir hier denn dann?

Wir haben auch Vorschläge, zum Beispiel das Baukindergeld. Wenn Sie davon so sehr überzeugt wären, würden Sie das ja auch auf Dauer gewähren. Die Europäische Kommission setzt Zweifel in dieses Vorhaben. Werden wir bald auch mit deutschem Steuergeld den Bau von Eigenheimen außerhalb Deutschlands finanzieren, weil die Beschäftigten hier zeitweilig gearbeitet haben? Also, da können wir auch streichen.

Dritter Punkt: Investitionsoffensive, aber nicht auf Pump. Gehen wir da doch einmal unternehmerisch heran. Wie halten wir es mit den Aktien, die der Staat über die KfW an Telekom, an Post usw. hält? Die könnte man privatisieren, und die Einnahmen sollten dann nicht in die klebrigen Finger von Olaf Scholz gelangen, sondern zielgerichtet in Zukunftsinfrastruktur investiert werden.

Vierter Punkt: Priorität für Zukunftsaufgaben wie zum Beispiel die Digitalisierung. In Ihrem Koalitionsvertrag ist vorgesehen: mindestens 12 Milliarden Euro für Digitales. Ergebnis: Es gibt schlapp 6 Milliarden Euro – etwa die

Hälfte.

Sie sprechen immer von Zukunft durch Bildung – wunderbar. Schauen wir uns den Haushalt der Bundesbildungsministerin an, stellen wir fest: minus 70 Millionen Euro. Ausgerechnet bei der Zukunftsaufgabe Bildung kürzt diese Koalition. Sinnvoll wäre es, dort Mittel zu verstärken, etwa indem es zukünftig auch eine Exzellenzinitiative für die berufliche Bildung gibt.

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen: Was wir brauchen, das sind nicht neue Schulden. Was wir brauchen, das ist neues Denken.

Mein letzter Punkt: Wir brauchen Vertrauen in die Menschen und in private Investitionsstätigkeit. Die Unionsfraktion fordert eine Unternehmenssteuerreform, und sie hat recht damit; denn wir sind international nicht mehr wettbewerbsfähig. Die

Forderung ist hehr und unterstützenswert. Aber wie ist die tatsächliche Politik? Sie unterstützen, dass aus dem Solidaritätszuschlag eine Strafsteuer für Führungskräfte, Leistungsträger und die deutsche Wirtschaft gemacht wird. Das unterstützen Sie, und das, obwohl Sie ja selbst verfassungsrechtliche Bedenken gegenüber dem Modell, das Sie beschließen wollen, geltend gemacht haben. Peter Altmaier, der Bundeswirtschaftsminister, sogar ein Kabinettsmitglied, erklärt öffentlich, die nicht vollständige, nur teilweise Abschaffung des Solidaritätszuschlages könnte verfassungswidrig sein. Damit sind große Haushaltsrisiken verbunden, und Sie nehmen das alles so hin.

Ich mache Ihnen ein Angebot. Wenn die Unionsfraktion einen Gesetzentwurf zur vollständigen Abschaffung des Solidaritätszuschlages hier einbringt, können Sie sicher sein: Wir stimmen zu.

Wenn Sie das seriöserweise aufgrund der Rücksichtnahme auf Ihren Koalitionspartner SPD nicht im Bundestag als Gesetz beschließen können, dann habe ich hier als Alternative ein milderes Mittel: Dann klagen Sie mit uns gegen das Gesetz in Karlsruhe, damit die Menschen Rechtssicherheit haben und eine verfassungswidrige Strafsteuer nicht auf Dauer im Bundesgesetzblatt bleibt!

Das ist im Übrigen ein Instrument, das bei rechtlicher Unsicherheit in der Vergangenheit in den 1990er-Jahren, ich erinnere an gewisse Auslandseinsätze, AWACS-Einsätze, bereits angewandt worden ist, um Rechtssi-

In der internationalen Politik, boxt Deutschland strukturell unter seiner Gewichtsklasse.

Wirtschaftliche Freiheit und gesellschaftliche Freiheit dürfen nie voneinander getrennt werden.

cherheit zu schaffen. Das wäre nichts Neues.

Ich muss aber bei der Gelegenheit noch einen Satz an den Bundesfinanzminister und seine Partei sagen: Ich habe natürlich Verständnis für Profilierungsnotwendigkeiten und dafür, dass man Dinge auch anders sehen kann – natürlich. Wir sind ja in einer lebendigen parlamentarischen Demokratie, in der auch Unterschiede deutlich gemacht werden. Ich verstehe, dass Sie Leistungsträger, auch schon den Teamleiter am Band bei Daimler, zusätzlich belasten wollen, dass Sie kein Verständnis dafür haben, dass der deutsche Mittelstand im internationalen Wettbewerb Entlastung braucht, dass daran Arbeitsplätze hängen, dass daran Tarifentwicklungen hängen, dass die Unternehmen erfolgreich sind. Dass Sie das alles nicht sehen wollen: einverstanden. Das ist Ihr gutes Recht, und jeder sucht sich seine Unterstützung in der Bevölkerung auf die Art, wie er will.

Aber: Bestimmte Dinge gehen wirklich über die Geschmacksgrenzen hinaus. Da gibt es bei der SPD also den Wunsch nach einem Strafsteuer-Soli, und das Ganze wird dann bebildert von der Sozialdemokratie, indem man Menschen in den Liegestuhl setzt, Longdrink schlürfend, während das Geld auf dem Fließband abgeliefert wird. Wenn das Ihr Bild von Leistungsträgern und von unserem Mittelstand ist, dann haben Sie sich vollständig von der Lebenswirklichkeit in unserem Land entkoppelt.

Im Übrigen, um auch das zu sa-

gen: Man kann verteilungspolitische Diskussionen führen. Einverstanden! Da hätte auch ich Dinge anzumerken, zum Beispiel, wie wir es den Menschen erleichtern, zu Vermögen zu kommen, nämlich indem wir sie nicht durch die neue Aktiensteuer bestrafen, wenn sie Wertpapiere kaufen. Wir können auch über die Grunderwerbsteuer sprechen. Wir können gerne über Verteilungsfragen sprechen. Ich habe viele Ideen, allerdings eine andere Perspektive als Sie. Aber eines muss man sagen: Diejenigen, die massiv von ihrem privat erwirtschafteten Einkommen an den Staat abgeben, verdienen am Ende auch ein klein wenig Respekt. Da darf man auch sagen: Danke; denn von eurer Leistungsfähigkeit profitieren auch diejenigen, die gegenwärtig selbst nicht so viel Leistung erbringen können.

Ich komme zu meinem letzten Punkt, den ich nach Frau Merkel ansprechen will, und das ist die Klimapolitik. Die CDU-Bundsvorsitzende hat einen Klimakonsens vorgeschlagen. Wir sind zur Mitwirkung daran bereit. Mir ist noch ein wenig rätselhaft, wie das Verfahren sein wird; denn die Union selbst wird ihre Position erst vier Tage, bevor das Klimakabinett Position bezieht, festlegen, und dann soll das Ganze auch noch Gegenstand überparteilicher Gespräche werden. Wir sind also gespannt, aber wir haben auch Erwartungen. Unsere Erwartung ist, dass es bitte nicht nur um Kleinklein geht. Vielleicht sind wir nicht alle einer Meinung, aber ich wage zu sagen: Ein anderer Mehrwertsteuersatz auf Wurstwaren in

Deutschland wird das Weltklima nicht retten. Eine Debatte über das Verbot von Inlandsflügen in Deutschland wird uns auch nicht sehr helfen; ich glaube ohnehin, dass das in Wahrheit die kreativste Form ist, davon abzulenken, dass die Menschen vom Flughafen Berlin-Brandenburg sowieso nicht fliegen können. Das wollen wir nicht. Wir möchten die Klimapolitik auch nicht zu einem Schauplatz von Kulturkämpfen machen. Um es ganz klar zu sagen: Die einen sprechen über Messermänner, das ist inakzeptabel, aber dass man auf der anderen Seite SUVs pauschal zu Mordinstrumenten macht angesichts eines tödlichen Unfalls in Berlin, ist an Pietätlosigkeit ebenfalls nicht zu überbieten.

Wir wollen über wirksame Maßnahmen sprechen. Erstens. Wie wäre es beispielsweise, wenn alle öffentlichen Gebäude Mitte des nächsten Jahrzehnts klimaneutral werden und zugleich Möglichkeiten geschaffen werden, Zukunftsinfrastruktur im digitalen Bereich, also Antennen, zu installieren?

Zweiter Punkt. Die energetische Gebäudesanierung ist der schlafende Riese der Klimaschutzpolitik. Warum gibt es hierfür nicht längst eine steuerliche Förderung?

Drittens: nicht nur Bestrafen und Bepreisen, wenn CO₂ ausgestoßen wird. Wie wäre es, wenn wir eine Möglichkeit schaffen, dass man eine Prämie bekommt, wenn man CO₂ speichert, zum Beispiel durch die Aufforstung von Wald? Das ist übrigens das Gegenteil von dem, was die Regierung seit 2005 macht. Wie viele

Hektar Wald aus öffentlichem Besitz sind den Naturschutzverbänden geschenkt worden, die diese jetzt renaturieren, also in Wahrheit sich selbst überlassen? Sie werden zu Rückzugsorten des Borkenkäfers, und wir können die natürlichen Möglichkeiten der CO₂-Speicherung durch Forstwirtschaft nicht nutzen. Ändern wir das doch!

Viertens. Kein Verbot von Ölheizungen. Mit einem Verbot bringt man die Leute doch auf die Palme. Die Leute denken doch, sie müssten jetzt Tausende von Euro in ihrem Haus investieren. Statt eines Verbots von Ölheizungen, nutzen wir doch die Möglichkeit, treibhausgasfreundlichere Brennstoffe zu entwickeln. Das gilt übrigens auch für die Autos. Frau Merkel, Ihre Regierung hat zu verantworten, dass das ganz normale Auto mit Verbrennungsmotor – deutsche Spitzentechnologie – in Deutschland ein Auslaufmodell ist, weil synthetische Kraftstoffe auf die Grenzwerte des CO₂-Flottenverbrauchs in Brüssel nicht angerechnet werden. Sie haben eine deutsche Spitzentechnologie geopfert.

Frau Merkel, Sie haben gesagt, wir brauchen Marktwirtschaft in der Energie- und Klimapolitik. Das ist richtig. Aber dass Sie das Thema Marktwirtschaft ausgerechnet mit der Energie- und Klimapolitik verbunden haben, ist wirklich ein Treppenwitz der Geschichte;

denn weil wir keine marktwirtschaftliche Energiepolitik haben, wird alles teurer, ohne dass wir CO₂ einsparen. Machen wir das also anders. Ich glaube, dass darin auch eine globale Verantwortung Deutschlands liegt.

Manche wollen Klimaschutz machen mit Askese, Verbot, Verzicht, ohne Wachstum. Sie sagen: Der Lebensstandard des Jahres 1995 war auch nicht so schlecht. Das kann man alles wollen. Es gibt auch Unterstützung dafür. Auf dem Weg werden wir möglicherweise Moralweltmeister;

aber niemand in der Welt wird uns folgen. Die können nicht auf Wohlstand verzichten, weil sie nämlich keinen haben. Die wollen auch nicht verzichten, weil es nicht viel gibt, auf das sie verzichten können. Die wollen nicht einfach nur bescheiden sein, weil sie noch ganz grundsätzliche Fragen hinsichtlich ihrer Lebenschancen klären müssen. Man kann ja Moralweltmeister werden wollen – das ist aller Ehren wert –, unser Anspruch muss es aber sein, dass Deutschland durch Marktwirtschaft und Erfindergeist wieder Technologieweltmeister wird; denn nur als Technologieweltmeister sind wir ein Vorbild für die Welt.

(Anhaltender Beifall bei der FDP – Beifall bei der CDU/CSU und der AfD sowie des Abg. Uwe Kamann (fraktionslos))

Dr. Rolf Mützenich, SPD:

Spaltungen so klein wie möglich halten



Rolf Mützenich (*1959)
Wahlkreis Köln III

Die Welt, in die meine Generation hineingeboren wurde, erfährt einen tiefgreifenden Wandel, im Inneren wie im Äußeren. Wir spüren, etwas Grundsätzliches verändert sich.

Das betrifft uns alle, generationenübergreifend. Wo die Wetterextreme zunehmen, verändert sich das Klima. Wo die Auseinandersetzungen rauer werden, reflektiert dies ökonomische, soziale und kulturelle Spaltungen. Niemand weiß das besser zu beurteilen als die deutsche Sozialdemokratie. Seit unserer Gründung waren wir Zeugen und Reformer rasanter Umbrüche. Wir haben uns niemals weggeduckt. Wir haben die soziale Demokratie gestaltet und, wo nötig, verbessert. Für meine Fraktion heißt das: Gerecht zu regieren, ist die Grundlage unseres Handelns. Und gerecht regiert zu werden, ist heute wieder ein Wert für sich.

Offensichtlich wächst der Glaube, dass demagogisches, ausgrenzendes und chauvinistisches Re-

gieren die Antwort auf komplizierte Fragen sein könnte, selbst hier in Europa. Das ist der falsche Weg. Demagogen haben die Menschen verführt und betrogen. Sie haben Kontinente ins Verderben gestürzt. Wir werden uns ihnen mit aller Kraft entgegenstellen, und der beste Ort dafür ist dieses Parlament.

Die Hoffnung auf gerechtes Regieren im europäischen Kulturraum ist ein jahrhundertaltes Motiv. Eindrucksvoll begegnet uns das auf den Fresken im alten Rathaus von Siena. Sie zeigen, wie die Stadtgesellschaft unter einer guten Regierung auflebt und unter einer schlechten verdorrt. Einerseits geht es dort um das Wohl des Einzelnen und der Gemeinschaft, andererseits um die Frage, ob die liberale Staatsform in einem kon-

fliktreichen und chaotischen Umfeld überleben kann. Die gleiche Frage stellt sich heute, lokal, national und international. Ich bin überzeugt: Demokratisches, an Ausgleich, Rechtsstaatlichkeit und Frieden ausgerichtetes Regieren ist in seiner Substanz allen anderen Formen weit überlegen. Hierin, meine Damen und Herren, besteht der Zusammenhalt aller überzeugten und gewissenhaften Demokraten. Diesen Zusammenhalt dürfen wir niemals infrage stellen. Er ist das Bollwerk gegen das Totale.

Wenn uns das eint, bleibt dennoch die Frage, für wen wir regieren. Hierin unterscheiden wir uns. Es gibt diejenigen, die lediglich für eine fiktive Volksgemeinschaft eintreten und dabei übersehen, dass Ausgrenzen immer das Gegenteil von gutem Regieren bedeutet. Es gibt die, die Regieren mit einem Selbstvertretungsanspruch verwechseln, und es gibt die, die es sich leisten wollen, auf das Regieren ganz zu verzichten, weil andere Kräfte in der Gesellschaft genügend Mittel besitzen,

um Interessen außerhalb der politischen und rechtsstaatlichen Institutionen durchzusetzen. Sie lassen all diejenigen im Stich, die über diese Mittel nicht verfügen. Außerdem gibt es die, die sich auf urbane Eliten stützen und darauf vertrauen, dass Selbsthilfe und individuelle Förderung zur Selbstbehauptung und Verwirklichung des Einzelnen genügen.

Das ist nicht das Verständnis von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Wir wollen konkrete Hilfe anbieten und zugleich die Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes, solidarisches und besseres Leben schaffen. Die Arbeiterbewegung hat mit aller Stärke und Konsequenz dafür gekämpft. Wir bleiben diesem Erbe verbunden. Dies ist unsere Antwort auf die Umbrüche unserer Zeit.

Mehr denn je können Beschäftigte und ihre Familien, junge und alte Menschen nicht auf gerechtes Regieren verzichten. Die einen brauchen Transferleistungen oder Leistungen in unverschuldeten Lebenssituationen, die anderen er-

warten eine gerechte Arbeitswelt und gute soziale Strukturen, in denen auch ihre Kinder eine Zukunft haben. Es gibt viele Menschen, die den Zusammenhalt der Gesellschaft wollen und wissen, dass ohne inneren und äußeren Frieden alles andere nichts ist. Für diese Menschen wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Politik machen. Ein solider Haushalt ist die Voraussetzung für gerechtes Regieren. Er muss zugleich Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit geben. Ein guter Haushalt baut Wege in die Zukunft und ist nicht die Summe einzelner Projekte. Der vorliegende Haushalt markiert die richtige Richtung, und wir haben in diesen Tagen genügend Zeit, die Einzelpläne zu besprechen. Zugleich ist dieser Haushalt der Anfang eines längeren Weges, auf dem wir die Veränderungen unserer Zeit gestalten wollen. Insofern reicht Regieren alleine eben nicht aus.

Gerechtes Regieren kann nur dann Kraft vermitteln, wenn wir gleichzeitig sagen, was wir in Zukunft über die Jahrespläne des Haushaltes hinaus erreichen wollen. Dieses Verständnis möchte ich an drei Zukunftsthemen skizzieren, die zusammen gedacht und zusammen gelöst werden müssen: Mir geht es darum, wie gerechte Politik die Digitalisierung der Arbeitswelt, die Zukunft unserer Lebenswelt und den Frieden durch gemeinsame Sicherheit gestalten kann.

Die digitale Arbeitswelt bietet Chancen und natürlich auch Risiken. Ich gehöre nicht zu denen, die nur pessimistisch auf die kommenden Jahre blicken. Horrorszenarien blockieren kreatives Denken. Die Mehrheit der Beschäftigten steht den Veränderungen positiv und aufgeschlossen gegenüber. Gleichzeitig ahnen sie aber, dass vieles nicht so bleiben wird, wie es ist.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben recht: Wertschöpfung und Arbeit werden sich grundlegender und schneller wandeln als in allen wirtschaftlichen Revolutionszyklen zuvor. Deswegen und zugleich müssen wir beachten: Es droht ein Wirtschaftsabschwung, und der vorangegangene Strukturwandel ist noch längst nicht abgearbeitet. Umso größer werden die Herausforderungen in der digitalen Arbeitswelt.

Vor diesem Hintergrund wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine kluge, dem Gemeinwohl verpflichtete Politik betreiben. Wir müssen versuchen, die Spaltungen, die unsere Wirtschaftsordnung hervorbringt, so klein wie möglich zu halten. Für uns stehen dabei die arbeitenden Menschen im Fokus. Wir wollen verhindern, dass die Bürgerinnen

und Bürger auf die freie Ware Arbeitskraft und den bloßen Marktteilnehmer reduziert werden.

Es ist offensichtlich, dass im alltäglichen Wirtschaften und Arbeiten die Tarifpartner viele Fragen regulieren müssen. Die Gewerkschaften versuchen mit großen Anstrengungen, diese Jahrhundertaufgabe anzugehen. Es gibt Dutzende, wenn nicht Hunderte von Betriebsvereinbarungen für mobiles Arbeiten. Dafür verdienen die Tarifpartner unsere Anerkennung und uneingeschränkte Unterstützung.

Gleichzeitig brauchen wir konzertierte Aktionen, die das beste Mittel für gemeinsame Anstrengungen sind. Hier wollen wir uns einbringen, etwa mit Schutzvorschriften in prekären Arbeitsverhältnissen und für die Gesundheit der Beschäftigten. Arbeitszeitverkürzungen und moderne Arbeitszeitmodelle müssen gesetzlich abgesichert werden. Dabei ist klar: Geregelter Arbeitszeit ist Arbeitsschutz. Wir wollen eine menschliche Arbeitswelt, in der nicht das Digitale den Takt vorgibt, meine Damen und Herren.

Es stellen sich neue Anforderungen an die Arbeitslosenversicherung und bei der Kurzarbeit. Während wir das Recht auf Aus- und Weiterbildung weiter ausgestalten wollen, brauchen wir ein Qualifizierungsgeld. Das und mehr wollen wir in Zukunft erreichen. Es geht um mehr. Ebenfalls müssen wir erkennen, dass die Sozialversicherungssysteme in der digitalisierten Arbeitswelt weiter unterhöhlt werden. Ohne eine korrekte und angepasste Besteuerung kann das Solidarprinzip keine Zukunft haben. Weil die Mitbestimmung bei alledem gebraucht wird, müssen wir die Koalitions- und Mitwirkungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärken.

Das sind nur einige Angebote, die wir in einer Arbeitsgesellschaft im digitalen Zeitalter machen wollen. So wie die Gewerkschaften und die SPD im Strukturwandel unverzichtbar waren, so sind wir heute unverzichtbar für die, die gute Arbeit brauchen und um die Zukunft ihrer Kinder bangen. Die Aufgaben und Herausforderungen werden Jahre, wenn nicht gar Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Aber wir müssen und wollen heute daran mitwirken.

Meine Damen und Herren, wir wissen nicht erst seit heute, dass wir unsere Umwelt und unser Klima schützen müssen. Es war Willy Brandt, der im Bundestagswahlkampf 1961 die Schattenseiten des Wirtschaftswunders klar erkannte und für den „blauen Himmel über

dem Ruhrgebiet“ geworben hat. Es gelang mit dem Zutun vieler, vor allem aber der Ruhrgebietsstädte, diese Vision zu verwirklichen.

Auch heute werden die sozialen und ökologischen Ziele ohne kommunale Anstrengungen nicht erreicht werden können. Dafür brauchen wir alle Städte. Wir brauchen alle Gemeinden. Und alle diese Städte und Gemeinden brauchen den gleichen Spielraum; denn vor Ort entscheidet sich sozial-ökologisches Umsteuern, etwa im Verkehr, in der Energieversorgung oder im Gebäudebestand. Daher ist eine Altschuldenregelung auch eine

Investition in lokales, ökologisches Regieren. Wir werden versuchen, alle zu überzeugen, hier im Deutschen Bundestag für diese Altschuldenregelung einzutreten. Wir müssen die Erderwärmung auf 1,5 Grad begrenzen. Der Weg dorthin ist die weitgehende Neutralität bei Treibhausgasen. Kurz gesagt: Das schädliche CO₂ muss weg. Auch hierbei geht es nicht ohne das Zusammenwirken aller Gruppen. Der Kohlekompromiss, der sich im vorliegenden Haushalt und im Strukturstärkungsgesetz widerspiegelt, ist ein Beispiel, wie Klimaschutz, Digitalisierung und soziale Gerechtigkeit im Veränderungsprozess unserer Zeit zusammengedacht und verwirklicht werden können.

Diese Integration in der Transformation hatte nur die SPD im Sinn. Das haben wir durchgesetzt und dabei alle mitgenommen: Gewerkschaften, Umweltverbände, Regionen, Länder und den Bund. Das war eine unverzichtbare und anstrengende Leistung. Darauf sind wir stolz, meine Damen und Herren.

Gleichzeitig war das für eine Demokratie lebensnotwendig, die immer wieder versuchen muss, aus dem Willen vieler am Ende den Willen des ganzen Volkes zu formen. Mitnahme, Beteiligung, Legitimation: Das ist unser Verständnis von Demokratie.

Wir wissen, dass wir zum Schutz unseres Klimas die Verstromung der klimaschädlichen Kohle beenden müssen. Dazu müssen wir gleichzeitig in den Revieren neue und gleichwertige Wirtschaftsstrukturen entwickeln, damit die Menschen auch dort eine Zukunft haben. Unser Ziel sind Investitionen in Bereiche, die uns bei der Verbesserung des Klimas helfen und gleichzeitig neue Arbeitsplätze schaffen. Nur wenn sich Wirtschaft und Staat zu großen Anstrengungen bekennen, kann die Transformation für Innovation und Beschäftigung auch gelingen.

Meine Damen und Herren, das Klimakabinett muss am 20. September die Weichen stellen, damit wir die Klimaziele 2030 erreichen. Bis zur dritten Lesung erwartet die SPD-Bundestagsfraktion daher noch wichtige fiskalische Entscheidungen. Alles das geht nur im Zusammenwirken mit den europäischen Ländern und der Europäischen Union. Deswegen nehmen wir die neue Kommissionspräsidentin beim Wort, und wir wollen helfen, das Modewort Green New Deal auch richtig auszubuchstabieren. Das ist unsere Aufgabe, aber es ist auch die Aufgabe der Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Europa kann und muss dabei eine Vorreiterrolle einnehmen, nicht nur um seiner selbst willen, sondern auch deshalb, weil europäisches Handeln in der Welt wahrgenommen wird, im Guten wie im Schlechten. Deswegen, meine Damen und Herren, werden wir in den nächsten Tagen alle Anstrengungen unternehmen, um diese Ziele zu verwirklichen.

Für all das braucht es nach Auffassung der SPD-Fraktion einen gestaltungswilligen und handlungsfähigen Staat. Das derzeit noch gängige Leitbild „So viel Markt wie möglich, so viel Staat wie nötig“ ist nicht mehr zeitgemäß. Spätestens seit Ausbruch der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise vor mehr als zehn Jahren und der Entwicklung der Wohnfrage zur neuen sozialen Frage ist es offensichtlich, dass dieses Motto grundlegend überdacht werden muss.

Das alte Leitbild ist einfach zu gutgläubig, was die Effizienz der Märkte, und zu defensiv, was die Rolle des Staates in einer modernen Volkswirtschaft betrifft. Wenn der Staat aber unverzichtbar ist, um die revolutionären Umbrüche in den nächsten Jahrzehnten mitzugestalten und abzufedern, dann brauchen wir einen effizienten und durchsetzungsfähigen Staat mit einer gut ausgestalteten und attraktiven Verwaltung und einem größeren finanziellen Fundament. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen diese Mittel in öffentliche Gemeingüter umlenken, meine Damen und Herren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielleicht werden spätere Historikerinnen und Historiker wenige Tage im August 2019 als den historischen Wendepunkt heranziehen, an dem das bipolare Gleichgewicht des Schreckens endgültig aufgehoben wurde. Mit dem Rückzug der USA endete am 2. August der INF-Vertrag über nukleare Abrüstung. Obwohl der Vertrag eine ganze Kategorie von Waffen verbot, atmete er noch den Geist des Kalten Krieges. Es bleibt richtig, für seine weltweite Gültig-

keit einzutreten, wie es die Bundesregierung tut. Dennoch werden auch die USA das Ablegen der Vertragsfesseln nutzen und Mittelstreckenraketen in Asien aufstellen. Der Rüstungswettlauf ist bereits in vollem Gange.

Damit erhält eine neue weltpolitische Konstellation, die sich im Gegenüber der USA und der Volksrepublik China ausbildet, mehr und mehr eine nukleare Kontur. Was genau daraus wird, werden wir heute mit Sicherheit nicht sagen können. Dass wir aber nicht nur Zeugen der Digitalisierung und der umweltschonenden Transformation, sondern auch Zeugen einer neuen weltpolitischen Entwicklung sind, ist dagegen offenkundig. Die Debatte, wie die europäischen Gesellschaften auf diesen Zeitenwandel reagieren sollten, findet längst statt. Sie ist fundamental, und es gibt immer häufiger Stimmen, die eine starke militärische Antwort geben wollen. Ich kann davor nur warnen. Der Frieden in Europa war nicht dann gesichert, wenn dem Kontinent ein Übermaß an Militär und Rüstung zur Verfügung stand, sondern nur dann, wenn kluge, gemeinsame politische Entscheidungen in einem von Regeln und Normen geprägten Umfeld getroffen wurden. Das war nach dem Wiener Kongress der Fall, und es war das Ergebnis einer Entspannungspolitik, die sich durch Rüstungskontrolle, Dialog und das Hineindenken in den anderen auszeichnete. Die Voraussetzungen sind heute andere, aber die Instrumente sind aktueller und notwendiger denn je. Der Automatismus militärischer Drohungen und Gegenrohungen muss durchbrochen werden, und ich sehe dafür keinen besseren Platz als in einer gemeinsamen europäischen Friedensordnung, am besten unter Einschluss Russlands. Die heraufziehende nukleare Konfrontation zwischen den USA und der Volksrepublik China findet im Schatten der 74. Wiederkehr des Atombombenabwurfs auf Hiroshima statt. Offensichtlich, sind große Mächte nach wie vor nicht bereit, aus der Vergangenheit zu lernen. Deswegen ist es richtig, dass sich Deutschland mit ganzer Kraft für den Erhalt des Atomwaffensperrvertrages einsetzt.

Dieser Vertrag, ist die beste Rückversicherung gegen die Ausbreitung der Atomwaffen. Gleichwohl habe ich eine Bitte an die Bundesregierung: Bisher lehnt Deutschland einen Beitritt zum UN-Vertrag für ein Atomwaffenverbot ab, immerhin auch eine Initiative der Zivilgesellschaft, die im Jahr 2017 dafür den Friedensnobelpreis erhielt. Die Bundesre-

gierung befürchtet eine Schwächung des Atomwaffensperrvertrages, und in der Tat hat der Verbotvertrag Mängel. Dennoch sei daran erinnert: In Zeiten der Entspannungspolitik waren Unzulänglichkeiten immer der Antriebsmotor, um neue und alte

Ideen zusammenzuführen. Ziel beider Verträge ist die atomwaffenfreie Welt. Wenn zunehmend Bündnispartner nicht mehr politische Verbündete bei der Denuklearisierung sind, dann kenne ich keinen besseren Partner als engagierte Bürgerinnen und Bürger.

Diese Kraft, meine Damen und Herren, müssen wir auch heute wieder nutzen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die SPD-Fraktion ist klar: Die drei genannten großen Herausforderungen bewältigen weder der Markt noch die Nation, weder neue Technologien

noch diffuse Befindlichkeiten allein. Die Politik muss die Antworten geben, wenn sie ihrem Auftrag für gerechtes Regieren nachkommen will. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen das. Wir werden uns an dieser Aufgabe aus tiefer Überzeugung beteiligen,

mit jener Überzeugung, die in unserer Geschichte immer Selbstverständlichkeit und Verpflichtung zugleich war.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Dietmar Bartsch, Die Linke:

Die Zukunft Deutschlands gestalten, nicht verwalten



Dietmar Bartsch (*1958)
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Wir haben heute von allen Rednerinnen und Rednern gehört: Die Weltlage ist vielfach beunruhigend: der Wirtschaftskrieg zwischen den USA und China, das Brexit-Chaos, die Atomkrise mit dem Iran, weltweit über 80 Millionen Flüchtlinge, die schreiende soziale Ungerechtigkeit und, und, und. Eines aber kann man beim Blick in die Welt auch feststellen: Wenn Rechtspopulisten an die Macht kommen, dann brennen sie erst mal alles nieder: Bolsonaro den Regenwald, Boris Johnson die Demokratie und Donald Trump die internationale Diplomatie. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren.

Auch die Wirtschaftslage in unserem Land ist problematisch. Wir haben Ansätze einer Rezession. So schlechte Quartalszahlen wie zuletzt hatten wir 2012 das letzte Mal. Auch dazu ist viel gesagt worden. Angesichts dieser Situation einen Haushalt, der im Kern durch Ideenlosigkeit geprägt ist, vorzulegen, das ist unverantwortlich, meine Damen und Herren.

Frau Merkel, Sie sagen: Es ist eine neue Dimension des Haushaltes. Ich frage mich: Wo ist denn die neue Dimension?

Lieber Rolf Mützenich, deine Rede von eben stimmt ja zuversichtlich; nur, sie korrespondiert auch nicht mit dem, was in diesem Haushalt vorgelegt wird.

Dieser Haushalt ist so wenig visionär. Helmut Schmidt würde den nicht mal zum Arzt schicken.

Meine Damen und Herren, Sie

haben Ihren Koalitionsvertrag überschrieben: Ein neuer Aufbruch für Europa - Eine neue Dynamik für Deutschland - Ein neuer Zusammenhalt für unser Land - Voll einverstanden! Sie verabschieden jetzt wohlklingende Gesetze: Gute-KiTa-Gesetz, Starke-Familien-Gesetz, Faire-Kassenwahl-Gesetz, alles super. Wenn Sie in Ihrem konkreten Handeln nur halb so stark wären wie in den Formulierungen, dann würde es dem Land wirklich besser gehen.

Sie sind in der Substanz eine Ankündigungscoalition. Wenn man sich dann noch den Zustand anguckt: Kein Mensch weiß, ob Sie im Januar überhaupt noch zusammen sind. Das ist ein irrer Zustand. Sie müssen sich mal vorstellen, wie man das vom Ausland aus sieht. Niemand weiß, ob diese Regierung im Januar oder Februar noch im Amt ist.

Ich will anhand von drei konkreten Beispielen zeigen, dass Ihr Haushalt mit den Überschriften wirklich nichts zu tun hat. Beginnen will ich natürlich mit dem Thema „Schuldenbremse/schwarze

Null versus Investitionen“. Ich habe schon gesagt: Deutschland steht an der Schwelle zu einer Rezession. Was haben Sie eigentlich in der letzten Krise, damals, 2008, gemacht? Ich erinnere mich ja daran: Kurzarbeitergeld, Abwrackprämie, Konjunkturpakete, und zwar Investitionen, die dann in den Kommunen angekommen sind. Das war doch zweifelsfrei richtig. Frau Merkel, Sie haben unlängst in Stralsund gesagt: 50 Prozent in der Wirtschaft sind Psychologie. Das mag ja sein; aber die anderen 50 Prozent dürfen doch nicht Stillstand sein, sondern es muss entschlossenes Handeln geben. Es ist ja sogar das DIW, das heute fordert, endlich ein milliardenschweres zusätzliches Investitionsprogramm aufzulegen. Das wäre dringend notwendig. Dabei darf man nicht nur in

Schulen, Straßen, Autobahnen investieren. Wir müssen damit eben auch die Binnennachfrage stärken, um die Abhängigkeit vom Export etwas zu dämpfen.

Frau Merkel, Sie sagen, Sie tun das, was notwendig ist. Dieser Haushalt gibt die Antworten. Nein, wir dürfen nicht warten, bis sich die Rezession wirklich verfestigt. Deswegen ist ein anderes Maß an Investitionstätigkeit notwendig, und notwendig ist nicht, stolz darauf zu sein, dass wir mit 11,1 Prozent die höchste Quote haben. Das ist viel zu wenig.

Nehmen Sie doch nur mal das Beispiel „digitale Infrastruktur“. Deutschland ist weiterhin ein digitales Entwicklungsland. In über 4.600 Gemeinden in Deutschland gibt es keine flächendeckende Versorgung mit LTE. Sie reden über 5G und Ähnliches. In nahezu keiner ostdeutschen Kommune gibt es flächendeckendes schnelles Internet.

Wir hatten im ersten Halbjahr 43,5 Milliarden Euro Überschuss in Bund, Ländern und Kommunen.

Na, wo leben wir denn? Die CSU macht neuerdings Werbevideos: Rezo für Anfänger. Mensch, das können die jungen Leute in bestimmten Regionen nur wackelig sehen. Schon aus Ihrem Interesse sollten Sie da endlich mal was tun. Das heißt im Übrigen, die Menschen haben in vielen ländlichen Regionen und inzwischen übrigens auch in Städten keinen Bus, keinen Bäcker, keine Gaststätten, keine Post und jetzt auch kein Internet. Das ist doch eine Zumutung. Ja, an jeder Milchkanne müssen wir Internet haben. Wie war das noch, Herr Dobrindt, als Sie Minister wurden? Sie haben gesagt: Wir wollen spitze sein. Und wie ist heute die Netzabdeckung? Es gilt immer noch: Deutschland einig Funklochland. Das ist die Realität nach all den Jahren, wo Sie regiert haben.

Wir hatten im ersten Halbjahr 43,5 Milliarden Euro Überschuss in Bund, Ländern und Kommunen. Warum nehmen Sie denn da

nicht Geld in die Hand? Das wäre doch wirklich absolut angesagt in dieser Situation.

Und dann sagen Sie immer: Na ja, Sie müssen noch mal sagen, wo wir verzichten wollen. Damit bin ich bei meinem zweiten Punkt, beim Militärhaushalt. Da wird immer vom 2-Prozent-Ziel der NATO-Partner geredet, und 2 Prozent, das klingt ja irgendwie wenig. Ich kann Ihnen nur sagen: Dieses „2 Prozent“ ist Sand in die Augen der Menschen streuen; das ist eine systematische Irreführung. Schon heute entsprechen die Verteidigungsausgaben nach NATO-Kriterien 14 Prozent des Haushalts; das ist die Realität. Wir haben heute nach NATO-Kriterien über 50 Milliarden Euro Ausgaben für Militär. Was dann damit gemacht wird, das ist noch eine ganz andere Frage. Das geht dann an irgendwelche Berater, geht in ein Desaster nach dem anderen. Es ist eben falsch, dass „Mehr, mehr, mehr“ eine Strategie ist. Das ist es mit Sicherheit nicht. Gucken Sie sich doch nur mal Ihre komische Flugbereitschaft an. Das ist doch international peinlich. Da muss man doch vielleicht bei dieser Frage mal irgendetwas tun. Aber das Entscheidende ist, wenn Sie bei diesen Summen mal den Vergleich zum sozialen Wohnungsbau nehmen: 1,5 Milliarden Euro! Olaf Scholz hat gestern gesagt: Wir haben es geschafft, dass der soziale Wohnungsbau nicht endet. – Na, Donnerwetter! Ich denke, das ist die wichtigste soziale Frage. Dann muss man da doch mehr tun. Was für ein Offenbarungseid angesichts der Mietensituation in unserem Land, eine völlige Schieflage auf diesem Feld.

Womit ich beim dritten Punkt bin: Thema Altersarmut. Es gibt einen Posten, der jedes Jahr verlässlich steigt. Er hat den unauffälligen Namen „Erstattungen des Bundes für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“. Die Ausgaben in diesem Posten steigen jährlich um circa 7,6 Prozent.

Was bedeutet das eigentlich? Das bedeutet, dass immer mehr Menschen Grundsicherung im Alter beantragen müssen, weil ihre Rente nicht reicht. Wenn es denn so bleibt, dass der Mindestlohn, auf den Sie stolz sind, unter 10 Euro ist, wird diese Zahl dramatisch – dramatisch! – in den nächsten Jahren steigen. Die Zahlen werden explodieren. Deswe-

gen ist das mit dem Mindestlohn nicht so eine Sache, auf die man stolz sein kann. Dass es ihn gibt, ja, aber er muss eben deutlich erhöht werden.

Jetzt will ich mal zu dem Punkt kommen: Sie haben vor der Europawahl gesagt: Wir wollen eine Grundrente einführen. – Wir als Linke haben gesagt: Grundsätzlich richtig; man kann über viele Details reden. – Aber bis heute ist real nichts passiert. Sie versprechen, Sie reden, aber Sie handeln nicht. Das ist doch unzumutbar, und gerade für diese Menschen muss mehr getan werden. Im Haushalt, auch in der Perspektivplanung gibt es da überhaupt keinen Punkt. Dass wir eine generelle Rentenreform wollen, das will ich hier gar nicht noch mal wiederholen. Ja, wir brauchen eine solidarische Mindestrente. Wir wollen, dass alle einzahlen usw. und dass am Ende eine lebensstandardsichernde Rente rauskommt.

Zusammengefasst hat Ihr Haushalt folgende Prioritätensetzung: strenge Schuldenbremse statt notwendiger Investitionen, Militär statt Sozialausgaben erhöhen und massenhafte Kinder- und Altersarmut zulassen. Das ist die Priorität in Ihrem Haushalt, meine Damen und Herren.

Das ist doch symptomatisch für die Politik der letzten 15 Jahre. Das ist eine Politik, die das Land spaltet, die Europa spaltet und die den Rechtspopulisten den Weg ebnet. Das ist die Realität.

Lassen Sie mich noch mal zu dem Thema Schuldenbremse kommen, weil Sie ja immer sagen: Die Linke will uns irgendwie in den Schuldenstaat treiben. Was für ein horrender Blödsinn! Entscheidend ist doch: Mit dieser Debatte lenken Sie davon ab, dass wir ein zutiefst ungerechtes Steuersystem haben. Wir haben das Steuersystem des vergangenen Jahrhunderts. Wir haben explodierendes Vermögen auf der einen Seite, und wir müssen dort endlich etwas tun. Es ist doch völlig inakzeptabel, dass wir einen Spitzensteuersatz haben, der immer noch so früh einsetzt. Wir brauchen endlich wirklich eine Reform bei der Erbschaftsteuer. Das mit der Finanztransaktionsteuer höre ich seit drei Legislaturperioden. Das stand schon bei Herrn Schäuble und anderen immer im Koalitionsvertrag. In der Realität bis heute: Nichts! Das ist die Wahrheit! Da muss endlich wirklich etwas

getan werden. Denn was ist denn das Ergebnis dieser Politik? Die 500 reichsten Familien in unserem Land haben ein Vermögen von 700 Milliarden Euro. Das sind circa zwei Bundeshaushalte. Die haben in den letzten Jahren jedes Jahr zweistellige Zuwachsraten gehabt, meine Damen und Herren. Auf der anderen Seite stehen 4,4 Millionen Kinder, die arm sind oder von Armut bedroht sind. Das ist doch nicht hinnehmbar in unserem Land. 4,4 Millionen Kinder, das ist das Berliner Olympiastadion 58-mal vollgestellt mit Kindern in Armut und mit Kindern, die von Armut bedroht sind. In keinem anderen Land, meine Damen und Herren, gibt es so eine riesige Spaltung, und das müssen wir alle ganz dringlich verändern.

Es geht um einen grundsätzlichen Perspektivwechsel, nicht nur in der Sozial- und in der Wirtschaftspolitik. Seit 40 Jahren sind die grundlegenden Fakten über den Klimawandel bekannt. Der Plastikmüll in den Ozeanen kommt bekanntermaßen nicht von den Delfinen, und der Regenwald am Amazonas wird auch nicht von den Affen angezündet. Dass wir etwas tun müssen, ist zumindest in seriösen Kreisen klar. Aber wie, das ist natürlich die interessante Frage. Da höre ich jetzt: Irgendwann wird das Klimakabinett tagen. Donnerwetter! Im Haushalt null abgebildet! Mich würde mal interessieren, wenn es denn diesen breiten Konsens geben soll, was da real gemacht wer-

den soll. Da müssen wir doch wirklich dringend ran. Sie setzen offensichtlich darauf, dass darüber nicht in Ernsthaftigkeit geredet wird. Frau Merkel, Sie haben heute ein wunderbares Beispiel angeführt: das Thema Elektromobilität. Ich will nur mal feststellen: Sie waren es, die gesagt hat, nachlesbar: Im Jahr 2020 werden wir 1 Million Elektroautos haben. – Das hat nicht Die Linke gesagt. Was ist die Realität? Zum 1. Januar 2019 waren weniger als 90.000 zugelassen. Ja, was ist denn das? Was ist denn das für eine Glaubwürdigkeit? Elektromobilität kann sehr sinnvoll sein, aber wenn, dann müssen es doch Elektroautos sein, die bezahlbar sind. Das heißt, sie müssen unter 20.000 Euro kosten. Es muss ausreichend Ladestationen auch im ländlichen Raum geben; sonst sind die Menschen dort wieder mal abgehängt. Es muss natürlich technologische Lösungen geben, in der Kobalt-, in der Lithium-, in der Entsorgungsfrage usw. Ja, Christian Lindner, es ist in Ordnung, Technologieweltmeister zu sein. Nur, wenn Sie das gegen Moral stellen, dann ist das nicht in Ordnung. Wir müssen in der Moral spitze sein und in der Technologie. Das ist die Aufgabe, die vor Deutschland steht.

Aber so, wie die Regierung das bisher angedeutet hat, würden

beim Klimaschutz wieder mal vor allen Dingen die unteren und mittleren Einkommen belastet werden. Fakt ist doch, dass die reichsten 10 Prozent in Deutschland fast 50 Prozent des CO₂-Ausstoßes zu verantworten haben; das ist eine schlichte Wahrheit. Und jetzt sollen es wieder die Pendler und die Geringverdiener und die ländlichen Räume bezahlen?

Wenn Sie wirklich einmal etwas gegen den Klimawandel tun wollen, dann stärken Sie doch die Bahn! Aber Sie haben seit 1990 6.467 Kilometer Bahnstrecke stillgelegt. Das ist doch der Wahnsinn! Ausbau von Strecken wäre notwendig und nicht Stilllegung von Strecken.

Deshalb sind viele Menschen skeptisch bei Ihren Ankündigungen, und das ist auch logisch: Die Menschen haben die Erfahrung gemacht, dass so etwas immer auf ihre Kosten geht, während die Reichen reich bleiben und sich alle Annehmlichkeiten weiter leisten können. „Wieso sollen nur die Mittelschicht und die Armen etwas für den Klimaschutz tun?“, das ist ein berechtigter Einwand, den viele haben. Das ist auch eine berechtigte Sorge; denn in den letzten 20 Jahren ist es immer so gelaufen, dass sie diese Lasten zu tragen hatten.

Deswegen sollten wir doch mal über Dinge nachdenken, die allen

bekannt sind: Streichung der Energiesteuerbefreiung für Kerosin – würde 7 Milliarden Euro bringen, Streichung der Mehrwertsteuerbefreiung für internationale Flüge, 4,7 Milliarden Euro, pauschale Besteuerung privat genutzter Dienstwagen, 3 Milliarden Euro usw., usw. Am Ende müssen wir dahin kommen, dass die Bahn unschlagbar günstig wird. Aber um 50 Prozent sind die Bahntickets in den letzten 20 Jahren teurer geworden! Das ist doch ein unhaltbarer Zustand. Da muss man doch etwas tun! Die Bahn ist im Eigentum des Bundes. Wenn sie unschlagbar günstig werden soll, dann muss hier etwas getan werden. Es muss am Ende darum gehen, dass die mittleren und unteren Einkommensgruppen und die kleinen und mittleren Unternehmen entlastet werden. Es muss darum gehen, Infrastruktur zu schaffen, die wirklich ein soziales und ein ökologisches Miteinander ermöglicht. Wenn dann die Einnahmen nicht reichen, dann muss man entweder die Ausgaben senken, oder man muss darüber nachdenken, wo und wie man Einnahmen erhöhen kann.

Bei diesen Riesenvermögen gibt es da, jedenfalls von uns, gute Vorschläge. Steuern heißen „Steuern“, weil man ein Land damit steuert. Wenn es so ist, dass allein 630.000 Menschen in Deutschland ausschließlich von ihrem angehäuften Vermögen leben, die nichts mehr machen, die nur davon leben, dann nenne ich das im Übrigen mal soziale Hängematte. Das

ist die Realität, und da, finde ich, kann und muss man auch etwas abholen.

Das ist im Übrigen nicht nur eine Gerechtigkeitsfrage. Es kann doch nicht sein, dass in unserem reichen Land alte Menschen Flaschen sammeln müssen, um die Rente aufzubessern, dass die Zahl der Obdachlosen, heute ist Tag der Wohnungslosen, steigt, während auf der anderen Seite Leute in Saus und Braus leben! Diese Ungerechtigkeiten, meine Damen und Herren, die schlagen auch auf das zwischenmenschliche Klima durch. Das kann man doch nicht wirklich wollen! Wer vor dieser Realität die Augen verschließt, der hat in der Politik wirklich nichts zu suchen.

Frau Merkel, das ist Ihre letzte Legislaturperiode; Sie haben angekündigt, Sie wollen nicht wiedergewählt werden. Ich finde, das ist eine gute Gelegenheit, noch einmal sehr mutig zu sein und wirklich Deutschland auf einen Weg zu bringen, dass wir zukunfts fest werden, dass wir gestalten und dass wir nicht verwalten. Zukunfts- und zielorientierte Investitionen sind das Gebot der Stunde, meine Damen und Herren.

Ich habe Sorge, ob das alles mit der Union möglich ist. Ich habe nach der Rede von Rolf Mützenich die Hoffnung, dass es vielleicht irgendwann einen Mitte-links-Aufbruch gibt. Das wäre gut für unser Land, für Europa und für die Welt.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN)

Katrin Göring-Eckardt, Bündnis 90/Die Grünen:

Mehrheit für die Bewältigung der Klimakrise schaffen



Katrin Göring-Eckardt (*1966)
Landesliste Thüringen

was fehlt. Hören Sie auf, immer nur zu reden, tun Sie endlich was!

Der Zwischenruf von Jürgen Trittin, ich will es hier noch einmal sagen, war: Wer hat denn 14 Jahre lang nichts gemacht? Das ist das eine. Er hat nämlich recht: 14 Jahre lang Stillstand, insbesondere beim Klimaschutz.

Das andere ist aber: Sie haben hier gestanden und eine sehr dringliche Rede gehalten. Wenn ich Ihre Prognose, wenn ich Ihre Dringlichkeit, wenn ich Ihre Vorschläge sehe, aber gleichzeitig auch sehe, dass vielleicht nur fünf Leute in der Union geklatscht haben, dann mache ich mir wirklich Sorgen ums Klima, und dann mache ich mir auch sehr viele Sorgen um Ihr Klimakabinett, meine Damen und Herren. Vielleicht zur Erinnerung. Das Jahr 2018 war schon ein 2-Grad-Jahr, genau so,

wie wir es 2100 nicht überschreiten wollen. Es gab eine große Dürre, wir hatten Waldbrände hier, da schmolzen der Permafrostboden und die Arktis. Dieses Jahr ist die Grundlage für das, was wir als Best Case erreichen wollen. Das, was Sie gerade machen, besser: das, was Sie gerade nicht machen, ist das Zusteuern auf den Worst Case. Das ist die große Bedrohung, die wir haben, und sie geht eben leider auch direkt von hier aus, meine Damen und Herren.

Jeder und jede weiß: Das Zeitfenster, in dem wir noch etwas tun können, wird immer kleiner. Ihr Kabinett erleben wir gerade so: Der Energieminister „plädiert“, der Verkehrsminister „fordert“, die Umweltministerin „dringt“, die Landwirtschaftsministerin „klagt“ sogar „an“. Ich will sehen, dass Sie „machen“. Dieser Haushalt, das,

was Sie hier vorgelegt haben und was dann irgendwie noch beraten werden soll, ist eine doppelte Null, nämlich kein Plan und kein Geld. Das kann sich das Klima nicht leisten, meine Damen und Herren.

Deswegen: Jetzt anfangen! Sie müssen einen Plan zum Kohleausstieg vorlegen und ihn an die Strukturhilfen koppeln. Es geht doch nicht, dass man das eine macht und das andere lässt. Worauf alle warten, ist doch: Die dreckige Luft muss beseitigt werden. Ihre Aufgabe, Herr Altmaier, ist es, für sauberen Strom zu sorgen und nicht nur einen Windgipfel abzuhalten, bei dem zwar Wind, aber keine Regelungen rauskommen. Wir brauchen endlich: den Deckel weg bei den erneuerbaren Energien! Wir brauchen nämlich jedes Watt, wir brauchen jedes Grad Einsparung, und wir brauchen jeden Monat; deswegen ist es so dringlich, dass Sie endlich anfangen.

Sie müssen einen Plan zum Kohleausstieg vorlegen und ihn an die Strukturhilfen koppeln.

Über den Verkehrsminister habe ich noch nicht geredet. Wir hätten gerne mal einen, der will und kann oder kann und will, je nachdem. Ein Fünftel der CO₂-Verschmutzung kommt aus dem Verkehrsbereich. Was wir da haben, ist Dieselskandal, ist Mautskandal, ist aber kein Handeln. Wo ist denn die Initiative für die Bahn? Wo ist denn die Initiative für den öffentlichen Nahverkehr? Wo sind die versprochenen Elektroautos? Alles das haben wir nicht. Und ein Verkehrsminister, der sich verstrickt hat, kriegt noch nicht mal hin, für die Sicherheit in Deutschland einen Abbiegeassistenten für Lkws festzulegen. Das ist doch ein Armutszeugnis sondergleichen.

Frau Klöckner, Sie könnten auch mal so richtig was machen, so richtig was für den gesunden Wald. Man könnte dort tatsäch-

Fortsetzung auf nächster Seite

lich Millionen Tonnen CO₂ binden. Dazu gehört eine Kleinigkeit: Sie sollten den Wald nicht nur als eine Ansammlung noch nicht gesägter Bretter betrachten; das wäre das eine. Was Sie zum anderen nicht machen sollten, Frau Klöckner: Sie sollten nicht auf Herrn Lindner hören. Herr Lindner hat heute hier über den Borkenkäfer gesprochen. Der Borkenkäfer, Herr Lindner, vielleicht unterhalten Sie sich mal mit denen, die ein bisschen Ahnung haben, ist ein Resultat auf der einen Seite von Holzplantagen und auf der anderen Seite von Dürre. Bei Ihrer Art von Waldpolitik und Ihrer Kenntnis: Da fürchten sich ja Rotkäppchen und der Wolf gleichzeitig; das ist doch furchtbar, was Sie hier geliefert haben.

Wir können gern über die Frage ins Duell gehen, was eigentlich für den Wald notwendig ist. Aber ich bleibe noch mal bei Frau Klöckner, weil Frau Klöckner sich ja immer so gut gefällt als die erste Repräsentantin der Agrarlobby und weil Sie, Frau Klöckner, sich immer hinstellen und sagen: Gerade die Klimaschützer würden spalten. Das Gegenteil ist der Fall. Was Sie machen, ist Spalterei. Fakt ist: Ihre Politik des „Immer mehr“ und „immer billiger“ zwingt die Bauern und Bäuerinnen doch dazu, die Landschaft zu zerstören, Arten zu vernichten, das Wasser zu verseuchen oder sogar den Hof, wenn er nicht groß genug ist, aufzugeben. Sorgen Sie endlich dafür, dass Landwirtschaft gemacht werden kann. Sorgen Sie endlich dafür, dass Ökologie und Landwirtschaft mit einer Zunge sprechen, und bringen Sie nicht immer alle gegeneinander auf.

Nein, es geht nicht um Stadt und Land gegeneinander, es geht darum,

dass man eine gemeinsame Zukunft baut mit anständiger Landwirtschaft, mit weniger Gift, ohne Nitrat im Grundwasser – das ist doch unsere Aufgabe; das müsste Ihre Aufgabe sein, Frau Klöckner, für die Menschen und fürs Klima.

Diese Woche reden wir ja vor allen Dingen über Geld. Wir sind aber tief, wir sind verdammt tief im Dispo der Natur. Und die Zukunft, Herr Scholz, die gibt es nicht zum Nulltarif. Hören Sie auf, diese Monstranz vor sich herzutragen! Das ist vollkommen sinnlos. Wir brauchen doch endlich Klimabeschlüsse, die auch Investitionen beinhalten, und diese Investitionen verheiraten die Ökonomie und die Ökologie. Wir wissen alle: Wir sind gerade in einer Situation, wo vielleicht noch keine Rezession bevorsteht, aber

zumindest eine Eindunkelung der Wirtschaft. Wie klug wäre es da, zu sagen: „In genau diesem Augenblick brauchen wir große Investitionen, brauchen wir viele Investitionen!“ Dann machen Sie es doch einfach, und tragen Sie nicht die schwarze Null vor sich her, so wie dem Esel die Möhre vorgehalten wird. Was wir erleben, genau darum ging es mir, ist, dass Landwirtinnen und Landwirte genau das wollen, dass sie sich für Artenschutz einsetzen, dass sie Blühstreifen anlegen. Das erleben wir in Deutschland. Und das sind nicht nur die Ökobauern, sondern gerade auch die konventionellen Bauern.

Was ich gesagt habe, ist: Wenn wir bei der alten Art der Förderung von Landwirtschaft bleiben, wenn wir eine Landwirtschaftsministerin haben, die gerade nicht umsteuert, die nicht dafür sorgt, dass weniger Ackergift auf die Felder kommt, die nichts dagegen tut, dass wir immer mehr Nitrat haben, dann passiert genau das Gegenteil, und zwar nicht, weil die Bäuerinnen und Bauern es so wollen, sondern weil es die falsche Politik ist. Darum geht es. Deswegen brauchen wir eine andere Landwirtschaft mit den Bäuerinnen und Bauern; das ist doch klar.

Meine Damen und Herren, die Investitionen sind in der Tat dringend notwendig, wir müssen Spielräume nutzen. Wir haben Ihnen einen Vorschlag dazu gemacht, wie man es schaffen kann, die Schuldenbremse – nicht aufzugeben, aber sie zu reformieren und tatsächlich zu investieren. Um was es geht, ist hier oft gesagt worden: raus aus dem Korsett; in die Schiene, in Erneuerbare, Gebäudesanierung, Forschung, Glasfaser investieren, übr-

gens auch in so etwas Kleines wie mehr Stadtgrün, Bäume, Trinkbrunnen. Ganz Deutschland gießt gerade Stadtbäume. Was machen Sie? Sie kürzen sogar beim Stadtgrün-Programm. Ich frage mich, wer an diesem Haushalt eigentlich gesessen hat und versucht hat, etwas Vernünftiges hinzukriegen.

Die CDU-Parteivorsitzende möchte jetzt gerne eine Abwrackprämie für Ölheizungen. Gleichzeitig kriegt man immer noch 3.000 Euro Steuergeld pro Heizung. Das ist doch vollkommen gaga! Sie müssen sich mal entscheiden, was Sie wollen, und Sie müssen die Sache auch mal durchdringen! Deswegen: Dieses Investieren, Herr Lindner, ist Ausdruck der Generationengerechtigkeit, über die wir heute reden

müssen. Weil es zu einer Win-win-Situation führt, weil die Schulden, die wir heute machen, das ist, was wir in Zukunft an Schulden und noch höheren Kosten nicht verursachen müssen. Das sagt Ihnen jeder Rückversicherer. Vielleicht sollten Sie mal mit denen darüber sprechen, was es heute eigentlich bedeutet, zu investieren. Alle Wirtschaftsverbände sagen das ganz klar, und alle warten darauf.

Und worauf warten die noch? Sie warten nicht auf ein Klimakabinett, das irgendwelche Vorschläge macht; sie warten darauf, dass es endlich klare Rahmenbedingungen gibt, dass es Verlässlichkeit gibt, dass es kein Hin und Her mehr gibt, damit alle wissen: Wir strengen uns bei den Investitionen in den Klimaschutz jetzt alle an. Das ist doch die Perspektive.

Meine Damen und Herren, man muss schon sagen: Sie haben die Zeit in den letzten guten Jahren nicht genutzt, auch nicht für eine Kindergrundsicherung, die wirklich gegen Armut hilft. Wir haben immer noch Alleinerziehende in diesem Land, die nicht wissen, wie sie das Ende des Monats überstehen sollen oder wie die Klassenfahrt eigentlich zu bezahlen ist.

Das hat mit Würde nichts zu tun. Es hat auch nichts mit Würde zu tun, dass Sie wie in einem Pingpongspiel ständig über die Grundrente reden. Machen Sie doch endlich mal eine Garantierente! Sorgen Sie dafür, dass Menschen keine Angst mehr vor Armut im Alter haben! Oder zum sozialen Wohnungsbau. Wir haben einen Heimatminister, der zulässt, dass Familien sich ihre Heimat nicht mehr leisten können, weil er als Bauminister nicht baut. Gestern haben Sie sich hier gebrüstet, Sie würden doch etwas machen. Ja, aber doch nicht mit dem Nachdruck, nicht mit der Vehemenz, die tatsächlich notwendig ist.

Liebe Annegret Kramp-Karrenbauer, wenn ich mir Ihr Sonntagsgespräch anschauen, frage ich mich wirklich: Was hat Sie eigentlich geritten? Bei der Frage, was Sie gegen die soziale Spaltung tun wollen, war Ihre Antwort, man möge sich doch um Wohneigentum bemühen, nach dem Motto „Kümmert euch doch selber, und esst Kuchen“. Ich glaube, dass die meisten Menschen in Deutschland, besonders diejenigen, die in Armut leben, das eher zynisch finden denn als Angebot von Ihrer Seite. Frau Merkel, Sie haben hier sehr ausführlich über die gleichwertigen Lebensverhältnisse ge-

sprochen. Ja, das steht im Grundgesetz; aber es ist nicht so. Es gibt diese Orte, wo es keine Ärztinnen und Ärzte, keinen Bus und keinen Balken auf dem Handy gibt. Sie fühlen sich aber nicht abgehängt;

sie sind ganz real abgehängt. Das wäre die erste Erkenntnis, die man braucht. Ich finde es sehr gut, sich um die Ehrenamtlichen, das bürgerschaftliche Engagement zu kümmern. Aber was diese Menschen brauchen, ist eine

Garantie, eine Garantie für Gesundheitsversorgung, eine Garantie dafür, dass schnelles Internet da ist, und eine Garantie für Mobilität, damit klar und eindeutig ist: Jede und jeder, die bzw. der auf dem Land lebt, weiß, dass der Bus kommt, dass die Ärztin kommt und dass das schnelle Internet im Übrigen noch dafür sorgt, dass man auch dort einen Job machen kann und nicht in die Stadt pendeln muss.

Was mich aber noch mehr umtreibt, ich hoffe sehr, dass auch Sie das aufgeweckt hat, ist, dass in Regionen, die besonders abgehängt sind, die demokratiefeindlichen Einstellungen zugenommen haben, wie man bei den Wahlen in Brandenburg und Sachsen sehen konnte. Wenn Menschen das Vertrauen in den Staat und seine Institutionen verlieren, ist das eine große Gefahr für unser Land. Aber es ist keine Entschuldigung, rechtsradikal zu wählen, nur weil der Bus nicht fährt.

Frau Weidel, Sie haben hier heute Morgen wieder mit Ihren Attacken auf die freien Medien, mit Ihrem Verdrehen der Tatsachen, mit Ihrer Hetze, mit Ihrer Verachtung für unser Land angefangen. All das ist das genaue Gegenteil dessen, wofür wir in Ostdeutschland vor 30 Jahren auf die Straße gegangen sind. Es ist das genaue Gegenteil dessen, was ein westdeutscher Geschichtslehrer behauptet. Damals ging es um Freiheit und Demokratie. Ihnen geht es heute um nichts anderes als Unterwandern und Zerstören. Die Mehrheit in diesem Land will und wählt Ihre Zwietracht nicht. Das sollten Sie wissen; das sollten Sie ganz genau wissen. Dabei muss eines an alle Demokratinnen und Demokraten gesagt werden: Wachsam sein im Alltag! Die Wahl eines NPD-Manns zum Ortsvorsteher zeigt mir jedenfalls, wie dünn unsere demokratische Decke mancherorts ist.

Wenn die AfD gemeinsame Sache mit der Union macht, inzwischen in mindestens 18 Orten der Republik, dann ist das hochgefährlich. Diese Biedermänner vor Ort sind die Brandstifter unserer

Demokratie. Ja, besonders Sie am rechten Rand hier sind die Brandstifter. Deswegen werden wir auch alles dafür tun, dass das nicht gelingt. Nein, Sie werden nicht die Demokratie unterwandern können. Nein, Sie werden dieses Land nicht zerstören können. Dafür sorgen wir Demokratinnen und Demokraten.

Ein Blick über den Tellerrand zeigt: Nicht nur wir sehen den Rückzug ins Nationale bis zum Leugnen der Klimakrise. Die Gefahr kommt genau von dort, von den Nationalen, von den Spaltern. Trump sperrt mexikanische Kinder ein. Bolsonaro zündelt an der Lunge der Erde. Orban baut kompromisslos an seiner illiberalen Demokratie. Unsere europäischen Nachbarn machen es inzwischen alleine, sowohl was die Klimaziele angeht als auch was den Iran oder das Mercosur-Abkommen angeht. Es kann doch nicht sein, dass wir auch noch ein Handelsabkommen unterzeichnen, das dafür sorgt, dass Bolsonaro, der den Regenwald anzündet, auch noch Unterstützung bekommt.

Ich will Ihnen am Schluss ein Angebot machen. Wenn Sie am 20. September hier etwas vorlegen, was wirklich ambitioniert ist, wenn Sie hier etwas vorlegen, was wirklich hilft, die Klimaziele einzuhalten, und wenn Sie sofort damit anfangen, dann sind wir bereit, mit Ihnen darüber zu verhandeln. Wir sind bereit, mit Ihnen nach guten Lösungen zu suchen; wir haben dafür sehr viele Vorschläge. Und Sie wissen: Wir verhandeln verdammt hart. Wenn Sie möchten, dann reden wir hier im Parlament darüber, genau hier, nicht in anderen Runden, auch nicht in irgendwelchen Konsensrunden. Genau hier könnten wir eine Mehrheit für den Klimaschutz, für die Bewältigung der Klimakrise in diesem Land schaffen. Es ist an der Zeit: Handeln, jetzt! Das ist die Aufgabe, vor der wir alle stehen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Ralph Brinkhaus (CDU/CSU), Dr. Alexander Gauland (AfD), Achim Post (SPD), Anke Domscheit-Berg (Die Linke), Dieter Janecek (B90/Grüne), Alexander Dobrindt (CDU/CSU), Dr. Marc Jongen (AfD), Johannes Kahrs (SPD), Simone Barrientos (Die Linke), Erhard Grundl (B90/Grüne), Marco Bülow (fraktionslos), Paul Ziemiak (CDU/CSU) Sonja Amalie Steffen (SPD), Prof. Monika Grütters (CDU/CSU), Katrin Budde (SPD), Patricia Lips (CDU/CSU) und Dr. Jens Zimmermann (SPD).

Dieses Jahr ist die Grundlage für das, was wir als Best Case erreichen wollen.

Wir sind verdammt tief im Dispo der Natur. Und die Zukunft, die gibt es nicht zum Nulltarif.

leicht
erklärt!

70 Jahre Bundestag

Das deutsche Parlament hat Jubiläum



Am 7. September war ein Jubiläum.

Vor 70 Jahren hatte der deutsche Bundestag seine erste Sitzung.

Im folgenden Text gibt es mehr Infos dazu.

Was ist der Bundestag?

Der Bundestag ist das Parlament der Bundes-Republik Deutschland.

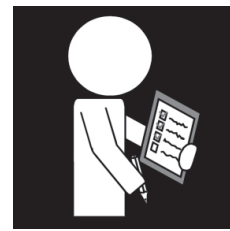
Ein Parlament ist eine Gruppe von Politikern.

Die Bürger in einem Land haben sie gewählt.

Die Politiker vertreten alle Menschen in ihrem Land.

Aufgaben der Politiker vom Bundestag sind zum Beispiel:

- Sie machen Gesetze.
- Sie bestimmen, für was Geld in einem Staat ausgegeben wird.



Zum Beispiel für Renten, Straßen oder Kranken-Kassen.

- Sie überprüfen die Regierung.

Durch das Parlament können also Bürger in einem Land mitbestimmen.



Ein Land, in dem die Bürger bestimmen, nennt man: Demokratie.

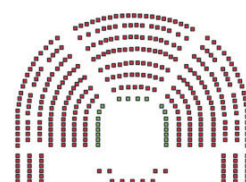
Das Parlament ist ein wichtiger Teil der Demokratie.

Warum brauchte Deutschland ein neues Parlament?

Den Bundestag gibt es seit dem Jahr 1949.

Seine Gründung ist eine längere Geschichte.

Sie hängt eng mit den Nazis und dem Zweiten Welt-Krieg zusammen.



Ende der Demokratie in Deutschland



Schon in den Jahren von 1919 bis 1933 gab es in Deutschland eine Demokratie.

Damals gab es auch ein Parlament.

Dieses Parlament nannte man: Reichstag.



Im Jahr 1933 kamen die Nazis an die Macht.

Nazis ist eine Abkürzung für National-Sozialisten.

Das war eine politische Partei und ihre Anhänger.

Ihr Anführer war Adolf Hitler.

Hitler und seine Anhänger schafften die Demokratie in Deutschland ab.

Sie erschufen eine Diktatur.



Eine Diktatur ist ein Staat, in dem nicht die Bürger bestimmen. Und in dem es für die Bürger keine Freiheit gibt.

Den Reichstag gab es zwar noch immer. Aber er war kein frei von den Bürgern gewähltes Parlament mehr.

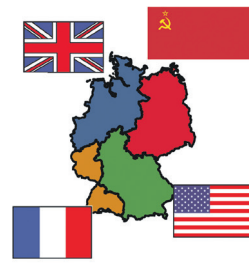
Im Jahr 1939 lösten die Nazis den Zweiten Welt-Krieg aus.

Deutschland verlor den Krieg im Jahr 1945.



Und zwar gegen Groß-Britannien, Frankreich, die USA und das Land Sowjet-Union.

Das war das Ende der Nazis. Die bestimmten nicht mehr über Deutschland.



Die Gewinner-Länder Groß-Britannien, Frankreich, die USA und die Sowjet-Union besetzten Deutschland.

Das bedeutet:

Sie schickten Soldaten nach Deutschland.

Die Gewinner-Länder bestimmten, wie es in Deutschland weitergehen soll.



Was wird aus Deutschland?

Nach dem Jahr 1945 sah es in Deutschland also so aus:

- Deutschland war in großen Teilen durch den Krieg zerstört.
- Vielen Menschen ging es schlecht. Es fehlten Wohnungen, Arbeit und Essen.
- Es gab keinen deutschen Staat mehr.
- Es gab kein Parlament.
- Andere Länder bestimmten über Deutschland.

Das sollte aber nicht immer so bleiben.

Die Gewinner-Länder wollten aus Deutschland wieder ein eigenes Land machen.

Allerdings waren sie sich nicht einig.

Deswegen wurden am Ende 2 Länder gegründet.

Das eine Land war die Deutsche Demokratische Republik. Kurz: DDR.

Das andere Land war die Bundes-Republik Deutschland. Also der Staat, in dem wir auch heute noch leben.



Die Bundes-Republik sollte eine Demokratie werden.

Also brauchte sie auch ein Parlament.

Und dieses Parlament war der Bundestag.

Der Bundestag war also wichtig, um die Demokratie nach Deutschland zurückzubringen.



Wahl zum ersten Bundestag

Die Bundes-Republik Deutschland wurde am 23. Mai 1949 gegründet.

Am 14. August 1949 gab es dann Wahlen zum ersten Bundestag.



Damals traten auch schon viele Parteien an, die es noch heute gibt.

Zum Beispiel die CDU/CSU, die SPD die FDP und die Bayern-Partei.

Andere Parteien von damals gibt es heute nicht mehr.

Zum Beispiel die Deutsche Partei.

Die CDU/CSU bekam damals die meisten Stimmen.

Die SPD landete auf Platz 2.

Die FDP auf Platz 3.

Die erste Sitzung

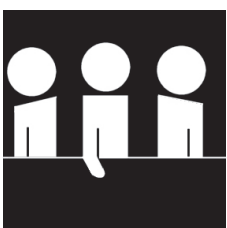
Im ersten Bundestag saßen anfangs 410 Politiker. 28 davon waren Frauen.

Am 7. September 1949 trafen sie sich zum ersten Mal zu einer Sitzung.

Und zwar in der Stadt Bonn.

Bonn war ab November 1949 die Hauptstadt der Bundes-Republik.

Dort traf sich der Bundestag im sogenannten Bundes-Haus.



Heutzutage trifft sich der Bundestag in Berlin.

Und zwar im Reichstags-Gebäude.

Nach Berlin zog der Bundestag im Jahr 1999 um.

Eröffnungs-Rede

Eröffnet wurde die Sitzung mit einer Rede des ältesten Politikers vom Bundestag.

Dieser Politiker trägt den Titel: Alters-Präsident.

Sein Name war Paul Löbe. Er gehörte zur Partei SPD. Er war damals 73 Jahre alt.



In seiner Rede sagte Löbe zum Beispiel folgende Dinge:

Die Deutschen setzen große Hoffnungen in die Arbeit des Bundestages.

Der Bundestag muss dafür sorgen, dass die Politik in Deutschland funktioniert.

Dass die Menschen Arbeit haben und genug Geld verdienen.

Dass es in den Geschäften genug Dinge gibt, die sie kaufen können.

Dass die Menschen in Deutschland sicher und in Frieden leben können.



Auch sonst hatte der erste Bundestag viele Aufgaben.

1) Vor allem ging es darum, Deutschland wieder aufzubauen. Denn durch die Nazis und den Krieg war ja alles zerstört.

2) Es mussten zum Beispiel Opfer des Kriegs versorgt und Wohnungen beschafft werden.



3) Nach dem Krieg musste Deutschland Teile des Landes an andere Länder abgeben.

Die Deutschen aus diesen Gebiete kamen nun in die Bundes-Republik. Sie waren Flüchtlinge.

Für diese Menschen musste ein neuer Platz zum Leben und Arbeiten gefunden werden.

4) Gleiches galt auch für Deutsche, die man im Krieg gefangen genommen hatte. Und die nun zurückkehrten.

5) Außerdem musste Deutschland seine Beziehungen zu anderen Ländern wieder verbessern.

Denn die waren durch den Krieg sehr schlecht.

6) Von Anfang an hatte der Bundestag auch folgendes Ziel:

Die Bundes-Republik und die DDR sollten wieder ein Land werden.



Der erste Bundestag bestand bis zum 7. September 1953.

In dieser Zeit trafen sich die Politiker 282-mal.

Sie machten 545 Gesetze.

Die letzten 70 Jahre

Der aktuelle Bundestag ist der 19. Bundestag.

Das bedeutet: Es gab bisher 19-mal Wahlen zum Bundestag. Und nach jeder Wahl hat sich der Bundestag neu zusammengesetzt.

Im Moment sitzen im Bundestag 709 Politiker.

In den letzten 70 Jahren hat sich der Bundestag über 4000-mal getroffen.



Im Bundestag wird viel besprochen.

Dazu halten die Politiker Reden über politische Themen.

Würde man alle Reden der letzten 70 Jahre hintereinander halten, würde das 3 Jahre und 3 Monate dauern.

Die Politiker haben insgesamt über 60-Tausend Gesetze beschlossen.



Seit 70 Jahren gibt es nun Demokratie in Deutschland.

Es gibt jedes Jahr Rang-Listen mit den besten Demokratien der Welt. Und Deutschland ist auf diesen Listen immer auf einem der vordersten Plätze.

Deutschland ist eine erfolgreiche Demokratie.

Und dazu hat der Bundestag einen wichtigen Teil beigetragen.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



Nachrichten Werk

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture-alliance / akg-images. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpuk-ve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 38-39/2019
Die nächste Ausgabe erscheint am 30. September 2019.